REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 438 · 11.5.2000

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 50 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Randale wird gemacht
2. Galgenfrist für "Mitte-Links". Die Revanche der italienischen Rechten ist wahrscheinlicher denn je - Js.
3. Vietnam, 25 Jahre nach dem Ende des Krieges: Nur langsam vernarben die Wunden - Rainer Werning
4. Die Vietnam-Solidarität war mehr als revolutionäre Schwärmerei: 1. Mai - Saigon ist frei! - Js.
5. Manche lernen"s nie. Sichtweisen realsozialistischer Friedenspolitik - gw
6. Hamburg/Berlin: Knüppel frei am 1. Mai - dk/mb.
7. Nieder auch mit den kleinen Waffen! Von Landminen zu Kleinwaffen - Thomas Klein
8. Studieren - aber bitte mit Kohle. Studiengebühren im Anmarsch - Uwe Giffei
9. Hasta la vista amigos! Mexikanische Studierende auf Rundreise - Boris Kanzleiter
10. International gegen Neoliberalismus - fzs
11. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Wegen RZ-Vorwürfen Verhaftete in den Fallstricken der BAW - mb.
12. Montenegro im Schwebezustand. Das Land balanciert zwischen Krieg und Frieden - Gerhard Piper
13. Chile: Neue sozialistische Regierung? - Sandra Grüninger
14. Der Aufstieg des Alejandro Toledo ist aufhaltsam. Hetze, Rechenkunst und Schwindel in Peru - Rolf Schröder
15. Ungebrochen optimistisch. Zur Situation in Ecuador nach dem Aufstand im Januar (Interview mit Vertreter der CONAIE)
16. Waffen gegen Koka. Die Erfindung der kolumbianischen "Narcoguerilla" und der "Antidrogenkrieg" - Dario Azzellini
17. Zimbabwe zwischen freien Wahlen und Ausnahmezustand - Christoph Beninde
18. Philippinen: Geiselnahme im Klima wachsender Militarisierung - Rainer Werning
19. Bruch mit einem Modell. Die französische KP - offen für die Bewegung, fit für die Regierung
20. Vor Dimitroff war Zetkin. Frühe Faschismus-Analysen I: Einige sind besser als ihr Ruf - Js.
21. Erfolgreicher Protest gegen Zwangsvorführungen in der Hamburger Ausländerbehörde - Conni Gunßer, Lansa Camara - Karawane-Gruppe
22. Lockt der Profit, ist das Boot plötzlich leer. Zu "Greencard für alle", ak 437 - Ulla Jelpke, PDS-MdB
23. Abschiebepolitik in der Schusslinie. Widerstand gegen Abschiebungen in Wiesbaden - Thomas Klein
24. "Ein großer Schritt". Erster Flüchtlingskongress hat in Jena getagt - Anke Schwarzer
25. In erster Linie ein Männerphänomen? Fachtagung zum Thema Frauen und Rechtsextremismus am 20. Mai in Rostock - Britta Ferchland
26. Die NPD und der 1. Mai. Nazis marschierten in Wetzlar und anderswo - Pirmin Schreiber
27. Gute Geschäfte mit dreckiger Luft. Kohlendioxid: Die Weltbank bringt eine neue Ware auf den Markt - Anke Scharzer
28. Türkei auf dem Weg zum Atomstaat? - Jörg Rohweder
29. Konsens lässt warten - Jürgen Sattari
30. Atomstromboykott-Kampagne: Chancen und linke Kritik - DSe
31. Atomstromboykott - Auftakt in Hamburg - DSe
32. Atommüll in die Ukraine? - Wolfgang Ehmke
33. Aktionstermine während der EXPO
34. Legalisierung plus Arbeitserlaubnis. US-Gewerkschaften fordern Amnestie für illegale Einwanderer - Boris Kanzleiter
35. Wer wagt, gewinnt. Putzpersonal in den USA streikt erfolgreich - Boris Kanzleiter
36. New Deal - mieser Tausch. Zur erneuten Durchsetzung von Arbeit unter New Labour - Lars Stubbe
37. (Haar-)Risse im Putz: Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit
38. Der neue Geist des Kapitalismus. Kreativität und Initiative als moderne Arbeitstugenden - Bernhard Schmid
39. Übereifer des Renegatentums. Joscha Schmierer macht deutsche Außenpolitik

40. Endzeitstimmung in Marlboro-Country. Mike Davis" neueste Abrechnung mit dem "Amerikanischen Traum" - Dirk Hauer
41. Rote Nelken auf dem Schwedtsee. Erinnerung an die Befreiung des KZ Ravensbrück - Angela Martin
42. Deutsche Nationalmannschaft wohin?
43. AUFGEBLÄTTERT
44. LESERINNENBRIEFE
45. KALENDER
46. Hochschulen für den Markt
47. Atomstromfreie Zonen
48. Flüchtlinge organisieren sich oder "A world without colour"
49. Russland nach der Wahl
50. 54.000 DM für ak!

1. Randale wird gemacht

Rubrik: Demonstrationsauseinandersetzungen; Kommentare zu aktuellen Geschehen · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/mai.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:mai

Der 1. Mai hatte es in diesem Jahr in sich. The same procedure as every year? Keineswegs! Sowohl die Straßenschlacht auf dem Schulterblatt in Hamburg wie auch die Ereignisse in Berlin sind in ein Klima repressiver Zuspitzung eingebettet. Seit Anfang des Jahres ist es das Hauptanliegen des Berliner Innensenators Eckart Werthebach, die Berliner Stadtmitte endlich demonstrationsfrei zu machen. Mit dem Vorstoß, eine erweiterte Bannmeile um den Bundestag einzuführen, ist er bisher gescheitert. Ebenso wurde sein Vorhaben, das Versammlungsrecht zu beschneiden, von seinen Länderinnenministerkollegen abgeschmettert. Geht es auf diesem Weg nicht, so Werthebachs Überlegung, dann müssen eben politische "Handlungszwänge" geschaffen werden. Einmal mehr muss allein das deutsche Ansehen in der Welt für Verbotsverfügungen gegen Nazidemos herhalten. Logisch, dass solche Begründungen vor Gerichten keinen Bestand haben.

Eine andere Möglichkeit, zum Ziel zu kommen, sieht der Berliner Innensenator in der Provokation gewalttätiger Auseinandersetzungen. Dafür wird schon mal heftig aufgerüstet und die Antifaschistische Aktion Berlin mit dem Terrorismus-Etikett versehen. Die Demo und Aktivitäten am 1. Mai werden dann von Werthebach kurzerhand zu "unzweifelhaft terroristischen Aktionen" hochgejazzt. Da können noch so viele Deeskalationsmätzchen vor der Abenddemo veranstaltet werden - spätestens bei Einbruch der Dunkelheit heißt es: Knüppel frei für die Polizei.

Im Schutz der Dunkelheit, allerdings in der Nacht zuvor, produzierte die Hamburger Bullerei ihre Straßenschlacht. Und seither steht das autonome Stadtteilkulturzentrum "Rote Flora" unter vollem politischen Beschuss. Dass sich in der Nacht zum 1. Mai DemonstrantInnen vor Bullenübergriffen in die Flora retteten, nahm die Staatsgewalt zum Anlass, mit der Erstürmung durch Sondereinsatzkommandos zu drohen. Der Besonnenheit der in der Flora Anwesenden ist es zu verdanken, dass es nicht zu einer weiteren Eskalation kam. Bilanz trotz alledem: 130 Verhaftete und einige Verletzte, eine davon mit Schädelfraktur.

Seither tobt der christdemokratische Mob und möchte am liebsten sofort die "Rote Flora" niederreißen lassen. In der Springer-Presse wird der als "Richter Gnadenlos" bekannte Rechtsausleger Schill mit seiner Hetze hofiert, darf kostenlos "Volkes" Stimme wieder geben und für sein neues Parteiprojekt werben. Selbst wenn sich in den nächsten Tagen die erste Aufregung wieder legen sollte, deuten die Ereignisse in Berlin und Hamburg darauf hin, dass es den rechten Kräften ernst ist mit der Einschränkung von demokratischen Rechten und erkämpften Freiräumen. - Ach ja und dann gab es noch ein paar Demonstrationen des DGB. Erinnert noch jemand die Textbausteine?

Zum 1. Mai in Hamburg und Berlin siehe Seite 6

Zu antifaschistischen Aktivitäten in Wetzlar siehe Seite 23

2. Galgenfrist für "Mitte-Links". Die Revanche der italienischen Rechten ist wahrscheinlicher denn je

Autor: Js. · Rubrik: Italien · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:06

Während Europa sich zunehmend an Österreichs schwarz-blaue Regierung gewöhnt, ist in Italien ein noch gefährlicheres rechtes Projekt auf dem Vormarsch: der von Silvio Berlusconi geführte "Pol der Freiheiten", bestehend aus Ultraliberalen, Neofaschisten, Rassisten und reaktionären Katholiken. Das Gruselkabinett hat beste Chancen, spätestens im nächsten Jahr an die Regierung zu kommen: Bei den Regionalwahlen am 16. April lag der Rechtsblock 5,6 Prozentpunkte vor den Parteien der "linken Mitte".

Erstmals seit Jahren kommen aus Italien wieder Agenturmeldungen höchster Priorität. Die Kommentatoren sorgen sich: vorrangig um die politische "Stabilität" und "Regierbarkeit" des Landes, das immerhin zu den sechs Gründungsmitgliedern der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) zählt und dessen wechselnde Regierungen seit Jahren alles daran gesetzt haben, auch in der EU gleichberechtigt mitmachen zu dürfen.

Der Anlass für die aktuellen Turbulenzen war vergleichsweise geringfügig. In 15 der 20 italienischen Regionen (ausgenommen die mit Sonderstatut) wurde am 16. April gewählt; deren Vertretungsorgane, die erstmals direkt gewählten Präsidenten eingeschlossen, haben erheblich weniger Kompetenzen als etwa die Repräsentanten der deutschen Bundesländer. Brisant war der Urnengang allein als Test für die in einem Jahr anstehende Parlamentswahl. Namentlich der linksdemokratische Regierungschef Massimo D'Alema hatte durch landesweiten persönlichen Einsatz den Testcharakter der Regionalwahlen unterstrichen. Er kämpfte allerdings auch in eigener Sache - nur bei einem achtbaren Ergebnis der regierenden Mitte-Links-Parteien konnte D'Alema sich Hoffnungen machen, im Frühjahr 2001 als Spitzenkandidat in den Wahlkampf zu ziehen.

Amatos späte Radikalkur

Dass D'Alema nach dem Debakel zurücktrat, ist nur konsequent. Wenig überraschend ist auch die Agitation des siegreichen Rechtsblocks, nun unverzüglich Neuwahlen zu veranstalten. Stattdessen wird ein alter Bekannter versuchen, die Mitte-Links-Regierung noch ein Jahr über die Runden zu bringen: der ehemalige Sozialist Giuliano Amato, der schon 1992/93, in der Übergangsphase nach dem "Korruptionsschock", Ministerpräsident war. Damals provozierte er mit seinem drastischen Sparkurs einen kurzen, aber heftigen "heißen Herbst" - mit massiven Protesten und militanten Aktionen auch gegen Gewerkschaftsführer wie Bruno Trentin, denen die unzufriedene Basis Opportunismus vorwarf. Der Name des Regierungschefs wurde seinerzeit von linken Demonstranten für ein Wortspiel genutzt: "Poco amato, tanto odiato" - nicht geliebt (amato), gehasst (odiato) werde der neue Mann.

So richtig verhasst ist Giuliano Amato derzeit wohl nur kleinen, radikalen Minderheiten. Oppositionschef Silvio Berlusconi bezeichnete ihn als "nützlichen Idioten" der Linksdemokraten, die er unverändert als verkappte Kommunisten denunziert. Tatsächlich steht Amato vor allem für Kontinuität - gnadenlos werden Fotos aus den Archiven geholt und nachgedruckt, die ihn an der Seite des langjährigen Sozialistenchefs Bettino Craxi zeigen. Letzterer erscheint nach seinem Tod im selbstgewählten tunesischen Exil vielen in einem milderen Licht, nachdem er jahrelang zum Oberschurken der korrupten "Ersten Republik" stilisiert worden war.

So ist es durchaus möglich, dass die regierende Koalition noch bis zum Frühjahr 2001 durchhält. Ausstrahlung auf zögernde Wählerinnen und Wähler wird Amatos Regierung aber wohl kaum gewinnen. Seine beiden ersten Reden nach der Vereidigung, in der Abgeordnetenkammer und auf dem Kongress des Gewerkschaftsbundes CISL, hätten auch von Blair oder Schröder sein können: Die Unternehmen will Amato von "investitionsfeindlichen" Zwängen (u.a. wirksamem Kündigungsschutz) befreien, von den Gewerkschaften und ihren Mitgliedern erwartet er "Flexibilität" und die "Fähigkeit zur Erneuerung" - sie sollen auch befristeten Arbeitsverhältnissen und Niedriglöhnen zustimmen.

Für den Wirtschaftswissenschaftler Michele Salvati kommt das alles viel zu spät. Salvati hatte seit 1989 die Transformation der kommunistischen (PCI) in die linksdemokratische Partei (PDS, ab 1998 DS) mit angeschoben und sieht sich selbst als einen der Väter des Wahlsieges von 1996. Heute wirft er sowohl Romano Prodi als auch dessen Nachfolger Massimo D'Alema vor, wichtige Entscheidungen aufgeschoben zu haben. Salvati kritisiert, die Mitte-Links-Regierung hätte frühzeitig die Kraftprobe mit den Gewerkschaften

suchen müssen - um dann zumindest die teilweise Privatisierung des staatlichen Fernsehens und der Eisenbahn durchzusetzen und das Streikrecht im öffentlichen Sektor noch weiter einzuschränken, als im vergangenen Jahr geschehen.

Glaubt man Amatos Ankündigungen, dann kommt die Radikalkur nun zum Ende der Legislaturperiode. Die dadurch links verlorenen Stimmen hofft man in der "Mitte" zurückholen zu können - vor allem aber durch Absprachen mit der regionalistischen Lega Nord. Auch hier gibt der Stratege Salvati, "liberaler Geist der Linksdemokraten" (so das Wochenmagazin L'Espresso), die Richtung vor: Schon zu den Regionalwahlen, kritisiert er, hätte Mitte-Links der Lega ernsthafte Angebote machen müssen, nicht nur auf dem Gebiet des "Föderalismus" (was im Prinzip diskutabel ist), sondern auch in der Frage der "inneren Sicherheit" (welche die Lega vor allem durch Ausländer bedroht sieht).

Berlusconi lockt mit dem Geldsack

Der Rechtsblock hat Kursänderungen nicht nötig. Berlusconi kann in Ruhe die Zerfallserscheinungen im Regierungsbündnis beobachten und durch großzügige Angebote vorantreiben. Derzeit versprechen Investitionen bei den Democratici besonders viel Gewinn. Die im vergangenen Jahr neu gegründete Partei um Romano Prodi und den ehemaligen Korruptionsermittler Antonio Di Pietro hatte bei den Europa-Wahlen im Juni 1999 mit 7,7 Prozent ein eindrucksvolles Debüt hingelegt. Nach dem schwachen Abschneiden bei den Regionalwahlen (4,8 Prozent) ist sie in der Krise: Prodi agiert nicht gerade glanzvoll im fernen Brüssel, und Di Pietro hat die Partei gar verlassen - wegen Amato, den er der Komplizenschaft mit den Korrupten bezichtigt. Bei der Vertrauensabstimmung am 28. April stimmten zwei "Demokraten" gegen die Regierung Amato, der immerhin drei Minister ihrer eigenen Partei angehören.

Noch ein weiterer Star der Europa-Wahlen wird nach dem 16. April für Berlusconi billiger zu haben sein. Die Liste um Emma Bonino (ehemals Partito Radicale), die im vergangenen Jahr 8,7 Prozent gewann, brach auf 2,2 Prozent ein. In der selben Liga spielen diverse Kleinparteien der "Mitte", die nun um so leichter dem aussichtsreichen Rechtsblock anzugliedern sein dürften - Berlusconis Geld wird es richten. Schon bei den Regionalwahlen habe Berlusconi, so die Wahlforscher vom Bologneser Istituto Cattaneo, erneut seine herausragende Fähigkeit bewiesen, "Allianzen zu schaffen". So kann man es auch sagen.

Ziemlich unübersichtlich sind die Bündnisse im Vorfeld der sieben Referenden am 21. Mai, insbesondere bei dem über die Abschaffung der Quota proporzionale, nach der immerhin noch ein Viertel der Parlamentsmandate per Verhältniswahl vergeben wird. Im April 1999 scheiterte das gleiche Vorhaben allein an einer zu geringen Wahlbeteiligung. Statt der erforderlichen 50 Prozent stimmten nur 49,6 Prozent der Wahlberechtigten ab, davon 91 Prozent für die völlige Abschaffung der Verhältniswahl. Votierte Berlusconi damals nur insgeheim für Stimmenthaltung, so fordert er diesmal ganz offen zur Abstinenz auf; dahinter steht die Erwartung, in einem wie gehabt in kleine Grüppchen zersplitterten Parlament die nötige Mehrheit zusammenkaufen zu können. Gegen die Wahlrechtsänderung sind einige kleinere Parteien wie Rifondazione Comunista (RC) und die Grünen, dafür DS und Alleanza Nazionale. Das Anliegen von Linksdemokraten wie Neofaschisten ist "Regierbarkeit", ermöglicht durch klare Mehrheiten in einem bipolaren System: Zwei Lager ("Mitte-Links" und "Mitte-Rechts") kämpfen um die Mehrheit, der Sieger regiert.

Dagegen sprechen zum einen prinzipielle demokratische Einwände: Reines Mehrheitswahlrecht benachteiligt die kleinen Parteien. Hinzu kommt, dass in Italien die beiden konkurrierenden Blöcke in vielen Fragen, vor allem der Wirtschafts- und Sozialpolitik, keine echten Alternativen bieten. Zudem haben insbesondere die DS als stärkste "Linkspartei" immer wieder den Konsens mit den Rechten gesucht, in der Frage der Verfassungsreform ebenso wie bei der Kontrolle über die Macht der Medien - um Berlusconi und Partner "einzubinden". Für dieses Harmonie stiftende Werk hoffte man obendrein von den Wählerinnen und Wählern belohnt zu werden.

Das ist nun gründlich daneben gegangen. Eine Strategie der Polarisierung würde allerdings nicht unbedingt größeren Erfolg versprechen. Schließlich deutet alles darauf hin, dass das rechte Lager in Italien - auch nach dem Zerfall der Democrazia Cristiana - über eine strukturelle Mehrheit verfügt. Will "Mitte-Links" dennoch an die Regierung kommen, dann geht das allenfalls über Zugeständnisse der 20-Prozent-Partei DS an die Kleinparteien und Grüppchen der "Mitte" - Zugeständnisse in Form von sicheren Wahlkreisen. Der gleiche

Deal wird auch mit Rifondazione Comunista, deren Abgeordnete gegen Amato stimmten, und den im Herbst 1998 von RC abgespaltenen "Regierungskommunisten" (Comunisti Italiani) vollzogen werden.

Die Wahl zwischen Pest und Grippe

Das so zusammengestoppelte "Bündnis" wird noch heterogener sein als die Ulivo-Koalition von 1996 - und noch weniger links. Schon im Regionalwahlkampf mutete "Mitte-Links" seinen treuesten Wählerinnen und Wählern einiges zu. Auf der Suche nach Erfolgen seiner Regierung stieß D'Alema auf den Börsenboom und den Kosovo-Krieg - letzterer für ihn ein Beispiel, dass man "gemeinsam" auch schwierige Zeiten durchstehen könne. Der DS-Kongress im Januar hatte außer einer "Demonstration der Geschlossenheit" vor allem unfreiwillige Komik produziert. Sein englisches Motto "I Care" (sinngemäß: "Ich engagiere mich"), übernommen von dem Pfarrer Don Milani, regte ebenso zu Witzeleien an wie das mit 80 Prozent Ja-Stimmen beschlossene "Projekt für die Linke 2000"; letzteres soll nach dem Willen seines Schöpfers Giorgio Ruffolo "das amerikanische Modell in eine liberal-sozialistische Gesellschaft" einbetten.

Zu allem Überfluss rechnete DS-Sekretär Walter Veltroni auf dem DS-Kongress auch noch mit der Tradition der eigenen Partei ab. Er will für die DS nicht einmal mehr das (sachlich durchaus korrekte) Attribut "postkommunistisch" gelten lassen - denn "der Kommunismus" ist für Veltroni "eine der größten Tragödien des Jahrhunderts". Dieser für die eigene Basis schmerzhafte Bruch hat die DS offensichtlich noch nicht einmal Stimmen gekostet; auch Rifondazione Comunista konnte von diesem neuesten "Verrat" des großen Bruders nicht nennenswert profitieren. RC bestätigte in etwa das Ergebnis der EU-Wahl, das allenthalben als Misserfolg gedeutet worden war; landesweit dürfte die Partei über 6 Prozent (1996: 8,6 Prozent) kaum hinaus kommen.

Dass das von den DS dominierte Mitte-Links-Bündnis trotz alledem als kleineres Übel (ohne Anführungszeichen) gelten kann, hängt mit der Aggressivität des Rechtsblocks zusammen: eine Bande von Ultraliberalen, Neofaschisten und Rassisten, die, an die Regierung gelangt, das schwarz-blaue Bündnis im Haider-Land in den Schatten stellen würde. Ihr Anführer Silvio Berlusconi hat sich schon in der Regionalwahlkampagne als "bedeutendsten konservativen Politiker Europas" feiern lassen. Das mag von Größenwahn zeugen - aber auch von politischen Ambitionen, die an den Landesgrenzen nicht halt machen.

Js.

3. Vietnam, 25 Jahre nach dem Ende des Krieges: Nur langsam vernarben die Wunden

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Vietnam · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:29

Das hatte es in der jüngeren Geschichte noch nie gegeben. Vor einem Vierteljahrhundert, am 30. April 1975, geriet eine Supermacht in Panik: Ihr diplomatisches Corps und ein Tross vietnamesischer Lakaien rauften sich auf dem Dach der US-Botschaft in der südvietnamesischen Hauptstadt Saigon um die letzten Helikoptersitze in die Freiheit. So überstürzt die Evakuierung eines gedemütigten Uncle Sam verlief, so diszipliniert marschierten gleichzeitig die siegreichen Verbände der Nationalen Befreiungsfront (NLF) in die Stadt ein - die spätere Ho Chi Minh City.

Hätten die großen Amerikaner auf ihren kleinen NATO-Verbündeten Frankreich gehört und sorgfältig dessen Debakel in Dien Bien Phu studiert, wo die frühere Kolonialmacht bereits 1954 eine herbe Niederlage im Kampf gegen die von Ho Chi Minh und seinem genialen Strategen, General Vo Nguyen Giap, geführten vietnamesischen Widerstandskämpfer einstecken mussten, wäre auch ihnen selbst großes Leid erspart geblieben. Der Krieg forderte schließlich über drei Millionen Todesopfer, darunter auch über 40.000 GIs - von der Verwüstung ganzer Landstriche Vietnams, Kambodschas und Laos' zu schweigen.

Robert S. McNamara, neben den damaligen US-Präsidenten Lyndon B. Johnson und Richard M. Nixon sowie dem Ex-Sicherheitsberater und späteren Außenminister Henry Kissinger einer der Hauptverantwortlichen für diese Apokalypse, sollte später sagen: "Wir haben uns geirrt, schrecklich geirrt." McNamara, von 1960 bis 1968 US-Verteidigungsminister und später Weltbank-Präsident, konstatierte 1995 in seinen Memoiren: "Menschen können sich irren. Ich gebe mit schmerzhafter Offenheit und schweren Herzens zu, dass dieser Gemeinplatz, bezogen auf Vietnam, auch auf mich und die amerikanische Führungselite meiner Generation zutrifft."

"Der Fall von Saigon war eine Selbstverständlichkeit", schrieb die 1960 in Hanoi geborene Schriftstellerin Pham Thi Hoai in ihrem Vorwort zu dem 1997 im Lamuv-Verlag erschienenen Buch Vietnam - Die neue Zeit auf 100 Uhren, "der Krieg war eine Auszeichnung und ich eine Tochter eines auserwählten Volkes, das gelitten und gesiegt hatte, um eine menschenwürdigere Welt aufzubauen. Der Stolz war kurzlebig, aber wir glaubten an eine lebenslange Garantie. Nach drei Monaten ließen die Umerziehungslager erste Zweifel aufkommen. Nach drei Jahren häufte sich mit den Steinchen in der täglichen Schale Reis die Enttäuschung. Nach fünf Jahren versank ein beträchtliches Guthaben an nationalem Stolz mit Hunderttausenden boat people im Meer. Der gewonnene Krieg sprach alles immer wieder frei. (...) Heute ist die Welt anderswo vielleicht menschenwürdiger geworden - mein auserwähltes Volk schreitet weiter einsam und unerschütterlich in Armut, Korruption und Unterdrückung voran".

Der "schreckliche Irrtum" der USA

"Schafft zwei, drei, viele Vietnam!" hatte der Arzt und langjährige Weggefährte Fidel Castros, Ernesto Che Guevara, der wachsenden antiimperialistischen Bewegung im Trikont empfohlen, bevor er selbst im Sommer 1967 im bolivianischen Dschungel den Tod fand. In nahezu sämtlichen westlichen Metropolen skandierten derweil aufgebrachte GegnerInnen der US-amerikanischen Aggression in Indochina den Schlachtruf "Ho-Ho-Ho-Chi-Minh!" Nordvietnams Präsident Ho Chi Minh ("Onkel Ho") galt als Ikone des Befreiungskampfes gegen die mörderische Kriegsführung der selbst ernannten Hüter von Freedom & Democracy.

Es waren Arroganz der Macht, tödliche Heuchelei und fadenscheinige Konstrukte zur Ehrenrettung des Abendlandes, die in den sechziger und siebziger Jahren weltweit zunehmend Protest und Widerstand unter den Jugendlichen und StudentInnen herausforderten. Vietnam und - mit der Ausweitung des Krieges auf die Anrainer - später auch Kambodscha und Laos dienten einer Generation als Metapher für den gerechtfertigten Kampf Davids gegen Goliath.

Die bereits unter der Präsidentschaft John F. Kennedys zu Beginn der sechziger Jahre beschlossene militärische Eskalation nahm unter seinen Nachfolgern rasante Züge an, bis auf dem Höhepunkt des Krieges weit über eine halbe Million GIs allein in Vietnam stationiert waren. Hinzu kamen noch Zehntausende, die in

dem "geheimen Krieg" in Laos und Kambodscha verstrickt sowie in den thailändischen und philippinischen Nachschubbasen in die Kriegsökonomie eingebunden waren. Auf den Schlachtfeldern Indochinas wurde das, was an damaliger Perfidie und Perversion ausgeheckt worden war, auch real durchexerziert: von bakteriologischer bis hin zur meteorologischen Kriegsführung. Wälder wurden systematisch entlaubt, Deiche durch künstlich erzeugten Regen zum Einsturz gebracht, und durch großflächiges Versprühen von Agent Orange kommt es noch heute zu Fehlgeburten und schwersten Behinderungen. Während des Krieges wurden von der US-Luftwaffe und ihren südvietnamesischen Verbündeten über 70 Millionen Liter von Herbiziden über mehr als ein Zehntel der Landfläche versprüht, hauptsächlich das berüchtigte Agent Orange. Diese dioxinhaltige, hochgiftige Substanz entlaubte nicht nur Bäume, ruinierte Mangroven und machte Leute krank: Es verursachte Krebs, schädigte die Erbanlagen und vernichtete den Lebensraum von Millionen von Menschen.

Der Traum vom Sozialismus

Vietnam war zudem der erste "telegene Krieg", dessen Brutalitäten weltweit täglich auf den Mattscheiben flimmerten. Das schürte Abscheu und Ablehnung, was den Militärstrategen in Washington zunehmend Legitimationsprobleme bescherte. Die Verbildlichung des Krieges ließ die Schar der KriegsgegnerInnen in einem Maße anschwellen, dass daraus die Lehre gezogen wurde, Kriege fortan nur noch klinisch-sanitär, als vermeintlich präzise chirurgische Eingriffe zu präsentieren: Bilder also, wie sie uns aus dem letzten Golfkrieg vertraut und während der NATO-Aggression gegen Jugoslawien unablässig vorgegaukelt wurden. Schließlich war Vietnam ein Hoffnungsträger par excellence: Sollte sich ein kleines, geschundenes Volk tatsächlich gegen die mächtigste Kriegsmaschinerie des Imperialismus behaupten, diese letztlich gar bezwingen, wäre damit für alle Unterdrückten und Ausgebeuteten ein Fanal gesetzt und dem Projekt Befreiung ein beträchtliches Stück Realität erschlossen. Diese Erwartungshaltung hat weltweit und jahrelang zahlreiche Menschen beflügelt und auf die Barrikaden getrieben.

Wer geglaubt hatte, in Vietnam vollzöge sich in jenem Frühling der Befreiung die Umgestaltung der Gesellschaft mit sozialistischem Antlitz, sollte schrittweise desillusioniert werden. Wie häufig zuvor in der Geschichte bot die Eroberung staatlicher Herrschaft keine Garantie für einen strukturellen Wandel in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Befreiungsbewegungen, einmal an die Macht gelangt, sahen sich plötzlich mit dem weitaus schwierigeren Problem konfrontiert, diese auch im Sinne ihrer vermeintlichen Nutznießer, eben des Volkes, auszuüben.

Spaltung in Arm und Reich

Da bildete selbst das heroische Vietnam, so schmerzlich das für seine zahlreichen Bewunderer sein mochte, keine Ausnahme. Zerrieben sich zeitgleich beispielsweise die ebenfalls siegreichen Befreiungsbewegungen in Angola und Mosambik in mörderischen Fehden, schickte sich in Vietnam der sich als Gralshüter von Befreiung und Sozialismus begreifende Machtapparat der Kommunistischen Partei (KPV) an, dem langjährig unter den Fittichen der USA wildwüchsigen Kapitalismus im Süden einen Riegel vorzuschieben. Nicht zimperlich wurde mit allen verfahren, die sich aus vielfältigsten Gründen weigerten, sich freiwillig aus dieser Vergangenheit zu verabschieden, und nicht hinnehmen mochten, dass der Süden gemäß dem nördlichen Ebenbild umgemodelt werden sollte.

Die Wiedervereinigung des Landes, seine Umbenennung in Sozialistische Republik Vietnam ein Jahr später (1976) markierte den Beginn einer Geschichte von Unwägbarkeiten: Der militärisch errungene Sieg wurde durch die US-amerikanische Filmindustrie sukzessiv relativiert. Die durch Überbetonung staatlicher Großprojekte bedingten wirtschaftlichen Schwierigkeiten vertieften sich durch den Zusammenbruch des Realsozialismus, und die (Außenhandels-)Politik ordnete man nach und nach dem Fetisch der Globalisierung unter. Das Resultat sind krasse soziale Unterschiede, ökonomische Disparitäten, konsumgelenktes Wachstum im Zeichen einer sogenannten sozialistischen Marktwirtschaft und die Verkrustung eines herrschenden Machtapparates, der auch nach dem VIII. Parteitag der KPV (Juni 1996) Etatismus und neokonfuzianischen Habitus unbekümmert mit Sozialismus gleichsetzt.

Der australische Historiker und Vietnamforscher David Marr kommentierte zu Recht: "Eine Mischung aus wirtschaftlichem Opportunismus und sozialer Unverantwortlichkeit bilden das Ethos im heutigen Vietnam. Die Partei hat keine andere Orientierung anzubieten, als ethische Aphorismen von Ho Chi Minh zu zitieren.

Exemplarisch werden ein paar untere Kader bestraft oder Ausländer für Missstände verantwortlich gemacht, weil sie angeblich gegen die ‚friedliche Evolution` konspirieren."

Das hat damit zu tun, dass noch immer eine kraftvolle Inszenierung der Vergangenheit die selbstgesteckten Ziele und künftigen wirtschaftspolitischen Anforderungen konterkariert. Vietnams Hinwendung zur "Moderne" nennt sich doi moi (Erneuerung), die mittlerweile eine zweiphasige Etappe kennt. Doi moi Nummer 1 bildete den Slogan während des Parteitages Ende 1986, der den Spagat zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft - auch Marktsozialismus genannt - beschwor, eine Entkoppelung von der sowjetischen Wirtschaft einleitete, die Beendigung der Besatzung Kambodschas und eine Hinwendung zur ASEAN vorsah, dem Staatenbündnis der 1967 in Bangkok gegründeten Vereinigung südostasiatischer Nationen.

Doch mit doi moi Nummer 2, dem Prozess einer politischen Öffnung, tut man sich immer noch schwer. Zwar ist mit Le Kha Phieu ein jüngerer (Offizier) zum Generalsekretär avanciert, der aber die Vormachtstellung der Partei nicht in Frage gestellt wissen will, da ein politischer Legitimitätsverlust mit wirtschaftlicher Instabilität einhergehen könnte. Darin unterscheidet er sich nicht von dem langjährigen Premier Pham Van Dong, der kurz vor Beginn der offiziellen Feierlichkeiten zum 25. Jahrestag des Kriegsendes verstarb.

Vor allem die Ereignisse in Indonesien in den vergangenen zwei Jahren dürfte die Führung in Hanoi aufgeschreckt haben; dort vollzog sich die Erosion des ancien régime rascher, als es selbst etliche der Suharto-Kritiker für möglich gehalten hatten. Hinter dem Bestreben der Parteiführung, um jeden Preis die politische Kontinuität zu wahren, wuchert allerdings auch ein Wildwuchs aus Nepotismus und Korruption. Die Diskrepanz zwischen Arm und Reich wächst ständig - während von der Partei genährte oder protegierte Parvenüs ihren Reichtum zur Schau stellen, muss sich das Gros der 80 Millionen zählenden Bevölkerung noch immer mit durchschnittlich bescheidenen 300 US-Dollars begnügen.

Rainer Werning

4. Die Vietnam-Solidarität war mehr als revolutionäre Schwärmerei: 1. Mai - Saigon ist frei!

Autor: Js. · Rubrik: Internationale Solidarität; Vietnam · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:42

25 Jahre später fällt es Veteranen wie mir schwer, nicht in Nostalgie zu verfallen. Hamburg am 1. Mai 1975: ein strahlend blauer Himmel, ein Meer von Transparenten und roten Fahnen; in Mitten der DGB-Demonstration mächtige oppositionelle Blöcke, getragen vor allem von Mitgliedern und AnhängerInnen des Kommunistischen Bundes, von dem wir die Zeitung ak (vormals Arbeiterkampf, seit 1992 analyse & kritik) geerbt haben; ein ohrenbetäubendes Pfeifkonzert gegen die Hauptredner der offiziellen Kundgebung, den damaligen IG-Metall-Chef Eugen Loderer und den amtierenden Finanzminister, Hans "Sparschwein" Apel (SPD); vor allem aber eine Parole, welche die allermeisten Demo-TeilnehmerInnen in Euphorie versetzte: "1. Mai - Saigon ist frei!" Am Vortag war der Vietnamkrieg beendet worden, beendet mit dem "Sieg im Volkskrieg".

Damit genug der Erinnerungen, Platz der Analyse, Kritik und Selbstkritik: Die Vietnam-Solidarität war das wesentliche Thema, das die "68er Bewegung" einigte, bevor sie dann in "Revis", "Maoisten", "MLer", "Spontis" und solche zerfiel, die schon damals den "langen Marsch durch die Institutionen" antraten und in den Armen der Sozialdemokratie endeten. So viel Einigkeit weckt Argwohn. Durch die "antinationale" Brille betrachtet, liegen die Dinge klar: Die (west-)deutsche Linke mit ihrer (vererbten?) Sehnsucht nach der Volksgemeinschaft formierte sich zur antiamerikanischen Bewegung, stellte die einstigen Befreier auf die gleiche Stufe wie die Nazis und versöhnte sich so mit der eigenen Nation.

Der deutsche Spießer stand fest zu den Amis

Diese "Analyse" geht mehr als knapp daneben: Denn die "Nation", repräsentiert durch die staatstragenden Parteien, war unbeirrt pro-amerikanisch eingestellt; selbst alte Nazis, die Kaugummi und "Negermusik" als Manifestationen der Barbarei betrachteten, waren in der Frage des Vietnamkriegs auf Seiten der USA - denn deren Kampf war gerecht, weil er gegen den "Weltkommunismus" ging. Insbesondere in Westberlin, der deutschen Hochburg der Revolte, war der überwiegende Teil der Bevölkerung auf Seiten der Guten, nämlich der Amis: Die hatten die Luftbrücke organisiert und sicherten auch weiterhin die Freiheit der Frontstadt. Mit Antiamerikanismus war hier nichts zu gewinnen - im Gegenteil. Die zeitweilige Pogromstimmung gegen "die Studenten", "den SDS" etc. basierte auf der schlichten Spießer-Weltsicht: Wer die USA angreift, greift unsere Schutzmacht an, unsere kleine Freiheit, uns!

Schon lange bevor es "Antinationale" gab, geriet die Vietnam-Solidarität bei Teilen der Linken in Verruf. Im Kursbuch, das seinerzeit in der Linken Trends setzte, wurde schon 1979 "der Mythos des Internationalismus" exorziert. Namentlich Daniel Cohn-Bendit und Joschka Fischer bereiteten dort ihren Abschied von der Linken vor und machten die ersten Schritte auf einem Weg, der sie folgerichtig zur Akzeptanz der "Westbindung" und der "Bündnistreue" in der NATO führte, Kriegsführung inklusive. Kritik an der Linken war für Fischer schon damals identisch mit Abschied: "Ich will eine Abkehr von allen Illusionen, die man sich gemacht hat, und dafür ist der Antiimperialismus das beste Beispiel, weil er so eine zentrale Bedeutung hatte. Und die Selbstkritik (!) wird auch schon massenhaft vollzogen: Für Persien mobilisiert sich niemand mehr, für Nicaragua auch nicht." ("Kopfschrott oder Gefühlsheu. Eine Diskussion über Internationalismus", Kursbuch 57, 1979; dass es keine linke Iran- und keine Nicaragua-Solidarität mehr gegeben hätte, ist im übrigen Fischersches Wunschdenken.)

Fischers früher Abschied vom Internationalismus

Es ist nun beileibe nicht so, dass die Vietnam-Solibewegung sich nichts vorzuwerfen hätte. Die beliebte Demo-Parole "USA - SA - SS" war eine gefährliche Dummheit, die aber nicht Sehnsucht nach der "Volksgemeinschaft" offenbart, sondern revolutionären Überschwang, der auch schon mal das Gegenteil von dem bewirken kann, was er anstrebt. Nicht ganz falsch ist auch Cohn-Bendits Kritik (ebenfalls in Kursbuch 57 formuliert): "Unsere Mythen (gemeint: die linken Identifikationen mit antiimperialistischen Bewegungen; Anm. ak) waren immer ganz direkt verbunden mit einer gewissen Machtvorstellung." In der Tat: Wir wollten nicht nur auf der Seite der gerechten, sondern auch der siegreichen Sache sein, hatten am Sieg aber auch einen gewissen Anteil - weniger wegen der für "Waffen für den Vietcong" gesammelten Spenden, als durch unseren Beitrag zur weltweiten Diskreditierung der Kriegsmacht USA.

Dass wir mehr wollten als das "heldenhaft kämpfende Volk von Vietnam", nämlich dortselbst den Sozialismus und weltweit "zwei, drei, viele Vietnams", mag man als Bevormundung und Instrumentalisierung bezeichnen. In Che Guevaras berühmtem Slogan ist sicherlich auch der Keim für einen linken Militarismus enthalten. Andererseits eignete er sich zur Polarisierung: Hier wendete sich der linkssozialdemokratische Gutmensch und Kriegsdienstverweigerer mit Grausen.

Fazit: Am 30. April 1975 siegte der Vietcong, aber ein bisschen siegten auch wir, die Linke in der BRD und anderen Teilen der Welt. Für den Kampf in den Metropolen hat der "Sieg im Volkskrieg" auf Dauer wenig gebracht; auch ist Vietnam 25 Jahre später alles andere als ein Musterland der Weltrevolution. Diese Niederlagen mahnen zum Realismus, sind aber kein Grund, sich von antiimperialistischer Solidarität zu verabschieden.

Js.

5. Manche lernen"s nie. Sichtweisen realsozialistischer Friedenspolitik

Autor: gw · Rubrik: PDS; DKP - SEW · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:43

Führen wir uns Auszüge eines Referats zu Gemüte, das der Bezirksvorsitzende der DKP Hamburg, Olaf Harms, auf der jüngsten Bezirkskonferenz der "konsequent antiimperialistischen und damit antimilitaristischen Kraft" gehalten hat: "Trotz bestehender Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich der strategischen und inhaltlichen Orientierung der Friedens- bzw. Antikriegsbewegung in Hamburg werden wir weiter alles daran setzen, alle gesellschaftlichen Kräfte im Friedenskampf zu bündeln. Wie bisher werden wir deshalb aktiv dazu beitragen, dass wechselseitige Ausgrenzungen und künstlich herbeigeführte, kontraproduktive Abgrenzungen z.B. zwischen Pazifisten und Antimilitaristen oder auch z.B. zwischen Vertreterinnen von Regenbogen und Vertreterinnen des autonomen Spektrums solidarisch überwunden werden."

Gelogen, Genosse Harms! Der DKP und anderen Kräften des Hamburger Forums ist sehr wohl an einer Ausgrenzung bestimmter Positionen gelegen. Insbesondere der, die sich nicht an das einfache Erklärungs-, Deutungs- und Denkmuster hält: "Der Feind meines Feindes ist mein Freund."

Ein Erfolg, und von vielen Teilnehmenden des letztjährigen Ostermarsches in Hamburg als erfreulich empfunden, war die Meinungsvielfalt in den Redebeiträgen auf den diversen Kundgebungen. Die Stoßrichtung war klar: Gegen den Krieg der NATO in Jugoslawien. Aber es waren auch Verweise auf innerjugoslawische Widersprüche und die serbisch-nationalistische Unterdrückungspolitik im Kosovo zu hören.

In diesem Jahr kein Mucks davon. Fast könnte man meinen, den Apologeten der jugoslawischen Führung passt es in den Kram, dass die UCK im Kosovo unter dem Patronat der KFOR-Truppen eine Vertreibungspolitik gegen die serbische Bevölkerung, gegen Roma und Sinti betrieben hat. Gegen diese rassistische Politik wird, man muss es betonen, vollkommen zu Recht heftigst protestiert. Nur: Im vergangenen Jahr herrschte bei DKP, dem PDS-Landesverband Hamburg oder der jungen Welt großes Schweigen zur Unterdrückungs- und Vertreibungspolitik der jugoslawischen Führung im Kosovo. Das Bittere an den Aussagen der, nennen wir sie Traditionslinken, ist, dass sie noch nicht einmal ansatzweise eine leise Kritik an der jugoslawischen Politik in Erwägung ziehen. Den richtigen Ansatz, die Lügen der Scharpings, Walkers, Fischers usw. zu widerlegen, konterkarieren sie, indem sie die innerjugoslawischen Widersprüche ignorieren oder gar bestreiten.

Sie stehen für eine Linke, die aus der eigenen Geschichte und den eigenen Fehlern (und hier ist die Geschichte der staatssozialistischen Linken gemeint) nichts, aber rein gar nichts gelernt haben. Diese gedankliche Dumpfheit wird auch noch mit dem Gestus der unbeugsamen antiimperialistischen FriedenskämpferInnen vor sich her getragen.

Für diese Kräfte sind militärische Konflikte nur als "regionale bewaffnete Interventionen oder als von außen gesteuerte Bürgerkriege" denkbar, die "aber auch auf längere Sicht auch das Risiko eines Krieges zwischen den großen Mächten in sich bergen", meint der Vorsitzende Harms.

"Der Feind meines Feindes ist mein Freund"

Die gleiche Denkrichtung schlägt der PDS-Landesverband Hamburg ein: "Um die Neuaufteilung der Welt, vor allem um die Kontrolle der sozialistischen Staaten, wird nicht nur in Jugoslawien Krieg geführt. Die sozialen Konflikte in diesen Ländern werden gezielt geschürt und reaktionäre, separatistische Gruppierungen unterstützt, um die Zersplitterung in vollständig abhängige Kleinststaaten zu erwirken." Entsprechend gab der Hamburger PDS-Landesverband in einem Flugblatt zum Hamburger Ostermarsch der linken Öffentlichkeit die "wahren Motive" der tschetschenischen Separatisten zur Kenntnis: "So kämpfen die tschetschenischen Warlords mit saudischem Geld nicht in erster Linie für die Einführung der Sharia, sondern vor allem dafür, dass US-amerikanische Ölkonzerne nicht nur die Ölvorkommen im kaspischen Meer, sondern ebenfalls die dazugehörigen Pipelines kontrollieren." Als Sprecher der "Warlords" fungiert im PDS-Flugblatt ein gewisser Zbigniew Brzezinski, ehemaliger US-Präsidentenberater.

Die absolute Spitzenleistung liefert Rüdiger Göbel in der Beilage der jungen Welt vom 24. März zum NATO-Krieg: ",Der Name Serbiens und seine Menschen werden in der ganzen Welt mit dem Kampf für Freiheit

verbunden. Wir haben die Unterstützung und die Solidarität aller friedliebenden Menschen und Länder der Welt`, urteilte Jugoslawiens Präsident Milosevic im Februar dieses Jahres beim Parteikongress der SPS. Die mehr als 100 ausländischen Organisationen, Parteien und Bewegungen aus mehr als 65 Ländern - darunter das Who is who der US-amerikanischen Schurkenstaatenlisten und künftige Adepten dafür: unter anderem China, Russland, Indien, Nordkorea, Kuba, Irak, Libyen -, die vor vier Wochen in die Weiße Stadt an der Donau gekommen waren, untermauerten auf eindrucksvolle Weise diese Einschätzung der Belgrader Führung. Mit der Einberufung einer permanenten Konferenz friedliebender Staaten in der Welt und der Bildung einer ‚multipolaren Front von Ländern` wurde für das antiimperialistische und friedenspolitische Engagement gegen die Willkürarroganz der USA und der NATO ein wichtiger Bezugspunkt geschaffen. Noch ist das ‚Belgrader Forum für eine Welt der Gleichberechtigung` eine marginalisierte, von den NATO-Apologeten eher belächelte Zusammenkunft. Der neue antihegemoniale Pol könnte aber zum Hoffnungsträger für das kommende Jahrhundert werden - in nüchtern-realpolitischer wie utopisch-idealistischer Hinsicht. Er verdient alle Beachtung und Unterstützung. Ein kleines Licht am Ende des Tunnels auch für die leidgeprüften Menschen Jugoslawiens, die Solidarität so dringend brauchen." So der real nüchterne, ideal utopische Rüdiger Göbel.

Nach Lektüre dieser Zeilen war ich wirklich verunsichert, ob es sich vielleicht nicht doch um eine Satire handelt. Liest man aber den gesamten Artikel, muss man zu dem Schluss kommen: Der meint das ernst. Wohlgemerkt - es handelt sich um einen Autor, der als Jugoslawienspezialist gerne zu linken Veranstaltungen eingeladen wird und bei der jungen Welt als "stellv./kom. Chefredakteur" fungiert.

Es bleibt dabei: Im antimilitaristischen Kampf kann die Strategie, ausschließlich den Feind im eigenen Land zu benennen, ohne die Missstände im konkreten Fall in Jugoslawien zu kritisieren, keine emanzipatorische Politik hervorbringen. Dahinter verbirgt sich ein Sozialismusverständnis, das nur wenig mit Emanzipation, Freiheit und Vielfalt zu tun hat.

Und für die Friedensfreunde, die meinen, damit würde man die Seite wechseln, nochmal zur Kenntnis und Beruhigung: Vorrangiges Ziel im Antikriegskampf ist die Auflösung der NATO, der Bundeswehr und sonstiger militärischer Kampfgebilde.

gw.

6. Hamburg/Berlin: Knüppel frei am 1. Mai

Autor: dk/mb. · Rubrik: Demonstrationsauseinandersetzungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/44.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:44

Eine bis heute unbekannte Anzahl zum Teil schwer verletzter DemonstrantInnen, dabei ein Fall von Schädelbruch in Folge von Schlagstockeinsatz und eine Person, der polizeiliche Schläger an beiden Händen die Finger gebrochen haben, 130 wahllose Festnahmen und ein sich verdichtendes Gerücht, nach dem eine Person sich auf der berüchtigten Wache 16 nackt ausziehen musste und anschließend von maskierten Beamten misshandelt worden ist. Daneben gab es auch noch 16 verletzte PolizeibeamtInnen. So lautet in etwa die Bilanz der Auseinandersetzungen im Hamburger Schanzenviertel in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai.

Im Anschluss an eine genehmigte "Reclaim the Streets"-Demo kam es am Abend im Schanzenviertel zu schweren Auseinandersetzungen, bei der die Polizei eine Härte an den Tag legte, wie sie Hamburg schon lange nicht mehr erlebt hatte. Mehrere Zeugenaussagen deuten zu dem darauf hin, dass Zivilfahnder aktiv als Agents Provocateurs tätig gewesen sind.

Obwohl das autonome Stadtteilkulturzentrum Rote Flora keinerlei Verantwortung für die Demo trug (an dem Abend sollte dort eine große Tanzparty stattfinden) und obwohl im Laufe der Nacht Menschen uneingeschränkt das Gebäude betreten und verlassen haben, wurde die Flora zum Objekt der polizeilichen Rachegelüste.

Am frühen Morgen wurde die Flora abgeriegelt und alle Personen, die sich zu dem Zeitpunkt im Gebäude aufhielten, festgenommen. Um der angedrohten Erstürmung zuvor zu kommen, hatten PartybesucherInnen, FloristInnen, Tresenschichten, DemoteilnehmerInnen und andere schließlich freiwillig das Gebäude verlassen. Presse- und medienwirksam wurden 130 Menschen "zwecks Personalienfeststellung" in drei Bussen des HVV in die umliegenden Polizeiwachen verfrachtet.

Mit dieser Aktion hat die Polizei nicht nur im Nachhinein ihr brutales Verhalten gerechtfertigt. Die Hardliner in Politik und Behördenapparat haben damit gleichzeitig die Zukunft der Roten Flora auf die Tagesordnung gesetzt. Es ist sicher kein Zufall, dass im Schulterschluss von Springer, CDU und einigen rechten Sozialdemokraten seit dem 1. Mai eine ununterbrochene Kampagne zum Thema "innere Sicherheit" gefahren wird, in der die Flora zum Hort aller Gewalt in Hamburg gemacht wird.

Das Schanzenviertel, in dem sich die Flora befindet, dürfte in den nächsten Jahren eines der bevorzugten Objekte Hamburger Stadtentwicklungspolitik sein. Bereits jetzt wird das Viertel aufgewertet, nirgendwo sonst ist Büroraum so begehrt und so teuer wie in diesem Kiezambiente. Es spricht einiges dafür, dass es bei der gewaltsamen Befriedung der Roten Flora letztlich um einen strategischen Schachzug bei der mittelfristigen Zurichtung und Umstrukturierung des gesamten Viertels geht.

dk

Berlin

Manchmal sind selbst Kreuzberger Nächte nicht so lang. Der Höhepunkt des alljährlichen 1. Mai-Events dauerte diesesmal nur wenige Stunden. Um Mitternacht meldete die Berliner Polizei, "Sicherheit und Ordnung" seien wiederhergestellt. Die Bilanz bis dahin: 401 Festnahmen und etwa 200 Opfer von Polizeigewalt sowie in etwa die gleiche Zahl verletzter PolizistInnen.

In Kreuzberg orientierte man sich auch im Jahr 2000 an den seit einigen Jahren eingespielten Festspielplan. 13 Uhr "Revolutionäre 1. Mai-Demonstration" von Revolutionären KommunistInnen (RK) und türkischen und kurdischen Maoisten, etwas später der Beginn des Festes auf dem Mariannenplatz, das von PDS und Bündnis 90/Die Grünen organisiert wird, und ab 18 Uhr beginnt das Stelldichein auf dem Oranienplatz zur "revolutionären 1. Mai-Demonstration" des autonomen Spektrums unter organisatorischer Federführung der Antifaschistischen Aktion Berlin. Zum Gesamtereignis Kreuzberger 1. Mai gehört natürlich auch die unübersehbare Präsenz der Polizei im Kiez. Zu Beginn dominieren dabei noch die BeamtInnen von der Deeskalations-Task-Force, die unbewaffnet und mit Basecaps den friedlichen Kontakt mit der Bevölkerung suchen. Später allerdings räumen sie den Platz für die Kollegen der Bereitschaftspolizei.

Fast sah es so aus, als würde in diesem Jahr der 18-Uhr-Demozug den Platz der Abschlusskundgebung erreichen - doch als die Spitze des Zuges auf dem Oranienplatz ankam, schlug die Berliner Polizei zu. Mit Wasserwerfer und Gummiknüppel jagte sie den Zug auseinander. Das alljährliche Ritual nahm seinen Lauf.

mb., Berlin

7. Nieder auch mit den kleinen Waffen! Von Landminen zu Kleinwaffen

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Rüstungsexport · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:14

Unter der Abkürzung IANSA (International NGO action on small arms) hat sich in letzter Zeit ein internationales Aktionsnetzwerk zur Problematik von Kleinwaffen gebildet. Viele der an der internationalen Landminenkampagne beteiligten Initiativen haben nach der Ratifizierung des Vertrages zur Ächtung von Anti-Personen-Minen ihr Sichtfeld erweitert: Landminen gehören zu den Kleinwaffen, die heute an allen Kriegsschauplätzen der Erde zunehmend im Einsatz sind und deren Verbreitung bisher noch zu wenig Beachtung geschenkt wurde.

Kleinwaffen im engeren Sinn sind Revolver, Gewehre, Maschinenpistolen und leichte Maschinengewehre. Unter dem Begriff Kleinwaffen werden aber weiterhin auch schwere Maschinenpistolen, Handgranaten, Granatwerfer, tragbare Luftabwehrraketen, sowie Munition, Landminen und sonstige Explosivkörper gezählt. Bildlich gesprochen: Zu Kleinwaffen zählt gemeinhin das, was von einer oder von zwei Personen getragen werden kann und was leicht handhabbar ist. Nach groben Schätzungen sind weltweit über 500 Millionen Kleinwaffen im Einsatz. Nach Angaben des zum Thema Kleinwaffen arbeitenden Friedensforscher Kiflemariam Gebrewold geht dabei die "größte Plage" von geschätzten 125 Mio. automatischer Handfeuerwaffen aus, die gegenwärtig weltweit zirkulieren.

Die Bedeutung von Kleinwaffen hat in letzter Zeit stetig zugenommen, weil heute über 90 Prozent aller Kriege vor allem mit diesen Waffen ausgetragen werden. Neben den "robusten", einfach zu bedienenden "Altwaffen", die z.B. von der Bundesrepublik Deutschland in großer Zahl aus dem Nachlass der ehemaligen DDR in viele Länder der Erde verkauft und verschenkt wurde, und in den kurdischen Gebieten der Türkei zum Einsatz kamen und kommen, spielt hier noch die technische Entwicklung eine große Rolle: Die Miniaturisierung komplexer Waffensysteme, High-Tech-Geräte als Kleinwaffen.

Der Tendenz "Die Waffen werden immer kleiner" am besten nachspüren lässt sich im US-Bundesstaat New Mexico. Ein kurzer Reisebericht aus der "Neuen Welt" macht das schnell deutlich: Das Ortsschild ist eindeutig - "Los Alamos - Atomic City". Das Schild steht für die berühmte Vergangenheit der Stadt im Norden New Mexicos. Die Gegenwart ist immer noch von der Forschung und Entwicklung neuer Waffen bestimmt, doch dabei geht es nicht mehr nur um Atomwaffen. Bei der Waffenentwicklung wird hier gegenwärtig die Losung "small is beautiful" in makaberer Weise umgesetzt.

Waffen der neuen Kriege

Vergangenheit, das ist die in den vierziger Jahren des zu Ende gehenden Jahrhunderts unter der Leitung von J. Robert Oppenheimer mit einem von der Außenwelt gänzlich abgeschotteten Forscher-Team entwickelte erste Atombombe, genannt "Fat Man". Gegenwart, das ist immer mehr die Entwicklung moderner High-Tech-Waffen, die zukünftigen Kriegsführungsstrategien gerecht werden. Die Nachfolge von "Fat Man" treten dabei immer mehr die in den immer noch geheimen, außerhalb der Stadt liegenden Labors entwickelten Waffen an, die klein, hochmobil und flexibel einsetzbar sind. So viel ist bekannt: In Los Alamos gibt es heute eigens ein Nationales Amt für Kleinwaffenprogramme. Nicht "Atomic City" und "Fat Man", sondern "Pitman" ist die Zukunft der geheimen US-amerikanischen Rüstungsschmieden. Das aktuelle Entwicklungsvorhaben "Pitman" ist ein Kleinpanzer, in dem der darin befindliche Soldat sowohl vor einem Beschuss mit konventionellen Waffen, als auch vor chemischen Kampfstoffen geschützt und damit fast unbesiegbar gemacht werden soll. Das US-Militär beabsichtigt ab dem Jahr 2000 die Soldaten mit diversen High-Tech- und Kleinwaffen auszustatten, mit denen sie für die veränderten Aufgaben im nächsten Jahrtausend "bestens gerüstet" sein sollen. Der Trend heißt: Kleiner aber wirksamer, hochmobil und potenziellen Gegnern um Jahre voraus.

Nach Angaben von Olara Otunnu, des von UN-Generalssekretär Kofi Annan ernannten Sonderbeauftragten für Kinder in bewaffneten Konflikten, gibt es derzeit weltweit etwa 300.000 Kindersoldaten. Die Kinder werden auf unterschiedliche Weise rekrutiert: Oftmals werden sie von der Armee willkürlich auf den Straßen aufgegriffen und mitgenommen.

Aus Sicht der kriegsführenden Parteien hat der Einsatz von Kindern eine Reihe von Vorteilen. Sie sind, so UNICEF-Mitarbeiter Ray Torres, "schlicht billiger als echte Soldaten, sie essen weniger und haben wenig Ansprüche". Außerdem sind Kinder leichter zu manipulieren und die Armee oder Guerilla wird vielfach zu einer Art "Ersatzfamilie", was die Resozialisierung ehemaliger Kindersoldaten nach dem Ende des Konflikts zu einem ganz großen Problem macht.

Dass in Kriegen immer mehr Kinder eingesetzt werden hat noch andere Gründe: Es gibt heute immer mehr innerstaatliche Kriege, bei denen die Unterscheidung zwischen Soldaten und Zivilisten aufgeweicht wird. Und natürlich hat die zunehmende Zahl von Kindersoldaten mit der Verbreitung von Kleinwaffen zu tun: Eine leichte Schnellfeuerwaffe macht schon Achtjährige zu Kämpfern.

Peter Lock, Hamburger Friedensforscher, wies bereits vor Jahren darauf hin, dass dem Aspekt Kleinwaffen bisher zu wenig Beachtung geschenkt wurde: Bis in jüngste Zeit galten Kleinwaffen als Bagatelle. Entsprechend wenig wurde über die Produktion, den internationalen Handel und die Bestände berichtet. So beschäftigt sich das Stockholmer Friedensforschungsinstitut SIPRI beispielsweise bis heute kaum mit Kleinwaffen und ihrer Rolle beim Kriegsgeschehen.

Während des Kalten Krieges haben vorrangig die USA, in Einzelfällen auch die Sowjetunion sich international operierender, illegaler Netzwerke bedient, mittels derer die jeweilige Kriegsklientel mit Waffen versorgt wurde. Das war besonders da relevant, wo es sich um substaatliche Akteure handelte, die man nicht offiziell beliefern konnte: Zum Beispiel die Unita in Angola, die Rebellen in Afghanistan oder die Contras in Nicaragua.

Kleinwaffen - Made in Germany

Dem Zauberlehrling gleich, so Peter Lock, konnten danach die Geister nicht zurückgepfiffen werden, die zunächst gerufen wurden. Die Versuche, diese Waffen später wieder einzusammeln, seien oft zum Scheitern verurteilt: Im Falle Afghanistans seien die Bemühungen, nach dem Rückzug der sowjetischen Truppen, die gelieferten Waffen, teils gefährliche Hochtechnologie, wie z.B. Stinger Boden-Luft-Raketen, von den Rebellen wieder ‚einzusammeln` ohne Erfolg geblieben, "der CIA ist dabei", so Lock weiter, "allen Berichten zufolge kläglich gescheitert". Die Folgen dieses in großem Umfang angestoßenen Waffenkarussells sind seit Jahren den wenig erfreulichen Nachrichten aus der Region zu entnehmen.

Beim Thema Kleinwaffen hat die Bundesrepublik in zweifacher Hinsicht eine bedeutende Rolle: Der deutschen Industrie ist es in der Vergangenheit gelungen, mit großzügigen Lizenzvergaben zur Kleinwaffenproduktion, vor ihrer Konkurrenz aus Belgien, Frankreich, Großbritannien und den USA, weltweit in Märkte einzudringen. Die ehemals bundeseigene Fritz-Werner-AG verkaufte ganze Waffenschmieden in verschiedene Länder und Heckler-&-Koch-Gewehre werden an mindestens einem Dutzend verschiedener Standorte produziert. Heckler-&-Koch G-3-Gewehre gehören heute in mehr als 50 Ländern zur Standardausrüstung von Streitkräften.

Machtverhältnisse thematisieren!

Außerdem gehören deutsche Rüstungsfirmen bei der Munitionsherstellung weltweit zu den bedeutendsten, und deutsche Werkzeugmaschinen produzieren inzwischen Munition von Ecuador, über die Türkei, den Sudan bis hin nach Birma.

So viel steht fest: Für deutsche Nichtregierungsorganisationen (NGO) wird der Punkt Herstellung und Export von Munition relevant, denn hier spielen deutsche Firmen eine wichtige Rolle. Bedeutende deutsche Kleinwaffenproduzenten, gleichsam ein "who ist who" der deutschen Industrie, sind: Dynamit Nobel, Diehl, Rheinmetall Industrie, DaimlerChrysler u.v.a. - an "Anlaufstellen" für kritische Nachfragen und mögliche Aktionen im Rahmen einer beginnenden Kampagne fehlt es sicher nicht.

Bei der Anti-Minen-Kampagne wurde nach dem "Geschmack" mancher deutscher NGOs zu sehr die Aufmerksamkeit auf das "schlimme" Waffensystem gerichtet, und in der öffentlichen Auseinandersetzung wurden gelegentlich die "bösen Billigminen" der Entwicklungsländer gegen die in den Industrieländern entwickelten "guten High-Tech-Minen", die abgeschaltet werden können, gestellt. Nun sind einige NGOs bei der beginnenden Kampagne darum bemüht, die gesellschaftlichen Verhältnisse und die Bedingungen für die erhebliche Zunahme gewaltsam ausgetragener Konflikte in einigen Regionen der Welt nicht außen vor zu lassen. Während sich besonders angelsächsische Initiativen bis jetzt wieder mit solchen Forderungen wie

nach Registrierung von Waffen, der Lenkung der Waffenströme und einer Eindämmung illegaler Geschäfte hervortun und damit weitgehend die Positionen vertreten, die auch von Regierungen und internationalen Institutionen geteilt werden können, versuchen deutsche NGOs den Blick auf kritische Aspekte, die regierungsnahe Organisationen lieber nicht thematisieren, nicht zu vergessen. So hat jüngst Thomas Gebauer, Geschäftsführer von medico international, unter der Fragestellung "Staatliches Monopol auf Waffen? Einspruch gegen die Indienstnahme von NGOs", einige wichtige Punkte für eine Kampagne gegen Kleinwaffen benannt: Während die Vorschläge einer EU-Joint-Action zur Bekämpfung der destabilisierenden Anhäufung und Verbreitung von Kleinwaffen nicht das umfassende und für alle geltende Verbot einer besonderen Waffe als Ziel formuliere, sondern lediglich die Reduzierung ihrer Verfügbarkeit auf wenige Akteure fordere, müsse es den NGOs auch um den gesellschaftlichen Kontext gehen: "Nicht vagabundierende Kalaschnikows sind das Problem, sondern die sozialen Verhältnisse, die zum Einsatz solcher Waffen motivieren und ein Geschäft mit ihrem Handel versprechen".

Der Ausbreitung von Gewalt, von der auch die Joint Action der EU spreche, so Gebauer in seinen Ausführungen gegen die Indienstnahme von NGOs durch die offizielle Politik, sei mit juristischen Maßnahmen allein nicht zu begegnen. "Im Gegenteil - der Versuch, die misslichen Verhältnisse einzig mit weiteren Verordnungen und Vorschriften in den Griff zu bekommen, verewigt die Gewalt und die dahinter stehenden Machtverhältnisse und führt notwendig in die negative Utopie einer Totalität ‚befriedeten` Welt. (...) Wer etwas gegen Kleinwaffen unternehmen will, muss - wie es entwicklungspolitische NGOs seit langem tun - an den Ursachen ansetzen, die gewalttätige Konflikte in Gang setzen und befördern: an der sozialen Marginalisierung und der ökonomischen Zerrüttung. Beides ist Resultat bestehender Machtverhältnisse".

Thomas Klein

Zum Thema Kleinwaffen hat die Kampagne gegen Rüstungsexport eine Ausstellung erarbeitet; im Büro der Kampagne können dazu weitere Informationen erfragt werden:

Kampagne gegen Rüstungsexport,

Bismarckring 3, 65183 Wiesbaden,

Tel.: 0611/910 23 50, Fax: 0611/37 18 38, Email: Antirexpo@T-online.de

8. Studieren - aber bitte mit Kohle. Studiengebühren im Anmarsch

Autor: Uwe Giffei · Rubrik: Jugend und Studenten · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:34

"Die Studiengebührenfreiheit ist gesichert!" Diese Schlagzeile wird uns wohl entgegenspringen, wenn die Kultusministerkonferenz (KMK) voraussichtlich am 25./26. Mai 2000 per Staatsvertrag genau das Gegenteil beschließt: Das Studium in Deutschland wird prinzipiell gebührenpflichtig. Dies ist nicht nur ein weiterer Schritt zur Beseitigung der letzten Reste von Chancengleichheit. Er wird das Gesicht der Hochschulen grundlegend verändern und ist ein Meilenstein für die neoliberale Zurichtung der Gesellschaft. Weitere Privatisierungen im Bildungsbereich werden folgen.

Oberflächlich betrachtet, ist es lediglich ein weiteres gebrochenes Wahlversprechen der rot-grünen Bundes- und zahlreicher gleichfarbiger Landesregierungen. Unter dem Eindruck der Studierendenstreiks vom Winter 1997/98 beeilte sich die damalige Opposition aus SPD und Grünen, ein Verbot von Studiengebühren im Hochschulrahmengesetz (HRG) zu fordern, und schrieben das in den Koalitionsvertrag. Doch davon ist heute keine Rede mehr.

Nach mehreren Aufweichungen ("gebührenfreies Erststudium", "Staatsvertrag") wird sich die KMK vermutlich Ende Mai per Staatsvertrag zunächst für zwei bis vier Jahre auf das "Studienkontenmodell" des rheinland-pfälzischen Wissenschaftsministers Zöllner (SPD) einigen. JedeR Studierende darf dann nur noch eine festgelegte Anzahl von Lehrveranstaltungen kostenfrei besuchen. Für jede weitere können Gebühren erhoben werden. Voraussichtlich werden die Konten mit 200 Semesterwochenstunden gefüllt und damit ca. 20% über der Anzahl der Pflichtveranstaltungen liegen, die durchschnittlich zum Abschluss eines Studiums besucht werden müssen. Bleibt bei Studienende noch etwas übrig, kann es für eine spätere Weiterbildung genutzt werden wenn nicht, dann nicht. Studieren wird in Deutschland also prinzipiell gebührenpflichtig, auch wenn zunächst noch ein temporärer Gebührenerlass gewährt wird. Bildung wird zum geldwerten Gut, von dem jedeR nur eine kleine Ration kostenfrei zugeteilt bekommt - und das an der Schwelle zur vielbeschworenen Wissensgesellschaft und in einer bürgerlichen Demokratie, in der Information und Wissen theoretisch Grundvoraussetzungen für verantwortliche Teilhabe und Mitgestaltung sind.

Vor diesem Hintergrund, aber auch angesichts der starken bildungspolitischen Tradition z.B. der Gewerkschaften und der durchaus emphatischen Reformen im Bildungswesen Anfang der 70er Jahre (Öffnung der Hochschulen, Ausbildungsförderung durch BAföG) ist es zunächst verwunderlich, dass sich nur unter den Studierenden Widerstand gegen die Einführung von Studiengebühren regt. Wie kann es sein, dass sich selbst als "fortschrittlich" oder "emanzipatorisch" begreifende Kräfte diesen einschneidenden gesellschaftspolitischen Veränderungen nahezu keine Bedeutung zumessen?

Bildung wird zum geldwerten Gut

Daran zeigt sich zweierlei: Erstens, dass die neoliberale Ideologie und vor allem der Herrschaftsmechanismus "Konkurrenz" tief in das Denken eines Großteils der Bevölkerung eingedrungen ist. Und zweitens, dass die Auswirkungen von Studiengebühren auf das Hochschulsystem und damit auf einen zentralen Ort gesellschaftlicher Fortentwicklung und Problemlösung völlig unterschätzt wird.

Dass die "leeren öffentlichen Kassen" ebenso Produkt bewusster politischer Entscheidungen sind, wie die Verschiebung der verbliebenen Steuerlast von oben nach unten (vgl. ak 437), ist inzwischen eine Binsenweisheit. Um so erstaunlicher, dass es so leicht gelingt, Missgunst und Konkurrenz zwischen den vom Sozialabbau betroffenen Gruppen zu schüren und ein gemeinsames politisches Handeln derselben zu verhindern. Jahr für Jahr werden die staatlichen Ausgaben für kulturelle, soziale und bildungspolitische Belange gekürzt. Für immer mehr Menschen nimmt die Existenzangst und Angst um den Arbeitsplatz zu, droht Armut trotz Erwerbsarbeit oder die Kürzung staatlicher Sozialleistungen.

Diesen Umstand machen sich die BefürworterInnen von Studiengebühren zu Nutze. Seit Jahren wächst der Druck auf vermeintlich faule Langzeitstudierende, die angeblich die Hochschulen verstopfen. Angesichts der desolaten Studienbedingungen und der Tatsache, dass inzwischen z.B. 75% der Studierenden in Hamburg neben ihrem Studium jobben müssen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen, eine recht fragwürdige

Unterstellung. (1) Und diese Argumentation hinkt: Wenn diese Studierenden wirklich so faul sind und nicht studieren, wie können sie dann für überfüllte Seminare und Bibliotheken sorgen? Sie nehmen auch niemandem einen Studienplatz weg, da die Gesamtzahl der Studierenden bei der Berechnung der StudienanfängerInnenplätze überhaupt keine Rolle spielt.

Geradezu meisterlich beherrscht das Gütersloher Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) der Bertelsmann-Stiftung diese Kunst der Desinformation mit dem Ziel, die Studierenden zu privilegierten, faulen Sozialschmarozern zu stempeln und Studiengebühren als sozial- und verteilungspolitischen Segen erscheinen zu lassen. Höhepunkt ist ein Gutachten, das zu der populistischen These "Friseurin bezahlt das Studium des Zahnarztsohns" führte und sich bis heute hartnäckig in der Auseinandersetzung hält. Ein gebührenfreies Studium sei Umverteilung von unten nach oben, die durch Studiengebühren gemindert werden könnte, so die "WissenschaftlerInnen". Dass diese These angesichts der realen Befunde der Studie ein Witz ist, stört dabei wenig. (2) Was haften bleibt, ist die Botschaft, dass die ohnehin bedrängten "kleinen Leute" das Studium der Chefs von morgen bezahlen.

Dies sind nur zwei Beispiele für die Art und Weise, mit der Akzeptanz für die Einführung von Studiengebühren, mindestens für sogenannte "Langzeitstudiengebühren", bis weit in die Gewerkschaften hinein geschaffen wurde.

Nun werden die Bemühungen der BefürworterInnen von Studiengebühren aller Wahrscheinlichkeit nach Erfolg haben. Die Auswirkungen von Studiengebühren auf die Chancengleichheit und den Hochschulzugang für Menschen aus einkommensschwachen und bildungsfernen Schichten - und insbesondere für Frauen - werden erheblich sein. Doch nicht so sehr die Gebühreneinnahmen (3), sondern vor allem auf die Steuerungseffekte kommt es den BefürworterInnen an.

Studiengebühren werden das Verhalten der Studierenden, die Ausrichtung und den Charakter der Hochschulen völlig modifizieren.

"... der Markt entscheidet, was innovativ ist"

Bereits durch das zu erwartende Studienkontenmodell ändert sich die Situation der Studierenden grundlegend. Von Beginn an müssen sie sich fragen, ob der Besuch einer Lehrveranstaltung zur Erreichung des Studienabschlusses unbedingt notwendig ist. Der Blick über den Tellerrand des eigenen Studienfachs oder auch nur die Vertiefung bereits vorhandenen Fachwissens wird zum Luxus, der u.U. teuer werden kann und in jedem Fall Weiterbildungschancen schmälert. Ein Wechsel des Studienfachs wird kaum mehr möglich sein. Das Verhältnis der Studierenden zu den Angeboten der Uni wird zwangsläufig ein ökonomisches werden. Neugier und Erkenntnisinteresse allein genügen nicht mehr - mensch muss es sich auch leisten können. Mit Emanzipation, Persönlichkeitsbildung oder selbstbestimmter Urteilsfähigkeit hat das alles gar nichts mehr zu tun. Was noch gewährt wird, ist eine eingeschränkte Einheits-Fachausbildung.

Der Übergang zu kreditfinanzierten Studiengebühren - entsprechende Modelle liegen bereits vor (4) - hätte noch weit reichendere Folgen. Dann wäre bereits die Studienfachwahl massiv von den späteren Chancen am Arbeitsmarkt beeinflusst. Ein Studium wäre endgültig eine reine Investition in die eigene Arbeitskraft mit hohem Risiko, die später eine entsprechende Rendite abwerfen müsste u.a. um die Gebührenschulden zu bezahlen. Dieser neue Typus des Einzelnen unter den verschärften Konkurrenzbedingungen des neoliberalen Marktes wird in der Soziologie inzwischen als "Arbeitskraftunternehmer" bezeichnet. (5) Gemeint ist damit, dass jegliche Handlung durch Selbstkontrolle daraufhin überprüft wird, ob sie der Verwertbarkeit der eigenen Arbeitskraft nützt.

Gegenseitige Vernetzung und Solidarität

Auch die Hochschulen geraten durch Studiengebühren unter Anpassungsdruck. Da nicht nur die Einnahmen aus Gebühren, sondern auch ein Teil der staatlichen Mittel zukünftig von der Anzahl der Studierenden abhängig sein werden, müssen sie ihr Angebot auf deren Nachfrage ausrichten, die massiv von den Anforderungen des Arbeitsmarkts beeinflusst wird. Studienangebote und -inhalte würden nach und nach den Marktanforderungen angepasst. Auch in der Forschung: Einerseits wäre ein praxis- und arbeitsmarktnahes Forschungsprofil ein guter Werbeträger für potenzielle Studierende, andererseits würde Einwerbung privater Drittmittel, was wiederum höhere staatliche Zuwendungen zur Folge hat, erleichtert. (6)

Mit diesen relativ simpelen marktwirtschaftlichen Steuerungsmechanismen würde sich der Charakter und die Funktion von Hochschulen grundlegend ändern: Von Stätten gemeinschaftlicher Problemlösung im Auftrag der Gesellschaft hin zu KonkurrentInnen bei der Produktion patentfähigen Wissens. Schon 1996 hat BdI-Präsident Henkel deutlich gemacht, nach welchen Kriterien sich Forschung im Neoliberalismus abspielen soll: "... der Markt entscheidet, was innovativ ist." (7)

Die Einführung von Studiengebühren ist nicht die Beseitigung überkommener Privilegien. Sie ist auch deutlich mehr als "nur" ein Angriff auf die Chancengleichheit. Es handelt sich um einen Meilenstein auf dem Weg der Zurichtung sämtlicher individueller und gesellschaftlicher Aktivitäten auf die Anforderungen des Marktes. Die Optimierung der Bedingungen privater Profitmaximierung soll im Mittelpunkt gesellschaftlichen Handelns stehen. Die Umstrukturierungswelle an den Hochschulen, von der die Einführung von Studiengebühren ein wichtiger Teil ist, steht in einer Linie mit dem Abbau von ArbeiternehmerInnenrechten, Kürzungen der Sozialhilfe, Privatisierungen im Gesundheitswesen und unzähligen Dingen mehr. Und es wird nicht der letzte Angriff auf das Bildungssystem sein. Ein Blick in die in vieler Hinsicht als Vorbild dienende USA lässt ahnen, was in nicht allzu ferner Zukunft auf unsere Schulen zukommen wird (8). Noch werden Überlegungen, für die gymnasiale Oberstufe Gebühren zu erheben (9), empört zurückgewiesen - vor nicht allzu langer Zeit galt dies auch noch für Forderungen nach Studiengebühren...

In anderen Staaten laufen ganz ähnliche Prozesse ab - und teilweise sind die Protestbewegungen im Hinblick auf gegenseitige Vernetzung und Solidarität schon erheblich weiter als in Deutschland. So hielten mehrere tausend Studierende in Mexiko-City die größte Universität Lateinamerikas UNAM zehn Monate lang besetzt, bevor die Polizei den Streik gewaltsam beendete (vgl. ak 434 und 435). Die Forderungen der Streikenden gingen weit über den universitären Bereich hinaus. Umgekehrt wurden sie von anderen sozialen Bewegungen tatkräftig unterstützt. Vielleicht erkennen ja auch hier noch linke Gruppen und Gewerkschaften, dass Studiengebühren mindestens die Bildungschancen ihrer Kinder, vor allem aber eine demokratische Entwicklung dieser Gesellschaft bedrohen. Solidarität mit den Studierenden liegt also letztlich im Interesse von uns allen.

Uwe Giffei

Anmerkungen:

1) In Hamburg arbeiteten im Sommersemester 1997 77,4% der Studierenden neben ihrem Studium. 75,8% gaben an, dies sei zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts unbedingt erforderlich. Ausbildungsförderung nach BAföG erhielten nur noch 12,7%. Die vor der Wahl versprochene Strukturreform des BAföG ist inzwischen vom Tisch. Statt dessen ist eine weitere Reparaturnovelle angekündigt, die den Kreis der BAföG-EmpfängerInnen nur geringfügig erweitern wird. Vgl. Studentenwerk Hamburg (Hrsg.): Zur sozialen Lage der Studierenden an den Hamburger Hochschulen im Jahre 1997, Hamburg 1998. Und: Pressemitteilung des BMBF vom 20. Januar 2000.

2) Die Untersuchung hat drei Ergebnisse: 1. Das Lebenseinkommen von AkademikerInnen ist deutlich höher als das der NichtakademikerInnen. Der "Gewinn" des Staates durch höhere Steuerleistungen liegt unterhalb der Kosten eines Studiums. 2. Die Bildungsbeteiligung von Kindern aus Familien mit hohem Einkommen ist wesentlich höher, als die von Kindern aus Familien mit niedrigem Einkommen. Nur noch 8% der Arbeiterkinder besuchen eine Hochschule. 3. Ein Großteil der Steuerlast tragen kleine und mittlere Einkommen durch Lohn- und Konsumsteuern. Diese Ergebnisse deuten tatsächlich auf politischen Handlungsbedarf hin: Die Bildungsbeteiligung der einkommensschwachen Schichten muss dringend erhöht werden. Von Chancengleichheit sind wir derzeit augenscheinlich meilenweit entfernt. Studiengebühren würden diese Situation weiter verschärfen. Und: das Steuersystem ist offensichtlich hochgradig ungerecht. Höhere Einkommen müssen in weit stärkerem Maße zur Finanzierung der öffentlichen Haushalte herangezogen werden.

3) Zum finanziellen Ertrag von Studiengebühren vgl. Bartz, Olaf (1999) in: Forum Wissenschaft 16, Nr. 4, S. 33-36, hier S. 34 f.

4) Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft; Centrum für Hochschulentwicklung (Stifterverband/CHE 1998): Modell für einen Beitrag der Studierenden zur Finanzierung ihrer Hochschulen (Studienbeitragsmodell), Essen und Gütersloh.

5) Vgl. Pongartz, Hans J. und Voß, Günther G. (1998): Der Arbeitskraftunternehmer - Zur Entgrenzung der Ware Arbeitskraft (Vortrag auf dem Kongress für Soziologie, Freiburg).

6) Vgl. Bultmann, Torsten (1998): Chancengleichheit auf Kredit? in: Forum Wissenschaft 15, Nr. 3, S. 51-53. Darin fasst er die Auswirkungen von Studiengebühren zusammen: "Der besondere Pfiff ... besteht also darin, dass es alle Beteiligten zwingt, sich marktkonform zu verhalten ... Dies erfolgt allerdings unter Bedingungen vollständiger formaler Freiheit, d.h. maximaler Abwesenheit äußerlicher Zwänge. Marktkonformität wird tendenziell zum unmittelbaren Bestandteil der Selbstwahrnehmung und Eigenmotivation, zur ‚zweiten Natur` aller beteiligten Individuen ..." (Ebd. S. 53.)

7) Zitiert nach Karsis, R.O.: Der Markt entscheidet, was innovativ ist. BdI fordert marktorientierte Forschung. In: VDI-Nachrichten, 12.7.1996.

8) Vgl. Lohmann, Ingrid (1999): Multimediale Mehrwertproduktion, in : Forum Wissenschaft 16, Nr. 4, S. 9-14.

9) So geschehen in einem Gutachten des Sachverständigenrats Bildung der Hans-Böckler-Stiftung (!). Vgl.: Sachverständigenrat Bildung der Hans-Böckler-Stiftung (1998): Für ein verändertes System der Bildungsfinanzierung (Diskussionspapiere Nr.1), Düsseldorf.

7.6. Bundesweiter Aktionstag gegen Studiengebühren mit Demonstrationen in Berlin, Köln und Stuttgart.

9. Hasta la vista amigos! Mexikanische Studierende auf Rundreise

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:41

Rundreise von VertreterInnen des Allgemeinen Streikrats Consejo General de Huelga (CGH) der Universidad Nacional Autónoma des México (UNAM) durch die BRD

Wie in der letzten ak-Ausgabe berichtet, werden im Mai und Juni zwei VertreterInnen der mexikanischen Studierendenbewegung nach Deutschland kommen. Auf den zahlreichen Veranstaltungen im Bundesgebiet soll es dabei nicht nur um die Proteste an mexikanischen Hochschulen gehen, sondern auch angesichts der Hochschulreformdebatte in der BRD um Ansätze für gemeinsame Perspektiven des Widerstandes. (vgl. ak 437)

Berlin

Sa. 13.5., ab 21.00 Uhr Hasta la vista amig@s!

Soliparty im EX, Gneisenaustr. 2a, Cocktails & Hip-Hop, Ragga, Drum'n Bass

Mi. 17.5., 19.00 Uhr Veranstaltung im Kinosaal, Hauptgebäude Humboldt Uni

Ab 21.30 Uhr Solikonzert mit Ebola und minus1

Potsdam

Sa. 20.5., ab 10.30 Uhr Tagesseminar im Alten Rathaus am Alten Markt

Ab 20.00 Uhr Soliparty in der Fabrik in der Schiffbauergasse hinterm Waschhaus

Bremen

Di. 23.5., 20 Uhr Veranstaltung im Paradox

Mi. 24.5., Uni, auf Aushänge achten

Göttingen

Fr. 26.5., 19.00 Uhr Veranstaltung im ZHG Saal 001, Platz der Göttinger Sieben

Hannover

Mo. 29.5., 19.00 Uhr Veranstaltung im Elchkeller in der Uni, Schneiderberg 50

Hamburg

Di. 30.5, 19.00 Uhr Veranstaltung im Uni-Hauptgebäude, Edmund-Siemers-Allee, Hörsaal H

Wuppertal

Fr. 2.6.- Sa. 3.6., Veranstaltung auf dem JungdemokratInnen Spektakel in Wuppertal, Haus der Jugend Eberfeld

Münster

Mo. 5.6., 19.30 Uhr Veranstaltung im Schloss, Hindenburgplatz

Köln

Di. 7.6., 19.30 Uhr Veranstaltung im British Council, Hannenstr. 6

ab 21.00 Uhr Soliparty im Unicum, Unistr.16, (5.-DM Eintritt)

Bochum

Do. 8.6., 19.00 Uhr Veranstaltung im Kulturcafé, Ruhruni, anschließend Soliparty mit Drum n' Bass & House

Düsseldorf

Fr. 9.6., 14.00 Uhr Veranstaltung im Hörsaal 3 H (Gebäude 23.21), Heinrich Heine Uni, Universitätsstr. 1

Fr. 9.6., 19.30 Uhr Veranstaltung im Café Modigliani, Wissmannstr. 6 am Friedrichsplätzchen

Soliparty, auf Ankündigungen achten

Wiesbaden/Mainz

So. 11.6 - Di. 13.6., auf Ankündigungen achten

Frankfurt/Main

Do. 15.6., 20 Uhr Veranstaltung im BCN-Café, FH, Nibelungenplatz

Kaiserslautern

Fr. 16.6., 20 Uhr Veranstaltung im Kramladen, Uni Kaiserslautern (Keller Gebäude)

Sa. 17.6., Soliparty ab 21 Uhr auch im Kramladen

Erlangen

Mo. 19.6., Veranstaltung Uni Erlangen, auf Ankündigungen achten

München

Di. 20.6., 19.00 Uhr, Veranstaltung in der Uni - Kleine Aula

Stuttgart

Do. 22.6., 19.30 Uhr Veranstaltung im baz110, Ludwigstr. 110a

Bielefeld

Fr. 23.6., 20 Uhr Veranstaltung im Murnausaal, Ravensberger Park 1 (zwischen Heeper Str. und Bleichstr.)

Freiburg

Di. 27.6., 20 Uhr Veranstaltung in der KTS

10. International gegen Neoliberalismus

Autor: fzs · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Mexiko · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:32

Ende April fand in Mexiko auf Einladung des Generellen Streikrates (CGH) der Universität Mexiko UNAM das erste internationale Treffen von StudentInnen aus aller Welt gegen das "Neoliberale Projekt und in Verteidigung von freier, kostenloser und öffentlicher Bildung" statt. Einen Überblick über dieses Treffen gibt die folgende Presseerklärung des freien zusammenschluß von studentInnenschaften (fzs), dem Dachverband von zur Zeit 63 ASten, USten und StudentInnenräten an Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen.

Über 1.200 TeilnehmerInnen aus 16 verschiedenen Ländern Lateinamerikas, Nordamerikas und Europas und aus 20 Bundesstaaten Mexikos versammelten sich zunächst in Mexiko Stadt vor der UNAM und später in El Mexe, Hidalgo, um über gemeinsame Ziele, Strategien und Aktionen zu diskutieren und zu beraten.

Kerry Sailer, Vorstandsmitglied im freien zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) nahm an dem Treffen teil und berichtet über die Notwendigkeit einer koordinierten Zusammenarbeit unter StudentInnen:

"Das Treffen zeigte deutlich die Notwendigkeit einer internationalen studentischen Kooperation. Wir wissen viel zu wenig über die Situation an anderen Hochschulen und in anderen Ländern. Leider sehen sich StudentInnen weltweit mit denselben Phänomenen der Privatisierung von Bildung und den Auswirkungen neoliberaler Politik konfrontiert. Diese Phänomene können nur gemeinsam bekämpft werden. Die mexikanische Bewegung des CGH, die über 10 Monate erfolgreich gestreikt hat und immer noch in die mexikanische Politik interveniert, lehrt uns, wie Protest aussehen kann: in einen gesellschaftlichen Kontext gestellt, verknüpft mit Forderungen und Kämpfen von anderen sozialen Gruppen und demokratisch organisiert", erklärte Kerry Sailer die Lage vor Ort.

Das Treffen wurde überschattet von den Versuchen der mexikanischen Regierung und des Rektors der UNAM, Juan Ramón de la Fuente, das Treffen unmöglich zu machen oder wenigstens zu behindern. So wurde die UNAM über die Osterferien, als keine Vorlesungen stattfanden und die Räumlichkeiten für das internationale Treffen genutzt werden sollten, mit Genehmigung Fuentes durch die Militärkräfte der PFP (föderale präventive Polizei) besetzt. Daraufhin wichen die StudentInnen nach El Mexe in eine LehrerInnenschule aus.

In den fünftägigen Diskussionen konnten sich die anwesenden StudentInnen nicht nur über die Situation in Mexiko informieren und austauschen, sondern auch einen Plan für ein zukünftiges Netzwerk schmieden.

Netzwerk gegen Privatisierung von Bildung

Die Abschlusserklärung des Treffens, die am letzten Abend vor dem Rektoratsgebäude der UNAM in sechs verschiedenen Sprachen verlesen wurde, enthält folgende Grundsätze:

- Die Gründung eines internationalen studentischen Netzwerkes zur Organisation, Information und gemeinsamen Aktionsplanung. Das Netzwerk soll studentische Gruppen verbinden, die demokratisch arbeiten, unabhängig von Regierungen oder politischen Regimes sind und sich den Grundsätzen verpflichtet fühlen.

- Die eindeutige Ablehnung von Internationalem Währungsfond, Weltbank, der OECD und allen Regierungen, die diese neoliberale Politik durchführen oder propagieren.

- Freie, kostenlose und öffentliche Bildung für alle.

- Die Erhöhung der Ausgaben für Bildung auf mindestens 12 % des Bruttosozialprodukts jedes Landes.

- Die Demokratisierung der Hochschulen und aller ihrer Institutionen.

- Das Überdenken und die Neudefinition der Rolle der Hochschulen in einer Gesellschaft und die aktive Förderung der Geistes- und Sozialwissenschaften.

- Die Verknüpfung der studentischen Forderungen und Kämpfe mit denen anderer sozialer Gruppen, wie der ArbeiterInnen, der Bauern und Bäuerinnen, der indigenen Bevölkerungsgruppen und der MigrantInnen.

- Die sofortige Freilassung der politischen Gefangenen, der StudentInnen der UNAM und überall auf der Welt.

- Die Ablehnung der Politik der Europäischen Kommission in Brüssel, die im Namen der Harmonisierung von Bildungssystemen die Anpassung an und Unterwerfung unter das amerikanische Modell von Bildung forciert, in dem Hochschulen nur mehr Unternehmen sind, die nach Angebot und Nachfrage in rein kapitalistischer Verwertung die Ware Bildung verkaufen.

Das zweite internationale Treffen der StudentInnen weltweit gegen neoliberale Politik und für freie, kostenlose und öffentliche Bildung soll im April 2001 im kanadischen Quebec stattfinden. Bis dahin werden weitere Planungen für gemeinsame Aktionen, für einen intensivierten Informationsaustausch und vermehrte Koordination laufen.

"Das Treffen in Mexiko hat einen Grundstein dafür gelegt, dass in Zukunft auf der Basis eines losen Netzwerkes gemeinsam gegen die Privatisierung von Bildung und gegen neoliberale Politik gekämpft werden kann, eine Auseinandersetzung, die uns in Deutschland mit der drohenden Einführung von Studiengebühren momentan sehr stark betrifft", stellt Kerry Sailer abschließend fest.

fzs

11. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Wegen RZ-Vorwürfen Verhaftete in den Fallstricken der BAW

Wegen RZ-Vorwürfen Verhaftete in den Fängen der BAW

Autor: mb. · Rubrik: Klassenjustiz, § 129a · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:40

Jahre nachdem das Kapitel bewaffneter linker Politik in der Bundesrepublik von den jeweiligen Akteuren selbst ad acta gelegt wurde, holt die Bundesanwaltschaft (BAW) erneut zum Schlag aus. Mit den Verhaftungen am 19. Dezember 1999 in Berlin und Frankfurt, den Festnahmen von zwei angeblichen RZ-Mitgliedern in Frankreich und dem Frankfurter Verfahren gegen Hans Joachim Klein und Rudolf Schindler soll nun das Kapitel Revolutionäre Zellen (RZ) juristisch und dadurch vermittelt (staats-)politisch abgeschlossen werden.

Am 19. Dezember letzten Jahres initiierten BAW, Bundeskriminalamt (BKA) und der polizeiliche Staatsschutz unter Zuhilfenahme der "Anti-Terror-Einheit" GSG 9 und der Berliner Polizei ein polizeiliches Großereignis, das wohl nicht ungewollt an die groß angelegten Fahndungsmaßnahmen gegen "Terroristen" in den 70er und 80er Jahren erinnern sollte. Insgesamt 1.000 Staatsbedienstete in den unterschiedlichsten Funktionen beteiligten sich an der Durchsuchung des Berliner Alternativzentrums Mehringhof - bei dem ein Sachschaden von rund 100.000 DM entstand - und der Verhaftung von Axel H. und Harald G. in Berlin sowie der Festnahme von Sabine E. in Frankfurt/Main.

Die Aktion vom 19. Dezember in Berlin und die Verhaftung der drei war nicht der Beginn und auch nicht der Schlusspunkt des aktuellen staatlichen Versuchs, von dieser Seite aus mit den RZ abzurechnen - aber es war wohl der spektakulärste.

In Sachen RZ konnte die BAW bislang wenig vorweisen. Viermal wurden seit Bestehen der RZ und der Roten Zora Verfahren wegen angeblicher Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation nach §129a durchgeführt. 1977 gegen Gerd Albartus und Enno Schwalbe; 1978 gegen Rudolf Raabe; 1980 gegen Hermann Feiling, Sybille Straub und Sylvia Herzinger und 1989 gegen Ingrid Strobl.

Eine miese Geschichte von Anfang an

Anfang 1977 wurden Gerd Albartus und Enno Schwalbe verhaftet; ihnen wurde vorgeworfen, einen missglückten Anschlag auf ein Kino in Aachen verübt zu haben, in dem der Film "Unternehmen Entebbe" gezeigt wurde. Eine Verurteilung der beiden war nur mit Hilfe des 1978 bei einer Bombenexplosion schwer verletzten Hermann Feiling möglich. Feiling wurde, obwohl er vernehmungsunfähig war und unter dem Einfluss starker Medikamente stand, viereinhalb Monate völlig von der Außenwelt abgeschottet und verhört. In diesen "Aussagen" tauchten auch die Namen von Rudolf Schindler, der seit Oktober 1999 in U-Haft sitzt, und Sabine E., die am 19. Dezember in Frankfurt/Main festgenommen wurde, auf. Beide entzogen sich damals weiterer Verfolgung, indem sie von der Bildfläche verschwanden. Beide kehrten allerdings später wieder nach Frankfurt zurück.

Das "Belastungsmaterial", das durch die illegale Befragung des schwer verletzten Feiling zu Stande kam, war 1978 auch die Grundlage für den Versuch, einen Prozess gegen Rudolf Raabe zu eröffnen, der sich dieser Prozedur jedoch durch Flucht ins Ausland entzog. 1982 stellte Raabe sich allerdings den bundesdeutschen Strafverfolgungsbehörden. Im anschließenden Prozess wurde er von allen Anklagepunkten freigesprochen - lediglich wegen Urkundenfälschung wurde er zu einer Geldstrafe verurteilt. Das Verfahren gegen Hermann Feiling wurde während des Prozesses, der 1980 begann, eingestellt. Sybille Straub wurde auf Grund der illegalen Vernehmungsprotokolle zu 15 Monaten auf Bewährung verurteilt. Sylvia Herzinger wurde freigesprochen.

Nach groß angelegten Razzien und Fahndungen wurden am 18.12.1987 Ingrid Strobl und Ulla Penselin verhaftet, denen die Mitgliedschaft bzw. die Unterstützung der Revolutionären Zellen/Roten Zora vorgeworfen wurde. Eine breite Solidaritätskampagne machte damals die abenteuerlichen Konstrukte der Bundesstaatsanwaltschaft immer wieder öffentlich und half der Verteidigung, die Ankläger in Argumentationsschwierigkeiten und Beweisnot zu bringen, so dass der Vorwurf nach §129a fallen gelassen werden musste. Trotzdem wurde Ingrid Strobl mit fadenscheinigen Beweisen, die ihr den Kauf eines Weckers

nachweisen sollten, der später für einen Anschlag benutzt worden sein sollte, 1990 zu drei Jahren Haft verurteilt.

Acht Jahre nach der Selbstauflösung der RZ glaubt die BAW nun den ganz großen Schlag gegen die Revolutionären Zellen/Rote Zora gelandet zu haben. Maßgeblich dazu beigetragen hat Hans-Joachim Klein, der im September 1998 in Frankreich festgenommen und im Mai vergangenen Jahres nach Deutschland ausgeliefert wurde. Klein war Ende der siebziger Jahre aus den RZ ausgestiegen und dann später mit Hilfe von Daniel Cohn-Bendit und anderen aus dem Umfeld der Frankfurter Gruppe Revolutionärer Kampf in Frankreich untergetaucht.

Berlin, Frankfurt, Paris

Zuvor allerdings war er an der Besetzung der OPEC-Konferenz in Wien im Dezember 1975 beteiligt. Für die Aktion, bei der drei Geiseln getötet wurden, zeichnete ein palästinensisches Kommando verantwortlich. Klein wurde bei der Schießerei verwundet, konnte aber gemeinsam mit dem Kommando ausreisen. Kaum war Klein im Frühjahr 1999 an die deutschen Behörden ausgeliefert, machte er angesichts des Vorwurfes des dreifachen Mordes umfangreiche Aussagen. Dabei beschuldigte er Rudolf Schindler, er habe 1975 die "Örtlichkeiten" ausgespäht und "konspirative Wohungen" für das Kommando angemietet. (Spiegel, 28.2.2000) Daraufhin wurde Schindler im Oktober verhaftet, im November wurde gegen ihn in Frankfurt/Main Anklage wegen "Beihilfe zum Mord" erhoben. Allerdings gibt es gehörige Widersprüche und Ungereimtheiten in den Aussagen Kleins. So gab Klein einen Decknamen von Schindler an, der nach Aktenlage und Zeugenaussagen in anderen Verfahren eindeutig einer anderen Person zugeordnet ist. Der Anwalt von Schindler, Hans Wolfgang Euler, kritisiert die Ermittlungsbehörden deshalb massiv: "Eine solche Form der Nicht-Vernehmung wie bei Klein, ohne einen ernsthaften Vorhalt von Widersprüchen, habe ich bislang noch nicht erlebt." (ebd.)

Fast einen Monat nach den Verhaftungen in Berlin und Frankfurt/Main, am 16. Januar diesen Jahres, wurden in Paris Sonja Suder und Christian Gauger festgenommen. Beide waren seit 1978 - dem Zeitpunkt der Feiling-Aussagen - abgetaucht. Auf die Spur der beiden kamen die deutschen Behörden angeblich durch Besucher aus Deutschland. Die Haftbefehle beziehen sich auf zwei Sprengstoffanschläge 1977 in Nürnberg und Frankenthal und einen Brandanschlag auf das Heidelberger Schloss im Jahr 1978. Sudner wird darüber hinaus beschuldigt, den Überfall auf die OPEC-Konferenz mit vorbereitet zu haben. Der Vorwurf der Mitgleidschaft in den RZ wurde wegen Verjährung fallen gelassen.

Diese Vorwürfe sind anscheinend nicht so stichhaltig, wie die verfolgungswütigen deutschen Staatsschutzbehörden glauben machen wollen. Die deutsche Seite hatte wegen Mordes, Mordversuches und Brandstiftung die Auslieferung von Suder und Gauger beantragt, allerdings wurden beide Ende März gegen eine minimale Kaution von rund 3.000 DM aus dem Knast entlassen. Die Aussagen von Klein reichten den französischen Behörden nicht aus, um die beiden weiterhin in Haft zu halten, bis über das Auslieferungsgesuch entscheiden ist. Für die deutschen Ermittlungsbehörden dürfte die Entlassung von Suder und Gauger ein Schlag ins Gesicht sein, ist die Entscheidung des französischen Gerichts doch ein deutlicher Hinweis darauf, auf welch schwachen Füssen ihre Anklage steht.

Gehen die Vorwürfen gegen Suder, Gauger und Schindler (zumindest teilweise) auf Aussagen von Hans-Joachim Klein zurück, so sind die Festnahmen von Axel H., Harald G. und Sabine E. am 19. Dezember Ergebnis der "Aussagefreudigkeit" von Tarek Mousli. Tarek Mousli ging der BAW im Frühjahr 1999 ins Netz. Er wurde im Mai wegen zeitweiliger Unterstützung der RZ im Jahre 1995 verhaftet, kam aber bald darauf frei. Im November wurde er erneut in Untersuchungshaft genommen. Die BAW feierte damals die Verhaftung als vollen Erfolg. Ihrer Ansicht nach seien nun die RZ-Aktionen von 1986/87 in Berlin aufgeklärt, hätte man mit Tarek Mousli doch dem mutmaßlichen "Rädelsführer" der RZ habhaft werden können. (Berliner Zeitung, 24.11.99) Im Anschluss daran hat Tarek Mousli weit reichende Aussagen gemacht.

Jedenfalls beruhen die Beschuldigungen gegen Axel H., Harald G. und Sabine E. - so weit bislang bekannt - ausschließlich auf den Anschuldigungen von Mousli. Axel H., Harald G. und Sabine E. werden verdächtigt, seit Mitte der 80er Jahre Mitglieder der RZ gewesen zu sein. Axel H. soll im Mehringhof ein Waffen- und Sprengstoffdepot der RZ betreut haben. Zusammen mit Harald G. - so die BAW - habe er einem "Koordinierungsausschuss" angehört, der Gelder an legale und illegale Gruppen verteilt habe.

Axel H., Harald G. und Sabine E. sollen zudem an RZ-Aktionen gegen die bundesdeutsche Asyl- und Flüchtlingspolitik in den Jahren 80er Jahren beteiligt gewesen sein. Konkret wird ihnen ein Sprengstoffanschlag auf die "Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber" (ZSA) in Berlin am 6. Februar 1987 angelastet. Axel H. soll außerdem noch an einem Sprengstoffanschlag auf die Berliner Siegessäule im Januar 1991 beteiligt gewesen sein.

Vorgeworfen werden Harald G. und Sabine E. zusätzlich die Beteiligung an dem Knieschuss-Anschlag auf den damaligen Vorsitzenden Richter am Bundesverwaltungsgericht, Günter Korbmacher, im Oktober 1987. Sabine E. wird weiterhin vorgeworfen, am Anschlag auf den ehemaligen Leiter der Berliner Ausländerbehörde, Harald Hollenberger, im Oktober 1986 teilgenommen zu haben.

Diese beiden letzten Vorwürfe sind zwar schon verjährt, zeigten aber "die Gefährlichkeit der terroristischen Vereinigung ‚RZ`", so die BAW in ihrer Pressemitteilung vom 19.12.99, und werden deshalb absehbar auch Gegenstand der Verhandlungen vor Gericht sein. Nicht verjährt sind allerdings die Vorwürfe der Mitgliedschaft in den RZ, die Beteiligung an Sprengstoffanschlägen bzw. der unerlaubte Besitz von Sprengstoff.

loose talk kills

Mit Tarek Mousli, der in den 80er Jahren kein Unbekannter in der Westberliner autonomen Szene war, hat die BAW einen Glücksgriff gemacht. Nicht nur dass Mousli aus dieser Zeit viele Menschen und Zusammenhänge kennt, die angesichts des Verfolgungswillen der BAW unabhängig von ihrem Wahrheitsgehalt allemal für Verdächtigungen und absurde Konstruktionen gut sind, auch erweist er sich als unermüdliche Plaudertasche. Zumindest bis Ende April - also 24 Wochen lang - dauerten seine Vernehmungen an. Auf seine Aussagen geht dabei der zweite Haftbefehl gegen Rudolf Schindler zurück, der nach den Verhaftungen am 19. Dezember gegen ihn erlassen wurde. Angeblich soll Schindler auch an den RZ-Aktionen in der 80er Jahren in Berlin beteiligt gewesen sein. Schon werden auch Sonja Suder und Christian Gauger mit den beiden Knieschuss-Attentaten in Berlin in Zusammenhang gebracht. Mittlerweile haben die Aussagen von Mousli zu einer weiteren Hausdurchsuchung und einer weiteren Verhaftung in Berlin geführt.

Auch wenn zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht klar ist, ob Tarek Mousli in den Genuss der Kronzeugenregelung gelangt, die am 31.12.1999 ausgelaufen ist, an seiner Rolle als Zeuge der Anklage ändert das nichts. Auch unterhalb des Kronzeugenstatus hält das herrschende Recht für Leute, die angebliches Tatwissen und angebliche Mittäter preisgeben, genügend Vergünstigungen vor. Was die Glaubwürdigkeit solcher Aussagen anbelangt, so müssen sie immer in Bezug gesetzt werden zu den Vergünstigungen, die diese Zeugen von der staatlichen Seite erhalten. Wie die erfolglose Durchsuchung des Mehringhofs nach dem Sprengstoffdepot der RZ, das dort nach Aussagen von Mousli sein sollte, beweist, ist es mit seiner Glaubwürdigkeit nicht weit her. Darüber hinaus sind alle Diskussionen über die Motive von Tarek Mouslis Aussagefreudigkeit reine Spekulation. Bislang haben nicht einmal die RechtsanwältInnen der von Mousli Belasteten volle Akteneinsicht. Es ist davon auszugehen, dass sich die BAW bislang bei ihrem Vorgehen nur auf diese Aussagen stützen kann, handfeste Belege für ihre Vorwürfe gegen die Gefangenen sind zur Zeit jedenfalls nicht bekannt.

In einer solchen Situation sollte man nicht mit Spekulationen hausieren gehen. Zu groß ist die Gefahr, dass man dabei das Geschäft der Staatsschutzbehörden gleich miterledigt. Dort dürfte man momentan eifrig damit beschäftigt sein, mit allen Informationen, derer man habhaft werden kann, Bezüge herzustellen und Verbindungen zu konstruieren, um so die Aussagen von Mousli untermauern zu können. Dass Ex-Militante, die selbst eine jahrelange U-Haft hinter sich haben, in einer solchen Situation glauben, Fotos von RZ-Parolen den Gefangenen zur Aufmunterung in den Knast schicken zu müssen, ist unglaublich und den Gefangenen gegenüber verantwortungslos.

mb.

Veranstaltung:

"we kehr for you - gegen Repressions und Staatsschutzmüll"

Berlin, 6.6. 19 Uhr, KATO

am U-Bahnhof Schlesisches Tor

In Berlin hat sich ein Bündnis für die Freilassung von Axel, Harald und Sabine zusammengefunden. Kontakt über: Soli-Büro im Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, Mo. 16-19h, Tel. 030 - 6938318. Dort kann auch die Kampagnenzeitung Zitronenfalter. Für die Freilassung der wegen RZ-Vorwürfe Verhafteten bestellt werden. Aktuelle Informationen gibt es unter: www.freilassung.de .

12. Montenegro im Schwebezustand. Das Land balanciert zwischen Krieg und Frieden

Autor: Gerhard Piper · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Jugoslawien / Ex-Jugoslawien · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:05

Es ist schon Mai, und in Montenegro ist immer noch Frieden. Diese gute Nachricht mag überraschen, denn bereits vor Wochen hatten die Medien die erneute Kriegsgefahr in Ex-Jugoslawien beschworen. Fast schien es so, dass durch diese nervöse Berichterstattung ein Krieg erst herbeigeredet werden könnte - im Sinne einer sich selbst erfüllenden Voraussage. Dabei ist die Warnung vor einem Konflikt berechtigt. Schon während des Kosovokrieges wurde wiederholt die Befürchtung geäußert, die bewaffnete Konfrontation könnte sich auf Montenegro und andere Nachbarstaaten ausweiten.

Nach den bewaffneten Konflikten gegen Slowenien, Kroatien und Bosnien sowie dem Kosovo hätte Slobodan Milosevic sicherlich noch immer die Mittel zu einer weiteren Aggression. Aber der serbische Diktator erwies sich auch diesmal wieder als unberechenbar: Bisher hat er nicht angegriffen. Vielmehr gab sich dieser schlaue Fuchs scheinbar gelassen: "Wenn die Einwohner von Montenegro sich entscheiden, ein Leben außerhalb von Jugoslawien sei besser, dann haben sie das Recht ein solches Leben zu wählen. Wenn aber die Einwohner von Montenegro denken, ein Leben innerhalb Jugoslawiens sei die optimale Lösung, dann sollten sie dabei bleiben." (1) Wer allerdings das "Heft des Handelns" allein beim serbischen Präsidenten angesiedelt sieht, legt die Verantwortlichkeiten für jedwede weitere Eskalation von vornherein einseitig fest.

Seit zehn Jahren dauert der blutige Zerfallsprozess der alten sozialistischen Republik Jugoslawiens an. Die beiden verbleibenden Teilrepubliken Serbien und Montenegro gründeten am 22.2.1992 die Bundesrepublik Jugoslawien. Unter den Montenegrinern sprach sich damals eine Mehrheit von rund sechzig Prozent für einen staatlichen Zusammenschluss mit Serbien aus. Ein Grund für die heutigen Spannungen ist, dass dieser Zusammenschluss von vornherein ein Bündnis zwischen ungleichen Partnern war. Montenegro stellt mit seinen 615.000 Einwohnern nur sechs Prozent der Gesamtbevölkerung und nur fünfzehn Prozent der Fläche. Obwohl die Montenegriner in den bundesstaatlichen Gremien proportional zur Einwohnerzahl überrepräsentiert waren, konnte diese scheinbare Privilegierung das tatsächliche Ungleichgewicht nie ausgleichen.

Bruch der Bundesrepublik

Zum einem ersten Bruch kam es im Jahre 1997, als sich in Montenegro Präsident Momir Bulatovic mit seinem Parteifreund Ministerpräsident Milo Djukanovic überwarf. Bei den Präsidentschaftswahlen am 5.10.1997 wurde der Machtkampf zu Gunsten Djukanovic entschieden, Bulatovic schied aus der Demokratischen Partei der Sozialisten (DPS) aus und gründete mit seinen Anhängern die Sozialistische Volkspartei (SNP). Indem sich der serbische Präsident Slobodan Milosevic auf die Seite von Bulatovic stellte, führte der Konflikt schließlich zum politischen Bruch zwischen Montenegro und Serbien.

Bulatovic, der ja gerade die Präsidentschaftswahlen in Montenegro verloren hatte, stieg mit Hilfe von Milosevic am 21.5.1998 zum Ministerpräsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien auf. (2) Daraufhin brach die montenegrinische Regierung im August 1998 die politischen Beziehungen zur jugoslawisch-serbischen Regierung in Belgrad ab. Seitdem existiert die "Bundesrepublik Jugoslawien" nur noch auf dem Papier.

Seit dem Ende des Kosovokrieges im Juni 1999 versucht die Regierung in Podgorica zu einer friedlichen Regelung mit der Bundesregierung im Belgrad zu kommen, um von ihrem Recht auf Selbstbestimmung Gebrauch machen zu können. So hatte die montenegrinische Führung am 5.8.1999 der Bundesregierung in Belgrad Vorschläge zur konstitutionellen Neuregelung der föderalen Strukturen gemacht. Diese sogenannte Plattform sieht eine weitgehende Autonomie Montenegros innerhalb des jugoslawischen Staates vor. "Verbund Montenegros und Serbiens" sollte diese neue Konföderation heißen.

Armee gegen Polizei

Allerdings verband der montenegrinische Präsident Djukanovic sein Angebot mit einer politischen Drohung. Wenn die Führung in Belgrad seinen Gesprächsvorschlag ablehne, werde er ein Volksreferendum über die Unabhängigkeit Montenegros durchführen. Aber bisher traute sich die montenegrinische Regierung noch nicht,

ihre eigene Ankündigung wahr zu machen. Ein Referendum über die Unabhängigkeit wäre für das Regime in Belgrad der "Casus Belli" Nachdem dieses erst Ende Februar auf unbestimmte Zeit verschoben worden war, kündigte der montenegrinische Wirtschaftsminister Vojin Djukanovic am 3. April 2000 an, dass das Referendum "so früh wie der Frühling" stattfinden solle.

Will die montenegrinische Bevölkerung überhaupt die von ihrer Regierung angestrebte Unabhängigkeit? Tatsächlich sprachen sich in einer aktuellen Meinungsumfrage nur 47 Prozent der Bevölkerung dafür aus, darunter moslemische und albanische Bevölkerungskreise, deren Vertreter von Djukanovic in seine Regierung aufgenommen wurden. Immerhin 37 Prozent der Bevölkerung, Anhänger der serbisch-orthodoxen Kirche, lehnen jedoch eine Abspaltung von Jugoslawien explizit ab. (New York Times, 28.3.2000)

Die politischen Spannungen zwischen Serbien und Montenegro werden durch das ökonomische Zerwürfnis untermauert. Am 2. November 1999 führte die montenegrinische Regierung die D-Mark zusätzlich zum jugoslawischen Dinar als offizielles Zahlungsmittel ein. Sämtliche Staatsbediensteten werden seitdem in D-Mark ausgezahlt. Ein Wechselkursmechanismus wurde zwischen beiden Währungen festgelegt. Gleichzeitig wurde der Preis für Benzin um 21 Prozent erhöht. Mit diesen Schritten folgte die montenegrinische Regierung den Empfehlungen ihres amerikanischen Wirtschaftsberaters Steve Hanke. Momcilo Vucetic, Parlamentsabgeordneter der sozialistischen Partei, nannte die Einführung einer Parallelwährung in Montenegro "einen typisch-separatistischen Akt".

Die montenegrinische Regierung hat ihre berechtigten Interessen an einer ökonomischen Abkopplung von Serbien. Zum einen hat sie seit dem politischen Zerwürfnis mit der Regierung in Belgrad keinen Einfluss mehr auf die Finanzpolitik der jugoslawischen Zentralbank. Der zweite Grund lieg im Niedergang der jugoslawischen Wirtschaft in Folge der Zerstörungen durch die NATO-Luftangriffe und durch das internationale Embargo. Die EU schätzt die Kosten allein für den Wiederaufbau im Kosovo auf 70 Mrd. DM. Demgegenüber nimmt sich die internationale Balkanhilfe bescheiden aus. Außerdem wird Serbien von allen Hilfsleistungen grundsätzlich ausgeschlossen.

Auch tiefer liegende, ideologische Gründe sind für die ökonomische Abspaltung Montenegros ausschlaggebend. Die alte sozialistische Planwirtschaft soll überwunden und der eigene Markt für dringend benötigte Auslandsinvestitionen geöffnet werden. Dazu wurde ein Programm zur Privatisierung der bisherigen Staatsunternehmen eingeleitet. Langfristig wird eine Aufnahme in die Europäische Union angestrebt. Aber fraglich ist, ob ein unabhängiges Montenegro überhaupt ökonomisch überlebensfähig wäre. Zur Zeit beträgt die dortige Arbeitslosenquote 80 Prozent. (Washington Times, 2.11.99)

Die Nationalbank in Belgrad reagierte auf den montenegrinischen Schritt damit, dass sie zunächst sämtliche Finanztransaktionen zwischen Serbien und Montenegro verbat. Seit dem 6. März 2000 haben serbische Polizeikräfte die Grenze für jeglichen Güterverkehr gesperrt. Durch diese drastische Maßnahme versucht die Regierung in Belgrad, die Montenegriner quasi auszuhungern. Für teurere Lebensmittelimporte aus dem westlichen Ausland stellte die US-Regierung 70 Millionen DM Soforthilfe bereit. (FAZ, 9.11.99)

Ein bewaffneter Konflikt zwischen Serbien und Montenegro wäre ein Bürgerkrieg. In Montenegro ist die Zweite Armee des jugoslawischen Heeres mit bis zu 15.000 Soldaten stationiert. Als zu Beginn des Kosovokrieges deren Kommandeur General Radosav Martinovic durch General Milograd Obradovic ersetzt wurde, sahen viele darin ein Vorzeichen für einen von Belgrad organisierten Umsturz. Erstmals wurden damals Befürchtungen laut, dass es bei Ausdehnung des Konfliktes zu Kämpfen zwischen Montenegrinern und Serben kommen können. Dies wäre ein ungleicher Kampf. Montenegro ist auf einen Krieg gegen Serbien allein schon deswegen schlecht vorbereitet, weil es über keine eigene Armee verfügt. Da ein einzelner Staat nicht zwei verschiedene Streitkräfte unterhalten kann, baute die montenegrinische Regierung ihre Polizei zu einem paramilitärischen Ersatzheer aus. Die Zahl der Polizisten wurde im Frühjahr 1999 vorsichtshalber von 10.000 auf 15.000 Mann erhöht.

Dies wiederum veranlasste die Bundesregierung in Belgrad dazu, einen Teil der Militäreinheiten, die aus dem Kosovo abgezogen werden mussten, ausgerechnet nach Montenegro zu verlegen. Außerdem sollen in den letzten Monaten rund 2.000 serbische Freischärler von Kosovo nach Montenegro eingesickert sein. (Washington Times, 2.11.99) So blieb es nicht nur beim propagandistischen "Krieg der Worte"; vielmehr versuchten beide Seiten sich durch eigene Mobilmachungsanstrengungen in eine militärisch günstigere

Ausgangslage zu bringen. Zusätzlich versuchte die montenegrinische Regierung, die auf ihrem Territorium stationierten jugoslawischen Soldaten auf ihre Seite zu ziehen, indem sie ihnen ihren Sold in konvertibler Währung (D-Mark) auszahlt. Frühere Generäle der jugoslawischen Streitkräfte wurden von der montenegrinischen Regierung als Militärberater angeworben, darunter der ehemalige Armeechef Radoslav Martinovic und der einstige Geheimdienstchef Nedjeljko Boskovic.

Marschbefehl für die Bundeswehr?

Zu einem ernsten Zwischenfall kam es am 9.12.1999, als die Belgrader Regierung den Flughafen der montenegrinischen Hauptstadt Podgorica durch jugoslawische Soldaten besetzen ließ, um zu verhindern, dass montenegrinische Polizei auf dem Airportgelände einen eigenen Hangar errichtet. Die jugoslawische Regierung gab zur Begründung an, sie wolle damit einer Enteignung "ihres" Flughafens zuvorkommen.

Manche Beobachter weisen darauf hin, Milosevic könnte einen Konflikt mit Montenegro provozieren, um seine schwindende Machtposition in Serbien zu stabilisieren. Nach einer aktuellen Meinungsumfrage sind zwei Drittel aller Serben mit der Amtsführung von Slobodan Milosevic unzufrieden. Die Führung in Belgrad verschärft zur Zeit ihre Repressalien gegen oppositionelle Medien. Gleichzeitig wurde durch eine Wahlrechtsrechtsnovelle vom April 2000 zukünftig die ethnischen Minderheiten in der Länderkammer kaum mehr repräsentiert sein.

Die NATO hatte schon auf ihrem Geburtstagsgipfel in Washington am 23. April 1999 eine "starke Unterstützung" für die sogenannte Demokratiebewegung in Montenegro fest versprochen. Auf eine mögliche Abspaltung von Jugoslawien reagieren die USA und ihre westeuropäischen Regierungen eher ablehnend. Eine andere Frage ist, wie sich die NATO im Falle eines jugoslawisch-serbischen Angriffes auf Montenegro verhalten wird. Der damalige Oberbefehlshaber General Wesley Clark erklärte hierzu höchst ambivalent: "NATO will do or not do the things it needs to do or not do." (Reuters, 13.3.2000)

Um eine serbische Militäraktion gegen die montenegrinische Regierung abzuschrecken, könnte die NATO theoretisch Militäreinheiten an der Grenze zu Montenegro konzentrieren. Dies kommt real nicht in Frage, weil gerade durch eine solche Massierung von Truppenteilen erst eine jugoslawische Präventivaktion provoziert werden könnte. In Berlin ließ Christoph Zöpel, Staatsminister im Auswärtigen Amt, offen, ob die NATO gegebenenfalls erneut Krieg gegen Serbien führen solle: "Diese hypothetische Frage kann losgelöst von den konkreten Umständen nicht beantwortet werden." (3) Der jugoslawische Journalist Andrej Ivanji kommentierte die bisher verhaltenen Beistandsbekundungen der NATO mit folgenden Worten: "Nach den Erfahrungen der Kosovo-Albaner fürchten die Montenegriner nichts mehr als einen Schutz der Nato." (4)

Gerhard Piper

Der Autor ist Redakteur der antimilitarismus information (ami), Berlin.

Anmerkungen:

1) Justin Raimondo, Behind the Headlines, 7.1.2000

2) Andrej Ivanji, Montenegro fürchtet nur den Schutz der NATO, in: Thomas Schmid, Krieg im Kosovo, Hamburg 1999

3) Christoph Zöpel, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU - Politische Entwicklungen in Montenegro, BT-Drucksache Nr 14/1748

4) Andrej Ivanji, Montenegro fürchtet nur den Schutz der NATO, in: Thomas Schmid, Krieg im Kosovo, Hamburg 1999

Des Weiteren wurde auf Quellen vom Institute for War & Peace Reporting (www.iwpr.net) und Radio B2-92, FreeB92 News (www. freev92.net) zurückgegriffen.

13. Chile: Neue sozialistische Regierung?

Autor: Sandra Grüninger · Rubrik: Chile · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:35

Ein vollkommen überlastetes öffentliches Gesundheitsnetz, Arbeitslosigkeit und fehlende soziale Absicherung eines Großteils der Bevölkerung, das sind die internen Herausforderungen, denen sich die neue Regierung unter dem sozialistischen Präsidenten Ricardo Lagos in Chile stellen muss. Dazu kommt die Aufarbeitung der Menschenrechtsverletzungen zu Diktaturzeiten und der Prozess um die Aberkennung der parlamentarischen Immunität des Ehrensenators und Ex-Diktators Augusto Pinochet. Und schließlich sollte auch das iboamerikanische Treffen der Nationalsozialisten, der sogenannte "Nazi-Kongress" ausgerechnet im südlichsten Land des Kontinentes stattfinden.

Ein politischer Wandel ist bisher nur symbolisch spürbar. So wurde wenige Tage nach Lagos Amtsantritt der Innenhof des Regierungspalastes "La Moneda" für die Bevölkerung wieder geöffnet, wie das bis Anfang der 70er Jahre immer der Fall war. Über 200.000 Personen kamen an diesem Nachmittag zusammen, an dem auf fünf Bühnen chilenische KünstlerInnen verschiedenster Richtungen auftraten. Damit wurden Erinnerungen an Salvador Allendes Amtsantritt im Jahre 1970 heraufbeschworen, als die "Unidad Popular" die "Alameda", die Hauptstraße Santiago de Chiles, in eine riesige Kulturzone verwandelte.

Das kann aber nicht darüber hinweg täuschen, dass die Sozialsten des neuen Jahrtausends in Chile nicht dieselben sind, die über die "Unidad Popular" den ersten demokratisch gewählten sozialistischen Präsidenten stellten. In der Regierungskoalition mit den ChristdemokratInnen sind sie SozialdemokratInnen für eine Marktwirtschaft, ohne bedeutende Änderungen am neoliberalen Wirtschaftsmodell. In den achtziger Jahren, jahrelang von der Militärdiktatur verfolgt - viele Mitglieder verhaftet, gefoltert und ermordet - orientierten sich die Sozialisten hin zu einer Mitte-Partei, um zusammen mit den ChristdemokratInnen eine politische Beendigung der Diktatur voranzutreiben, während die KommunistInnen, der "Unidad Popular-Partner" und eine der mit am schlimmsten verfolgten Gruppen während der Militärdiktatur, keinen ausgehandelten Übergang von der Militärdiktatur zur Demokratie wollten und sich erst spät in die Kampagne zum "Nein" gegen Pinochet in der Volksabstimmung 1988 integrierten.

Lagos Auftritte wurden vom ersten Amtstag an von "juicio a Pinochet"-Rufen begleitet, in denen die ChilenInnen fordern, dass der ehemalige Diktator vor Gericht gestellt wird. Nach Pinochets überraschender "Genesung" (von Straw wegen seiner schlechten Gesundheit aus humanitären Gründen nach Chile zurückgeschickt, erhob sich Pinochet bei seiner Ankunft am Santiagoer Flughafen aus dem Rollstuhl und fing an zu laufen) war der nationale und internationale Druck auf die chilenische Regierung gewachsen, sich nicht von Pinochet verhöhnen zu lassen.

Die chilenische Rechtsprechung hat keine Klausel, die die Verurteilung eines Angeklagten aus humanitären, bzw. gesundheitlichen Gründen verbietet. Jedoch muss jeder Angeklagte geistig in der Lage sein, dem Prozess zu folgen. Alle Angeklagten über 70 Jahre werden entsprechenden Untersuchungen unterzogen. Pinochet für nicht mehr zurechnungsfähig zu erklären, war deshalb die Strategie der Verteidigung. Die Pinochet-Verteidigung wollte damit bereits den Prozess zur Aberkennung der Immunität verhindern, die sie eine "politische Verurteilung" nennt. Für die Anklage hingegen ist die Aberkennung der Immunität das Mindeste, was zeigen könnte, dass Chile die Menschenrechtsverletzungen und die Opfer ernst nimmt.

Zu Last gelegt wird dem Ex-Diktator, als Staatsoberhaupt die Verantwortung für die sogenannte "Todeskarawane" zu tragen, in der unter der Leitung von General Arellano wenige Wochen nach dem Putsch landesweit Säuberungsaktionen mit Exekutionen und Verschwindenlassen stattgefunden haben. Pinochet will aber davon, ebenso wie beispielsweise vom Attentat gegen den ehemaligen Allende-Außenminister Orlando Letelier in Washington, nichts gewusst haben. Wegen dieser Ermordung waren Anfang der 90er Jahre der ehemalige chilenische Geheimdienst-Chef Manuel Contreras und ein Militärangehöriger zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden.

Auch wenn es wenig glaubhaft ist, dass Pinochet - der in seinen besten Zeiten stolz verkündet hatte, dass sich in Chile kein Blatt bewege, ohne dass er es erfahre - nicht direkt an den Menschenrechtsverbrechen beteiligt war, haben die Militärs doch jahrzehntelang dichtgehalten. Es war von Exzessen Einzelner die Rede, aber niemals von direkten Anweisungen Pinochets. Zehn Jahre nach Ende der Diktatur und vor allem durch den

internationalen Druck, den die Verhaftung Pinochets in London ausgelöst hat, wurden inzwischen doch zahlreiche Verfahren gegen Militärangehörige aufgenommen, Direktbeteiligte, denen Folterungen oder Erschießungen nachgewiesen werden konnten. Beunruhigt und unzufrieden, dass die Macht der Militärs nicht wie früher ausreicht, um solche "Belästigungen" von der Institution und ihren Mitglieder fern zu halten, und aus Angst um die eigene Haut kommen nun nach und nach bisher unveröffentlichte Dokumente zum Vorschein, die Pinochets Anordnungen belegen. Wie beispielsweise im Falle der Erschießung von Germán González Castro, dem sozialistischen Verwaltungschef der Stadt Talca, der am Tag des Putsches floh und nach seiner Festnahme auf telefonische Anweisung Pinochets hin erschossen wurde.

Nachdem noch vor wenigen Jahren die Streitkräfte mit Drohgebärden wie "Alarmstellung zu Übungszwecken" Situationen beeinflussen konnten, die ihnen nicht passten, wie beispielsweise die Untersuchung eines Scheckbetrugs, an dem Pinochets Sohn beteiligt war, ist die Passivität der Streitkräfte in diesen Monaten, in denen es um "ihren General" geht, erstaunlich und zeigt, wie viel Macht Pinochet und die Streitkräfte in Chile tatsächlich verloren haben. Auch die rechten Parteien vermeiden es, Pinochets Namen zu nennen. Sie bemühen sich um einen "würdigen Rückzug Pinochets aus dem politischen Leben". Ohne öffentliche Auftritte und ohne Verurteilung. Um diesen "sozialen Frieden", wie sie es nennen, zu erreichen, sind sie auch bereit, überfällige Verfassungsänderungen wie beispielsweise die Abschaffung der ernannten Senatoren zu diskutieren.

Vermutlich wäre es leichter gewesen, diesen "sozialen Frieden" zu erreichen, wenn die Streitkräfte und der General selber bei seiner Rückkehr aus London der Versuchung widerstanden hätten, diese Heimkehr ins Vaterland mit Ehrengarde, Geleitschutz und Militärkapelle offiziell zu zelebrieren. So weigerten sich die Menschenrechts-AnwältInnen dann auch, ein Dokument zur Verständigung über die Vorfälle während der Diktatur zu unterschreiben, das bereits gemeinsam mit Militär-Vertretern aufgesetzt worden war, als zur gleichen Zeit Pinochets "aktive Rückkehr" die versöhnlichen Worte der Militärvertreter Lügen strafte.

Christdemokraten wollen "Sozialen Frieden"

Der Dialog ist eine der neuen Methoden Lagos, gesellschaftliche Spannungen zu überwinden. Zu seinem Amtsantritt wurde auch ein Dialogstisch mit den Mapuche und einer mit ArbeitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen ins Leben gerufen. Mit Attentaten gegen Maschinen der Abholzfirmen im Süden des Landes demonstriert die indigene Bevölkerung gegen das Abholzen der Urwälder und die Zerstörung ihres Lebensraumes. Eine bessere Absicherung der ArbeitnehmerInnen gegen Arbeitslosigkeit ist eines der vorrangigen Projekte der neuen Regierung. Bisher bekommen die ArbeitnehmerInnen bei Kündigung ein Monatsgehalt Vergütung pro abgeleistetes Arbeitsjahr und können bei der Kommunalverwaltung sechs Monate lang eine monatliche Unterstützung von umgerechnet weniger als 80 Mark beantragen. Geplant ist nun eine Arbeitslosenversicherung, in die Arbeitgeber und ArbeitnehmerInnen einen prozentualen Anteil des Gehaltes einzahlen, und die dem Arbeitslosen gemäß seiner Einzahlungen bei Arbeitslosigkeit zugute kommt. Dieser Vorschlag wurde jedoch schließlich sowohl von ArbeitnehmerInnen als auch von Arbeitgebern abgelehnt. Letzteren erschien der Arbeitgeberanteil zu hoch, während die ArbeitnehmerInnen nicht auf die Abfindungen pro Arbeitsjahr verzichten wollen.

Ungelegen kam der neuen Regierung, dass der sogenannte "Nazi-Kongress", vom 17. bis 22. April in Chile stattfinden sollte. Rechtlich hatte sie aber nichts in der Hand, um dieses Treffen zu verhindern, außer 50 international bekannten Nazis vorsichtshalber schon mal die Einreise zu verweigern. Zwei Tage vor Beginn des Treffens wurde dann überraschend der chilenische Organisator Alexiz López, Präsident der nationalsozialistischen Organisation "Patria Nueva Sociedad", wegen ungedeckter Schecks verhaftet. Der Generalsekretär der Regierung Claudio Huepe beharrt darauf, dass es sich um einen Zufall gehandelt habe, während ein anderes Mitglied von "Patria Nueva Sociedad" vom ersten politischen Gefangenen der neuen Regierung sprach, da López wegen seiner Ideen verhaftet worden sei. Das Treffen wurde trotzdem eröffnet, von den etwa 30 Eingeladenen nahmen schließlich sieben Vertreter aus Peru, Argentinien, Bolivien, Ecuador und Uruguay teil, die nationalsozialistische Organisationen aus ihren Heimatländern vertraten.

Ziel dieses "Ersten Treffens über Nationalität und Sozialismus" war der Austausch über die wirtschaftliche, soziale und politische Situation in den verschiedenen lateinamerikanischen Ländern, sowie die länderübergreifende Koordination der nationalsozialistischen Organisationen. Als Termin war "Führers Geburtstag" ausgesucht worden. Die eingeladenen Organisationen verteidigen Hitler und seine Politik im

Dritten Reich, wie ein Sprecher von "Patria Nueva Sociedad" erklärte. Die chilenischen Nationalsozialisten hingegen haben sich den Begebenheiten der Zeit angepasst und im vergangenen Jahr einen Wandel durchlaufen. Für sie gibt es keine Herrenrasse, ein Konzept, das außerhalb von Mitteleuropa nur schwer zu rechtfertigen war, sondern nach ihrer Vorstellung ist jede Rasse für sich wertvoll, nur muss sie eben möglichst "rein" gehalten werden. Es geht also darum, die Rassen zu "spezifizieren". Nur so lässt sich auch erklären, warum "Patria Nueva Sociedad" beispielsweise auch auf den Demonstrationen für die Rechte der Mapuche vertreten sind. Das Hakenkreuz haben sie durch das Sonnenrad, Symbol des Ku Klux Klanes, ausgetauscht.

Nach mehreren vergeblichen Polizeiaktionen im Süden des Landes hatte die Polizei 24 Stunden nach Beginn des Kongresses schließlich den Veranstaltungsort ausgemacht: Ein Strandhäuschen in dem kleinen Badeort Concon. Polizisten in Zivil umstellten das Gebäude auf Anweisung der Regierung, die sich schließlich erinnert hatte, das Abkommen von San José in Costa Rica gegen die Verbreitung von gewalttätiger Ideologie und Rassenhass unterschrieben zu haben. Es kam aber weder zu einer Hausdurchsuchung noch zu Verhaftungen. Als sie sich der Polizeipräsenz bewusst wurden, verließen die Teilnehmer freiwillig das Haus, um Concon und kurz darauf Chile zu verlassen. Auch Alexis López wurde einige Tage später wieder freigelassen.

Sandra Grüninger

14. Der Aufstieg des Alejandro Toledo ist aufhaltsam. Hetze, Rechenkunst und Schwindel in Peru

Autor: Rolf Schröder · Rubrik: Peru · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:04

Bis wenige Wochen vor der Wahl sah alles nach einem klaren Wahlsieg des bisherigen Präsidenten Fujimori aus. Doch es kam anders: Fujimori kam nur durch massiven Wahlbetrug in die Nähe der absoluten Mehrheit. Die direkte Verkündung einer weiteren Amtszeit wurde durch Proteste in Peru und wohl auch durch sanften Druck aus den USA und Europa verhindert.Nun muss sich der Präsident seinem Herausforderer Alejandro Toledo Ende Mai in einer Stichwahl stellen. Die Wahlkampfstrategie Fujimoris bleibt derweil unverändert. Des Schwindels zweiter Teil wird folgen.

Bis vor kurzem war der Name Alejandro Toledo in Peru nahezu unbekannt. Zwei Monate vor den Wahlen vom 9. April lag er in Umfragen noch etwa 30 Prozentpunkte hinter dem amtierenden Präsidenten Fujimori und deutlich hinter seinen oppositionellen Mitbewerbern Alberto Andrade und Luis Castañeda. Niemand interessierte sich für ihn. Seine Wahlkampfkasse war fast leer. Nun ist der Mann, der als Jugendlicher sein Geld als Schuhputzer und Limonadenverkäufer verdiente, zum Helden geworden. Alejandro Toledo hat nicht nur ein beachtliches Wahlergebnis erzielt, er hat das Kunststück fertig gebracht, durch die Mobilisierung Hunderttausender im ganzen Land dem massiven Wahlbetrug der Regierung zu trotzen. In der Stichwahl gegen Fujimori kann er sich der Unterstützung der gesamten Opposition - von links bis konservativ - sicher sein. Die von ihm gegründete Bewegung "Perú Posible" - "Mögliches Peru" wurde nach Fujimoris Gruppierung "Perú 2000" zweitstärkste Fraktion im zeitgleich gewählten Parlament. Mit ihren Verbündeten aus der Opposition hat sie die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht.

Dabei hatte es am Wahlsonntag lange Zeit so ausgesehen, als würde Fujimori die Manipulationen auf die Spitze treiben und sich schon im ersten Wahlgang zum Sieger küren lassen. Die großen, spontanen Solidaritätsdemonstrationen für Toledo haben ihn offenbar zögern lassen. Es dauerte drei Tage, bis das vorläufige amtliche Wahlergebnis, das eigentlich schon am Sonntagabend (9. April) feststehen sollte, bekannt gegeben wurde. Dem Chef der Wahlbehörde ONPE, José Portillo, kam die undankbare Aufgabe zu, die Verzögerungen zu begründen. Am Montag den 10.4. war ihm nichts besseres eingefallen, als seinen zählenden Angestellten bis drei Uhr nachmittags freizugeben, damit sie sich ausschlafen konnten. Danach startete Portillo die ersten Testballons. Er verkündete das Ergebnis einer Teilauszählung: 49,98 Prozent der Stimmen für Fujimori. Ganze 2000 Stimmen hätten dem Präsidenten damit an der absoluten Mehrheit und am Wahlsieg gefehlt. Nach massiven Protesten auf den Straßen und im Ausland schraubte Portillo das Ergebnis dann auf 49,84 Prozent herunter.

Der Verdacht des massiven Wahlbetrugs war damit nicht vom Tisch. Die unabhängige Wahlorganisation Transparencia sah Fujimori bei 48,7 Prozent. Zuvor hatten Meinungsforschungsinstitute auf der Basis repräsentativer Umfragen vor den Wahllokalen nur 42 Prozent für Fujimori und 48 Prozent für Toledo prognostiziert. Transparencia präsentierte allerdings das reine Zählergebnis und hatte eine mögliche Fälschung von Wahlakten nicht mit auf der Rechnung. Schon Tage vor den Wahlen waren Tausende von Wahlbögen mit Kreuzen für Fujimori und seinem Wahlbündnis "Perù 2000" gefunden worden. An verschiedenen Orten tauchten Wahlzettel ohne den Namen Alejandro Toledos auf.

Staatliche Kontrolle über alles

Fujimori erhielt besonders in den sogenannten Notstandszonen, die noch unter Militärkontrolle stehen, überproportional viele Stimmen. Vor allem dann, wenn weder Wahlbeobachter noch Vertreter der Opposition anwesend waren. Nicht selten wurden in entlegenen Provinzen für den Präsidenten über 70 Prozent der Stimmen ausgezählt, während Toledo unter der Zehnprozentmarge blieb. In Rio Tambo erreichte Fujimori mit 95 Prozent sogar ein realsozialistisches Traumergebnis. Unregelmäßigkeiten bei der ONPE rundeten das Bild ab: Wahlbeobachter der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) bemängelten, dass die Computerergebnisse bei Stichproben nicht mit den realen Wahlergebnissen übereinstimmten.

Auch für die gleichzeitig stattgefundenen Parlamentswahlen konnte der ONPE-Chef die genaue Zahl der abgegebenen Stimmen nicht ermitteln. Weil angeblich das verantwortliche Personal in den Wahllokalen nicht richtig gezählt hat, gibt es über eine Millionen angekreuzte Stimmzettel, deren Herkunft unbekannt ist. In der

dritten Woche nach dem Urnengang sieht sich der offenbar restlos überforderte Herr Portillo immer noch nicht in der Lage, nähere Auskünfte über die Sitzverteilung im neuen Parlament zu erteilen. Es steht zu befürchten, dass gegenüber den Hochrechnungen noch der eine oder andere Sitz verschoben wird. An einer Tatsache allerdings kann Portillo nicht mehr rütteln: Mit knapp über 40 Prozent der Stimmen hat "Perú 2000" die absolute Mehrheit deutlich verfehlt.

Der Schwindel begann nicht erst in der Wahlnacht. Fujimori und sein Geheimdienstchef Vladimiro Montesinos hatten den Machterhalt von langer Hand vorbereitet. Wichtige Meilensteine waren für sie die Gleichschaltung von Justiz und Medien. Mittlerweile verdanken 70% der Richter im Land ihre Ernennung einer Regierungskommission. Sie können jederzeit abgesetzt werden und stehen damit unter direktem Einfluss der Regierung. Mit Hilfe der Justiz gelang eine radikale Veränderung der Besitzverhältnisse im Mediengeschäft. So wurde dem ehemaligen Besitzer des Fernsehkanals 2, Baruch Ivcher, nach Reportagen über Operationen des Geheimdienstes die peruanische Staatsangehörigkeit entzogen, die laut Gesetz Voraussetzung für den Betrieb einer Fernsehstation ist. Nach seiner Flucht in die USA verurteilte ihn ein Gericht zu zwölf Jahren Zuchthaus wegen Zollvergehen. Der einst mächtigste Mann im peruanischen Fernsehgeschäft, Genaro Delgado Parker, verlor die Mehrheiten an seinen Sendern nach einer Serie von Prozessen um Aktienvorkaufsrechte. Die ehemaligen Kanäle Ivchers und Delgados sind heute stramm auf Regierungslinie.

Elegantere Methoden ergänzen das Repertoire des Fujimori-Regimes. So sind 1999 um die 60 Mio. US-$ aus dem knappen Staatshaushalt in die Kassen der Fernsehsender geflossen. Damit werden Werbespots finanziert, die unter anderem Fujimoris Leistungen im Straßenbau oder bei der sogenannten Terroristenbekämpfung herausstellen. Ohne den staatlichen Geldregen könnten viele Sender nicht überleben, denn ihre Werbeeinnahmen gingen 1998 auf Grund der Rezession um 50% zurück. Ein Beispiel für die Folgen: Cecilia Valenzuela, Moderatorin eines politischen Magazins im Kanal 9, erhielt die fristlose Kündigung, nachdem die Regierung Zuwendungen für den Sender von ihrem Ausscheiden abhängig gemacht hatte.

Die Sensationspresse - an Tausenden von Kiosken mit halbnackten Fotomodellen auf den Titelseiten werbend - übertrifft das Fernsehen noch. Redakteure eines der Schmierblätter gaben zu, dass die Schlagzeilen im Wahlkampf täglich frisch vom Geheimdienst SIN geliefert werden. Für deren Übernahme und das Erfinden einer dazu passenden Lügengeschichte sollen pro Ausgabe 6000 US-$ in die Taschen der Verleger fließen.

Rechenkünstler am Werk

Alejandro Toledo verdankt seinen Aufstieg nicht zuletzt den ekelhaften Hetzkampagnen der Sensationspresse gegen die zunächst chancenreicheren Oppositionskandidaten Alberto Andrade und Luis Castañeda. Ihn selbst traf es erst, als er in den Umfragen derart zulegte, dass er für Fujimori gefährlich wurde. Da machte die Boulevardpresse schnell eine uneheliche Tochter Toledos ausfindig, für die der vermeintliche Rabenvater nicht gerade stehen will. Die Mutter des angeblich verlassenen Kindes durfte sich in einer Talk-Show mit höchsten Zuschaltquoten ausweinen. Und die am Tropf der Regierung hängende Zeitung "Expreso" recherchierte umgehend, dass Toledo Berater eines gewissen Carlos Manrique gewesen sein soll. Der sitzt heute hinter Schloss und Riegel und hatte zuvor Millionen von Sparern um ihr Kleinvermögen gebracht - einer der größten Finanzskandale der peruanischen Geschichte.

Internationale WahlbeobachterInnen vom Carter-Center aus den USA, der Internationalen Menschenrechtsföderation FIDH oder der OAS waren vor dem ersten Wahlgang zu dem Schluss gelangt, dass ein freier und gerechter Wahlprozess nicht gewährleistet sei. Doch die Regierung ließ sich von ihnen nicht in ihrem betrügerischen Treiben stören. Für Francisco Tudela, Fujimoris Kandidat für das Vizepräsidentenamt, sind die Beobachter schlicht und einfach Kolonialisten.

Toledo knüpfte seine Teilnahme am zweiten Wahlgang zunächst an einige Bedingungen. Er fordert die Ablösung des Chefs der Wahlbehörde und seiner Führungsriege in der ONPE, die auch mit der Fälschung von einer Million Unterschriften für die Zulassung von Fujimoris Wahlliste "Peru 2000" in Verbindung gebracht wird. Darüber hinaus drängt Toledo auf den Abschluss eines Fairnessabkommens mit Fujimori und auf einen besseren Zugang zu den Medien. Noch drei Tage vor den Wahlen hatte er ohnmächtig hinnehmen müssen, dass Fujimoris Abschlusskundgebung von allen Fernsehkanälen stundenlang live übertragen wurde, während seine eigene Wahlveranstaltung in Cusco nahezu unbeachtet blieb. Und am Abend des Wahlsonntags hatten fast alle Kanäle spannende Spielfilme im Programm. Nicht einmal die Zwischenergebnisse oder das hilflose

Gestammel eines José Portillo wurden eingeblendet. Ein einziger Kabelkanal übertrug die Geschehnisse des Abends direkt: die Pressekonferenz im Hotel Sheraton, auf der die unterlegenen Oppositionskandidaten Toledo ihre bedingungslose Unterstützung für die zweite Runde zusicherten, und Toledos Rede vor Tausenden von Menschen, in der er gegen den drohenden Wahlbetrug protestierte. Vor den Wahlen hatten verschiedene Sender nicht einmal bezahlte Wahlspots Toledos angenommen.

Das Problem Toledos: Wenn er jetzt zum zweiten Wahlgang antritt, erkennt er damit das Ergebnis der ersten Betrugsrunde an. Danach fehlen dem Präsidenten weniger als 15.000 Stimmen zur absoluten Mehrheit. Außerdem macht Fujimori keinerlei Anstalten, auf Toledos Bedingungen einzugehen. Er wird weder das Personal der ONPE auswechseln, noch ein Fairnessabkommen unterzeichnen. Und erst recht wird er seine Medienpolitik nicht ändern.

Kampf dem Kolonialismus

Die Aussichten Toledos, sich in der Stichwahl gegen den geballten Machtapparat der Regierung oder neuerliche Wahlmanipulationen durchzusetzen, sind äußerst gering. Dennoch wittert die peruanische Opposition Morgenluft. Toledo steht für ihre Hoffnungen auf ein Ende der Gleichschaltung von Justiz und Medien. Der ehemalige Harvard-Dozent und Mitarbeiter der Weltbank ist allerdings kein Linker, wie es die spanische Zeitung ABC schrieb. Er behauptet von sich, Anhänger jenes angeblich dritten Weges zu sein, den die Herren Clinton und Blair eingeschlagen haben. Zumindest setzt er sich vom neoliberalen Wirtschaftskurs Fujimoris ab und verspricht eine soziale Marktwirtschaft mit menschlichem Antlitz. Er möchte die Hungerlöhne der LehrerInnen und der ÄrztInnen in öffentlichen Krankenhäusern erhöhen und allen BürgerInnen einen Anspruch auf medizinische Versorgung zugestehen. Und er sagt der unter Fujimori auf Rekordhöhe gestiegenen Arbeitslosigkeit den Kampf an.

Sollte Fujimori die Stichwahl nur auf Grund erneuter rechnerischer Glanzleistungen eines José Portillo gewinnen, dann dürften ihm ebenfalls schwierige Zeiten bevorstehen. Sogar in den Streitkräften könnte es dann rumoren. Eine anonym gebliebene Gruppe von Offizieren im Ruhestand warnte den Präsidenten vor kurzem vor wachsender Unruhe in der Truppe. Doch sollte der Druck auf die Regierung in den nächsten Wochen nicht nachlassen, könnte Fujimori dem Beispiel seines ehemaligen indonesischen Kollegen und Gesinnungsgenossen Suharto folgen, sein Amt an den Vizepräsidenten Francisco Tudela weitergeben und sich selbst formal zurückziehen. Das wäre für ihn immer noch besser als eine Wahlniederlage. Denn unter einem Präsidenten Toledo müsste er sich mit seinem Geheimdienstchef Montesinos womöglich vor der Justiz verstecken.

Rolf Schröder

15. Ungebrochen optimistisch. Zur Situation in Ecuador nach dem Aufstand im Januar (Interview mit Vertreter der CONAIE)

Rubrik: Ecuador · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:19

Seit Jahren brodelt es in Ecuador. Im Januar weiteten sich die Proteste der mächtigen indianischen Organisation CONAIE (40% der Bevölkerung sind indigen) sowie verschiedener linker Gruppierungen und Gewerkschaften gegen die angekündigte Einführung des US-Dollars als offizielles Zahlungsmittel und die neoliberale Politik zum Aufstand aus. Gemeinsam mit Teilen des Militärs wurde das Parlament gestürmt und eine provisorische Junta gebildet. Doch innerhalb nur eines Tages ging die Macht durch einen geschickten Schachzug der Armeeführung wieder in die Hände der traditionellen Institutionen über und der ehemalige Vizepräsident wurde zum Präsidenten ernannt. (vgl. ak 435) Seit Mitte April ist nun die Dollarisierung eingeführt. Über die Protestbewegung, die Situation im Land und die Perspektiven sprach Dario Azzellini mit Calixto Anapa P., leitendem Vertreter der CONAIE (Confederacion de Nacionalidades Indigenas del Ecuador/Konföderation indianischer Nationalitäten Ecuadors) und bis Anfang April Mitglied der mit der Regierung verhandelnden CONAIE-Kommission.

Wie beurteilen Sie aus heutiger Sicht die Ereignisse vom Januar?

Die Mobilisierung im Januar diente in erster Linie dazu, das Kräfteverhältnis zu messen zwischen einerseits der traditionellen politischen und ökonomischen Macht der ecuadorianischen Rechten, die von den imperialisitschen Kräften unterstützt wird, und andererseits den alternativen Kräften der indianischen Völker und sozialen Bewegungen Ecuadors. Wir wollten, sehen wie die Sektoren der Rechten darauf reagieren. Wir mussten schließlich zurückweichen angesichts des Umschwungs der Streitkräfte, die unsere Initiative anfänglich unterstützt hatten. Wir entschieden dann, aus strategischen Gründen das Parlament zu verlassen und uns aus der Provisorischen Junta der Nationalen Rettung zurückzuziehen.

Wir betonen aber weiterhin, dass die Organisierung und der Kampf um Alternativen möglich ist: Durch den landesweiten Kampf der Massen und gut organisierter Sektoren ist es möglich Strukturen vollständig zu verändern. Wir standen im Januar vor der Möglichkeit, die gesamten Strukturen, Exekutive, Legislative, Judikative und alle Institutionen aufzulösen. Es war aber eine etwas überstürzte Situation, denn wir hatten nicht damit gerechnet, dass es so leicht sein würde.

Die neue Regierung hatte zwar zugesagt alle Beteiligten zu amnestieren, hat dies aber nicht eingehalten. Wie viele Gefangene gibt es noch aus den Januartagen?

Die Repression betraf vor allem die beteiligten Militärs. Offiziell sind noch vier Oberste inhaftiert, während etwa 100 Offiziere, die sich an dem Aufstand beteiligt hatten, in den Dschungel verlegt wurden, wo sie völlig isoliert sind. Es wird versucht, Disziplinarverfahren gegen sie anzustrengen, um sie aus dem Militärdienst zu entfernen. Wir von der CONAIE haben zwar auch Anklagen, bisher aber noch keinen Haftbefehl. Wir glauben aber, die Regierung sucht einen Weg, um uns alle zur Verantwortung zu ziehen. Schließlich haben wir ja die verfassungsmäßige Ordnung gebrochen. In verschiedenen Versammlungen der CONAIE haben wir immer wieder betont, dass sich alle drei bis vier Millionen CONAIE-Sympathisanten für einen Haftantritt melden, wenn unsere Repräsentanten inhaftiert werden sollten. Die Regierung hat bisher noch nicht gehandelt, aber wir wissen, dass sie an einer Strategie überlegt, wie sie die CONAIE-Repräsentanten inhaftieren kann. Wir kämpfen, um das zu verhindern, und fordern die Einstellung aller Verfahren.

Die Unterstützung eines linken Aufstandes seitens der Armee klingt ja recht ungewöhnlich. Was ist der Hintergrund und welche Sektoren des Militärs unterstützen die Aufstandsbewegung?

In der Tat klingt das für die meisten Länder der Welt recht ungewöhnlich. Hier in Ecuador besteht jedoch eine besondere Situation. Viele Militärs werden für soziale Aufgaben eingesetzt. Dadurch hat sich ein reger Kontakt zwischen unteren Dienstgraden und vielen Gemeinden und armen Stadtteilen ergeben, in denen diese Militärs arbeiten. Die meisten sind sich also dessen bewusst, was die Basisorganisationen wollen, sie wissen, wie eine Alternative aussehen kann und dass sie möglich ist. Die Verfolgung der im Januar direkt am Aufstand

Beteiligten hat eine weitere Spaltung in der Armee hervorgebracht und wir kämpfen dafür, dass die Militärs, die mit Basisbewegungen in Kontakt stehen, weiterhin für die Veränderung arbeiten können.

Die Streitkräfte sind also weiterhin ein Bündnispartner für eine Veränderung?

Wir glauben an eine friedliche Revolution, die Einheit und die Beteiligung aller sozialen Sektoren. Doch auch wenn wir einen friedlichen Kampf propagieren, ist es von strategischer Bedeutung, gewisse Abkommen mit Mitgliedern der Streitkräfte zu schließen, die den Prozess der Veränderung bedingungslos unterstützen und sich bewusst daran beteiligen.

Wie soll diese Veränderung aussehen?

Wir propagieren jetzt mittels einer Volksbefragung eine Umstrukturierung des ecuadorianischen Staates, des in unserem Land herrschenden Systems, um ein demokratisches System zu fördern. Wir wollen ein System, das die gleichberechtigte Teilnahme aller sozialen Sektoren des Landes garantiert: Indianer, Schwarze, Bauern, Stadtteile der unteren Schichten usw. Ein System, das durch alle entsteht und in dem alle vom gesellschaftlichen Produkt profitieren.

Was ist der genaue Inhalt der Volksbefragung?

Es geht um sechs Fragen: 1. um die Einstellung aller Verfahren gegen die Repräsentanten der CONAIE und Militärangehörige wegen der Januar-Mobilisierung; 2. um die Auflösung des Nationalkongresses und die Ausarbeitung eines neuen Wahlgesetzes; 3. um die vollständige Umgestaltung des Obersten Gerichtshofes und des Justizsystems des Landes. Dadurch sollen die Repräsentanten der traditionellen Interessen und Parteien aus dem Apparat entfernt werde, denn dort soll Gerechtigkeit gesprochen werden. Der vierte Punkt betrifft die Wirtschaft des Landes. Es geht um die Rückgabe der durch die Mahuad-Regierung eingefrorenen Gelder (1), die Dollarisierung der Wirtschaft und um die Frage, ob die Auslandschulden bezahlt werden sollen oder nicht. Im fünften Punkt schlagen wir die Modernisierung der staatlichen Unternehmen vor, anstatt sie zu privatisieren, und in der sechsten Frage geht es um die Einrichtung eines US-amerikanischen Militärstützpunktes in Ecuador. Einen Plan, den wir ablehnen. Denn er beweist, dass unser Land zwar formal eine Demokratie ist, faktisch aber von den USA beherrscht wird, was wir niemals akzeptieren werden.

Aber die Dollarisierung wurde bereits Mitte April eingeführt. Wie ist die Situation?

Die Einführung des Dollars als offizielles Zahlungsmittel treibt die Verarmung weiter voran. Die negativen Auswirkungen sind schon deutlich sichtbar: die Inflation beträgt bereits zehn Prozent monatlich und es sollen im Verlauf des Jahres über 100 Prozent werden, während die Löhne natürlich niemals so stark steigen werden. Wir haben die Regierung aufgefordert bis Juni Gegenmaßnahmen einzuleiten, ansonsten wissen wir nicht, was passieren wird, wenn die Bevölkerung wieder auf die Straße geht.

Die CONAIE befand sich in Gesprächen mit der Regierung, warum wurden diese Ende April abgebrochen?

Nach den Ereignissen vom Januar haben wir im Februar erste Gespräche mit der Regierung geführt. Es ging einerseits um die indianischen Völker Ecuadors und andererseits um politische, soziale und wirtschaftliche Themen, die das Land betreffen. Die Regierung hat sich aber geweigert, über Privatisierungen, Dollarisierung und Auslandschulden zu reden, und es vorgezogen, nur über die indianischen Völker zu reden. Wir hatten vor zu Abkommen zu gelangen, um in den armen Gemeinden Häuser, Schulen, einige Straßen usw. zu bauen und Schulmaterialien in den indianischen Sprachen zu erarbeiten. Die Gespräche dauerten Wochen und die Regierung hat ständig irgendwelche Rechtfertigungen gesucht, um uns mit einigen Krümeln abzuspeisen, damit konnten wir uns nicht zufrieden geben.

Wie geht es jetzt weiter?

Wir haben die Verhandlungen abgebrochen, um die Organisierung der Basis weiter zu verstärken, um im Juni, spätestens Juli, wieder mit aller Kraft auf den Veränderungen beharren zu können, die das Land braucht. Wie sich das entwickeln wird, kann ich jetzt noch nicht sagen, aber wir kämpfen natürlich um zu siegen. Wir bereiten uns darauf vor, eine gerechte und interkulturelle Gesellschaft aufzubauen, die die vorhandenen Ressourcen vernünftig und ausgewogen nutzt. Wir hoffen, es gelingt uns, ein Beispiel für Amerika und die Welt zu werden.

Anmerkung:

1) Die Mahuad-Regierung hatte Anfang März 1999 die Ersparnisse der Bevölkerung bei allen Banken eingefroren. Wenige Tage vor dem Aufstand gab die Regierung, entgegen einer Entscheidung des Verfassungsgerichts, bekannt, dass die eingefrorenen Ersparnisse nun doch nicht zurückgegeben werden können.

16. Waffen gegen Koka. Die Erfindung der kolumbianischen "Narcoguerilla" und der "Antidrogenkrieg"

Autor: Dario Azzellini · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:10

Das wichtigste von der US- Regierung verwendete Argument für die Militärhilfe an die kolumbianische Armee ist stets der Antidrogenkrieg, und insbesondere die vermeintlichen Verbindungen der Guerilla zum Drogenhandel. Auch die aktuell in der Diskussion stehenden 1,6 Mrd. US-Dollar - die größte Militärhilfe die Kolumbien jemals erhalten hat - sollen primär der Bekämpfung des Drogenanbaus und des Drogenhandels dienen. Der Kampf gegen die Guerilla fällt unter die Drogenbekämpfung, denn die Guerilla soll in den Kokainanbau und -handel verstrickt sein.

Diese Behauptung hält sich konsequent, obwohl außer Behauptungen niemals Beweise vorgelegt wurden und bis heute kein Mitglied der Guerilla wegen Drogenhandels verurteilt wurde. Selbst die Ermittlungen der kolumbianischen Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit Drogengeschäften zeigen eher in Richtung politischer Eliten und der Armee.

Die kolumbianischen Guerillas vertreten zwar unterschiedliche Positionen gegenüber dem Drogenhandel, doch keiner kann eine direkte Verstrickung in den Drogenhandel nachgesagt werden, wie selbst Präsident Pastrana zu Beginn der Gespräche mit der FARC (Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens - Volksheer) öffentlich zugeben musste. Während die FARC, in deren Gebieten der Kokaanbau eine zentrale Rolle spielt, den Drogenanbau akzeptiert, Steuern von den Händlern kassiert und die Bauern gegen Drogenmafia und Armee verteidigt, lehnt die ELN (Nationales Befreiungsheer) den Kokaanbau grundsätzlich ab. Die ELN führt bereits seit einigen Jahren aktive Kampagnen gegen den Kokaanbau durch. Schon 1989 veröffentlichte die Organisation eine für alle Einheiten bindende Grundsatzerklärung, in der jedwede Beteiligung an Anbau und Handel untersagt und sozio-ökonomische Maßnahmen zur Substitution angekündigt wurden. In den Folgejahren wurden die Koka-Pflanzungen im Nordosten Antioquias denn auch stark zurückgedrängt, und seit Mitte der neunziger Jahre gibt es in den Provinzen Cesar, Bolivar und Norte de Santander ähnliche Projekte. Bereits 1995 hatte die ELN der Europäischen Union ein Konzept zur Beseitigung des Kokaanbaus in fünf Jahren zukommen lassen. Einzige Bedingung dafür war, dass die EU den betroffenen BäuerInnen Saatgut und Kredite zur Verfügung stellen müsse. Der Vorschlag blieb unbeantwortet.

Das überraschend rigide Vorgehen der ELN gegen die Kokapflanzungen hat vor allem mit den negativen Auswirkungen des Anbaus vor Ort zu tun: Die Produktion von Koka-Paste verseucht die Flüsse, hebt das Preisniveau (so dass Bauern mit traditionellen Produkten wie Maniok oder Kakao kaum überleben können), fördert Suchterscheinungen unter den jugendlichen Pflückern, erleichtert Paramilitärs und Geheimdiensten, in die Guerillagebiete einzudringen, und zieht Personen an, die nicht bereit sind, sich politisch zu organisieren.

Trotz allem hält sich der Begriff der "Narcoguerilla", um eine Zusammenarbeit von Drogenhändlern und Guerillabewegungen zu denunzieren. Damit soll einerseits die Guerilla diskreditiert und zum internationalen Problem erhoben werden. Andererseits zielt die Kampagne darauf ab, den von Präsident Betancur mit einigen Guerillagruppen eingeleiteten Friedensprozess zu torpedieren..

Da der "Weltkommunismus" als großes Bedrohungspotenzial seine Wirkung verlor, wurde im US-Diskurs seit Mitte der achtziger Jahre der "internationale Drogenhandel" als neues Gefahrenpotenzial dargestellt. Glaubt man der Propaganda der Staaten, in denen das Endprodukt Kokain hauptsächlich konsumiert wird, so ließe sich das Problem beseitigen, indem der Anbau in den Erzeugerländern unterbunden wird. Dieser Argumentation folgend haben die USA moralisch das Recht, wenn nicht gar die Pflicht, entsprechend in den Erzeugerländern zu intervenieren.

Um diese moralische Pflicht zu erfüllen, werden seit Jahren erhebliche Geldmittel bereitgestellt. Von den im Rahmen der Andean Strategy im Laufe des Jahres 1990 Kolumbien zugeflossenen 40,3 Millionen Dollar US-Militärhilfe wurden 38,5 Millionen direkt für Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen verwendet.

Anfängliche Hoffnungen auf einen veränderten Kurs der Clintonregierung im Antidrogenkrieg - Clinton stellte beispielsweise zwei vehemente Kritiker der Antidrogenpolitik der Bush-Administration ein - erfüllten sich nicht. Vielmehr verstärkte die Clinton-Administration sogar noch den ausgelagerten Antidrogenkrieg. Mittlerweile dürften die Ausgaben für Drogenbekämpfungsmaßnahmen der verschiedenen beteiligten Behörden 20 Milliarden Dollar jährlich ausmachen. So stieg allein das National Drug Control Budget der US-Administration von 4,7 Milliarden Dollar im Haushaltsjahr 1988 auf 15,1 Milliarden Dollar 1997, wovon etwa zwei Drittel auf die Bekämpfung des Angebots und ein Drittel auf die Bekämpfung der Nachfrage von Drogen zielen. Hinzu kommen die direkten Ausgaben des Pentagons und die Militärhilfe.

Militärs im Drogenkampf

Trotz aller gegenteiligen Bekundungen ist es augenscheinlich, dass der Antidrogenkrieg in Kolumbien (ebenso wie in Peru und Bolivien) weitestgehend gescheitert ist. Die Verhaftung oder Tötung der vermeintlichen Bosse der Kartelle brachte zwar internationale Aufmerksamkeit, hatte jedoch nicht den mindesten Einfluss auf Drogenanbau, Markt- oder Exportvolumen. Die Verfolgung der Bosse geschah vermutlich in dem Glauben, es handele sich bei den Kartellen - so wie bei ihren Gegenspielern Polizei, Militär und Regierung - um hierarchisch strukturierte Organisationen. Da dem nicht so war, konnte sich das Geschäft jederzeit schnell wieder reorganisieren. Selbst der US-amerikanische Rechnungshof stellte 1992 fest, dass die in den beiden vorangehenden Jahren durch das Pentagon ausgegebenen zwei Milliarden Dollar "keine bedeutenden Auswirkungen" auf den Drogenschmuggel gehabt hätten. Die Großhandelspreise des weißen Pulvers fielen sogar von ca. 50.000 Dollar Anfang der achtziger Jahre auf nur noch 14.000 Dollar pro kg Anfang/Mitte der 90er Jahre.

Vor der Moral kommt das Geld

Das gleiche Bild ergibt sich auch beim Anbau. So hatte die kolumbianische Regierung 1994 einen Plan bekannt gegeben, innerhalb von fünf Jahren den Drogenanbau und -handel zu zerschlagen. Fünf Jahre nach diesen vollmundigen Worten sind die Anbauflächen von Koka und Schlafmohn spürbar ausgedehnt.

Man liegt wohl nicht falsch mit der Behauptung, dass es bei den Aktivitäten gar nicht primär um den Kampf gegen den Drogenhandel, sondern um geopolitische Ordnungsversuche der US-Regierung ging. Mit der Gefahr des internationalen Drogenhandels werden ausgedehnte Luftraumüberwachungen, Aufstockungen der Militärausgaben, Militärhilfen für lateinamerikanische Staaten, gemeinsame Manöver, Ausbildung und direkte Interventionen begründet. Auf Druck der USA wurde die zentrale Aufgabe der Militärs in der Drogenbekämpfung am 15. Februar 1990 in der "Erklärung von Cartagena" festgeschrieben. In dem Abschlussdokument des Drogengipfels, bei dem die Andenländer und die USA erstmals eine gemeinsame Strategie im Drogenkrieg entwarfen, heißt es: "Die Unterdrückung des Handels mit verbotenen Drogen ist grundsätzlich Aufgabe der Polizei. Angesichts des Ausmaßes und der Vielfalt der Formen dieses Geschäfts können jedoch auch die Streitkräfte eines jeden Landes darin einbezogen werden, wobei die souveränen Rechte und die Rechtsordnung des jeweiligen Landes zu beachten und Einsätze auf das Hoheitsgebiet des Landes zu beschränken sind."

Das kolumbianische Militär mit der Bekämpfung des Drogenhandels zu beauftragen, macht den Bock zum Gärtner. Der kolumbianische Militärapparat hat sich schließlich wiederholt in den Dienst der Narcos gestellt. Zwischen 1992 und 95 begingen Armeeangehörige im Auftrag von Drogenhändlern in Südwestkolumbien mehrere Massaker, um widerspenstige BäuerInnen aus dem Weg zu räumen. Dabei gingen sie so skrupellos und stümperhaft vor, dass dem kolumbianischen Staat die Verbrechen vor internationalen Gremien nachgewiesen werden konnten und dieser die Verantwortung öffentlich zugeben musste.

Auch in den Folgejahren hielt die kolumbianische Regierung an ihrem Kurs fest und verknüpfte den "Antidrogenkrieg" weiter mit der Aufstandsbekämpfung. Am 13. Mai 1996 erklärte sie fünf Departements Amazoniens - ein Drittel des Landes - zu "Sonderzonen öffentlicher Ordnung" und stellte sie unter die direkte Kontrolle der Armee.

Kolumbien ist mittlerweile zum drittgrößten Empfänger von US-Militärhilfe nach Israel und Ägypten avanciert. Betrug sie 1997 noch 88,6 Millionen Dollar, waren es 1999 289 Millionen Dollar, die vorrangig im Kampf gegen den Drogenhandel eingesetzt wurden. Zählt man die gesamte Militär-, Waffen- und Polizeihilfe zusammen, kommt man nach Berechnungen des Bogotaner Professors Eduardo Pizarro auf über 400 Millionen US-Dollar.

Gelder, die zum Ankauf neuester Helikopter und zum Aufbau eines "Antidrogenbataillons" genutzt werden. 1.000 Freiwillige unter Leitung von US-Beratern sollen die Drogenbekämpfungspolizei bei Aktionen gegen Pflanzungen in Guerillagebieten unterstützen. In diesem und im nächsten Jahr erhält Kolumbien im Rahmen des Plan Colombia von den USA 1,6. Mrd. US-Dollar. Inklusive der Gelder aus Europa, Toni Blair hat schon Gelder aus Großbritannien zugesagt, sollen in den nächsten Jahren über sieben Mrd. zusammenkommen.

Wie abwegig die Behauptung der US-Regierung ist, den Drogenanbau und -handel mit Hilfe der kolumbianischen Armee bekämpfen zu wollen, wird auch deutlich, wenn man bedenkt, wie eng kolumbianische Sicherheitsorgane bereits während der achtziger Jahre beim Aufbau der Paramilitärs mit den großen Drogenhändlern kooperiert haben. Ab Mitte der achtziger, stellte amnesty international 1994 fest, fand zunehmend eine personelle Verschmelzung von "Selbstverteidigungsgruppen" und aus angeheuerten Killern bestehenden Privatarmeen statt, die in den Diensten von Drogenhändlern standen. Diese hatten in Regionen mit Guerillapräsenz große und ertragreiche Ländereien aufgekauft, wodurch sich zwischen den Drogenbaronen und örtlichen Armeekommandeuren eine Interessensübereinstimmung einstellte. In der Provinz Putumayo entstanden,der "Comisión Andina de Juristas" zufolge, die paramilitärischen Organisationen mit Verbindung zum Drogenhandel speziell "als bewaffnete Apparate, um die Gebiete mit Kokainlabors zu kontrollieren, Kampagnen sozialer Säuberungen gegen sozial Marginalisierte durchzuführen, Rechnungen zwischen Drogenhändlern zu begleichen und die bewaffnete Kontrolle über ihr Einflussgebiet auszuüben, die Auseinandersetzungen mit anderen Drogenkartellen und Guerillaorganisationen umfasste, sowie die Verfolgung der Volksbewegung und der politischen Opposition."

Die heuchlerische Haltung bezüglich des "Antidrogenkampfes" wird besonders deutlich, wenn berücksichtigt wird, dass die meisten Chemikalien zur Verarbeitung der Kokapaste aus den Industrieländern stammen. So kommen nach Angaben der US-amerikanischen Drogenbekämpfungsbehörde DEA 70 Prozent des bei der Kokaraffinierung verwandten Azetons und 33 Prozent des benutzten Ethers aus den USA, der Rest vorwiegend aus Deutschland und anderen Industriestaaten. Im April 1999 wurden beispielsweise in Cartagena zwölf Tonnen der zur Kokaraffinierung unverzichtbaren Pottasche beschlagnahmt, die aus Belgien stammten. Doch die Ausfuhr der entsprechenden Chemikalien wird kaum kontrolliert, das Geschäft für die Chemiekonzerne blüht. Darüber hinaus wird der vorwiegende Teil der Einnahmen aus dem Drogenhandel in den Industrieländern rein gewaschen. An einer Kontrolle des Geldverkehrs der transnationalen Unternehmen, auf Grund ihrer Struktur und ihres Finanzvolumens die optimalen Geldwäscher, besteht jedoch keinerlei Interesse. Ein Großteil der für den Drogenschmuggel genutzten Logistik und die meisten Waffen stammen aus den USA.

Industrieländer und das Ether

Gegen die Legalisierung der Drogen, nach Einschätzung vieler Drogenexperten der einzige Weg, um die riesigen Gewinnspannen zu vermindern und durch Regulierungsmöglichkeiten die illegalen Strukturen mit all ihren Konsequenzen zurückzudrängen, wehren sich die USA vehement. Vielleicht, weil Kokain eines der wenigen landwirtschaftlichen Exportprodukte ist, das in der Region verarbeitet wird und vom Anbau bis zum internationalen Vertrieb nicht von transnationalen Konzernen aus den Industrieländern kontrolliert wird? Es ist der einzige erfolgreiche lateinamerikanische Multi", wie der ehemalige peruanische Präsident Alan García einst sagte. Vielleicht aber auch, weil der Drogenhandel auf widersprüchliche Weise eine Schlüsselrolle bei der Wahrung geopolitischer Interessen der USA spielt.

Dario Azzellini

Vom Autor ist im ISP-Verlag "Kolumbien - Große Geschäfte, staatlicher Terror und Aufstandsbewegung" erschienen

17. Zimbabwe zwischen freien Wahlen und Ausnahmezustand

Autor: Christoph Beninde · Rubrik: Zimbabwe · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:26

Zimbabwe ist wieder in den Medien. Viele Spekulationen und noch mehr Fragen rufen die Nachrichten aus dem lange als "Modell Zimbabwe" gepriesenen Land im südlichen Afrika hervor.

Fakt ist: Es gab keine Feier zum 20. Jahrestag der Unabhängigkeit von der ehemaligen Kolonialmacht Großbritannien im April, keine 1. Mai Kundgebung in Harare, dafür ein aufgelöstes Parlament und 1000 illegal besetzte Farmen. Die Ex-Veteranen des Befreiungskampfs wollen zusammen mit bezahlten Jugendlichen ernst mit der Landverteilung machen. Bisherige Bilanz Ende April 2000: 13 Tote - sowohl unter den Farmern als auch unter Vertretern der neuen Opposition des MDC (Movement for Democratic Change). Hauptstreitpunkt ist die ungelöste Landfrage, ein Erbe der Kolonialzeit.

Zusätzliche Unsicherheit schafft in der Situation eine zwar angekündigte, aber noch nicht terminierte Wahl zum Parlament. Geht die Wahlregistrierung ordnungsgemäß über die Bühne; kann man angesichts der Gewalt auf dem Land und zunehmend auf den Straßen der Städte überhaupt einen fairen Wahlkampf erwarten?

Der innen- und außenpolitische Druck auf die ZANU-Regierung wächst ebenso wie die außenpolitische Isolation der Regierung. All dies sind Zeichen eines über kurz oder lang bevorstehenden Machtwechsels. Hier eine erstarkende Zivilgesellschaft, dort ein nur noch um Machterhalt kämpfender, den Rest seiner ehemals guten Reputation verspielender Präsident, Robert Mugabe. Wird der ehemalige international gelobte intellektuelle Befreiungskämpfer, der nach 1980 zur Versöhnung zwischen schwarzer Bevölkerungsmehrheit und weißer privilegierter Minderheit aufgerufen hatte, auf seine alten Tage zum weltfremden Autokraten und Diktator?

Überfällige Landreform

Doch die Fragen gehen noch weiter und geben zur Besorgnis Anlass: steht Zimbabwe vor ausländischer, womöglich militärischer Einmischung (BILD fragt am 28.4. "Wann kommen die Militärs?", die FAZ spricht von EU-Militärplänen) oder vor dem innenpolitischen Chaos und Ausnahmezustand?

Seit den historischen Zeiten des ersten und zweiten Chimurengas (Befreiungskampfs) kämpft die afrikanische Bevölkerung gegen die europäischen Invasoren und 90 Jahre später immer noch gegen den gleichen Feind: die britische Kolonialmacht. In vielen Reden spielt Mugabe darauf an, als mobilisiere er für einen dritten Befreiungskampf. Seit 1890 geht es um die begehrten natürlichen Ressourcen des Landes, um das Land, das auf Grund der günstigen geographischen und klimatischen Bedingungen so produktiv zu bewirtschaften ist und außergewöhnliche Gewinne und Devisen durch den Export von Tabak, Mais und anderen landwirtschaftlichen Produkten verspricht. Neben dem Reichtum an Bodenschätzen und der für afrikanische Verhältnisse außerordentlich diversifizierten Industrie war das Produktionsmittel Land eines der Hauptmotive für den bewaffneten Kampf der Mehrheit der Bevölkerung (1980 ca. 10 Millionen Afrikanern und knapp 200.000 - heute 120.000 - Weiße). Die Landverteilung Rhodesiens war einseitig, knapp die Hälfte des Landes gehörte einer Siedlergesellschaft von ca. 5.000 Großfarmern mit einer Durchschnittsgröße von 2.500 Hektar, die andere Hälfte war so genanntes Reservatsgebiet, später kommunales Land für die Afrikaner. Die afrikanischen Ländereien liegen fast ausschließlich in geologisch schlechteren und klimatisch benachteiligten Regionen. Dem Ruf nach Land kam ebensolche Bedeutung zu, wie dem Ruf nach politischer Macht. Doch nach zwanzig Jahren mit dieser neuen politischen Macht fällt das Resümée zumindest in puncto Landreform vernichtend aus. In den ersten drei Jahren nach der Unabhängigkeit war geplant 162 000 Familien auf umverteilten Land anzusiedeln. Doch der Prozess ging schleppender voran als verkündet. Insgesamt sind bis heute kaum mehr als 50.000 Familien umgesiedelt worden. Fast ausschließlich Kleinstfarmen von durchschnittlich ca. zehn Hektar Größe entstanden; keine Konkurrenz für die Exportlandwirtschaft, wohl aber eine Basis für landwirtschaftliche Selbstversorgung. Die Landverteilung stagnierte. Daran ist auch Mugabe, bzw. die neue herrschende Schicht Schuld. Er wahrte zunächst die Privilegien der für die Versorgung des Landes so wichtigen "weißen" Siedler und verhinderte damit den befürchteten Exodus. Das wenige umverteilte Land landete nicht bei der breiten Mehrheit der Bevölkerung, sondern bei wenigen auserwählten Kleinfarmern und wenigen Großfarmern - oft politische Weggefährten des Präsidenten. Trotz der kürzlich erfolgten kurzfristigen

Verhaftung des Landwirtschaftsministers Kangai wegen des Vorwurfs der Hinterziehung von Nahrungsmittelhilfe, wurden Korruption und Bereicherung kennzeichnend.

Soziale Frage und ökonomische Krise

Nach langen Jahren der Stagnation auf dem Gebiet der Landreform änderte sich in den neunziger Jahren der politische Sprachgebrauch. Mit Zunahme der ökonomischen Krise radikalisierte sich die Rhetorik des Präsidenten. Mehrmals nach dem Auslaufen der übernommenen Landcasterhouse Verfassung, die eine Enteignung ohne Entschädigung nicht zugelassen hatte, erhöhte Mugabe den politischen Druck auf die Farmer und den größten internationalen Finanzgeber einer möglichen Landreform, die Kolonialmacht England. Diese verschloss sich zwar nicht gänzlich einer Reform, engagierte sich aber zusammen mit der internationalen Gemeinschaft nach 1980 finanziell auch nicht in dem Maße wie versprochen. Als Hauptvorwand dienten die unsicheren Eigentumsrechte.

Und doch bewegte sich etwas: die weiße Farmersunion (CFU) legte genauso Konzepte zur Verteilung vor, wie die 1998 von der Regierung einberufene internationale Geberkonferenz in Harare. Konkrete Fahrpläne wurden entwickelt, Beratungs- und Qualifizierungsmaßnahmen der afrikanischen Farmer inklusive. Doch die zimbabwische Regierung scheint im Nachhinein nur ein taktisches Verhältnis zur Sache gehabt zu haben. Die Pläne wurden nicht umgesetzt. So erscheint die aktuelle Landbesetzungsunterstützung und ihre Tolerierung durch die Regierung wie das traurige Ende einer verpassten Chance. Die wenigsten Besetzer (wahrscheinlich sind es einige Zehntausende) werden die Früchte ihres Engagements ernten können. Auch die Anfang Mai angekündigte Verfassungsänderung Mugabes in Richtung "entschädigungsloser Landverteilung" bietet hier nicht mehr als das verbale Aufkeimen historischer Feindbilder statt einer langfristigen Lösung. Warum sind nicht wenigstens die vorgesehenen Zwischenschritte der Verteilung des brachliegende und zur Verfügung gestellten Landes praktiziert worden? Alle zimbabwischen und internationalen Konfliktparteien sehen die Notwendigkeit der Landreform.

Zur historisch prioritären Frage nach Land hat sich in 20 Jahren Zimbabwe eine eklatante ökonomische Krise hinzugesellt. Die internationale Verschuldung, der Währungsverfall des Zimbabwe Dollars, ständig steigende Preise der Grundnahrungsmittel, Reallohnverluste und steigende Arbeitslosigkeit sind Symptome der zimbabwischen Ökonomie. Doch auch hier agierte Mugabe nicht besonders glücklich. Schließlich kamen die Hauptkritiker seiner Politik aus den Reihen der engagierten Zivilgesellschaft. Neben Ökonomen, Nichtregierungsorganisationen und kirchlichen Organisationen war es der Gewerkschaftsdachverband ZCTU, der Mugabes Konzept kritisierte. Hauptpunkt der Kritik war das Strukturanpassungsprogramm (ESAP) von IWF und Weltbank, das Zimbabwe gewissermaßen in vorauseilendem Gehorsam erfüllte. Es sollte ökonomisches Wachstum durch Einsparungen im Verwaltungsbereich und bei den Sozialstandards erreichen, nach 10 Jahren steckt Zimbabwe stattdessen in einer immer tieferen Krise. Soziale Errungenschaften der ersten Jahre wie Schulgeldfreiheit (im Primarschulsektor) oder einkommensabhängige, geringe Schulgebühren für die Sekundarstufe, kostenlose Gesundheitsversorgung für niedrige Einkommen sind verloren gegangen, stattdessen steigt die Zahl der unzufriedenen und frustierten Zimbabwer. Die Foodriots 1997/1998 setzten ein deutliches Zeichen.

Ein weiterer Kritikpunkt ist die Beteiligung Zimbabwes an der, auf Bitten von Kongos Präsident Kabila zu Stande gekommenen, Internationalen Kongotruppe. 10.000 Soldaten stellt Zimbabwe zur Verfügung; ein Bruderdienst der zunehmend auf Widerstand in der Bevölkerung stößt, zumal er ein vielfaches der ursprünglich geplanten finanziellen Mittel verschlingt und ein Ende der Beteiligung trotz diverser Friedensabkommen nicht absehbar ist.

An dieser Stelle ist es nicht möglich umfassend auf die Entwicklung der Demokratie Zimbabwes einzugehen. Immerhin lässt sich festhalten, dass nach dem Matabelelandterror der 80er Jahre, in dem zehntausende der oppositionellen ZAPU-Partei zu Tode kamen und nach dem Unity-Abkommen zwischen ZAPU/Nkomo und ZANU/Mugabe die Zielorientierung eines Einparteienstaates von Mugabe aufgegeben wurde. Wegen des Mehrheitswahlrecht hält die ZANU 148 der momentan 150 Parlamentssitze. Der Protest äußert sich auf andere Weise:Lag die Wahlbeteiligung 1980 noch bei 94 %, sank sie bereits auf 54% bei den Wahlen 1990 und auf 31% bei den Präsidentschaftswahlen 1996. Eklatant niedrig war die Wahlbeteiligung bei den anschließenden kommunalen Wahlen in verschiedenen Distrikten, bei denen z.T. unter 10% der Wahlberechtigten zu den Wahlen gingen.

Erstarkung der Zivilgesellschaft

Aber welche Alternativen zeichnen sich ab? Neben diversen Klein- und Kleinstparteien gibt es hier seit dem letzten Jahr eine Bewegung, die unter dem Namen MDC sowohl inhaltliches als auch mit dem ehemaligen ZCTU-Generalsekretär, Morgan Tsvangirai, persönliches Profil in den Wahlkampf einbringen kann. Viele Nichtregierungsorganisationen u.a. Menschenrechtsorganisationen sind in der MDC engagiert. Hinzu kommt eine Verfassungsreformdebatte über die der allmächtige Einfluss der ZANU eingedämmt werden soll. Die neu entstandene National Constitutional Assembly (NCA) schaffte es - getragen von Bürgerrechts-, Frauen-, Gewerkschafts- und kirchlichen Gruppen - die Initiative in Richtung Abbau präsidialer Hegemonie zu ergreifen, jedoch Mugabes geschickter Schachzug der Einrichtung der Constitutional Commission (CC), die aus den 148 ZANU-Abgeordneten und 100 weiteren von Mugabe ernannten Mitgliedern bestand, gab ihm die verfassungsmäßige Initiative zurück.

So überraschte die internationalen Beobachter, dass ein im Frühjahr 2000 einberaumtes Verfassungsreferendum mit einem klaren Sieg der Opposition endete. Vor allem die städtischen WählerInnen sorgten dafür, dass knapp 55% für eine Ablehnung der präsidialen Privilegien stimmte. Diese überraschende Niederlage erklärt - trotz für die ZANU günstigem Mehrheitswahlrecht und einer günstigeren Wahldistriktaufteilung bei den Parlamentswahlen - die Angst der Regierung vor dem Machtverlust.

Angesichts der laufenden aktuellen innenpolitischen Eskalation, scheint es verwegen einen friedlichen Übergangsprozess zu skizzieren. Dennoch sehe ich einen wachsenden innenpolitischen Druck der Legislative, einer nach wie vor offenen Medienlandschaft (Ausnahme: TV/Radio), einer lebhaften NGO-Szene, einer erstarkenden inhaltlichen Opposition der Zivilgesellschaft (Menschenrechts-, Nichtregierungs- und kirchliche Organisationen) als positive Signale einer wachsenden politischen Alternative. Um eine weitere Eskalation abwehren zu können, ist dies allein zu wenig. Die verhärtete Haltung der britischen Ex-Kolonialmacht in der Landfrage trägt allerdings viel zu dieser Entwicklung bei. Wichtig wird sein, dass sich andere Stimmen aus der EU, aber mehr noch die Staatengemeinschaft des Südlichen Afrikas (SADC) und allen voran der starke Nachbar Südafrika in die Verantwortung drängen.

Christoph Beninde

Der Autor ist seit 1973 beim AKAFRIK Bielefeld ehrenamtlich, später im Dritte Welt Haus Bielefeld und Zimbabwe Netzwerk auch hauptamtlich aktiver Solidaritätsarbeiter mit Schwerpunkt Zimbabwe und Südliches Afrika. Seit 1995 Geschäftsführer der KOSA, Koordination Südliches Afrika, einem Zusammenschluss von momentan 17 Gruppen/Institutionen, die zum Südlichen Afrika arbeiten.

18. Philippinen: Geiselnahme im Klima wachsender Militarisierung

Autor: Rainer Werning · Rubrik: Philippinen · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:08

Auf der südphilippinischen Insel Jolo ist ein rasches Ende der Geiselnahme von 21 aus Malaysia verschleppten Touristen aus zwei Gründen zweifelhaft: die eskalierende Militarisierung im Zentrum der südlichen Hauptinsel Mindanao und die Einsetzung von Nur Misuari als Manilas Vermittler in dem Geiseldrama. (vgl. auch ak 436)

Zu Ostern erlangte das kleine Taucherparadies Sipadan unweit der Küste des ostmalaysischen Bundesstaates Sabah mit der Entführung von 21 - mehrheitlich ausländischen - Geiseln plötzliche Publizität. Kaum hatten Agenturen die Sensation verbereitet, waren bereits die Täter ausgemacht: "moslemische Fundamentalisten", "islamische Terroristen" und "Moro-Separatisten" seien für das Verbrechen verantwortlich. Dabei hat es eher den Anschein, als würden wieder einmal über das Feindbild "islamischer Fundamentalismus" politische und militärische Zwecke befördert werden.

Seit Anfang Mai haben Marine- und andere Eliteeinheiten der philippinischen Armee ihren Belagerungsring um das Hauptquartier Camp Abubakar der mittlerweile größten muslimischen Widerstandsorganisation, der Moro Islamischen Befreiungsfront (MILF), in den Lanao-Provinzen und in Maguindanao enger zusammengezogen. Der Narciso Ramos Highway, der die Provinzen miteinander verbindet, wurde für den öffentlichen Verkehr gesperrt.

Philippinische Menschen- und Bürgerrechtsorganisationen beziffern die Zahl der bereits (zwangs)evakuierten Zivilisten mit 60.000. Gleichzeitig wurden über 1.000 frisch rekrutierte Paramilitärs, Mitglieder der sogenannten CAFGU (Citizens Armed Forces Geographical Units), zur Unterstützung der Armee in das Gebiet abkommandiert. Etwa sechzig Prozent der Kampfverbände sind somit im Süden des Archipels konzentriert. Sollte ein Großangriff auf MILF-Hauptquartier Camp Abubakar erfolgen, markierte das den Beginn eines neuerlichen offenen Bürgerkrieges.

Manilas Regierung scheint die Eskalation der Gewalt billigend in Kauf zu nehmen. Ebenfalls Anfang Mai hat der von zahlreichen Skandalen und Korruptionsaffären lädierte Präsident Joseph Ejercito Estrada angekündigt, die "Moro-Rebellen zu pulverisieren". Das folgt einer Kampf- und Kriegslogik, die der Ex-Schauspieler früher bevorzugt in Billigproduktionen zelebrierte. Bereits Wochen vor der Geiselnahme hatte er den Moros den "totalen Krieg" erklärt.

In einer am 2. Mai unter dem Titel A Statement of Concern veröffentlichten zweiseitigen Erklärung des BangsaMoro Consortium heißt es: "Wir fordern eine sofortige Einstellung der andauernden Feindseligkeiten, weil die Probleme in Mindanao niemals gewaltsam zu lösen sind, wie das in der Geschichte mehrfach bewiesen wurde. Wir fordern die Einbeziehung einer dritten Partei in den Prozess einer friedlichen Konfliktlösung. Diese dritte Partei sollte neben lokalen und internationalen Vertretern auch aus Emissären der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen sowie Persönlichkeiten der Zivilgesellschaft und religiöser Organisationen zusammengesetzt sein. Nur so wäre gewährleistet, dass notwendige Transparenz hergestellt (...) und eine Kultur des Friedens begründet wird".

Manilas Unterhändler gerät in Zugzwang

Das Konsortium ist ein Zusammenschluss verschiedener muslimischer Nichtregierungs- und so genannter Volksorganisationen sowie Kooperativen aus den südlichen, westlichen und zentralen Landesteilen Mindanaos. Diese Stimme der Vernunft dürfte es schwer haben, sich gegen den schießwütigen Haudegen im Präsidentenpalast Gehör zu verschaffen.

Mit Nur Misuari hat die Regierung im fernen Manila ausgerechnet einen Bock zum Gärtner gemacht. Der Gründungsvorsitzende und langjährige Chef der vormals bedeutsamsten muslimischen Widerstandsbewegung, der Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF), hat nicht nur mit der Unterzeichnung des Friedensabkommens am 2. September 1996 endgültig einen Schulterschluss mit Manila vollzogen. Misuari eifert heute auch seinem Herrn nach und befürwortet wie Estrada ein drakonisches Vorgehen gegen seine einstigen Mitstreiter. Die MILF zeiht ihn deshalb der Kapitulation.

Misuari, der seit 1996 mehr Zeit in Manila und im Nahen und Mittleren Osten zubrachte, kann als Gouverneur der Autonomen Region in Moslem-Mindanao (ARMM) weder politisch noch wirtschaftlich Erfolge aufweisen. Dermaßen desolat ist seine Performance, dass ihm offensichtlich zupass kam, dass die von seinen Sicherheitskräften Tag und Nacht bewachte Rechnungsaufsichtsbehörde in Cotabato City Ende April in Flammen aufging, somit wichtige inkriminierende Unterlagen "beseitigt" wurden.

Als Unterhändler Manilas und Vermittler der Regierung im Geiseldrama erhofft sich Misuari, der Ambitionen hegt, demnächst Senator zu werden, eine sehnlichst herbeigewünschte positive Publizität. Ein Vabanquespiel, aus dem er möglicherweise mit größerem Gesichtsverlust hervorgeht.

Konfrontation statt Frieden

Als Hauptverantwortlicher der Geiselnahme gilt Galib Andang alias Kommandeur Robot. Dieser traf noch im letzten Jahr mehrfach mit Misuari zusammen und ersuchte ihn um Hilfe, sich den Behörden zu stellen. Andang ist ein notorischer Krimineller, der seit längerem im Sulu Archipel sein Unwesen treibt und als Drahtzieher in mehreren Erpressungs- und Kidnapping-Fällen gilt. Misuari überredete ihn allerdings, im "Feld" zu bleiben und sicherte ihm finanzielle und logistische Unterstützung zu.

Was die Verhandlungsführung mit den Entführern allerdings erschwert ist die Tatsache, dass hinter dem relativ gefügigen Andang mit Mujib Agga Susukan, Said Suaib und Abu Pula Jumdail drei Kommandeure stehen, die alte Rechnungen mit Misuari zu begleichen haben. Der Vater von Mujib beispielsweise, ein alter Kampfgefährte Misuaris und MNLF-Provinzkommandeur, kam vor einigen Jahren in einem Feuergefecht mit Regierungstruppen ums Leben. Und Mujib selbst, der Misuari nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens 1996 um politische und finanzielle Unterstützung bat, fühlte sich brüskiert, als dieser ihn einfach links liegen ließ und sein Begehren abschlägig beschied.

So spricht Anfang Mai einiges dafür, dass zu Misuari auf Distanz gegangene Ex-MNLFler die Fäden im Geiseldrama ziehen. Überdies ist Talipao, der jetzige Aufenthaltsort der Geiseln, eine frühere Domäne der MNLF. Demnach bestünde die Verstrickung der Abu Sayyaf Gruppe (ASG), deren Kämpfer wesentlich auf der nördlich gelegenen Insel Basilan konzentriert sind, eher in Form einer gewissen Liaison. Zweifellos sollen durch die Geiselnahme die legitimen Forderungen der Moros desavouiert und militärisch "gelöst" werden.

Die MILF sagte derweil ihre Teilnahme an den laufenden Friedensverhandlungen mit Manila ab. Eigentlich hätten diese am 2. Mai in Cotabato City wieder aufgenommen werden sollen. Gegenüber dem Autor verurteilte ihr Sprecher Mohagher Iqbal die Geiselnahme: "Wer Zivilisten als Geiseln nimmt," so Iqbal, "verfolgt kein politisches, sondern schlichtweg ein kriminelles Anliegen". Und er setzte hinzu: "Wer die Gewalt eskaliert und auf militärische Lösungen drängt, ist friedenspolitisch unglaubwürdig".

Wie immer die Geiselnahme ausgeht, fest steht, dass die Medien emsig am Feindbild "Islamismus" und "islamischer Terrorismus" gefeilt und die Chance vertan haben, sich sorgfältig und um Objektivität bemüht der Frage zu widmen, warum ausgerechnet die Zivilbevölkerung immer dann Deckung suchen muss, wenn über Frieden in Mindanao geredet wird.

Rainer Werning, 2. Mai

19. Bruch mit einem Modell. Die französische KP - offen für die Bewegung, fit für die Regierung

Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:20

Auf ihrem jüngsten Kongress, der Ende März in Martigues stattfand, hat die französische kommunistische Partei ihre Transformation fortgesetzt. Wenige Tage, nachdem KP-Sekretär Robert Hue die "Neue Kommunistische Partei" proklamiert hatte, bildete der sozialdemokratische Ministerpräsident Lionel Jospin sein Kabinett um - der KP wurde ein viertes Ministerium zugestanden, zuständig für die Verwaltung des nationalen Kulturguts.

Jahrzehntelang war der Parti Communiste Français (PCF) die am stärksten "stalinisierte" KP in Westeuropa. Die Mehrzahl ihrer Mitglieder rechtfertigte die strikte Hierarchie mit dem Argument, man müsse dem mächtigen Kapital eine ebenso straff organisierte Gegenmacht entgegensetzen. Seit Mitte der 70er Jahre jedoch geriet diese Parteiform, zunächst schleichend, in die Krise. Der Ansehens-Verlust der Länder des "real existierenden Sozialismus" in der französischen Öffentlichkeit, der mit den Ereignissen in der Tschechoslowakei (1968), in Afghanistan (ab 1979) und Polen (ab 1981) einherging, trug hierzu erheblich bei. Das Prestige der UdSSR als Bezwinger Nazi-Deutschlands und Verbündeter in der Anti-Hitler-Koalition war verbraucht. Hinzu kam, dass die jungen Generationen immer weniger durch die Arbeit - und damit durch die Solidarität im Arbeitskollektiv einerseits und durch die Fabrikdisziplin andererseits - sozialisiert wurden; die Jugend-Arbeitslosigkeit nahm zu, und die Schul- und Studienzeiten wurden immer länger.

Nach den Jahren ihrer Regierungsbeteiligung zwischen 1981 und 1984 war die Partei ausgelaugt und perspektivlos - die Sozialisten unter Mitterrand hatten sich der KP bedient, um die sozialen Proteste gegen ihre Politik einzudämmen. Es folgte der Niedergang der realsozialistischen Länder, deren "Modell" die französische KP (nach einigen Schwankungen in den 70er Jahren) bis zuletzt treu verbunden blieb, dann die Infragestellung des "Modells" durch Gorbatschow und schließlich dessen Ende 1989/91. In den frühen 90er Jahren hätte kaum ein Beobachter eine nennenswerte Summe auf das Überleben des PCF gesetzt.

Die neue Parteiführung unter Robert Hue, der 1994 den jahrzehntelangen KP-Generalsekretär Georges Marchais ablöste, suchte die Schlussfolgerungen aus diesem Ende einer historischen Phase zu ziehen. Ab Mitte der 90er Jahre eröffnete sie den Prozess der von Hue so getauften "mutation", der "Verwandlung" der Partei. In den Folgejahren war es Hauptanliegen der KP-Führung, ihre Öffnung und ihren Bruch mit einer nunmehr als "sektiererisch" beschriebenen Funktionsweise und Parteikonzeption zu betonen. So erklärte Robert Hue im Dezember 1995, zum 75. Jahrestag der KP-Gründung: "Der Wille der Kommunistischen Partei zur Öffnung ist total." Schon im Herbst 1995 allerdings hatte Hue unter dem Druck der Parteimehrheit das von ihm ausgegebene neue Motto von der "konstruktiven Opposition", auch gegenüber dem bürgerlichen Staatspräsidenten Jacques Chirac, wieder zurückziehen müssen.

Die massiven sozialen Bewegungen, die vor allem die Amtszeit der aggressiv neoliberalen Juppé-Regierung (Mitte 1995 - Mitte 1997) prägten, lieferten der KP die Gelegenheit, durch ihre demonstrative Öffnung zu den Basisbewegungen erneut ein linkeres Profil zu gewinnen. So trat sie für die Rechte von Minderheiten ein, etwa der Homosexuellen (für Teile der KP, im Namen einer "proletarische Moral", in den 70er Jahren noch ein rotes Tuch) und unterstützte ab 1996 den Kampf der "sans-papiers" (Immigranten ohne gültige Aufenthaltstitel). In der Vergangenheit hatte die KP sich jahrelang für eine Schließung der Grenzen für neue Einwanderer ausgesprochen, da die französische Arbeiterklasse vor Konkurrenz und Dumping auf dem Arbeitsmarkt bewahrt werden müsse.

Öffnung für soziale Bewegungen

Zugleich bereitete die KP-Führung seit 1996 den erneuten Regierungseintritt an der Seite der Sozialdemokratie vor. Seit Juni 1997 ist die Regierungsbeteiligung nunmehr Realität - 77 Prozent der KP-Mitglieder stimmten seinerzeit in einer Urabstimmung zu, gut 20 Prozent dagegen (eine dritte Alternative in Gestalt einer Tolerierungspolitik ohne eigene Regierungsbeteiligung - wie 1936 unter der "Volksfront" praktiziert - war nicht zur Abstimmung gestellt worden). Die Mitarbeit in der Regierung Jospin brachte wiederum eine Hinwendung zu "Realitätstüchtigkeit" und zu Kompromissen, erzwungen durch die

"Notwendigkeiten" einer Regierungspolitik unter den Rahmenbedingungen eines triumphierenden Kapitalismus und verschärfter internationaler Konkurrenz.

Der jüngste PCF-Kongress in Martigues sollte den Transformationsprozess fortschreiben. Im Vorfeld war er durch die KP-Führung und -Presse gar als "Kongress der kommunistischen (Neu-)Gründung" bezeichnet worden.

Dominanz der "Realpolitiker"

Zu den wichtigsten innerparteilichen Umwälzungen, die durch die Parteiführung geplant und vom Kongress erwartungsgemäß beschlossen wurden, gehört, dass die (1994 umbenannten) zentralen Führungsgremien durch neue Organismen ersetzt werden. So werden das "nationale Komitee" (Ex-Zentralkomitee) und das "nationale Büro" (Ex-Politbüro) abgeschafft. An ihre Stelle tritt ein Conseil national (etwa: "nationaler Rat"), der - wie bisher das nationale Komitee - als eine Art "Parlament" der Partei fungieren und die Politik der Partei in ihren Grundausrichtungen festlegen soll. Doch anders als das Zentralkomitee/nationale Komitee, das im wesentlichen auf dem Wege der Kooptation neuer Mitglieder durch die alten erneuert wurde, soll das neue Gremium tatsächlich in freier Wahl vom Kongress bestimmt werden; künftig sollen die Kandidaturen einen Monat vor dem Kongress in den Basis-Strukturen der Partei bekannt gegeben und diskutiert werden.

Dem neuen Leitungsgremium, das für 250 Personen ausgelegt ist (in Martigues wurden 271 Personen in den neuen Conseil national gewählt), sollen künftig grundsätzlich 100 "Aktivisten aus Politik und sozialen Bewegungen" angehören. Daneben sollen ihm 150 weitere Mitglieder automatisch angehören, die eine öffentliche Verantwortung für die Partei wahrnehmen und die eine Legitimation durch den "WählerInnen-Willen" besitzen. Letztere werden im Parteitagsdokument zur Strukturreform aufgezählt: Bürgermeister größerer Städte, Vorsitzende der Parlamentsfraktionen auf nationaler, regionaler und Départements-Ebene, der Partei angehörende Minister und Angehörige von Regional-Regierungen sowie Bezirks-Präsidenten (in den Départements).

Es drängt sich der Eindruck auf, als werde hier ein neues innerparteiliches Machtzentrum rund um die wichtigsten Träger der Regierungsbeteiligung geschaffen. Gegenüber den "alten Strukturen" der KP, in denen die Bürokratie des Apparats gewöhnlich die Parlamentsfraktionen an einer relativ kurzen Leine hielt, droht eine verstärkte Ver-Parlamentarisierung der Partei - und damit ihre Einbindung in Regierungsgeschäft und "Realpolitik". Im Gegensatz zu anderen Parteien hatte die KP beispielsweise Jahrzehnte hindurch ihren Funktionären verboten, gleichzeitig Abgeordneter im nationalen Parlament und Bürgermeister ihrer Stadt zu sein. Dadurch sollte verhindert werden, dass Mandatsträger der KP auf Grund ihrer parlamentarischen Ämter zu einflussreich gegenüber den innerparteilichen Strukturen würden. Heute indes wird umgekehrt das innerparteiliche Gewicht der Ministerriege und der Parlamentarier deutlich angehoben.

Zugleich sind die kommunalen Mandate und die vom PCF regierten Rathäuser zum entscheidenden Faktor für das Überleben der Partei als ernst zu nehmende politische Kraft geworden. Tatsächlich hängt dieses im wesentlichen davon ab, dass die KP ihre lokalen Hochburgen halten kann. Drei Tage vor Eröffnung des Parteitags von Martigues hatten die Sozialdemokratie und die KP ein Abkommen zu den Kommunalwahlen im März 2001 unterzeichnet. Demnach teilen sich die beiden Parteien das nationale Territorium so auf, dass sie (in den meisten Fällen) nicht gegeneinander antreten. Um die 30 mittlere und größere Städte bleiben so der KP reserviert. Heute, da die KP an den meisten Orten zu schwach ist, um allein (gegen die Sozialdemokratie und die Rechtsparteien) die Rathäuser erobern oder halten zu können, hängt ihre kommunalpolitische Zukunft tatsächlich zu großen Teilen von einem Einvernehmen mit der Sozialdemokratie ab - was zweifellos einen Grund mehr darstellt, sich nicht allzu heftig der Regierungspolitik der Sozialisten zu widersetzen.

Ferner wurde der neue Conseil national aber auch für Frauen, jüngere Leute und ImmigrantInnen geöffnet; der Slogan des Strukturreform-Papiers lautete "féminisation, rajeunissement, métissage" (etwa: "Feminisierung, Verjüngung, "Vermischung"). 42 Prozent der in Martigues gewählten Mitglieder des neuen Führungsgremiums sind weiblich, zwischen 10 und 11 Prozent sind jünger als 35 Jahre. Auf diese Weise soll die bisher dominierende Figur des weißen, männlichen Apparatschiks (Spiegelbild der alten Industrie-Arbeiterschaft, aus der die KP-Funktionsträger meist rekrutiert worden waren) im Alter von 45 bis 50 und aufwärts (Ausdruck der Notwendigkeit, einen langen Weg durch die Apparate zu durchlaufen) einer neuen, bunteren Vielfalt weichen.

Die rund 40-köpfige Führungsspitze der Partei - diese Funktion wurde bisher vom Politbüro/nationalen Büro wahrgenommen - wurde ebenfalls durch eine neue Instanz ersetzt, das Collège exécutif. Im Gegensatz zum bisherigen Büro, das vom nationalen Komitee aus seinen Reihen gewählt wurde, wird das neue "Exekutiv-Kollegium" nunmehr direkt vom Kongress gewählt werden. Dasselbe gilt für den nationalen Sekretär. Dadurch erhofft man sich eine Entbürokratisierung der Partei , in Form eines geringeren Gewichts der Apparate, und eine verstärkte demokratische Legitimation für die Parteispitze. Manche Parteimitglieder befürchten allerdings, dass die Direktwahl - insbesondere des Sekretärs - den Führungspersonen zu großes Gewicht verleihen könnte. Sie warnen vor einer Entwicklung hin zu einem "Präsidentialismus".

Orthodoxe schreien Verrat

Der innerparteiliche "Erneuerer"-Flügel in Gestalt der Refondateurs ("Neugründer") ist mit zehn Sitzen im neuen Conseil national vertreten, während die opponierenden "Orthodoxen" nur zwei Sitze erhielten. Politisch zählen die "Erneuerer" zum neuen innerparteilichen Mehrheitsblock, wenngleich die Zentralfraktion hinter Robert Hue ihr relativ wenig Platz in den Führungsgremien eingeräumt hat - wogegen die Refondateurs am Samstag, dem vorletzten Kongresstag, durch Verteilen einer Erklärung protestierten. In den anvisierten Reformen erkennen sie sich aber prinzipiell wieder, wenngleich sie sie weitertreiben möchten - hin zu einer "Überwindung der vom Stalinismus ererbten Parteiform" und einer Sammlung aller veränderungswilligen Kräfte in der Gesellschaft rund um eine offene politische Formation.

Die "Orthodoxen" hingegen kritisieren den Prozess der "reformistischen Aufweichung" und des Verrats an bisher tragenden KP-Prinzipien. Die von Robert Hue in Martigues ausgerufene "Neue Kommunistische Partei" ist nicht mehr ihre Partei. Ein bisheriges Führungsmitglied aus ihren Reihen, Rolande Perlican aus Paris, verweigerte eine ihr angetragene Kandidatur für den Conseil national. Auf dem Kongress erklärte sie, sie wolle keiner Partei angehören, die nicht länger kommunistisch und statt dessen eine Organisation der "Klassen-Kollaboration" sei: "Ich bin Kommunistin, ich bleibe Kommunistin, aber die Partei ist nicht mehr kommunistisch - ich gehe."

Ein weiterer ungewohnter Vorgang, der noch vor wenigen Jahren insbesondere die "Orthodoxen" selbst hätte aufschreien lassen: Ein Teil von ihnen will sich offen als Fraktion in der Partei, an ihrem Rande oder halb innerhalb und halb außerhalb konstitutieren.

Bernhard Schmid, Paris/Martigues

20. Vor Dimitroff war Zetkin. Frühe Faschismus-Analysen I: Einige sind besser als ihr Ruf

Autor: Js. · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:01

Zu den düstersten Kapiteln in der Geschichte der kommunistischen Bewegung gehört ihre Niederlage im Kampf gegen den Faschismus. An Mut hat es in diesem Kampf nicht gefehlt, wohl aber an einer klaren Analyse, mit was für einem Feind man es zu tun hatte. Vor allem gab es keine Erfolg versprechende Strategie, wie der antifaschistische Kampf zu führen sei. Dabei hätte man es in den Jahren vor 1933 besser wissen können - wenn die frühen marxistischen Analysen des italienischen Faschismus weiter entwickelt worden wären.

Ob der Sieg des Faschismus in Italien und des Nationalsozialismus in Deutschland zu verhindern gewesen wäre, wenn die Linken auf der Höhe ihrer Aufgaben gewesen wären, bleibt natürlich Spekulation. Der Feind, dem sie gegenüber standen, war stark. Da war eine wachsende, gewalttätige Massenbewegung, die auch proletarische Schichten erfasste; ein bürgerlicher Staat, der die Faschisten allzu oft gewähren ließ oder direkt unterstützte und stattdessen die Linken verfolgte; schließlich die alten "Eliten", die - in Italien wie später in Deutschland - dem rechtsterroristischen Regime den Weg bereiteten: Industrielle, Großgrundbesitzer, Militärs, Staatsdiener und Intellektuelle.

Dennoch ist eine Mitverantwortung der kommunistischen und anderen Organisationen der radikalen Linken nicht zu leugnen (die ungleich größere Verantwortung der Sozialdemokratie ist ausdrücklich nicht Thema dieses Artikels.) Die Kommunistische Internationale (Komintern) hat ihre Mitverantwortung für den Sieg des Faschismus immerhin Mitte der 30er Jahre eingestanden. In seinem berühmten Bericht an den 7. Weltkongress der Komintern (2. August 1935) räumte Georgi Dimitroff ein, es habe "in unseren Reihen ... eine unzulässige Unterschätzung der faschistischen Gefahr gegeben". Gleichzeitig setzte er selbst diese Unterschätzung fort: Durch den "tiefen Hass", den der Faschismus bei den Massen hervorrufe, begünstige er "deren Revolutionierung", behauptete Dimitroff und zitierte Stalin, der den Sieg der Nazis "auch als Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie" betrachtet wissen wollte.

Clara Zetkin und die "Wendung zu den Massen"

Die übrigen Fehleinschätzungen Dimitroffs und der Komintern können hier nur am Rande erwähnt werden: die groteske Definition des Faschismus als "die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals"; das rein instrumentelle Verständnis der "antifaschistischen proletarischen Einheitsfront", welche die verräterischen Führer der Sozialdemokratie zwingen müsse, "die wiederholten Angebote der Kommunistischen Partei über die Aktionseinheit gegen den Faschismus anzunehmen"; schließlich die Kritik an der KPD, sie habe "das gekränkte Nationalgefühl und die Empörung der Massen gegen den Versailler Friedensvertrag nicht genügend in Rechnung gestellt" - zu vermuten ist, dass die "nationale Befreiung" zentrales Thema der von Dimitroff geforderten Bündnispolitik gegenüber den Bauern und dem Kleinbürgertum hätte sein sollen.

Dennoch war die Politik der "antifaschistischen Einheitsfront" ein Fortschritt in der Politik der Komintern. Noch am 1. April 1933, zwei Monate nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler, hatte das Exekutivkomitee der Komintern sehr viel einseitiger die durch den Sieg des Nationalsozialismus angeblich offenbarte "Schwäche" der Bourgeoisie hervorgehoben: "Die Errichtung der offenen faschistischen Diktatur, die alle demokratischen Illusionen zunichte macht und die Massen aus dem Einfluss der Sozialdemokratie befreit, beschleunigt das Tempo zur proletarischen Revolution." Und noch kurz vor dem Sieg des Nationalsozialismus hatte die "Sozialfaschismusthese" jede Verständigung von Kommunisten und Sozialdemokraten unmöglich gemacht, weil selbst die viel beschworenen "einfachen Mitglieder" der SPD durch die allzu grobschlächtige "Entlarvung" ihrer Führer vor den Kopf gestoßen wurden.

Das verhalten positive Urteil über den Schwenk der Komintern von 1935 relativiert sich allerdings nicht nur wegen der nach wie vor fehlerhaften Analyse des Faschismus. Eine Katastrophe im Wortsinne ist vor allem der Zeitraum, der für diesen - beschränkten - Erkenntnisprozess notwendig war: Seit der Machterschleichung der italienischen Faschisten waren fast 13 Jahre vergangen! Hinzu kommt, dass die ersten Analysen des

Faschismus an der Macht vergleichsweise hohes Niveau hatten, während danach eher eine Verflachung zu beobachten ist.

Der 4. Weltkongress der Kommunistischen Internationale begann am 2. November 1922, wenige Tage nach Mussolinis Ernennung zum italienischen Ministerpräsidenten. Während der Führer der italienischen KP, Amadeo Bordiga, beschwichtigend erklärte, der Machtantritt der Faschisten sei "nicht so tragisch, wie mancher denkt", schätzten führende Vertreter der KPdSU - darunter Stalins spätere Opfer Bucharin, Radek und Sinowjew - die Bedrohung durch den Faschismus realistischer ein. Komintern-Präsident Sinowjew - der allerdings wenig später wieder in unbegründeten Optimismus verfiel - warnte die versammelten Kommunistinnen und Kommunisten aus 58 Ländern: "Wenn die Faschisten in Italien sich behaupten - und das ist für die nächste Zeit wahrscheinlich -, dann ist es sogar absolut sicher, dass ähnliche Erscheinungen wahrscheinlich auch in Deutschland, vielleicht in ganz Mitteleuropa auftreten werden."

Lenin und die "nützlichen" Faschisten

Und Lenin? In seinen Gesammelten Werken finden sich unter dem Stichwort Faschismus genau vier Eintragungen. Seine letzte öffentliche Erklärung zum Thema, die einzige nach dem Oktober 1922, ist von besonderer Brisanz. Am 13. November 1922 sagte Lenin, ebenfalls auf dem 4. Weltkongress der Komintern: "Vielleicht werden uns zum Beispiel die Faschisten in Italien gute Dienste leisten, indem sie den Italienern klar machen, dass sie noch nicht genügend aufgeklärt sind und dass ihr Land noch nicht gegen Schwarzhunderterbanden gefeit ist. Vielleicht wird das sehr nützlich sein." Dimitroff, der Held der "Einheitsfrontpolitik", wiederholte diese grob fahrlässige Äußerung noch auf dem 7. Weltkongress im August 1935, überdies in verballhornter Kurzfassung.

Immerhin widmete die Komintern der italienischen Entwicklung seit 1921 große Aufmerksamkeit. Auch die führenden Kader der KPD waren - nach dem Sieg des Faschismus - über die Situation in Italien bemerkenswert gut informiert und auch in der Lage, daraus politische Schlüsse zu ziehen - wenn man Clara Zetkin zum Maßstab nimmt. In ihrer Rede auf dem Frankfurter Anti-Faschismus-Kongress im März 1923 warnte sie vor:

- der faschistischen Gefahr auch in anderen Ländern, insbesondere Deutschland;

- der damit verbundenen Gefahr eines neuen Weltkriegs, "noch umfangreicher und barbarischer" als der erste;

- der Anfälligkeit auch des Proletariats für "nationalistische Losungen";

- dem Fehler, im Faschismus nur eine "Erscheinung des weißen Terrors" zu sehen.

Der italienischen Sozialistischen Partei warf sie zu Recht vor, sie habe, "statt der Gewalt Gewalt entgegenzusetzen, dem Faschismus mit süßen Flötentönen und Moralpredigten beikommen" wollen. Nun müssten in allen Ländern "Komitees aus Proletarier aller Richtungen für den planmäßigen Kampf gegen den Faschismus" organisiert werden. Ein internationales Aktionskomitee habe die Kampagne gegen den Faschismus zu leiten. Als Forderungen nennt sie die Freilassung der politischen Gefangenen und den Boykott Italiens.

In ihrem Bericht auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Komintern (20.6.1923) nahm Clara Zetkin einen Gedanken auf, den Radek ähnlich schon im November 1922 geäußert hatte: "dass der Faschismus in Italien, ehe er durch Akte des Terrors das Proletariat niederschlug, einen ideologischen und politischen Sieg über die Arbeiterbewegung errungen hatte". Zwar dürfe der "Selbstschutz" des Proletariats, "seine Selbstverteidigung gegen den faschistischen Terror ... nicht eine Minute vernachlässigt werden". Daneben aber gelte die Losung "Heran an die Massen!" Als Massenbasis des Faschismus sieht Zetkin "politisch Obdachlose, sozial Entwurzelte, Existenzlose und Enttäuschte". Den "vom Sozialismus Enttäuschten", die sich den Faschisten zugewandt hätten, müsse die Verlogenheit des Faschismus bewiesen werden, der Antagonismus von pseudo-revolutionären Versprechungen und reaktionärer imperialistischer Praxis.

Der politischen Niederlage folgt die militärische

Aus heutiger Sicht lässt sich etliches an Zetkins Bericht kritisieren: ihre Hoffnung auf eine baldige "innere Zersetzung" des Faschismus (die in Italien erst 1942/43 und im Deutschen Reich, wenn überhaupt, erst kurz

vor der Kapitulation Wirklichkeit wurde); ihr Glaube an die Mission der Partei, den "Suchenden", auch unter den Sympathisanten der extremen Rechten, die "frohe Botschaft von dem erlösenden Kommunismus (zu) bringen"; ihre Zuversicht, "in jedem einzelnen Arbeiter das revolutionäre Klassenbewusstsein entzünden und zur Flamme des Klassenwillens anblasen" zu können. Zugute halten muss man ihr, dass Mitte 1923 die Hoffnung auf eine bevorstehende revolutionäre Entscheidungsschlacht in Deutschland weniger unrealistisch erscheinen musste als 1926 oder 1932.

Die halblegale Kommunistische Partei Italiens konnte Zetkins Losung von der Hinwendung zu den Massen zeitweise relativ erfolgreich umsetzen. Nach der Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Giacomo Matteotti durch Faschisten aus der direkten Umgebung Mussolinis (10.6.1924) geriet das Regime schwer unter Druck. Der PCI schlug ein Gegenparlament vor, um "mit rückständigen Massen Kontakt aufzunehmen", wie Antonio Gramsci zwei Jahre später schrieb. Erst in der "Matteotti-Krise" sei der PCI wirklich zur Massenpartei, sein Zentralorgan L'Unità zum Forum des antifaschistischen Widerstandes geworden.

Unter dem Eindruck der Matteotti-Krise fiel die Komintern in den alten Optimismus zurück. In der Resolution über den Faschismus, verabschiedet vom 5. Weltkongress der Komintern (16.9.1924), erschien der Faschismus als letzter Versuch der Bourgeoisie, ihren Untergang hinauszuzögern: "Der Faschismus ist das Kampfinstrument der Großbourgeoisie gegen das Proletariat, zu dessen Niederwurf die legalen staatlichen Machtmittel nicht mehr ausreichen"; durch die inneren Widersprüche des Regimes - "Interessengegensätze zwischen der Großbourgeoisie einerseits und den kleinbürgerlichen und proletarischen Elementen andererseits" - gerate der Faschismus "nach seinem Siege in einen politischen Bankrott, der zu seiner inneren Zersetzung führt".

Hinzu kommt ein Vorgriff auf die verhängnisvolle These vom "Sozialfaschismus": "Bei fortschreitendem Zerfall der bürgerlichen Gesellschaft nehmen alle bürgerlichen Parteien, insbesondere (!) die Sozialdemokratie, einen mehr oder weniger faschistischen Charakter an." Mit diesen Thesen waren die besseren Einsichten Clara Zetkins vorerst vom Tisch, von einer internationalen Kampagne überparteilicher antifaschistischer Komitees gar nicht zu reden.

(wird fortgesetzt)

Js.

Literatur:

- Georgi Dimitroff: Arbeiterklasse gegen Faschismus. Bericht an den VII. Weltkongress der Kommunistischen Internationale (2.8.1935); Regensburg 1975, S. 5-109

- W.I. Lenin: Fünf Jahre russische Revolution und die Perspektiven der Weltrevolution. Referat auf dem 4. Kongress der Komintern (13.11.1922); in ders.: Ausgewählte Werke, Band III; Berlin/DDR 1970, S. 811-826

- Leonid Luks: Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie. Die Auseinandersetzung der Komintern mit Faschismus und Nationalsozialismus 1921-1935; Stuttgart (DVA) 1985

- Theo Pirker (Hg.): Komintern und Faschismus. Dokumente zur Geschichte und Theorie des Faschismus; Stuttgart (DVA) 1965

- Gert Schäfer: Der Faschismus und die Kommunistische Internationale; in Theodor Bergmann/ Mario Keßler (Hg.): Aufstieg und Zerfall der Komintern. Studien zur Geschichte ihrer Transformation (1919-1943); Mainz 1992, S. 167-201

- Clara Zetkin: Rede auf dem Internationalen Anti-Faschismus-Kongress, Frankfurt am Main, 23.3.1923; dokumentiert bei Theo Pirker, S. 115-118

- Clara Zetkin: Der Kampf gegen den Faschismus. Bericht auf dem Erweiterten Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (20.6.1923); in dies.: Ausgewählte Reden und Schriften II, Berlin/DDR 1960, S. 689-729

21. Erfolgreicher Protest gegen Zwangsvorführungen in der Hamburger Ausländerbehörde

vor afrikanischen Botschaften in der Hamburger Ausländerbehörde

Autor: Conni Gunßer, Lansa Camara - Karawane-Gruppe · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:17

Seit Ende August 1999 fanden in Hamburg mehrere sogenannte "Botschaftsanhörungen" statt: Die ivorische, liberianische, guineische und kongolesische Botschaft sowie Vertreter der gambischen Einwanderungsbehörde residierten unter Polizei- und BGS-Bewachung in der Ausländerbehörde, und hunderte von Flüchtlingen ohne Pass, deren Asylanträge abgelehnt worden waren, wurden unter Zwangsandrohung vorgeladen - "zur Ausstellung eines Heimreisedokumentes", wie es in den Vorladungen hieß. Diese Praxis hat bei den betroffenen AfrikanerInnen nicht nur Angst, sondern auch Widerstand hervorgerufen: Bei den ivorischen Anhörungen gingen Stühle und Fensterscheiben im Wartesaal zu Bruch, ein Gefangenentransport wurde blockiert, regelmäßige Treffen entwickelten sich, und am 1.11.99 sowie am 1.2.2000 fanden Demonstrationen vor der Ausländerbehörde in die Innenstadt mit jeweils mehreren hundert, überwiegend afrikanischen TeilnehmerInnen statt.

Als bekannt wurde, dass vom 21.-23.3.00 die sierraleonischen BotschaftsvertreterInnen in die Hamburger Ausländerbehörde kommen würden und (laut Behörde) 213 Flüchtlinge verhört werden sollten, kam es zu gut besuchten Treffen mit Flüchtlingen, deutschen und afrikanischen UnterstützerInnen, die z.T. schon bei früheren Vorladungen und Aktionen dabei waren. Wir einigten uns auf die wesentlichen Ziele: Stopp der Botschaftsanhörungen in der Ausländerbehörde, Schluss mit den Abschiebungen, Bleiberecht und gleiche Rechte für alle, einschließlich des Rechts auf Arbeit und Ausbildung!

Nach einem Treffen mit RechtsanwältInnen wurde beschlossen, die Vorgeladenen zu beraten und zu unterstützen in Richtung Boykott der Anhörungen in der Ausländerbehörde auf Grund ihrer Rechtswidrigkeit, statt - wie bei den bisherigen Anhörungen - eine Begleitung zu organisieren. Entsprechende Briefe wurden an die Behörde geschickt und Widerspruch gegen die Vorladungen eingelegt.

Widerstand organisieren!

Parallel dazu wurden Protestaktionen vor der Ausländerbehörde an allen drei Tagen und eine Demo zum Rathaus am dritten Tag vorbereitet und in Flüchtlingsheimen und Stadtteilen dafür mobilisiert. Die Medien- und Informationsarbeit resultierte u.a. in zwei sehr guten Artikeln in der "Frankfurter Rundschau" kurz vor den Aktionen

Mit zeitweise mehreren hundert Leuten waren wir täglich ab 7 Uhr morgens bis zum Ende der Anhörungen gegen 16 Uhr direkt vor dem Eingang der Ausländerbehörde präsent: mit Transparenten, einem Info- und Beratungstisch, Redebeiträgen, afrikanischer, Reggae- und Hiphop-Musik und zeitweise ausgelassenem Tanzen, nicht nur zum Aufwärmen. In den Reden wurden internationale Zusammenhänge, insbesondere die Ausbeutung des afrikanischen Kontinents, die Lage in den Herkunftsländern, die Situation der Flüchtlinge hier, ihre Diffamierung als "Drogendealer", alltägliche rassistische Kontrollen und das geltende Arbeitsverbot thematisiert, Details zu Machenschaften der Botschaft und der Ausländerbehörde aufgedeckt und unseren Forderungen Nachdruck verliehen.

Am ersten Tag ging nach Beratung an unserm Tisch kaum einer der Vorgeladenen in die Behörde. Bis mittags hatten nach Angaben der Behörden nur sieben Flüchtlinge an den Anhörungen teilgenommen. Berichte über Festnahmen im Zusammenhang mit den Verhören verstärkten die Stimmung, nicht hineinzugehen. Eine Verhandlungsdelegation, die mit dem Botschaftsvertreter über unsere Forderungen reden wollte, musste live erleben, wie dieser sich die Bedingungen durch die Ausländerbehörde diktieren lässt - und verließ das Gebäude wieder.

Die Polizei versuchte zunehmend, uns mit Auflagen zu schikanieren: Die Musik sei zu laut, Transparente müssten von der Wand entfernt werden etc. All dies trübte aber nicht die Stimmung, und die Aktionen gingen mit viel Power weiter.

Am Nachmittag fand eine Krisensitzung der Behördenspitze statt.

Am zweiten Tag wurde der Eingang zur Behörde durch Absperrgitter, hinter die man unsere Proteste verbannte, freigehalten. Es gab ständige Auseinandersetzungen mit Polizei, ob wir mit vorgeladenen Flüchtlingen am Eingang diskutieren und sie beraten dürfen. Auf Grund von Verunsicherung durch Drohungen (Polizei hole die Vorgeladenen aus den Unterkünften etc.) und Illusionen durch lange Duldungsfristen (die aber nichts wert sind) für Vorgeladene, die an den Verhören teilnahmen, gingen ca. 20-30 Flüchtlinge zu den Anhörungen. Eine Festnahme wurde von uns auf Video festgehalten.

Am dritten Tag war noch mehr Polizei vor Ort und drängte uns vom Eingang ab, als wir dort mit Flüchtlingen zu diskutieren versuchten. Auch togoische und burkinische Flüchtlinge kamen an unseren Beratungstisch: Sie müssten Formulare zur Beantragung von Reisepapieren ausfüllen - das heißt, weitere Botschaftsvorladungen sind zu erwarten.

Flüchtlinge erzählten, dass der Botschaftsvertreter Kallon Abschiebungen nach Sierra Leone, auch über Ghana, für korrekt erkläre - die Flüchtlinge seien ja auch nicht direkt hergekommen, und dies sei halt das Land der Deutschen; Kallon, dessen Posten wegen Korruption in Gefahr sei, habe einen Job bei der Ausländerbehörde angeboten bekommen

Von 14 bis 18.30 Uhr fand eine Demonstration mit ca. 500 überwiegend afrikanischen TeilnehmerInnen statt, die über den Hauptbahnhof zum Rathaus führte. Dort nahmen ein Vertreter der (von der GAL abgespaltenen) oppositionellen Regenbogenfraktion und - allerdings als Privatperson - ein GAL-Abgeordneter, der gerade zu einer Sitzung ins Rathaus wollte und sich erst mit "Ich habe Wichtigeres zu tun" herausredete, zu unseren Forderungen Stellung.

Inzwischen war bekannt geworden, dass wegen bisher zu geringer Teilnahme die Anhörungen am folgenden Tag fortgesetzt würden. Also verlängerten auch wir unsere Protestaktionen.

Am vierten Tag kamen nur einige Vorgeladene, die am Vortag nicht mehr drangekommen waren, sowie Flüchtlinge, die jetzt ihre Duldung verlängern wollten, da sie dachten, die BotschaftvertreterInnen seien nicht mehr da, aber nur sehr wenige gingen in die Ausländerbehörde. Es wurde bekannt, dass auch eine Vertreterin der guineischen Botschaft, Aissatou Cissé Diallo, mindestens seit dem zweiten Tag an den Anhörungen teilnahm und insbesondere Flüchtlinge, die Fulla sprechen, direkt von ihr "begutachtet" und zu Guineern erklärt wurden

Gegen 12 Uhr zog die Polizei weitere Kräfte zusammen. Angeblich seien die Anhörungen beendet. Eine Delegation der Protestierenden ging in die Behörde und erhielt von Abteilungsleiter Jenke unter ZeugInnen die Zusage, dass die sierraleonischen Botschaftsanhörungen tatsächlich zu Ende seien und Vorgeladene am Montag die Aufforderung bekämen, zur Botschaft nach Bonn zu fahren; heute seien nur zehn Vorgeladene zu den Anhörungen erschienen. Das Auto mit Kallon und Diallo fuhr ab, und raste, verfolgt von Parolen rufenden Flüchtlingen, bei Rot über die Kreuzung. Mit Freudentänzen vor der Ausländerbehörde schlossen wir unsere Aktionen mit der panafrikanischen Hymne "Nkosi sikelele" ab - so wie wir sie auch jeden Morgen begonnen hatten.

Gegen Vorgeladene, die in der folgenden Woche in die Ausländerbehörde gingen, wurden Verwarngelder wegen Nichtteilnahme an der Anhörung (75,-DM) und Verspätung der Duldungsverlängerung (40,-DM) verhängt. Sie bekamen eine Woche Frist, das Geld zu bezahlen. Als wir ein juristisches Vorgehen dagegen beschlossen, zog die Ausländerbehörde von sich aus mangels Rechtsgrundlage die 75,-DM-Forderung zurück. AnwältInnen rieten, die 40,- zu bezahlen, da es dafür eine Art "Gebührenordnung" gibt und an diesem Punkt über ein Bußgeldverfahren wohl kaum die Rechtswidrigkeit der Botschaftsanhörungen einzuklagen wäre. Flüchtlinge, die bezahlt haben, erhielten Duldungen bis Mitte Juni mit der Auflage, bis dann zur Botschaft zu fahren.

Während der Aktionstage und danach gab es verstärkte Kontrollen an Bahnhöfen, in Stadtteilen und Flüchtlingsunterkünften, aber nach unseren Informationen keine gezielten Festnahmen von Vorgeladenen, die nicht zu den Anhörungen gingen. Außerdem startete die Polizei ein Ermittlungsverfahren wegen eines auf der Demo getragenen Transparents "Nazis raus aus der Ausländerbehörde".

Flüchtlinge vor Abschiebung schützen

Die SPD reagierte mit einer Rechtfertigung der Maßnahmen der Ausländerbehörde: Die Vorgeladenen seien ausreisepflichtig und versuchten mit unlauteren Mitteln, in Hamburg zu bleiben. "Die meisten dieser Menschen brauchen unsere Hilfe nicht mehr." Von der GAL kam keine eindeutige Stellungnahme - aus Rücksicht auf die Regierungskoalition, die einige JournalistInnen in Gefahr sahen?

Wir betrachten die Aktionen als einen Erfolg, da viele Flüchtlinge daran teilnahmen und Entschlossenheit zeigten, gegen Botschaftsvorladungen, Abschiebungen und für ihre Rechte zu kämpfen und nur wenige zu den Anhörungen gingen. Die Rechtswidrigkeit der Verhöre wurde bewiesen, u.a. dadurch, dass die Ausländerbehörde die Anhörungen abbrach und bzgl. Verwarngeld einen Rückzieher machte. Weitere Anhörungen, Sammelvorführungen oder neu konzipierte Maßnahmen zur Durchsetzung von Abschiebungen sind zu befürchten. Die Stimmung bei den Aktionen war sehr gut, und es gibt eine Bereitschaft, weiterzukämpfen.

Zu wenig Unterstützung kam allerdings aus dem Nicht-Flüchtlingsbereich (AfrikanerInnen mit Papieren, Deutsche und MigrantInnen). Auch mit Flüchtlingen aus anderen als afrikanischen Ländern, die ja ebenfalls von der rigiden Abschiebepolitik betroffen sind, gab es kaum Kontakte. Z.B. fand völlig ohne unser Wissen wenige Tage nach unseren Aktionen eine Demonstration von ca. 1000 afghanischen Flüchtlingen gegen ihre Rückschiebung in die Tschechische Republik statt. Auch die Zusammenarbeit mit RechtsanwältInnen muss verbessert werden.

Was die Medien betrifft, hatten die Artikel in der "Frankfurter Rundschau" einschlagende Wirkung: Die Ausländerbehörde sah sich zu einem (völlig inhaltsleeren) "Leserbrief" veranlasst, der an sämtliche Medien verschickt wurde. Ansonsten gab es - wie inzwischen bei Flüchtlingsproblemen "normal" - (zu) wenig Resonanz bzw. die übliche Hetze (ZDF), und es zeigte sich einmal wieder, wie wichtig eigene Medien (z.B. freie Radios, antirassistische Zeitschriften) sind.

Kritik insbesondere von Frauen gab es an einigen sexistischen Sprüchen und Musikstücken bei den Aktionen.

Eine kontinuierliche Organisierung mit Erweiterung des UnterstützerInnenkreises ist nötig, aber nicht einfach angesichts der prekären Situation von Flüchtlingen und dem weitgehenden Desinteresse in der deutschen Öffentlichkeit. Um aus der Isolierung herauszukommen, sind z.B. Kundgebungen/Veranstaltungen an der Universität, an Schulen, in Kultur- und Stadtteilzentren geplant. Informationsarbeit über Herkunftsländer wird bereits gemacht, z.B. mit einer Veranstaltungsreihe zu westafrikanischen Ländern. Außerdem soll eine bundesweite Demonstration vor afrikanischen Botschaften in Bonn vorbereitet werden, wahrscheinlich für den 22./23.5. Forderung an die diplomatischen Vertretungen soll sein, die Zusammenarbeit mit deutschen Ausländerbehörden bei der Abschiebung von Flüchtlingen zu beenden.

Conni Gunßer und Lansana Camara,

Karawane-Gruppe Hamburg, c/o Flüchtlingsrat, Hein-Köllisch-Platz 12, 20359 Hamburg, Tel.: 040 / 43 15 87, Fax: 040 / 430 44 90

Artikel wurde redaktionell gekürzt.

22. Lockt der Profit, ist das Boot plötzlich leer. Zu "Greencard für alle", ak 437

Autor: Ulla Jelpke, PDS-MdB · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:07

In dem Artikel "Greencard für alle" in ak 437 wurde fälschlicherweise behauptet, Ulla Jelpke (PDS) fordere ein Einwanderungsgesetz. Damit sind wir einer Falschmeldung des Handelsblattes aufgesessen. Denn ganz im Gegenteil: Ulla Jelpkes Position in dieser Frage ist eindeutig. Für sie ist ein Einwanderungsgesetz ein "Einwanderungs- und Asylverhinderungsgesetz".

Das Thema Greencard und Einwanderung ist in aller Munde - allerdings nicht nur wegen den 20.000 ExpertInnen, die die IT-Branche (IT=Informationstechnologie) im Ausland werben will: Gegenwärtig kommen pro Jahr etwa 700.000 Menschen - Flüchtlinge, MigrantInnen, AussiedlerInnen und deren Familienangehörige nach Deutschland. Genauso viele Menschen wandern wieder aus oder werden abgeschoben. Das ergibt zusammen eine Netto-Zuwanderung von Null.

Offene Grenzen für Menschen in Not ist eine alte demokratische Forderung. Fast schien es, als sei auf dem Umweg über die Greencard eine Versachlichung der Asyl- und Migrationsdebatte möglich: Mit der Debatte über die Greencard verbanden viele die Hoffnung, dass der deutsch-völkische Rassismus nicht mehr salonfähig sein würde. Die rassistische Hetze von Leuten wie Rüttgers mit seiner "Kinder-statt-Inder"-Parole geht vielen Menschen schon lange auf die Nerven und sie ist Wasser auf die Mühlen der Rechtsradikalen.

Doch leider ging diese Versachlichung der Debatte nicht sehr weit. Statt dessen erleben wir eine neue Sortierung von Menschen. Auf einmal ist die Rede von guter und schlechter Einwanderung. Wer zu einer vermeintlichen Elite gehört, jung und billig ist und der Wirtschaft nützt, darf kommen. Wer wegen politischer Verfolgung oder sozialer Not kommt, wird weiter diskriminiert und wieder abgeschoben. Diese Unterscheidung in angeblich nützliche und angeblich weniger nützliche Menschen widerspricht jedem demokratischen Menschenbild und jeder Gleichberechtigung.

Die gleiche IT-Industrie, die Greencards verlangt, feuert ältere Arbeitskräfte, weil sie angeblich zu teuer sind, und weigert sich, Arbeitslose oder junge Menschen auszubilden. Die gleichen Leute, die bei Sozialleistungen immer als erste nach "weniger Staat" rufen, damit sozial Schwache noch weniger bekommen, rufen jetzt nach Staatshilfe, um noch mehr Gewinne zu machen.

Das Heuern und Feuern von Menschen aus anderen Ländern ist auch eine neue Form von Kolonialraub. Andere Länder bilden für viel Geld Arbeitskräfte aus, die deutsche Industrie wirbt diese ab und macht ihre Profite. Sobald diese Menschen alt oder krank sind, werden sie wieder abgeschoben. Diese Politik ist inhuman und unsozial.

Industrieverbände, CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP fordern ein Einwanderungsgesetz. In Wirklichkeit meinen sie damit eine Einwanderungsbegrenzung, denn Flüchtlinge, Aussiedler und Familienangehörige von hier lebenden Menschen sind unerwünscht und sollen nicht einwandern. Mehr noch: CDU/CSU und Innenminister Otto Schily (SPD) wollen das Asylrecht ganz abschaffen. Jedes Einwanderungsgesetz ist in Wirklichkeit ein "Einwanderungs- und Asyl-Verhinderungsgesetz".

Eine demokratische Korrektur der bundesdeutschen Migrations- und Asylpolitik ist überfällig. Das Arbeitsverbot für Flüchtlinge und das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz müssen aufgehoben, das Asylrecht wiederhergestellt werden. Frauenspezifische Fluchtgründe und nichtstaatliche Verfolgung werden in anderen EU-Ländern schon lange als Asylgrund anerkannt - nur nicht in Deutschland.

Menschen, die zu uns kommen, müssen sich dauerhaft niederlassen dürfen und gleiche soziale und politische Rechte haben wie alle anderen, die hier leben. Eine 1990 beschlossene UN-Konvention fordert für alle ArbeitsmigrantInnen Freizügigkeit, das Recht auf Familiennachzug und Schutz vor Diskriminierung. Auch die freie Ausübung der Religion und eine freie kulturelle Betätigung sieht die Konvention vor. Neben dem Kündigungsschutz, dem Schutz vor Ausweisung, der gleichen sozialen Sicherheit wie die Staatsangehörigen des Anwerbestaates beinhalten die UN-Richtlinien auch den gleichen Zugang zu Berufsberatung,

Arbeitslosengeld, Umschulung und Schutz vor Mietwucher sowie gleiche Bildung und Ausbildung für ihre Kinder, das Streikrecht und freie politische wie gewerkschaftliche Betätigung.

Diese Konvention wurde von der alten Regierung aus CDU/CSU und FDP nicht unterzeichnet, weil sie den Herren Kohl, Kinkel und Kanther zu weit ging. Aber auch die rot-grüne Regierung weigert sich bis heute, der Konvention zuzustimmen.

Offene Grenzen für Menschen in Not, Asylrecht, Niederlassungsrecht und gleiche Rechte für alle Menschen, die hier bleiben wollen - das wäre eine humane und demokratische Asyl- und Migrationspolitik.

Ulla Jelpke, PDS-MdB

23. Abschiebepolitik in der Schusslinie. Widerstand gegen Abschiebungen in Wiesbaden

Autor: Thomas Klein · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:12

Nachdem Ende April ein parteiübergreifender Appell gegen die Abschiebung von Balkanflüchtlingen für Schlagzeilen sorgte, regt sich in einigen Städten auch der Protest gegen die deutsche Flüchtlingspolitik. In der hessischen Landeshauptstadt Wiesbaden protestieren gegenwärtig zahlreiche Gruppen gegen die geplante Abschiebung einer kurdischen Familie.

Der Fall hat bundesweit für Aufsehen gesorgt. Obwohl Angehörige der 11-köpfigen kurdischen Familie Akyüz in ihrem Herkunftsland Türkei nachweislich schwerste Menschenrechtsverletzungen, konkret Misshandlungen und Folter am eigenen Leib erfahren mussten, ist der Familienvater am 17. Februar diesen Jahres aus Deutschland abgeschoben worden. Zuvor war er das erste Mal 1993 aus der Türkei geflohen, seine Familie folgte 1995.

Trotz des Gutachten einer Psychologin des Psychosozialen Zentrums für Folteropfer der Evangelischen Kirche in Frankfurt a. Main, die bei Angehörigen der Familie schwerste Traumatisierungen auf Grund von Folter feststellte, soll, wenn es nach dem Willen der örtlichen Ausländerbehörde und verantwortlicher Politiker geht, die gesamte Familie Wiesbaden verlassen und in das Land zurück, in dem ihnen erneute Verfolgung und Folter drohen.

Der Vater hält sich seit zwei Monaten in der Türkei versteckt, nachdem er nun nach seiner ersten Abschiebung vor einiger Zeit und der wiederholten Flucht nach Deutschland im Februar diesen Jahres erneut abgeschoben worden war. Der Flüchtlingsrat Wiesbaden und der Anwalt der Familie wenden sich, in Zusammenarbeit mit weiteren Gruppen, vehement dagegen, dass auch die anderen Familienmitglieder Deutschland verlassen müssen. Stattdessen fordern sie, dass der Familienvater ein Visum zur sofortigen Wiedereinreise erhalte.

Am 30. März hatte der Petitionsausschuss des Hessischen Landtages ein Gesuch abgelehnt, der Familie aus politischen und humanitären Gründen ein Bleiberecht zu gewähren. Darüber, ob es nun noch zu einem Folgeverfahren wegen Abschiebehindernissen kommt, entschied das Verwaltungsgericht am 27. April. Das Urteil: Auch die anderen Familienmitglieder müssen zurück in die Türkei.

Breiter Protest gegen "Schreibtischtäter"

Noch am Tag zuvor hatten der Anwalt und VertreterInnen von politischen Gruppen und von Kirchengemeinden mit einer Kundgebung vor der Ausländerbehörde Wiesbaden erneut auf den Fall aufmerksam gemacht und einen humanen Umgang mit der Familie eingefordert. Neben Lehrern und Mitschülern setzten sich u.a. eine katholische und eine evangelische Kirchengemeinde, ein Arbeitgeber eines Sohnes der Familie, ein Wiesbadener Sportverein und zahlreiche Einzelpersonen für die Familie Akyüz ein.

Es müsse doch möglich sein, so ein Redebeitrag bei der Kundgebung, dass körperlich und seelisch Geschädigte bei uns wieder gesund werden und nicht wieder ins Unglück zurückgestoßen werden. Die Familie sei nicht nur von Verfolgungen bedroht, auch ihre Lebensgrundlage in der Türkei sei zerstört. "Ihr Dorf wurde evakuiert. Ihr Eigentum, ihre Existenzgrundlage ist zerstört".

Im Zusammenhang mit dem Umgang mit Balkanflüchtlingen hatte zuletzt die bündnisgrüne Politikerin Claudia Roth, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Menschenrechte, von einer "gnadenlosen Flüchtlingspolitik" gesprochen. Mit Blick auf das Schicksal der Familie Akyüz erinnerte die Vertreterin von kein mensch ist illegal - Wiesbaden daran, dass der Kabarettist Dieter Hildebrand mit Blick auf die Entscheidung zuständiger Stellen noch weitaus drastischere Worte fand. Vielleicht wollten die Vertreter der Wiesbadener Ausländerbehörde und die verantwortlichen Politiker im Hessischen Landtag, so Hildebrand in seiner Sendung Scheibenwischer vom 12. April, "nachträglich in die SS eintreten".

Dennoch: Die in Wiesbaden aktiven Gruppen hoffen, den öffentlichen Druck so zu erhöhen, dass die Familie Akyüz in Wiesbaden bleiben kann. Es herrsche bei denen, die die Familie näher kennen und schätzen gelernt hätten, eben nicht nur "Zorn, Trauer und Erbitterung", sondern auch Solidarität. Der Pfarrer der katholischen

St. Elisabethenkirche erinnerte vor der Ausländerbehörde daran, dass die gesamte Familie hier gut integriert sei. Und die Pfarrerin der evangelischen Kreuzkirchengemeinde zeigte sich verwundert darüber, wie weit die "christliche Lehre", die doch angeblich Handlungsschnur vieler Politiker sei, und die in der Praxis anzutreffende Härte und Gnadenlosigkeit im Umgang mit Flüchtlingen auseinander liegen. "Dabei tragen doch in unserem Land sogar Parteien das C für christlich im Namen. Ich kann aber in der Bibel nirgendwo finden, dass so unmenschlich mit Fremden umgegangen werden soll. Ich kann nur zahlreiche Stellen finden, die genau das Gegenteil fordern", so die Pfarrerin vor der Ausländerbehörde.

Im Zusammenhang mit dem gnadenlosen Umgang mit Flüchtlingen wies die Sprecherin von kein mensch ist illegal - Wiesbaden darauf hin, dass bei Herrn Tischel, dem Leiter der Wiesbadener Ausländerbehörde, sich der Verdacht aufdränge, sein Handeln sei bestimmt von einer "ganz offensichtlich rassistischen Grundhaltung". So habe Tischel in einem Gespräch, in dem es nur um seine Zustimmung für den Umzug eines kurdischen Flüchtlings aus einer anderen Stadt nach Wiesbaden ging, ganz offen gesagt: "Wenn ich es irgendwie verhindern kann, kommt hier kein Kurde mehr in die Stadt".

Allerdings sei ein solches Verhalten gegenüber Flüchtlingen in Deutschland keine Wiesbadener Besonderheit: Dafür gebe es in vielen anderen Städten leider auch unzählige Beispiele. Notwendig sei eine grundsätzlich andere Flüchtlingspolitik. Bei der Familie Akyüz komme es jedenfalls darauf an, den öffentlichen Druck noch zu erhöhen, damit das Ende der Geschichte "vom türkischen Folterkeller in die Klauen der deutschen Abschiebemaschinerie" für die Familie doch noch gut ausgehe.

Thomas Klein

24. "Ein großer Schritt". Erster Flüchtlingskongress hat in Jena getagt

Autor: Anke Schwarzer · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:23

Vom 21.April bis zum 1.Mai diskutierten TeilnehmerInnen des Kongresses "Gemeinsam gegen Abschiebung und soziale Ausgrenzung" über mögliche Strategien, sich gegen die Menschenrechtsverletzungen bundesdeutscher Behörden zur Wehr zu setzen. Unterstützt von dem bundesweiten antirassistischen Netzwerk kein mensch ist illegal veranstaltete der städteübergreifende Zusammenschluss Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen die zwölftägige Tagung. Es war der erste Kongress in Deutschland, den Flüchtlinge selbst initiiert und organisiert haben.

Keiner linken Teilbereichsbewegung gelingt es derzeit, über 600 Menschen zu einem Kongress zu mobilisieren, der an seinem Ende auch noch konkrete Zukunftsplanungen für Aktionen und Kampagnen vorweisen kann. - Der Karawane-Kongress ist eine Ausnahme: In Jena versammelten sich täglich zwischen 200 und 250 Flüchtlinge, MigrantInnen und antirassistische Gruppen, um zu überlegen, wie sie der menschenverachtenden deutschen Flüchtlingspolitik Paroli bieten können. Verteilt über zwölf Tage besuchten insgesamt rund 600 TeilnehmerInnen aus etwa 40 Ländern den Kongress. Mit dieser Feststellung sollen die Beteiligten nun nicht zum neuen Hoffnungsträger gemacht werden, die das leisten sollen, was deutsche Linke zur Zeit kaum gebacken bekommen. Auch haben sich einige der TeilnehmerInnen bisher nicht politisch betätigt und es ist fraglich, wie viele von ihnen tatsächlich bei der Stange bleiben. Es wird sich noch erweisen müssen, wie groß der Schritt ist, den der Kongress für die Selbstorganisation der Flüchtlinge gemacht hat.

Auf jeden Fall hat der Kongress Beachtliches vorzuweisen. Die gute Resonanz verdankte der Kongress vor allem der Vorarbeit, die unter anderem Mitglieder der Organisation the Voice mit ihren Informationsreisen in zahlreiche Städte und deren Asylunterkünften geleistet haben. Über 1.000 Flüchtlinge hätten auf diese Weise von dem Kongress erfahren und ein Teil von ihnen sei auch tatsächlich nach Jena gekommen, sagt Cornelius Yufanyi von The Voice.

In erster Linie trafen sich in Jena Flüchtlinge aus Afrika sowie einige aus Lateinamerika, Asien und dem Nahen Osten. Asylsuchende aus Osteuropa, die die größte Flüchtlingsgruppe in Deutschland bilden, waren auf dem Kongress aber nur schwach vertreten. Der Kontakt zu ihnen beginne erst und sei recht schwierig, so der Kongressveranstalter Osaren Igbinoba.

Die Flüchtlinge in Jena tauschten ihre Erfahrungen aus, lernten sich kennen und planten Kampagnen, die auf ihre Situation aufmerksam machen sollen. Wichtiges Ziel war es, in Zukunft mit einer gemeinsamen, starken Stimme in der Öffentlichkeit aufzutreten. Größere Konflikte und Strategiestreitigkeiten blieben während der zehn Tage weitgehend aus.

Unter dem Motto "Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört" referierten Gäste aus Afrika, Asien und Lateinamerika über die wirtschaftliche und politische Situation ihrer Länder. Zum Beispiel schilderte Shamsun Nahar Khan von der Landarbeiterinnenorganisation Kishani Sabha aus Bangladesh ausführlich, wie die Lebensgrundlage der KleinbäuerInnen von Großgrundbesitzern und Saatgutkonzernen zerstört wird. Während einige der Referate fundierte Kenntnisse aufwiesen, kamen andere Vorträge sehr holzschnittartig daher. Behauptungen wurden aufgestellt, ohne sie zu begründen oder herzuleiten. Vor allem über Vorgänge in Afrika offenbarten sich große Informationslücken. Daraus haben die TeilnehmerInnen eine Konsequenz gezogen: Sie beschlossen, ein Informationsarchiv über Afrika aufzubauen, das darlegen soll, wie der Diamantenhandel, die Öl- und Phosphatgewinnung sowie der Abbau anderer Rohstoffe den Kontinent zerstört. Auch Dokumente über die Interessen von den USA, Großbritannien, Frankreich und anderen Staaten des Nordens, die die Grundsteine legen für Krieg und Armut, sollen dort archiviert werden.

Die ReferentInnen kritisierten auch die Zusammenarbeit europäischer Staaten mit den Ländern, in denen Menschenrechte verletzt werden - zum Beispiel Sri Lanka, Togo oder Türkei. Eine kritische Debatte über den westlichen Menschenrechtsdiskurs und die Instrumentalisierung von Menschenrechtsverletzungen für die Machtinteressen der Nato, die mit der Parole "Krieg für Menschenrechte" Jugoslawien bombardierte, fand jedoch nicht statt.

Frauen und Migration

Ein weiterer Schwerpunkt des Programms bildete die europaweite Vernetzung antirassistischer Initiativen. Der Erfahrungsaustausch mit VertreterInnen europäischer MigrantInnenorganisationen sei sehr ermutigend gewesen, so Hagen Kopp von kein mensch ist illegal. Sans Papiers aus Belgien und Frankreich, die britische Hausarbeiterinnengewerkschaft für MigrantInnen Kalayaan, Olho Vivo aus Portugal, das polnische Kollektiv Rozbrat aus Poznan, die Ya Basta-Gruppe aus Mailand und weitere Migrantinnenorganisationen arbeiten derzeit an einer europäischen Plattform zu Migration und Flüchtlingspolitik. Auch sollen gemeinsame Aktivitäten für den EU-Gegengipfel in Marseille im Dezember koordiniert werden.

Gegenstand des Kongresses war außerdem das Thema Frauen und Migration. Aus den Entscheidungen der Asylverfahren wird klar: Unterdrückung und Verfolgung von Frauen wegen ihres Geschlechtes gilt nicht als politisch und wird häufig als "kulturelle Differenz" gerechtfertigt. Das Bleiberecht von Frauen ist in der Regel an die Ehe mit einem Mann mit Aufenthaltsrecht gebunden und liefert sie damit seiner Willkür aus und auch die illegalisierten Hausarbeiterinnen werden leicht zum Opfer sexueller Gewalt und psychologischer wie körperlicher Ausbeutung. Auch der Kampf gegen die Kriminalisierung von Prostituierten durch Polizeirazzien, die stets mit der Gefahr einer Abschiebung verbunden sind, war Thema einer Arbeitsgruppe. Die Migrantinnen auf dem Kongress forderten neben eigenständigen Aufenthaltsrechten und der Anerkennung von Haus- und Sexarbeit als vollwertige Arbeit mit allen dazugehörigen sozialen Rechten auch, dass die spezifische Situation von Migrantinnen zu einem allgemeinen Thema der Karawane wird. Es sollen Umgangsformen entwickelt werden, die sicherstellen, dass Frauen innerhalb der Karawane keine sexistische Aggression und Diskriminierung hinnehmen müssen.

Die TeilnehmerInnen hatten nicht nur eine umfangreiche Themenpalette zu bewältigen. Auch die Übersetzung in fünf Sprachen erforderte große Geduld. Vor die größten Probleme gestellt sahen sich die VeranstalterInnen aber von den deutschen Behörden. Cornelius Yufanyi, einer der Veranstalter des Kongresses, schätzt, dass die Hälfte der Asylsuchenden, die nach Jena kommen wollten, an ihrer Reise gehindert wurden.

Das Innenministerium Brandenburg hatte die Ausländerbehörden im Land aufgefordert, die Reisen nicht zu gestatten. "Die Teilnahme liegt weder in einem dringenden öffentlichen Interesse noch stellt die Versagung der Erlaubnis eine unbillige Härte dar," hieß es dort. Auch in anderen Bundesländern wurde Asylsuchenden die Teilnahme verweigert. Grundlage für das Verbot ist die Aufenthaltsbeschränkung, der AsylbewerberInnen nach dem Asylverfahrensgesetz unterliegen. Demnach dürfen sie den Landkreis, in dem sie gemeldet sind, nicht verlassen. Gegen eine Gebühr können die Asylsuchenden in Ausnahmefällen eine Genehmigung für das Verlassen des Landkreises erhalten. Den Asylsuchenden, die ihren Landkreis ohne Genehmigung verlassen, drohen bei Polizeikontrollen Geldstrafen und Abschiebung. Der Fall von Josemaria Jones, Asylbewerber aus Sierra Leone, belegt, wie sehr den deutschen Behörden die politische Betätigung von Flüchtlingen ein Dorn im Auge ist. Weil Jones dreimal ohne Erlaubnis des Wartburgkreises in Thüringen in andere deutsche Städte reiste, um dort über das Karawaneprojekt zu informieren, hat er nun einen Ausweisungsbescheid erhalten. Die Behörde im Wartburgkreis ist der Meinung, dass die Reisen von Josemaria Jones "die öffentliche Sicherheit und Ordnung maßgeblich" beeinträchtigen. "Die Ausweisung aus generalpräventiven Gründen, also zur Abschreckung anderer Ausländer, ist nach Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts dann gerechtfertigt, wenn andere Ausländer zur Vermeidung der ihnen drohenden Ausweisung veranlasst werden, sich in der Bundesrepublik Deutschland ordnungsgemäß zu verhalten," begründet die Behörde ihre Entscheidung. Die Karawane sieht in dem Bescheid eine Drohung gegenüber allen Flüchtlingen, die sich in der Karawane organisieren und sich gegen die Bedingungen, denen sie hier ausgesetzt sind, wehren.

Die rasche Abschaffung der Reisebeschränkung ist ein zentrales Ziel des Kongresses, da im Rahmen der Harmonisierung des Asylrechtes in der Europäischen Union eine Ausbreitung dieser Regelung auf andere europäische Staaten droht.

Jetzt beginnt die Arbeit

"Die KongreßteilnehmerInnen erwarten von einem zivilisierten, entwickelten Land zumindest die Gewährleistung der grundlegendsten Rechte, wie das Recht auf Bewegungsfreiheit. Die TeilnehmerInnen des Kongreßes werden für dieses Recht eintreten, denn eine Karawane, die sich nicht bewegt, ist keine Karawane," heißt es in einer Erklärung. Während des Kongresses hat sich ein Ad hoc-Komitee gebildet, das

Aktionen des zivilen Ungehorsams gegen die Residenzpflicht, die die Flüchtlinge als Apartheid begreifen, vorbereitet. Für den 31. Juli ist eine bundesweite Demonstration in Bonn gegen die Residenzplicht anvisiert. Das Komitee plant auch einen Marsch der Flüchtlinge in die Hauptstadt Berlin und überlegt, juristisch gegen die Beschränkung der Freizügigkeit vorzugehen. Die Flüchtlinge wollen die "Residenzpflicht" vor den Europäischen Gerichtshof bringen.

Die zahlreichen, unterschiedlichen Formen von Aufenthalts- und Duldungsrechten erschweren gemeinsame politische Strategien und erhöhen die Gefahr, sich nur auf bestimmte Gruppen zu konzentrieren. So war die prekäre Situation von Illegalisierten, von denen sich nach Schätzungen über eine Million in Deutschland aufhalten, auf dem Kongress unterbelichtet. Dies schlägt sich auch darin nieder, dass es kaum Kampagnenüberlegungen gibt, die beispielsweise eine Legalisierung von Illegalisierten zum Ziel haben. Ein weiterer offener Punkt ist die Frage der Arbeitsgenehmigungen. Während einige Flüchtlinge eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis fordern, betonen andere, dass die Integration der Flüchtlinge und MigrantInnen in das ökonomische System in Europa gleichzusetzen sei mit einer Kollaboration mit den Profiteuren und Geschäftemachern, die die Länder des Südens ausplündern.

In einem Abschlussmanifest haben die KongreßteilnehmerInnen ihre Forderungen zusammengestellt: Neben der grundsätzlichen Forderung nach offenen Grenzen für alle wollen sie zunächst einen sofortigen Abschiebestopp und die Abschaffung aller Abschiebegefängnisse erreichen. Die Arbeitsgruppe zu politischen Gefangenen weltweit schlug vor, auch Abschiebehäftlinge als politische Gefangene zu bezeichnen. Auch ein generelles Recht auf Asyl und die freie Wahl des Wohnortes steht im Forderungskatalog. Die Flüchtlinge haben aber während des Kongresses nicht nur ihre Forderungen formuliert. Vielfältige Aktionen und Kampagnen sind ins Auge gefasst: Neben der Kampagne zur Abschaffung der Residenzpflicht, soll die Lufthansa-Kampagne verstärkt werden, Gegenöffentlichkeitsaktionen an den Ländertagen auf der Expo in Hannover und "urgent-actions" gegen Abschiebungen stattfinden. Weiterhin wird sich die Karawane in einem kleineren Kreis treffen und für Ende August ist ein Grenzcamp geplant.

Am Ende des Kongresses herrschte trotz aller Erschöpfung Aufbruchstimmung. Osaren Igbinoba von The Voice ist der Meinung, dass mit dem Kongress die Selbstorganisation von Flüchtlingen einen großen Schritt vorangekommen ist. Allerdings fange jetzt die Arbeit erst richtig an.

Anke Schwarzer

urgent action

Alain-Georges Dongmo, Kamerun

Alabi Adebayo, Nigeria

Tidiane Sow, Guinea Bissau

Jose Maria Jones, Sierra Leone

Diese Aktivisten der Karawane sind akut von Abschiebung bedroht.

Infos zur Solikampagne unter

www.humanrights.de oder

The Voice Tel. 03641 - 665214

25. In erster Linie ein Männerphänomen? Fachtagung zum Thema Frauen und Rechtsextremismus am 20. Mai in Rostock

Autor: Britta Ferchland · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:18

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit werden zumeist geschlechtsneutral bewertet. Dort wo Geschlechteraspekte beachtet werden, werden sie zumeist (vor)schnell auf die Männerdominanz in Politik und Struktur des Rechtsextremismus bezogen. So zum Beispiel auch 1998, als die DVU mit 13 Prozent in den Landtag von Sachsen-Anhalt einzog. Schnell war danach das Stereotyp des DVU-Anhängers gefunden, er ist jung, männlich, kahl geschoren und gewaltbereit.

Im Erscheinungsbild der Rechtsextremen dominieren Männer in männergeprägten Strukturen. Frauen werden im rechtsextremen Spektrum weitgehend nicht wahr- und ernst genommen. Viele Untersuchungen beschäftigen sich mit dem allgemeinen Phänomen Rechtsextremismus, dabei wird oft unbewusst Rechtsextremismus mit Männeraktivitäten gleichgesetzt. Andererseits neigen etablierte Sozialwissenschaftler dazu, aus der geringen Beteiligung von Frauen im rechten Spektrum eine Art weibliche Immunität zu schlussfolgern. Aber auch Antifa-Experten beschäftigen sich eher zufällig und nur am Rande mit dem Thema "Frau im rechten Spektrum" und auch viele aktive Antifas, die in ihrer aktiven Arbeit durchaus mit Frauen in der rechten Szene konfrontiert sind, sind oft der Meinung, dass sich die spezielle Beschäftigung nicht lohne, weil nur wenige Frauen dort aktiv sind.

Dass Frauen in der Nazi-Szene so wenig Beachtung finden, hat sicherlich auch damit zu tun, dass bei Wahlen in der Regel doppelt so viele männliche wie weibliche Wähler ihnen ihre Stimmen geben. Diese Tatsache bewegte jedenfalls 1989 Joachim Hofmann-Göttig (ehemaliger Staatssekretär im Ministerium für Bildungen und Kultur in Rheinland Pfalz) dazu, von rechten Parteien als Männerparteien zu sprechen. Gelang es schon nicht rechtsextreme Parteien sozialstrukturell eindeutig als "Arbeiterparteien" oder "Parteien des Kleinbürgers" einzustufen, schien mit der Geschlechterkategorie ein aussagekräftiges Merkmal gefunden zu sein.

Auch die feministische Öffentlichkeit trug dazu bei, die Zustimmung von Frauen zu rechtsextremen Ideologien, Organisationen und Parteien sowie ihre Beteiligung an gewalttätigen Überfällen totzuschweigen bzw. zu entschuldigen. Da Rechtsextremismus auf einem extremen Männlichkeitswahn beruhe, könnten Frauen nur Opfer, bestenfalls Mitläuferinnen sein, so die Einschätzung vieler Feministinnen. Die 1993 von der Zeitschrift Emma gestarteten Kampagne Frauenhass & Fremdenhass ist beispielhaft dafür, wie Rechtsextremismus auf ein Männerproblem reduziert wird, in dem er als "eskalierender Männerwahn" bezeichnet wurde.

Ob das Bild von der marginalen Bedeutung von Frauen in der Nazi-Szene überhaupt stimmig ist, ist zu hinterfragen. Die entsprechenden Untersuchungen fußen jedenfalls immer auf einem traditionellen Politikbegriff, der in erster Linie auf männlich-tradierte Politikformen wie Öffentlichkeitswahrnehmung, Organisationen, Wahlen usw. zielt. Seit Jahren sind Frauen jedoch in der rechten Szene präsent und keinesfalls nur "Fußvolk". Sie wirken auf unterschiedlichen Ebenen, als Parlamentarierinnen, Skingirls, Walküren oder feine Damen (vgl. Renate Bitzans Buch "Rechte Frauen", das im Elefanten-press erschienen ist). Frauen sind in den unterschiedlichen Strömungen und auf allen Ebenen der rechten Szene aktiv, vom rechtskonservativen Spektrum bis hin zur militanten Neonazi-Szene. Sie agieren ganz selbstverständlich auf der Straße, im Parlament und in Redaktionen. Frauen im rechten Spektrum sind an der Ideologieproduktion beteiligt und nicht zu unterschätzende Drahtzieherinnen.

Frauen in rechtsextremen Zusammenhängen sind dabei weder durchweg nur minderbemittelte Anhängsel, noch sind sie durchweg in gleichem Maße und in gleicher Weise wie ihre männlichen "Kameraden" als Aktivistinnen oder Theoretikerinnen am rechten Rand aktiv. Wenn über Frauen im rechten Spektrum berichtet wird, wird allzu oft das "Frauchen am Herd" bemüht (so z.B. in der Brigitte unter dem Titel "Häkeln für das vierte Reich") oder sie werden als gewaltbereit und schlagfertig dargestellt. Und so werden die wenigen tatsächlichen aktiven Faschistinnen in der öffentlichen Wahrnehmung zu einer exotisch-interessanten Randgruppe, die aus persönlichen Abhängigkeiten handeln.

Ansätze zu eigenen Frauenstrukturen innerhalb der rechten gibt es wenig, aber es gibt sie durchaus. So gab es einige Initiativen, spezielle Frauenforen innerhalb der Parteien zu bilden. Die NPD veranstaltete Ende Oktober 1996 im Raum Kaiserslautern einen Frauenkongress, an dem ca. 80 Frauen zwischen 17 und 85 Jahren teilnahmen. Die Jugendorganisation der NPD, die JN, ernannte eine "Mädelbeauftragte". Innerhalb der Partei der Republikaner gründete sich im August 1995 in Wiesbaden der Republikanische Bund der Frauen (RBF). Dort sind allerdings auch Männer zugelassen. (Nach eigenen Angaben sind nur 70% der Mitglieder Frauen.) Inhaltlich will der RBF politisches Engagement von Frauen fördern, vertritt aber zugleich ein traditionalistisches Frauenbild. Der RBF veranstaltete im Juni 1996 einen "Frauentag" im Baden-Württembergischen Landtag.

Warum orientieren sich Frauen nach rechts? Was ist für sie daran attraktiv? Was sind ihre Motive? Welche Mädchenstrukturen existieren, warum drängen Mädchen in diese Gruppen und welche möglichen Gegenstrategien greifen? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt einer Tagung, die von der Arbeitsgemeinschaften der PDS LISA (Frauenarbeitsgemeinschaft), der AG Rechtsextremismus und Antifaschismus und der Bundestagsfraktion der PDS unter dem Motto "Ist Rechtsextremismus reiner Männerwahn?" am 20.5.00 in Rostock veranstaltet wird. Als ReferentInnen sprechen Renate Bitzan, Gudrun Hentges, Michaela Köttig und Christoph Butterwegge.

Britta Ferchland,

PDS-MdL Sachsen-Anhalt

Infos und verbindliche Anmeldungen unter:

Britta Ferchland MdL, PDS-Fraktion, Landtag Sachsen-Anhalt, Domplatz 6-9, 39104 Magdeburg, Fax: 0391-5605008

26. Die NPD und der 1. Mai. Nazis marschierten in Wetzlar und anderswo

Autor: Pirmin Schreiber · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:31

Nach den missglückten zentralen NPD-Märschen der Vorjahre mobilisierten die NPD-Landesverbände und deren Jugendorganisationen, die Jungen Nationaldemokraten (JN), in diesem Jahr zu dezentralen Aufmärschen. Aus den rund vierzig Anmeldungen kristallisierten sich zum 1. Mai hin weniger als zehn Kundgebungen heraus. Bundesweit waren schließlich rund 2.000 Mitglieder der NPD und der Freien Kameradschaften auf den Straßen, um am 1. Mai ihre rechten Parolen zu verbreiten.

In der 40.000 EinwohnerInnen zählenden Stadt Wetzlar im Lahn-Dill-Kreis hatte sich frühzeitig ein "antifaschistisches Bündnis" gegründet, um den "Naziaufmarsch zu verhindern", wie es in dem Aufruf von DGB, Arbeitslosen-Initiativen, SPD, DKP und autonomen antifaschistischen Gruppen aus Hessen hieß. Den Naziaufmarsch zu verhindern, gelang letztendlich jedoch nicht. Trotz der 2.500 Menschen, die zu der Gegendemonstration des Bündnisses, bzw. zur zentralen mittelhessischen 1. Mai Kundgebung des DGB nach Wetzlar gekommen waren, gelang es rund 100 Nazis von NPD/JN und Freier Kameradschaften, ihren Aufmarsch durchzuführen. Wegen eines gerichtlich bestätigten Versammlungsverbots im Innenstadtbereich musste die NPD allerdings in den Wetzlarer Stadtteil und sozialen Brennpunkt Dahlheim ausweichen.

In dem polizeistrategisch gut gelegenen Stadtteil gelang es den rund 1.000 PolizeibeamtInnen, eine weite räumliche Trennung der NPD-Kundgebung und des vier Routen umfassenden Sternmarsches des DGB vorzunehmen. Das Polizeiaufgebot aus Pferdestaffeln, Absperrungen, Wasserwerfern, Helikoptern und BereitschaftspolizistInnen war unübersehbar.

Im Gegensatz zu der Sterndemo des DGB blieb die NPD-Kundgebung mit dem Motto "Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre; stoppt die Globalisierung" ohne große Beachtung.

Der DGB-Kreisvorsitzende, Bernd Lindemeier, zeigte sich zufrieden mit der Teilnahme von 2.500 AntifaschistInnen, die sich auf dem Domplatz zur Abschlusskundgebung eingefunden hatten. Weniger zufrieden hingegen waren die antifaschistischen Gruppen, die eigentlich den Naziaufmarsch verhindern wollten. Ihnen war es nicht gelungen, zur NPD-Kundgebung vorzudringen.

Antifaschistische Gruppen aus Hessen hatten überregional nach Wetzlar mobilisiert. "Die NPD hatte zwar nur 200 Teilnehmer angemeldet, auf Grund der angekündigten Fascho-Prominenz wie die des NPD-Vorsitzenden Udo Voigt, des ehemaligen Wiking-Jugend-Liedermachers Frank Rennicke und Horst Mahler von der rassistischen und antisemitischen Bürgerbewegung für unser Land mussten wir damit rechnen, dass Wetzlar zum zentralen Aufmarschort werden könnte, sofern bundesweit andere Kundgebungen verboten würden", so ein Vertreter der antifaschistischen Gruppen.

Ganz unbegründet war diese Einschätzung nicht. Die NPD verfügt in mehreren Orten rund um Wetzlar auf kommunaler Ebene über Wahlergebnisse von über 10%. Allein in zwei Orten in Wetzlars Umgebung liegt die NPD bei über 20%. In Ehringshausen konnte sich die NPD sogar bei den letzten Kommunalwahlen auf 22,9% steigern. Aus Ehringshausen stammt auch der Anmelder der NPD-Demo, Alfred Zutt. Er und seine Ehefrau Doris Zutt, die im NPD-Bundesvorstand sitzt, eröffneten in Ehringshausen 1998 den Laden "Zutts Patriotentreff". Dieser rechte Gemischtwarenladen bietet all das, was die Herzen von Alt- und Jungnazis höher schlagen lässt. Einschlägige Klamotten, Stiefel, Aufnäher, Publikationen, CDs, aber auch Artikel, die den Dunstkreis der Vertrieben-Verbände ansprechen sollen, wie zum Beispiel schlesische Bierkrüge. Der Laden erfüllt hierbei die Aufgabe der Verzahnung des bürgerlich rechten und NPD-Spektrums mit dem Fascho-Skinhead-Spektrum der Freien Kameradschaften, denen die NPD zu wenig radikal oder zu verkrustet scheint.

Diese Verzahnung von NPD und "freien" Strukturen blieb im Lahn-Dill-Kreis bisher nicht ohne Folgen. Im April 1999 kam es zu Hitlers Geburtstag im Anschluss an eine Tagung des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB), dem Universitätsableger der NPD, zu einem Konzert, an dem 600 Neonazis aus

dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen. Die Region wird zunehmend zum Sammelbecken militanter Neonazis. In den letzten Jahren kam es im Raum Gießen/Wetzlar zu vermehrten Brandanschlägen.

Auch wenn der Nazi-Aufmarsch nicht verhindert werden konnte, so waren die antifaschistischen Aktivitäten zum 1. Mai in Wetzlar nicht völlig erfolglos. Im Vorfeld ging kein Mensch davon aus, dass nur rund 100 Nazis dem NPD-Aufruf nach Wetzlar folgen würden. Viele neofaschistische Strukturen, wie zum Beispiel die südniedersächsische Kameradschaft Northeim haben es vorgezogen, in Berlin-Hellersdorf zu marschieren, zumal erst am 1. Mai klar war, dass Wetzlar als Aufmarschort dienen konnte.

Für das antifaschistische Bündnis ergab sich durch die glückliche Konstellation des Datums, dass sich die DGB-Strukturen besonders engagierten, um dem neofaschistischen Aufmarsch etwas entgegen zu setzen. Erfreulich beim antifaschistischen Bündnis Wetzlar war, dass es nicht gelungen ist, das Bündnis zu spalten. Selbst als es Durchbruchversuche seitens der antifaschistischen Demoroute gab, hielt das Bündnis, und allein schon auf der Abschlusskundgebung des DGB war das antifaschistische Spektrum zahlenmäßig nicht zu übersehen. Es war jedoch inhaltlich - wie zumeist bei großen Bündnissen - nur durch einen Redebeitrag vertreten, nämlich durch Peter Gingold von der VVN Frankfurt.

Allerdings hätten die antifaschistischen Gruppen gut daran getan, ein genaues Konzept auszuarbeiten, was zu geschehen hat, wenn ein Herankommen an den NPD-Aufmarsch nicht möglich ist. Hierbei müssen sich aber die antifaschistischen Gruppen aus Hessen nicht hinter anderen verstecken. Überall, in Fürth, Ludwigshafen, Grimma, Dresden, Berlin-Hellersdorf, blieben die antifaschistischen Aktivitäten hinter den gesetzten Erwartungen zurück.

Pirmin Schreiber

27. Gute Geschäfte mit dreckiger Luft. Kohlendioxid: Die Weltbank bringt eine neue Ware auf den Markt

Autor: Anke Scharzer · Rubrik: Umweltpolitik; Imperialismus und Weltwirtschaft · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:02

Im April trafen sich die G-8-Umweltminister im japanischen Otsu. Dort einigte sich eine Mehrheit der beteiligten Industriestaaten darauf, das Kyoto-Protokoll bis zum Jahr 2002 zu ratifizieren. Die USA und Kanada wollen sich allerdings immer noch nicht auf ein Datum für die Ratifizierung festlegen. Dabei ist das auf internationalen Klimagipfeln erarbeitete Klimaschutzabkommen keineswegs weit reichend. Zwar einigten sich die Vertragsstaaten in dem bislang noch nicht ratifizierten Kyoto-Protokoll darauf, die weltweite Menge von Treibhausgasen minimal zu reduzieren, doch über die Modalitäten ist man sich keineswegs einig. Nur der Handel mit Emissionszertifikaten setzt sich auch ohne Ratifizierung durch: Verschmutzungsrechte sind käuflich. Damit wird nicht nur die reale Abgasreduktion gefährdet. Auch das aggressive, unökologische Verhalten und die dominante Position der Industriestaaten gegenüber den Ländern des Trikont verfestigt sich dadurch weiter.

Egal ob Abgase stinken, wie das Drecksgemisch aus dem Autoauspuff, oder ob sie geruchsneutral wie das Kohlendioxid sind - die kapitalistischen ModernisiererInnen schnuppern auf jeden Fall einen süßen Duft: Es riecht nach Geld.

Nach wie vor nehmen die Emissionen von Kohlendioxid, Methan und anderen Treibhausgasen weltweit zu. Bleiben wirksame Gegenmaßnahmen aus, werden diese Gase in den Industriestaaten bis zum Jahr 2010 um 18 Prozent über dem Niveau von 1990 liegen. Eine Vereinbarung über einige lasche Gegenmaßnahmen liegt in dem 1997 verabschiedeten Protokoll von Kyoto, als Teil des "Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen" (UNFCCC), vor. Darin verpflichten sich die Industriestaaten zu individuellen Zielen, um Emissionen bis zur nächsten Budgetperiode (2008 bis 2012) zu senken. Die Umsetzung dieser Verpflichtungen soll zu einem Rückgang der Emissionen in den Industriestaaten um rund 5 Prozent im Vergleich zum Niveau von 1990 führen.

Doch kaum ein Staat möchte hier zu viel des Guten tun oder womöglich noch eine Vorreiterrolle einnehmen. Vor allem unter den Industrieländern und den sogenannten Schwellenländern geht die Sorge um, dass beim Übergang zu einer emissionsärmeren Wirtschaft, die Wettbewerbsfähigkeit des eigenen "Wirtschaftsstandortes" in Mitleidenschaft gezogen würde.

Aus Schutz vor zu hohen Kosten und möglichen Wettbewerbsnachteilen sollen nun Verschmutzungszertifikate gehandelt werden. Klimaschutz im Osten oder Süden ist billiger zu haben als zuhause. Außerdem ist eine Minderung von CO2 in den meisten Kohlekraftwerken im Trikont leichter zu bewerkstelligen als in den Industrieländern, wo der technische Wirkungsgrad der Kohlekraftwerke um ein Drittel höher liegt.

Bereits das Kyoto-Protokoll eröffnete prinzipiell die Möglichkeit, nationalstaatliche Verpflichtungen zur Emissionssenkung durch den Zukauf nicht aufgebrauchter Emissionsrechte aus dem Budget anderer Vertragsstaaten zu erfüllen. Die sogenannten "Flexibilitätsinstrumente" des Kyoto-Protokolls umfassen neben dem Emissionsrechtehandel und der Joint Implementation (JI) auch den Clean Development Mechanism (CDM). Das JL - zu deutsch das "Programm zur gemeinsamen Umsetzung" - sieht vor, Umweltinvestitionen der Industrieländer in anderen Industrieländern auf eigene Verpflichtungen zur Emissionsreduktion anzurechnen. Investiert Frankreich beispielsweise in eine neue Filteranlage in einem Kohlekraftwerk in Belgien, so werden die geringeren Emissionen auf Frankreichs Abgaskonto verbucht. Der CDM ("Mechanismus für umweltverträgliche Entwicklung") bezieht sich dagegen auf den Handel von Emissionszertifikaten zwischen Industrieländern und Trikontstaaten. Mit der technischen und finanziellen Förderung von Projekten im Trikont, die zur Vermeidung von Treibhausgasen beitragen, können sich Industriestaaten bzw. deren Unternehmen diese Leistungen als Guthaben auf ihre Emissionsziele verbuchen - auch wenn sie zuhause die Luft munter weiter verpesten.

Trotz aller weichgespülten Vereinbarungen zieren sich die Industriestaaten, das Protokoll von Kyoto zu ratifizieren. Bislang haben nur 16 Staaten - und zwar ausschließlich Staaten des Trikont - dem Protokoll zugestimmt. Für das rechtsverbindliche Inkrafttreten ist aber eine Ratifizierung von mindestens 55 Ländern

erforderlich. Darunter müssen sich Industriestaaten befinden, auf die mindestens 55 Prozent der von dieser Ländergruppe verursachten Emissionen entfallen.

Weichgespülte Vereinbarungen

Während die Unterzeichnerstaaten die Entscheidungen über Umfang und Regularien des neuen Handels auf Herbst 2000 verschoben haben, scharren die emsigen Investmentbanker des zukünftigen Milliardenmarktes schon mit den Füßen. Auch die Weltbank steht schon in den Startlöchern. Anfang dieses Jahres startete sie den "Prototype Carbon Fund" (PCF). Das bis 2012 befristete Pilotprojekt PCF eröffnet damit den umstrittenen Handel mit Zertifikaten für Kohlendioxid-Emissionen zwischen Norden und Süden.

An dem Fonds, der zunächst etwa 150 Millionen US-Dollar umfasst, können alle Weltbank-Mitgliedsstaaten und dort ansässige Firmen teilnehmen. Neben einigen Staaten haben auch schon einige zahlungskräftige transnationale wie nationale Konzerne aus dem Erdöl- und Energiesektor in den Fonds eingezahlt. Nur mit ihrer Teilnahme an dem Fonds kommen sie auch in den "Genuss", ihre Technologie zu günstigen Konditionen in Trikontstaaten zu exportieren und sich gleichzeitig die dort ermöglichten Emissionseinsparungen auf ihr Konto anrechnen zu lassen. Lettland und Costa Rica gehören zu den Staaten, in denen die ersten Projekte des PCF durchgeführt werden: im lettischen Liepaja soll ein "Abfall-Managementsystem" und eine neue Abfallanlage austretendes Methangas reduzieren; in Costa Rica wird das "Ecomarkets Project" eingerichtet, das unter anderem die Biodiversität beschützen und hydrologische Dienste für die Gewinnung von erneuerbaren Energien anbieten soll.

Schlupflöcher für den Norden

Der Fonds, als Teil des geplanten Emissionshandels zwischen Industrie- und Trikontstaaten ist der Beginn eines riesengroßen Schlupfloches für Industrienationen, mit dem sie sich ihrer Verantwortung entziehen und sich freikaufen können. Der Emissionshandel mutiert zum Ablasshandel.

Bei der Entwicklung des Fonds war die Weltbank um Geheimhaltung bemüht. Eine Schlüsselfrage ist beispielsweise, wie die Kohlendioxidkonten aufgebaut werden sollen. Die Bank hat ihre Methode für die Berechnung der Obergrenzen und des jeweiligen nationalen Kohlendioxidausstoßes bislang nicht preisgegeben. Des weiteren schließt der Fonds die Nutzung von sogenannten Kohlendioxidsenken nicht aus. Zwar reduzieren Kohlendioxidsenken - beispielsweise Wiederaufforstungsprojekte (1) - die Kohlendioxidmenge in der Atmosphäre, sie steuern jedoch nichts zur Produktionsveränderung in den Industriestaaten und der Reduzierung von Emissionen bei. Sie sind deshalb eher Alibi als eine Lösung für das Klimaproblem. Ins Bild passen dann auch die abstrusen Überlegungen, die Finanzierung von Atomkraftwerken oder gigantischen Staudämmen im Trikont als Förderung erneuerbarer Energien mit den heimischen Abgasen verrechnen zu können.

Es liegt nahe, dass die Weltbank mit dem Pilotprojekt versucht, ihre Position als Hauptoperator und Kontrollinstanz für den CDM zu sichern. Denn die Handelsmöglichkeiten werden bereits sondiert noch bevor die gesetzlichen Vorgaben mit dem ratifizierten Kyoto-Protokoll entstehen. So sind bereits einige Unternehmen ins Geschäft mit der schlechten Luft eingestiegen. Multinationale Konzerne wie Shell oder BP-Amoco haben mit einem firmeninternen Emissionshandel begonnen, bei dem Unternehmensteile in verschiedenen Ländern untereinander mit Zertifikaten handeln.

Der Handel mit der gefährlichen Luft wird schon emsig getrieben, obwohl die Methoden der Emissionsmessungen immer noch strittig sind, ebenso die Frage der Obergrenze, die für den Schutz von Atmosphäre, Boden und Wasser notwendig wäre. Es ist auch nicht abzusehen, dass die nächste Klimakonferenz in Den Haag in diesem Herbst Antworten auf diese Fragen bringen wird.

Widersprüche bestehen vor allem zwischen den USA und der EU. Während die USA dazu tendieren, möglichst unbegrenzt Emissionen im Ausland einzusparen und sich den Bonus auf ihr Konto anrechnen zu lassen, beharrt die EU auf einer Obergrenze, die in erster Linie die Industrieländer dazu zwingen würde, ihre Emissionen zu reduzieren. Die Bundesregierung fordert, dass die Vertragsstaaten mindestens 50 Prozent der vereinbarten Verpflichtungen mit nationalen Maßnahmen und nicht allein durch den Handel mit Emissionszertifikaten erfüllen.

Abgesehen davon, dass sich die Industrienationen mit Hilfe komplizierter Rechentricks vor konkreten Maßnahmen drücken, sind die Verhandlungen und Pläne geprägt von der Dominanz und Arroganz der Industriestaaten gegenüber dem Trikont. Freilich bringt der PCF den Trikontstaaten nicht einfach den Segen innovativer, umweltfreundlicher Technik, wie man auf den ersten Blick meinen könnte. Einmal mehr werden Unternehmen aus den Industriestaaten den Trikont als willkommenes und billiges Testfeld für neue (Umwelt-)Technologien benutzt. Ein - beabsichtigtes - "Abfallprodukt" der geplanten Projekte ist auch die weitere Privatisierung von Strom, Wasser- und Abfallwirtschaft in diesen Ländern. Damit verbunden sind höhere und für viele Menschen unbezahlbare Gebühren für eine Basisversorgung mit Wasser und Strom.

Insbesondere der Emissionshandel versetzt die Industriestaaten in die Lage, ihren hohen Energiekonsum mit geringen Kosten beizubehalten, da sie Verschmutzungsrechte auf dem Markt erwerben können. Gleichzeitig neigen Staaten des Trikont auf Grund ihres dringend benötigten Devisenbedarfs dazu, Emissionsrechte an die Industriestaaten zu verscherbeln. Immerhin haben die VertreterInnen der Gruppe der 77 (mittlerweile 134 Staaten des Trikont) es bislang - vor allem gegen den Widerstand der USA (2) - durchgesetzt, keine nationalen Verpflichtungen zur Emissionsreduktion eingehen zu müssen, solange sie nicht in einem nennenswerten Umfang zur Erderwärmung beitragen. Während viele VertreterInnen der Gruppe der 77 auf Grund des erhofften Devisenregens dem geplanten Handel mit Emissionszertifikaten wohlwollend entgegensehen, kritisieren NGOs aus dem Süden die Berechnungen und Planungen fundamental. Statt nationaler Kontingente fordern sie eine Pro-Kopf-Berechnung der Emissionsmengen. Damit würden die Industriestaaten nicht auch noch für ihren verschwenderischen Energiekonsum in der Vergangenheit belohnt werden, da ihnen - auf Grund der größeren Emissionsmenge in den vergangenen 150 Jahren und ihrer starken Industrialisierung im Vergleich zu den Trikontstaaten - mit dieser Berechnung nicht mehr Verschmutzung zugebilligt werden würde als den Trikontstaaten. Eine US-Amerikanerin darf nach den Berechnungen für die nationalen Budgets immer noch wesentlich mehr Abgase produzieren als ein Chinese. Obwohl die Industriestaaten nur ein Fünftel der Weltbevölkerung ausmachen, produzieren sie mehr als ein Drittel der Treibhausgase.

"Illegitime Aneignung der Atmosphäre"

Für ihre Forderung erhalten die Süd-NGOs noch nicht einmal Rückendeckung von den Umweltorganisationen des Nordens. Auch wenn die Forderung im Prinzip als richtig angesehen wird, setzen sich Nord-NGOs wie das Forum Entwicklung und Umwelt, ein Zusammenschluss von 35 deutschen NGOs, nicht für dieses Anliegen ein: In der Welt der Realpolitik sei diese Forderung zu unrealistisch. Die Kritik von vielen Umweltorganisationen beschränkt sich im Wesentlichen auf technokratische Einzelheiten. Am Verhandlungstisch der Mächtigen lässt sich selbstredend nicht mehr über die grundsätzliche Veränderung von Produktion und Konsumtion diskutieren; politische Rahmenbedingungen und gesellschaftliche Ursachen der Verschmutzung bleiben ausgeklammert.

Vermutlich haben sie auch für die Erklärung von Jubilee South (3), die auf dem Johannesburger Süd-Süd-Gipfel im November letzten Jahres abgegeben wurde, nur ein müdes Lächeln übrig. Darin wird festgehalten: "Wir schulden den Industrienationen kein Geld. Im Gegenteil: Die Dritte Welt ist Gläubiger der ökologischen Schulden, die die Industrienationen wegen ihren Produktions- und Konsumtionsmustern angesammelt haben. (...) Die ökologischen Schulden bestehen auch wegen ihrer illegitimen Aneignung der Atmosphäre und der Kohlendioxid-Absorptionsfähigkeit der Ozeane und der Vegetation".

Anke Schwarzer

Anmerkungen:

1) Es können dabei auch ähnliche Deals entstehen wie der in den USA: Dort bezahlen zehn gewichtige kanadische Energiekonzerne Farmern im Mittlereren Westen der USA dafür, dass sie ihre Felder nicht umpflügen, sondern die Mais- und Sojasamen direkt in den ungepflügten Boden aussäen. Ohne Pflügen bleibt Kohlenstoff im Boden gebunden, statt in die Atmosphäre zu gelangen. Pferdefuß: Um die gleichen Erträge zu erzielen werden mehr Herbizide benötigt.

2) Die USA machen ihre Ratifizierung jedoch weiterhin davon abhängig, ob auch die großen Staaten des Trikont wie Indien und China verpflichtende Maßnahmen ergreifen, um ihre Abgase zu reduzieren

3) Jubilee South ist ein Zusammenschluss von Süd-NGOs, die sich von der Schuldenerlasskampagne Jubilee 2000 abgespalten hatte, da diese zu stark von den Nord-NGOs dominiert ist und deren Forderungen ungenügend sind.

28. Türkei auf dem Weg zum Atomstaat?

Autor: Jörg Rohweder · Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:33

Zum wiederholten Male hat die türkische Regierung die Entscheidung für den Bau des ersten Atomkraftswerks auf Mitte Juli verschoben. Dennoch sind die Pläne für den Einstieg in ein türkisches Atomprogramm nicht vom Tisch. Gegen das im Erdbebengebiet geplante AKW Akkuyu regt sich aber auch in der Türkei immer mehr Widerstand.

Um die Auftragsvergabe hatten sich bereits vor drei Jahren drei Konsortien beworben:

(a) Nuclear Power International (NPI) Ein Konsortium unter Beteiligung von Siemens (D), Framatome (F), Garanti-Koza (TR) und Simko-STFA-Tekfen (TR). Mit einer Kapazität von 1.482 MW soll das AKW Strom für 2,56 Cents/kWh liefern und insgesamt 2,39 Mrd. US-Dollar kosten.

(b) Atomic Energy of Canada Limited (AECL) unter Beteiligung von Kvaerner (GB, N), John Brown (USA), Hitachi (J), Ansoldo (I), Guris-GAMA-Bayindir. Bei einer Kapazität von 1.339 MW und Erstellungskosten von 2,57 Mrd. US-Dollar soll die Kilowattstunde 3,3 Cents kosten.

(c) Westinghouse (USA, GB), Mitsubishi Heavy Ind. (J), Raytheone and Duke (USA) und ENKA Insaat (TR). Deren Angebot umfasst ein Kraftwerk mit 1.218 MW, welches 3,28 Mrd. US-Dollar kosten soll und einen Strompreis von 3,35 Cents/kWh ergibt.

Lange war NPI von der türkischen Atomenergiebehörde (Türkiye Atom Enerjisi Kurumu, TAEK) und dem Energieversorger Türkiye Elektrik Üretim ve Iletim AS (TEAS) favorisiert worden, da es das technisch und wirtschaftlich beste Angebot war. Doch als Anfang Januar die angesehene Zeitschrift Nucleonics Week meldete, dass die deutsche Bundesregierung eine Kreditbürgschaft für das Geschäft nicht befürworten würde, sanken die Chancen von NPI drastisch. Gleichzeitig intensivierten die anderen Bieter ihre Bemühungen. Die kanadische Regierung gab bekannt, sich mit einer Mrd. US-Dollar an dem kanadischen Angebot zu beteiligen.

Doch wegen der schweren Erdbeben in Adana und Izmit verschiebt sich die Auftragsvergabe immer wieder. Erst kürzlich wurde bekannt, dass das U.S. Geological Survey im Umkreis von 60 Meilen um die geplante Baustelle bei Akkuyu seit 1973 insgesamt 31 Erdbeben registriert hat. Professor Atilla Ulug, Mitglied der Anti-Atomplattform und Erdbebenexperte bestätigte diese Angaben und fügte hinzu, dass die zentrale Ecemis-Falte lediglich fünf Kilometer von der Baustelle entfernt verläuft. Der Turkish Daily News sagte er: "Die Region ist geologisch zu instabil, um darauf ein AKW zu betreiben. In dieser Region muss jederzeit mit einem starken Erdbeben gerechnet werden."

AKW mitten im Erdbebengebiet

Anfang März stellte sich heraus, dass Prof. Mustafa Erdik bereits im November 1999 einen Bericht an die TEAS geschickt hatte, in dem er alle Bedenken bestätigte. Erdik gilt als angesehener Experte und betreibt u.a. Erdbebenforschung an der Bospurus-Universtät in Istanbul. Doch sein Bericht wurde bis März von der TEAS nicht an die Regierung weitergeleitet, obwohl er für eine Entscheidung überaus bedeutsam ist. Wenige Tage vor der angekündigten Entscheidung im April meldete der türkische Finanzminister Bedenken zur Finanzierbarkeit des Projekts an. Im laufenden Jahr sei die Türkei nicht in der Lage, eine Garantie für die Finanzierung zu übernehmen. Inzwischen ist die Entscheidung abermals vertagt, diesmal auf den 24 Juli. Über den Ausgang wagt derzeit niemand mehr eine klare Prognose.

Wenig ist öffentlich bislang über den Zusammenhang des geplanten AKW mit einer türkischen Nuklearbewaffnung diskutiert worden. Die Regierung verweist auf die Unterschrift unter den Vertrag über die Nichtverbreitung von Atomwaffen. Deutlich wurde allerdings der zur extrem rechten MHP (Milliyetci Hareket Partisi - Nationalistische Bewegungs-Partei) gehörende türkische Verkehrsminister Enis Oksuz: "Wenn Du die Atombombe erwähnst, haben alle Angst, sie würde Menschen töten. Aber sie ist seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr verwendet worden. Eine solche Waffe in der Hand der Türkei würde Sicherheit bedeuten. Sie verschafft Abschreckung."

Türkischer Energiehunger für die EU

Im regierungsinternen Streit, welches der drei Konsortien den Auftrag bekommen soll, spricht sich die MHP für das kanadische Konsortium aus, weil es nach Angaben des verstorbenen Führers der MHP, Türkes, auch Technologie für den Bau von Atomwaffen verspreche.

Mesut Yilmaz, Vorsitzender der mitregierenden Mutterlandspartei (ANAP), hatte zunächst das deutsche Angebot unterstützt. Nachdem deutsche Subventionen ausblieben, unterstützt die ANAP nun das US-amerikanische Angebot. Ministerpräsident Bülent Ecevit äußerte sich zwar kritisch zum Kraftwerksbau, sehe sich aber an die alten Verträge gebunden.

Der nationale Sicherheitsrat hat sich bislang mit Äußerungen zurückgehalten. Eine Stellungnahme dieses Gremiums käme einer Entscheidung gleich. Anfang März war jedoch bekannt geworden, dass der Direktor des nationalen Energieausschusses, Ibrahim Kavrakoglu, dem Sicherheitsrat seine Bedenken erläutert hatte: Ein AKW wäre mit den Interessen der Türkei unvereinbar und würde neue Risiken hervorrufen. Ein AKW zu betreiben bedeute keinen wirklichen Schritt in die Nukleartechnologie. Er verglich dies mit der Turkish Airlines, die zwar Flugzeuge benutze, aber nicht über Luftfahrttechnologie verfüge. Außerdem befürchte er durch den AKW-Bau Umsatzeinbußen beim Tourismus. Auch zu den Energiebedarfsrechnungen äußerte er sich kritisch.

Um die geplanten zehn AKWs zu rechtfertigen, werden von der Regierung die Energiebedarfsprognosen hochgerechnet. Während im Jahr 2000 ein Stromverbrauch von 134 Milliarden kWh erwartet wird, sollen es 2020 insgesamt 546 Milliarden kWh sein. Derartige Hochrechnungen hat es bereits 1970 gegeben. Damals war für das Jahr 2000 ein Bedarf von 200 Milliarden kWh prognostiziert worden. Begründet wird dieser Anstieg mit der geplanten Industrialisierung des Südostens und einem veränderter Lebensstil der Privathaushalte. Der steigende Stromverbrauch sei Voraussetzung dafür, dass sich die türkische Ökonomie an westeuropäische Standards anpasse. Die Türkei erzeugt etwa 92% des eigenen Bedarfs selbst, der Rest-Strom wird aus Bulgarien, dem Iran und Georgien importiert. Inzwischen sind in den Nachbarländern der Türkei reiche Gas- und Ölvorkommen gefunden worden. Ein Gaskraftwerk lässt sich in einem Viertel der Zeit und zu erheblich niedrigeren Kosten errichten. Diese Ressourcen und der mögliche weitere Ausbau der Wasserkraft können den Bedarf der Türkei decken.

Im Januar wurde in verschiedenen Regionen der Türkei der Strom täglich für zwei Stunden abgestellt. In der Region des geplanten AKW um Akkuyu und Mersin kam es gar zu Unterbrechungen von bis zu vier Stunden. Zunächst nannte das Energieministerium diese "drastischen Einsparungsmaßnahmen" als unumgänglich und dass diese sich ohne den AKW-Bau noch drastisch verlängern würden. Erst nach zahlreichen Protesten räumte Minister Ersümer ein, dass die Unterbrechungen aus technischen Mängeln resultierten.

Die Kammer der ElektroingenieurInnen in Izmir (EMO) setzt hier ihre Kritik an. Die Energiekrise der Türkei sei keine Frage der fehlenden Ressourcen, sondern eine des schlechten Managements. Ein AKW stelle keine Lösung dar, weil es nicht helfe, das veraltete Leitungsnetz und die Infrastruktur zu erneuern. Nach Berechnungen der EMO verliert das Leitungsnetz 20% mehr an Energie, als notwendig. Damit gehöre es zu den schlechtesten der Welt. Dieser Verlust sei auch durch die geplanten 10 Atomkraftwerke nicht zu kompensieren.

Anfang März meldete sich die griechische Regierung zu Wort und legte eine Studie vor, die für einen GAU eine atomare Verseuchung Athens nach zwei bis maximal drei Tagen berechnet. Sie warnt auch vor möglichen Folgen für die Natur und den Tourismus, da das Kraftwerk u.a. mit Wasser aus dem Mittelmeer gekühlt werden soll. Zyperns Außenminister Ioannis Cassoulides protestierte mit ähnlichen Befürchtungen gegen den geplanten Bau. Akkuyu liegt direkt nördlich von Zypern. In beiden Fällen handelt es sich aber um eher verhaltene Proteste, die deutlich machen, dass der Kraftwerksbau zu keinen zwischenstaatlichen Problem führen soll.

In der betroffenen Region, aber auch in verschiedenen Städten regen sich bereits seit Jahren Proteste, die seit dem Herbst zunahmen und im Dezember 1999 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichten.

Die Bewohner Akkuyus stimmten in einer Umfrage von Greenpeace und lokalen Gruppen mit 84% gegen den Bau eines Kraftwerks. Ein breites Bündnis rief Ende Dezember zu einer Demonstration auf, zu der 2.500 Personen nach Mersin kamen.

Unterstützung erhält der Protest von den Dorfbewohnern aus Bergama, die in der Türkei für ihre unkonventionellen Aktionen gegen den geplanten Goldabbau mit Zyanid bekannt sind. Die Männer protestieren regelmäßig mit nackten Oberkörper und überschrieben eine Aktion im Dezember mit dem Slogan: "Wir wollen kein AKW. Nicht in Akkuyu noch anderswo"

In den Städten Ankara, Adana, Antalya, Eskisehir, Istanbul und Izmir haben sich Plattformen gegen den Bau von AKWs in der Türkei gebildet, an denen sich ein breites Spektrum von Nichtregierungsorganisationen beteiligt, darunter die Kammern der IngenieurInnen, AnwältInnen und ÄrztInnen. Immer wieder traten diese Plattformen mit symbolischen Aktionen und Presseerklärungen auf. So kündigte die Izmirer Plattform an, sie werden eine Kampagne gegen den Bau ins Leben rufen und jede Form von Protest unternehmen, um den Bau zu verhindern.

Anti-AKW- Bewegung entsteht

In Istanbul erreichte ein ähnlich breites Bündnis am 1. März mit einer symbolischen Aktion die Öffentlichkeit. Auf dem Taksim-Platz ließen sie eine Sirene ertönen, fielen wie tot zu Boden und skandierten "Der Tod braucht keine Energie". 45 von ihnen wurden vorübergehend festgenommen. Die Ärzte traten bei einer Aktion im Dezember in Kitteln auf, skandierten "Eure Ärzte wollen keine AKWs" und zeigten Bilder von verkrüppelten Kinder, die nach dem GAU in Tschernobyl geboren wurden. Diese Bilder sind verbreitetes Material der Bewegung. Plakate, Broschüren und Handzettel mahnen mit Fotografien dieser Art an die Unbeherrschbarkeit.

Als Erfolg der Protestbewegung kann betrachtet werden, dass Umweltminister Feyzi Aytekin öffentlich zugeben musste, über die von Atomkraftwerken ausgehende Gefahr nicht informiert gewesen zu sein. Während einer Konferenz in Mersin (Içel) am Februar luden ihn die BewohnerInnen von Büyükeceli (Akkuyu) ein, sich die Umgebung anzusehen und sich besser zu informieren. Das lehnte der Minister ab.

Die staatliche Repression auf die Anti-AKW-Bewegung kann für türkische Verhältnisse als maßvoll bezeichnet werden. In aller Regel werden die AktivistInnen der Aktionen für einige Stunden auf die Polizeiwache mitgenommen, erkennungsdienstlich behandelt und wieder freigelassen. Es folgt eine Anklage wegen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz, ein Verfahren, das eingestellt wird oder mit Geld- und Bewährungsstrafen endet.

Die Bewegung, die auf den ersten Blick einen aktiven und geschlossenen Eindruck macht, ist gespalten. Dabei treten die Trennungslinien dort auf, wo die politischen Vorstellungen über das eine Ziel, den AKW-Bau zu verhindern, hinausgehen. Gestritten wird über die Führungsansprüche verschiedener politischer Organisation oder Parteien innerhalb der Plattformen. Die Plattform in Istanbul ist über diese Auseinandersetzung handlungsunfähig geworden. Verschiedene politische Strömungen bilden dort ihre eigenen Plattformen, die an einer Kooperation nur mäßig interessiert sind.

Trotz der guten Medienpräsenz wird der Einfluss der Protestbewegung auf die Entscheidung - auch von Aktiven der Bewegung selbst - als gering eingeschätzt. Die Bedeutung der Proteste liegt m.E. darin, dass ein Politikmodell von sozialer Bewegung vorgestellt und für deren Handlungsmöglichkeiten geworben wird.

Jörg Rohwedder

Der Artikel basiert auf Agentur- und Zeitungsmeldungen zwischen Dezember 1999 und März 2000, u.a. Milliyet,

Cumhuriyet, TDN und Reuters.

Wir haben den Artikel leicht überarbeitet und gekürzt.

Das Original erscheint in Graswurzel-Revolution, Nr. 249 Ausgabe Mai 2000,
http://www.comlink.de/graswurzel/

29. Konsens lässt warten

Autor: Jürgen Sattari · Rubrik: Atom- und Energiepolitik; Regierungspolitik zu AKWs · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:16

Eigentlich sollten am 14. April die letzten Hindernisse für einen Konsens zwischen Bundesregierung und AKW-Betreibern bei einem Spitzengespräch im Berliner Kanzleramt ausgeräumt werden. Die geplante Vereinbarung sieht unter anderem vor, die Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente spätestens Mitte 2005 zu beenden. Aber wieder einmal musste der Abschluss der Gespräche verschoben werden.

Eineinhalb Jahre nach Antritt der rot-grünen Regierung ist die Entscheidung über den "Ausstieg" der Bundesrepublik Deutschland aus der Nutzung der Atomenergie noch immer nicht in greifbare Nähe gerückt. Das für den 14. April geplante letzte Konsensgespräch, an dem von Regierungsseite neben Bundeskanzler Gerhard Schröder Umweltminister Jürgen Trittin und Wirtschaftsminister Werner Müller teilnehmen sollten, wurde kurzfristig wieder vertagt.

Denn im Vorfeld ist es nicht zu einer Einigung über den Status des AKW Mülheim-Kärlich gekommen. Der 1200-Megawatt-Meiler war bereits 1988 wegen ungeklärter Fragen der Erdbebensicherheit nach nur kurzem Betrieb gerichtlich gestoppt worden. Seitdem bemüht sich der Essener Stromkonzern RWE Energie AG bei der rheinland-pfälzischen Landesregierung um eine neue Betriebsgenehmigung. In einem "Einzelgespräch" mit RWE-Chef Dietmar Kuhnt verhandelten am 11.04. Bundeskanzler Schröder und die Minister Trittin und Müller über die Frage, ob und wie der Meiler am Rhein in das Ausstiegspaket einbezogen werden kann. Der Essener Konzern will durchsetzen, dass sein AKW Mülheim-Kärlich in die Berechnung der Restlaufzeiten einbezogen wird. RWE will seine übrigen Anlagen als Ausgleich länger laufen lassen, wenn Mülheim-Kärlich abgeschaltet bleibt. Dieses Ansinnen scheint auch den übrigen Atomkonzernen nicht einzuleuchten. Möglicherweise wollen sie an dem Mülheim-Kärlich-Bonus teilhaben.

Am 12.04. hat die Bundesregierung in einem weiteren Ministergespräch unter Beteiligung der "Verfassungsminister" Otto Schily und Herta Däubler-Gmelin ihre Position für die Schlussrunde festgelegt.

Nach insgesamt neun Verhandlungsrunden auf Arbeitsebene hatten sich die Fachleute aus Regierung und Stromwirtschaft am 09.04. auf ein Abschlusspapier geeinigt, in dem allerdings neben dem Status des AKW Mülheim-Kärlich auch die Frage der Laufzeiten offen geblieben war. Die Bundesregierung hat sich auf maximal 33 Jahre Gesamtlaufzeit pro Anlage festgelegt, die Betreiber wollen bis zu 40 Jahre.

Das Schlussdokument sieht eine Kontingentierung der Strommengen vor, die insgesamt in Deutschland noch aus Atomkraft erzeugt werden dürfen. Die nach einem komplizierten Modell berechnete Strommenge wird nach Angaben aus Verhandlungskreisen am Ende zwischen 2.100 und 2.300 Terawattstunden (Milliarden Kilowattstunden) liegen. Dabei können die Kraftwerksbetreiber Stromkontingente grundsätzlich flexibel von älteren auf neuere - und deshalb meist wirtschaftlichere - Meiler umschichten. Um dennoch einen Schlusspunkt bei der Atomkraftnutzung zu setzen, müssen die Stromkontingente bis zu einem festgelegten Jahr vollständig abgearbeitet sein. Dieser Zeitpunkt, zu dem das letzte deutsche Atomkraftwerk spätestens abgeschaltet wird, ist in dem Dokument ebenfalls noch offen.

Die Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente wird nach der Vereinbarung spätestens Mitte 2005 beendet. Die Erkundungsarbeiten im Endlager Gorleben sollen noch in diesem Jahr für wenigstens drei, höchstens aber zehn Jahre unterbrochen werden. Während des Moratoriums übernimmt die Stromwirtschaft die Kosten für die "Offenhaltung" des Salzstocks. Die Pilot-Konditionierungsanlage Gorleben, in der ursprünglich verbrauchte Brennelemente für die direkte Endlagerung vorbereitet werden sollten, soll - falls sich ein solcher Fall ergibt - als Reparaturstation für defekte Castorbehälter genutzt werden. Das für die Endlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle vorgesehene frühere Erzbergwerk Schacht Konrad bei Salzgitter wird voraussichtlich genehmigt. Allerdings sollen die erwarteten Klagen gegen die Genehmigung bis zur letztinstanzlichen Gerichtsentscheidung aufschiebende Wirkung haben. Bis dahin hofft die Regierung, ein entscheidungsreifes Alternativ-Konzept zur Endlagerung aller Sorten von Atommüll vorlegen zu können. Um die Zahl der umstrittenen Castor-Transporte zu minimieren, sollen möglichst zügig Zwischenlager an den Kraftwerks-Standorten errichtet werden.

Die den Kraftwerksbetreibern auferlegte Deckungsvorsorge für den Fall eines schweren Nuklearunfalls soll im Atomgesetz von derzeit 500 Millionen in zwei Schritten auf fünf Milliarden Mark verzehnfacht werden. Als Aufsichtsbehörde für die Abwicklung der Atomenergie ist das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) in Salzgitter vorgesehen, das dem Berliner Umweltministerium nachgeordnet ist. Die Betriebsgenehmigungen erlöschen automatisch, wenn die Kraftwerke die ihnen zugestandene Strommenge produziert haben. Mit dieser Konstruktion will die Bundesregierung vermeiden, dass das Ausstiegsgesetz vor den Bundesrat muss, der von den Unionsparteien dominiert wird.

Die CDU/CSU-Opposition im Bundestag hat in Gesprächen mit der Stromwirtschaft deutlich gemacht, dass man die Rechnung für eine langfristig solide Energiepolitik nicht ohne sie machen könne. An einem Treffen am 13.04. haben die neue CDU-Vorsitzende Angela Merkel, der CSU-Chef und bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber, CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz und der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Michael Glos, teilgenommen. Die Delegation der Energieunternehmen wurde von VEBA-Chef Ulrich Hartmann und dem RWE- Vorstandsvorsitzenden Dietmar Kuhnt angeführt.

Die Unions-Parteien dringen auf eine Beteiligung an den derzeit laufenden Verhandlungen über einen Atomausstieg. In den Konsens-Gesprächen dürften keine "Verabredungen zu Lasten Dritter" getroffen werden, mahnten die CDU/CSU-Politiker. Sie äußerten den Verdacht, die rot-grüne Koalition wolle die Bundesländer "austricksen". Aus den Informationen über den Gesprächsstand sei deutlich geworden, dass die Bundesregierung ein völlig neues Konzept für die Atommüll-Entsorgung wolle. Damit werde ein von allen getragener Konsens von 1979 aufgekündigt.

Die Union bekräftigte ihre grundsätzliche Ablehnung eines Atomausstiegs. Die Pläne der rot-grünen Bundesregierung seien "rein ideologisch begründet". Sie widersprächen den Zielen beim Klimaschutz und missachteten die Verantwortung Deutschlands auch für die Sicherheit von Reaktoren in Mittel- und Osteuropa. Der Essener Stromkonzern RWE begrüßte die Forderung der Unionsparteien nach einer Beteiligung an den laufenden Verhandlungen über einen Atomausstieg. "Eine zufrieden stellende Lösung dieser für die Unternehmen und den Standort Deutschland essenziellen Probleme bedarf eines breiten überparteilichen Konsenses", sagte der Vorstandschef Dietmar Kuhnt.

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber geht einem Bericht der Berliner Zeitung vom 15.04. zufolge davon aus, dass der von der Bundesregierung angestrebte vorzeitige Ausstieg aus der Atomenergie nicht mehr machbar ist. Stoiber habe in einem Schreiben an die Stromkonzerne darauf verwiesen, dass die Unternehmen VIAG und VEBA in ihrem Fusionsvertrag zur E.ON einen Einschluss der Atomenergie in ihr Geschäftsprogramm vereinbart hätten. In der Grundsatzvereinbarung heißt es demnach: "Die VEBA-VIAG-Energie AG wird das Energiegeschäft auf der Basis eines vernünftigen Energiemixes unter Einschluss der Kernenergie weiterentwickeln." Ein Verzicht auf AKW würde Konzernvermögen vernichten und wäre "ein gravierender Eingriff in die Rechte der Aktionäre", schrieb Stoiber demnach. Die VIAG gehört zum Teil dem bayerischen Staat. Wie es heißt, geht Stoiber davon aus, dass angesichts der Sachlage für die Energieversorgungsunternehmen "eine Befristung der Laufzeiten von Kernkraftwerken unterhalb 35 Volllastjahren nicht akzeptabel ist". Dies würde rund 40 Kalenderjahren entsprechen.

Dem Bericht zufolge droht Stoiber damit, dass der bayerische Vertreter im Aufsichtsrat des durch die Fusion entstehenden Energiekonzerns E.ON einem zwischen der Bundesregierung und Konzernvorständen vereinbarten Ausstiegskonsens nicht zustimmen werde. Zudem fehle den - bisher erfolglosen - Konsensverhandlungen die "demokratische Legitimation", weil Bundestag und Bundesrat nicht eingeschaltet worden seien. Die Verhandlungen gehen weiter!

Jürgen Sattari

Nachdruck aus anti-atom-aktuell,

Nr. 110, Mai 2000

30. Atomstromboykott-Kampagne: Chancen und linke Kritik

Autor: DSe · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:11

Auf der Anti-AKW-Konferenz Ende März wurde erstmals über eine Kampagne zum Atomstromboykott diskutiert (vgl. ak 437). Inzwischen wird in Hamburg an der öffentlichen Umsetzung einer solchen Kampagne gearbeitet. Über die Ziele und Chancen der Kampagne und auch über die vermeintlich "linke" Kritik geht es im folgenden.

In der öffentlichen Auseinandersetzung um den Ausstieg aus der Atomenergie ist von der Anti-AKW-Bewegung fast nichts zu sehen. Den wahrnehmbaren linken Rand der Debatte um Konsens und Restlaufzeiten markieren derzeit immer noch die Grünen. Seit dem Stopp der Castor-Transporte (Mai 1998) hat die Bewegung den öffentlichem Raum weitgehend verloren. Fast überall waren die Gruppen und Initiativen über Jahre hinweg mit der Vorbereitung von Aktionen gegen diese Transporte voll ausgelastet und die Mobilisierungserfolge in Gorleben und Ahaus gaben ihr bei der Schwerpunktsetzung auch weitgehend recht. Spätestens seit dem Antritt der rot-grünen Bundesregierung dämmert es aber immer mehr, dass Atomausstiegspolitik nicht lediglich in der Aktionsmobilisierung bestehen kann. Die letzte Anti-AKW-Konferenz in Mülheim an der Ruhr Ende März hat gezeigt, dass viele den Ernst der Lage erkannt haben. Die in Mülheim selbst gestellte Aufgabe lautet: "Die Anti-Atom-Bewegung muss eine radikale Kritik am Konsensnonsens organisieren, öffentlich zuspitzen und gegenüber den Grünen konfrontativ auftreten, um die Definitionsmacht über das was Atomausstieg wirklich bedeutet, zurückzugewinnen: Stilllegung aller Atomanlagen, sofort, weltweit."

Öffentliche Stromversorgung ohne Atom

Das ist nicht gerade wenig und Vorschläge, wie dies machbar ist, liegen kaum auf dem Tisch. Doch genau in diese Kerbe will die aus Hamburg initiierte Kampagne für einen Atomstromboykott schlagen.

Unmittelbares Ziel einer Atomstromboykott-Kampagne ist es, die öffentliche Stromversorgung in Städten und Gemeinden künftig atomstromfrei zu bekommen. Fast überall in der Republik sind die örtlichen Rathäuser dafür zuständig, die Stromverträge für die öffentlichen Einrichtungen angefangen von den Verwaltungen über die Schulen bis hin zu Kindergärten oder Krankenhäuser abzuschließen. Auf Grund der Liberalisierung der Strommärkte ist heute jede Kommune in der Lage, den Stromlieferanten frei zu wählen. Damit haben diese ein einfaches ökonomisches Instrument in der Hand, um über die Nutzung oder eben Nicht-Nutzung von Atomstrom zu entscheiden.

Der Ausstieg aus der Atomstromversorgung bedeutet zwar nicht, dass AKWs direkt abgeschaltet werden. Dafür ist der Anteil der Städte und Gemeinden am gesamten Stromverbrauch viel zu gering. Aber eine politische Auseinandersetzung über eine atomstromfreie Versorgung der öffentlichen Einrichtungen kann einen wichtigen Beitrag zur Debatte um die Gefahren der Atomenergie darstellen und ermöglicht eine intensive öffentliche Auseinandersetzung mit der katastrophalen Konsens-Politik der rot-grünen Bundesregierung.

Grüne sichern Versorgung mit Atomstrom

Dabei bietet eine solche Kampagne vielfältige Ansatzpunkte. Denn es geht nicht nur um eine Auseinandersetzung mit den lokalen Parteien. Auf Schulversammlungen, Lehrerkonferenzen, Mitarbeiterversammlungen können entsprechende Anträge eingebracht werden, die die jeweiligen Leitungen auffordern, die bestehenden Atomstromverträge zu kündigen und durch andere zu ersetzen. Kann die jeweilige Einrichtung dies nicht in eigener Regie, dann muss sie sich gegenüber den jeweiligen Dienststellen der Stadt für eine Kündigung der Verträge einsetzen. Vor dieser Kulisse dürfte es also jede Menge Anlässe und Möglichkeiten geben, über den Atomausstieg intensiv zu debattieren. Denn zu erwarten ist, dass derartige Anträge zum Atomstromausstieg keine Selbstgänger sein werden. Ohne Frage wird es angesichts leerer Haushaltskassen um die Kosten für einen Atomstromboykott gehen oder werden etliche Hinweise auf die Berliner Ausstiegspolitik erfolgen, um die bestehenden Atomverträge weiter laufen lassen zu können. Für hitzige und anregende Debatten dürfte also gesorgt sein.

Manche mögen sich an die Kampagne für "Atomwaffenfreie Zonen" Anfang der 80er Jahre erinnert fühlen. Das ist im wesentlichen richtig. Allerdings bietet der Atomstromboykott einen gewichtigen Schritt zusätzlich. Die Kommunen können sich nicht nur erklären, sondern können in diesem Fall eben auch echt entscheiden und den Atomstromunternehmen ökonomisch weh tun. Aktivitäten für einen solchen Atomstromboykott sind vor allem lokaler Natur und unabhängig von Anlässen wie Castortransporten. Jede und jeder kann sich in eine solche Auseinandersetzung einmischen.

Eine solche Kampagne wird heute durch die Liberalisierung der Strommärkte möglich, da diese die bislang bestehenden Monopolgebiete für die Stromversorger aufgelöst hat. Eben dieser Kontext sorgt aber vor allem aus autonomen Kreisen auch für Kritik an der Kampagne. In der Mülheimer Abschlusserklärung heißt es: "Eine Atomstrom-Boykott-Kampagne bleibt widersprüchlich, weil sie sich positiv auf die Ideologie des Neoliberalismus bezieht. Sie ist naiv, weil sie den Spielraum von z.B. Kommunen angesichts leerer Kassen und angesichts des Konzentrations- u. Zerstörungspotenzials eines entfesselten Energiemarktes überschätzt."

Richtig ist, dass eine solche Kampagne ohne die Liberalisierung des Strommarktes nicht denkbar wäre. Ob dass allerdings ausreicht, einen "positiven Bezug" herzuleiten, bleibt mehr als fraglich. In dem Aufrufflugblatt für die Hamburger Kampagne heißt es: "Die Einführung des Wettbewerbs (im Strommarkt) führt zu erheblichen ökologischen und vor allem auch sozialen Problemen. Die Folgen von Billigstrom und Kostendruck sind eben auch Arbeitsplatzabbau, Erhöhung der Arbeitsbelastung für die verbleibenden MitarbeiterInnen.

Ökologische Folgen: Der enorme Kostendruck in Folge der Liberalisierung bedroht auch die Umweltstandards. Notwendige Nachrüstungen werden verschoben, Wartungsarbeiten und Qualitätskontrollen unter erheblichen Zeitdruck erledigt. Dieser ökonomische Druck kann zur Folge haben, dass Anlagen immer länger laufen, ihre Technik und Sicherheit aber immer älter wird. Schwere Unfälle werden dadurch immer wahrscheinlicher.

Soziale Folgen: Daraus erwachsen auch Belastungen für die öffentliche Haushalte, denn in der Folge von Stellenabbau steigt auch die Arbeitslosigkeit und dann auch die Zahl der SozialhilfeempfängerInnen. Die zu Billigstrom (und privaten Kostenentlastungen) führende Privatisierung und Einführung des Wettbewerbs wird so zu höheren Lasten für die Haushalte führen. Nur eine Hand voll von Unternehmen wird von dieser Entwicklung dauerhaft einen Vorteil haben."

Politikfähigkeit in castorlosen Zeiten

Ausdrücklich soll im Rahmen einer Atomstromboykott-Kampagne also auch über die negativen Folgen der Liberalisierung der Strommärkte debattiert werden. Insofern ist sich die Atomstromboykott-Kampagne durchaus der Problematik bewusst. Doch davon ungeachtet ist der Vorwurf eines "positiven Bezugs" eher ein Totschlagargument. Denn es ist im Kern gar nicht erkennbar, was diese Kritik eigentlich will. Soll diese Kritik eine politische Warnung sein, in Gottes Namen nicht der Ideologie des Neoliberalismus zu verfallen und den Stromanbieter zu wechseln. Soll man also lieber bei den alten Atomstromern bleiben? Wohl kaum. Denn immerhin ist diese Liberalisierung nun einmal Wirklichkeit und wird sogar von vielen Menschen privat und praktisch umgesetzt. Und ich kann auch nichts schlechtes daran entdecken, wenn möglichst viele Menschen sich von den Atomstromkonzernen verabschieden und ihre Steckdosen auf sauberen Strom schalten. Das kann man gut finden und dennoch die sozialen und ideologischen Folgen der Liberalisierung kritisieren.

Gefährlich wird es, wenn in der Abschlusserklärung die Atomstromboykott-Kampagne als "naiv" bemängelt wird, weil "sie den Spielraum von z.B. Kommunen angesichts leerer Kassen und angesichts des Konzentrations- u. Zerstörungspotenzials eines entfesselten Energiemarktes überschätzt." Überträgt man dieses Argumentationsmuster mal auf andere Konfliktfelder, z.B. auf die Debatte um Sozialhilfe und deren Anhebung oder die Aufnahme von Flüchtlingen in den Kommunen, dann wird schnell klar, wie absurd dieser Vorwurf ist. Mit dem Hinweis auf die leeren Kassen dürfte dann künftig kein Autonomer oder auch keine Flüchtlingsinitiative die armen Kommunen mit Forderungen belasten, zumal die nicht nur kein Geld haben, sondern darüber hinaus auch die Fluchtursachen in Form eines entfesselten Kapitalismus nicht wirklich beseitigen können. Ein solcher Einwand hat mit linker Politik nicht sonderlich viel zu tun. Das klingt eher wie eine Argumentation von Grünen, Sozialdemokraten oder gar der CDU, frei nach dem Motto: "Wir können ja nicht alle Probleme der Welt hier vor Ort lösen."

DSe

31. Atomstromboykott - Auftakt in Hamburg

Autor: DSe · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:09

Die Freie und Hansestadt Hamburg bezieht ihren gesamten Strom von den Hamburgischen Electricitäts Werken (HEW). Die HEW sind an den AKWs Brunsbüttel, Krümmel, Brokdorf und Stade beteiligt und versorgen Hamburg zu ca. 80 Prozent mit Atomstrom. Und in Hamburg regiert eine rot-grüner Senat, der heute noch mit 25 Prozent an den HEW beteiligt ist. Der Verbrauch der öffentlichen Einrichtungen der Hansestadt liegt je nachdem was man einrechnet zwischen 300 und 500 Millionen Kilowattstunden jährlich.

Im September 1999 verkündete die Pressestelle der Hamburger Senats, dass die Stadt mit den HEW einen neuen Stromvertrag mit Wirkung vom 1. Juli 1999 abgeschlossen hat. Der neue Vertrag bringt der Stadt Einsparungen in Höhe von mindestens 17 Millionen DM. Die neuen Atomstromverträge laufen Mitte des Jahres 2001 aus und müssen bis dahin neu verhandelt werden.

Trotz der grünen Regierungsbeteiligung ging die Verlängerung der Atomstromverträge mit den HEW ohne jeden Konflikt über die Bühne. Offenbar hat es keinerlei Bemühungen der Grünen gegeben, dafür zu sorgen, dass die Stadt mit den neuen Verträgen mehr für den Atomausstieg tut und den Ausbau der regenerativen Stromerzeugung stärker voranbringt. Dabei wäre es mehr als nur ein politisches Signal gewesen, wenn der rot-grüne Senat gegenüber den HEW auf atomfreien Strombezug bestanden hätte.

Doch die GAL ist offenbar inzwischen derart tief im Hamburger Regierungsfilz abgesackt, dass es innerhalb der Partei kaum für Aufregung sorgte, dass mit der Vertragsunterzeichnung die Grünen eine aktive Rolle für die weitere atomare Stromerzeugung übernommen haben. Völlig resigniert über die Energiepolitik der eigenen Partei, der Fraktion und der Regierungsmitglieder hat sich die Landesarbeitsgemeinschaft Energie der GAL vor wenigen Wochen denn auch aufgelöst.

Die Atomstromboykott-Kampagne "Kein Atomstrom für Hamburg" hat sich das Ziel gesetzt, die Debatte über die Mitte 2001 neu abzuschließenden Stromverträge zu eröffnen. Mit einer Veranstaltung am 9. Mai (also kurz nach Redaktionsschluss) wollen Vertreter der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, des Hamburger Anti-Atom-Büros und der GAL-Abspaltung REGENBOGEN - für eine neue Linke die Kampagne öffentlich vorstellen. Der Ort dieser Veranstaltung ist gut gewählt. Denn die Lehrerkonferenz des Wirtschaftsgymnasiums Budapester Straße hat sich bereits Ende April dafür ausgesprochen, dass die Atomstromverträge gekündigt werden sollen. Die Schulleitung ist aufgefordert worden, gegenüber dem Senat die erforderlichen Schritte einzuleiten, um so schnell wie möglich neue, nicht-atomare Verträge abschließen zu können. Ein sicher nicht schlechter Auftakt für eine Kampagne, die das Licht der Öffentlichkeit erst noch erblicken soll. Schön wäre es, wenn andere bundesweite Initiativen und Umweltorganisationen diesem Beispiel folgen und eine flächendeckende Kampagne zum Atomstromboykott entsteht.

DSe

32. Atommüll in die Ukraine?

Autor: Wolfgang Ehmke · Rubrik: Ukraine · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:13

Am 26. April jährte sich zum 14. Mal die Nuklearkatastrophe im ukrainischen Tschernobyl. Seitdem die Sowjetunion sich aufgelöst hat, muss sich die Ukraine nun selbst um den anfallenden Atommüll aus ihren Reaktoren kümmern. Wie in Deutschland, setzt die ukrainische Regierung nun auf Salz, in dem der Atommüll für Jahrtausende verbuddelt werden soll. Und denkbar ist, dass auch andere Staaten ein Endlager in der Ukraine nicht uninteressant finden.

Merken Sie sich den Namen Artemovsk. Bis zum Jahr 1923 hieß diese ukrainische Stadt Bachmut. Im 16. Jahrhundert fand man dort Salz, und auch heute noch wird in dieser Industriestadt im Donetsker Gebiet, auf das sich 45% aller Industriebetriebe - vorrangig Chemie, Eisenmetall, Maschinenbau und Kohle - konzentrieren, Speisesalz abgebaut. Artemovsk ist möglicherweise bald um eine Branche "reicher", denn statt der tradierten Förderung von Salz steht der Region eine strahlende Zukunft ins Haus: Der Forschungsleiter zur Auswahl von Atommülllagerstätten in der Ukraine, Dmitrij Krushchev, favorisiert den Standort Artemovsk. Atommüll soll in einem Salzbergwerk endgelagert werden, dafür plädiert Krushchev, und auf den "Chefgeologen" der Ukraine und das Mitglied der Nationalen Akademie der Wissenschaften wird gehört. Dessen Wahl widerspricht zwar dem geologischen Grundsatz, dass eine Deponie "unverritzt" sein soll, zumal es um die Endlagerung hochradioaktiven Mülls geht. Denn ein bereits kommerziell genutztes Bergwerk bietet zu viele Pfade, über die Radioaktivität in die Biosphäre gelangen kann. Hier zu Lande wäre das bei der Standortsuche ein Ausschlusskriterium. Doch was nutzt dieses Wissen, wenn die Not regiert.

Mit Tschernobyl hatte und hat die Ukraine bereits ihre Not. Im Sommer letzten Jahres demonstrierten Arbeiter aus Tschernobyl in Kiew, weil sie schon ein halbes Jahr lang keinen Lohn erhalten hatten, kein heißes Wasser hatten, und die Telefone funktionierten nicht. In der Ukraine gibt es fünf AKW-Zentren mit insgesamt 14 Reaktoren, von denen zur Zeit 11 in Betrieb sind und die 43 % des Stroms produzieren. Der Rest wird durch Wasser- und Kohlekraftwerke erzeugt. Wärmekraftwerke werden vorwiegend auf Ölbasis betrieben. Da es in der Ukraine keine nennenswerten Gas- oder Ölvorkommen gibt, muss Öl - wie auch Brennstoff für die AKWs - in Russland teuer eingekauft werden.

Merken Sie sich den Namen Artemovsk

Stromabschaltungen gehören zum ukrainischen Alltag. In der Mittagszeit sitzt man in kleineren Städten ohne Strom, ausgeklügelte Zeitpläne für Stromabschaltungen gibt es in den Großstädten. Die Energiekrise wird als wichtigste Aufgabe der Regierungspolitik gesehen, und die offizielle Politik des Autokraten Kutschmas klammert sich an den Reaktorbestand. Das hat weitergehende Folgen. Seit dem Zusammenbruch der UdSSR weigert sich Russland, abgebrannte Brennelemente anzunehmen. Folglich muss die Ukraine Zwischen- und Endlagerkapazitäten schaffen. Das erste Brennelementbehälterlager entsteht in Saporoschje. Weitere in Rowno, Chmelnizkij und Juschno-Ukainsk sollen folgen. Die Behälter sind eine ukrainische Eigenproduktion. Im Westen Behälter einzukaufen, käme viel zu teuer. Die Pläne, in einem ausgedienten Salzstollen den Atommüll verschwinden zu lassen, gehorchen dieser Not.

Die Reaktorkatastrophe in Tschernobyl vor 14 Jahren hat die Menschen in der Ukraine auch stark sensibilisiert für die Gefahren der Atomkraft. Ein Netzwerk von Nichtregierungsorganisationen überspannt das Land. In Artemovsk sind es vor allem die Nach-Tschernobyl-Organisation "Mama-86" und die Umweltgruppe "Bakhmat", die Petitionen einreichen, Ausstellungen zu alternativen Energien arrangieren und am 18. März in Artemovsk ein erstes öffentliches Hearing organisierten. Leonid Tabatschnuj, Sprecher des "Ministeriums für Katastrophensituationen", das in der Ukraine zuständig für die Atommülllagerung zeichnet, und besagter Dmitrij Krushchev standen Rede und Antwort. Eine Entscheidung für Artemovsk sei noch nicht gefallen, beschwichtigte Ministeriumssprecher Tabatschnuj, doch die Wahl treffe Krushchev, der Experte. Und jener machte deutlich, dass er Salzgestein und Artemovsk favorisiere.

Ausweichplatz westlicher Atom-Nationen?

Über dieses erste öffentliche Hearing, das in der Schlusserklärung zu einem Anti-Atom-Statement mutierte, berichtete bislang nur die lokale Presse und das lokale Fernsehen. Von den offiziellen 171 Teilnehmern, darunter 21 Abgeordnete unterschiedlicher lokaler bis nationaler Regierungsebenen, Vertreter politischer

Parteien, bekannte Persönlichkeiten und Umweltgruppen, votierten lediglich fünf für ein Endlager in Artemovsk - ein Ansporn für die Anti-Atom-Aktivisten der Region.

Am 26. April wurde in der Innenstadt von Kiew gegen die Atomkraft demonstriert, eine Protestaktion in der Landeshauptstadt und eine Pressekonferenz zu Artemowsk für den Sommer geplant. Was die Umweltschützer bewegt, formuliert Julia Myasisheva von "Mama-86": "Um es klar zu sagen: wenn in Artemovsk hochradioaktiver Müll eingelagert wird, dann bietet sich der entsorgungsgeschüttelten Atombranche hier zu Lande und in anderen westlichen Atomstromnationen ein Ausweichplatz. Die ukrainische Not macht nicht nur erfinderisch und empfänglich für derartige Notlösungen, sondern auch empfänglich für Devisen."

Wolfgang Ehmke

33. Aktionstermine während der EXPO

... und danach:

Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:38

27.5. in Hannover: Große Demo gegen EXPO 2000

7.5.-4.6.2000 in Hannover: Aktionswoche gegen die EXPO 2000

In dieser Woche soll sich der Widerstand zentral auf Hannover richten - um dort eine Wirkung zu erzielen, die dann auch bei regionalen Aktionen und Veranstaltungen hilft. Ziel sind bunte, vielfältige Aktionen, die von Basisgruppen und regionalen Bündnissen entwickelt werden. Ständig geplant sind u.a. Camps, Veranstaltungen, eine zweitägige Anti-EXPO-Zeitung und Radiosendungen, spontane und geplante Aktionen.

Info: Anti-EXPO-AG Hannover

1.6. in Hannover: Aktionstag "EXPO lahm legen!"

Kleine und große, nette, spaßige oder direkte Aktionen, Blockaden und Störungen gegen die EXPO - wir sind Sand oder Steine im Getriebe: Kreuzungen, Straßen, Bahnstrecken, S-Bahnen, EXPO-Eingänge, Infrastruktur und vieles können die Ziele sein. Rechtzeitig vorher wird ein Stadt(ent)führer mit allen Daten zur EXPO und den beteiligten Firmen, Lagepläne usw. veröffentlicht.

Info: www.expo-no.de

3.6. in Hannover: Reclaim-the-Streets

3./4.6. in Hannover: Innen!stadt!aktions!tage

Info: Innenstadt-AG, c/o AStA Hannover

2.-3.6. im Pavillon Hannover: Perspektiven des Internationalismus

Strategiediskussion Info: alaska, 0421/72034

31.5.-4.6. in Berlin: Gesundheitstag 2000. Menschliche Gesundheit, auch als Gegenbild zur EXPO 2000 - genannt "Impo 2000".

Infos: Christl Burkhardt, 030/7940343-4, Fax -5 und http://www.gesundheitstag.de

4.6. unterwegs: Radtour "Das Tote Meer soll leben."

... und danach:

7.6. Anti-Atom-Aktionen: Heißer Anti-EXPO-Sommer gegen Herrschaft und Neoliberalismus. Aus Anlass des Siemenstages auf der EXPO.

9.-13.6. in Mellendorf: Anti-EXPO-Camp

Info: JANUN, BDP und Naturfreundejugend, 0511/3940415

9.-13.6. in Walsrode: Anti-EXPO-Camp

Info: Falken (Bundesverband), 0228/221055

11.6. in Hannover: Innenstadt-Aktionstag

Info: Die Falken, 0511/528298

15.6. Autofreier Hochschultag

18.6. Aktionstag "Mobil ohne Auto"

Info: Umkehr, Tel. 030/4927473

24.6. in Oberhausen: Vollalarm 4 (Anti-EXPO-Soli-Fete)

Info: ProjektArchiv, c/o Druckluft

Juli in Hannover: Internationales JournalistInnentreffen

1.-9.7. (Kern:2.-4.7.) in Berlin: EXPO-Kongress "Local Heroes 21"

Nachhaltigkeit, Agenda, ökoneoliberale Konzepte sowie NGO/Konzern-Verbrüderungs-Symbolik. Veranstalter sind die deutschen Umwelt- und Entwicklungsverbände sowie die UFA.

www.id22.de

Info: Netzwerk "Umweltschutz von unten"

7.-9.7. in Hannover: IKK - Interkonexiones

Info: Pavillon

5.-7.7. in Gödringen: Pressefest "Megaphon"

Motorradclub Kuhle Wampe

10. Juli-8. August in Hannover: Chaos-Tage 2000

www.chaos-tage.de

13.7.: Kamerun-Aktionstag. Aus Anlass des Kameruntages auf der EXPO.

Info: The Voice, Jena

15.7.-20.8. bei Hannover: Zeltcamp der DLRG-Jugend

Info: DLRG-Jugend Nds., 0511/8379212

28.7.-6.8. im Raum Hannover: Friedensreiter. Unterwegs gegen EXPO-Projekte

Info: 05733/969973

21.-30.7. nahe Berlin: Anarchistisches Sommercamp

www.jpberlin.de/acamp

19.7.: Spanien-Aktionstag. Aus Anlass des Spanientages auf der EXPO.

19.7.: Antirassistischer Aktionstag am EXPO-Tag der Weltenwanderung

Info: AKKU, 0441/248175

1.-30.7. in Hannover: Interkulturelle FrauenLesben-Uni. Gegenveranstaltung zur EXPO-Frauenuni.

Info: Bego, c/o AStA Hannover, 0511/7625064; www.physik.org/iksu

6.-8.8. in Hannover: Chaos-Tage-Höhepunkt. Höhepunkt- und Abschluss-Wochenende

Info: www.chaos-tage.de

19.8.: Türkei-Aktionstag. Aus Anlass des Türkeitages auf der EXPO

Koordination: Gruppen aus Hannover

20.8. in Hannover: Mexiko-Aktionstag: Chiapas und mehr. Aus Anlass des Nationaltags von Mexico auf der EXPO.

Info: Ya Basta, mailto:karawane@mail.nadir.org

34. Legalisierung plus Arbeitserlaubnis. US-Gewerkschaften fordern Amnestie für illegale Einwanderer

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/24.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:24

Während in Deutschland über die Greencard für Computerspezialisten diskutiert wird, fordern die Gewerkschaften in den USA ein Amnestieprogramm für die etwa sechs Millionen Einwanderer ohne Papiere, die die Grenze in den letzten Jahren illegal überquert haben. Der Beschluss des 13 Millionen Mitglieder starken Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO stellt eine Trendwende von großer Bedeutung dar. Das meint David Bacon vom Labor Immigrant Organizers Network (LION), einem Netzwerk von eingewanderten GewerkschafterInnen, aus Kalifornien. Boris Kanzleiter sprach mit ihm über die Bedeutung der Einwanderer für die Gewerkschaftsbewegung in den USA.

Der US-amerikanische Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO hat beschlossen, eine Kampagne für die Legalisierung des Aufenthaltsstatus der etwa sechs Millionen Einwanderern ohne Papiere zu führen. Was fordert AFL-CIO konkret?

Zunächst ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass die Veränderung der Position von AFL-CIO das Ergebnis des Drucks von unten ist. Eingewanderte ArbeiterInnen bilden einen großen Teil der Mitgliedschaft wichtiger Gewerkschaften. Viele Gewerkschaften hängen in wachsendem Maße von dem hohen Niveau des gewerkschaftlichen Bewusstseins und der Einsatzbereitschaft der eingewanderten ArbeiterInnen ab, um neue Mitglieder und neue Betriebe zu organisieren. GewerkschafterInnen, die sich für Einwanderer innerhalb der Organisationen einsetzten, haben jahrelang dafür gekämpft, dass die Gewerkschaften Einwanderer organisieren und ihre Interessen verteidigen sollen, statt sie auszugrenzen.

Diese AktivistInnen schrieben eine Resolution, welche die Unterstützung zahlreicher Einzelgewerkschaften im ganzen Land fand. Sie wurde auf dem Gewerkschaftstag des AFL-CIO letzten Oktober in Los Angeles eingebracht. Danach traf sich der Exekutivrat des AFL-CIO im Februar und entwickelte auf der Grundlage der Resolution eine neue Position zur Einwanderung.

Diese beinhaltet drei grundlegende Eckpfeiler: Erstens wird die Rücknahme eines Teils des Einwanderungsgesetzes von 1986 gefordert, das Unternehmen sanktioniert, die ArbeiterInnen ohne Papiere beschäftigt. Dieses Gesetz wurde damals von AFL-CIO unterstützt, aber illegalisierte die Beschäftigung von Einwanderern ohne Papiere. Zweitens fordert AFL-CIO ein neues Amnestieprogramm, durch das Einwanderer ohne Papiere einen legalen Status mit Arbeitserlaubnis bekommen sollen. Drittens soll ein neues Programm zur Aufklärung der Einwanderer über ihre Rechte aufgelegt werden.

Es ist noch nicht so lange her, dass AFL-CIO Kampagnen gegen die Nordamerikanische Freihandelszone (NAFTA) führte, die einen deutlich rassistischen Unterton gegenüber MexikanerInnen enthielten. Was hat die Position von AFL-CIO verändert?

Einige Gewerkschaften führen Kampagnen gegen NAFTA und betrachteten dabei mexikanische ArbeiterInnen, sowohl in Mexiko als auch in den USA, als eine Konkurrenz um Jobs. Aber das war nicht die Position der Mehrheit der Einzelgewerkschaften im AFL-CIO und es war auch nicht die Position des Verbandes insgesamt.

Die Gewerkschaften, die sich am nachdrücklichsten gegen NAFTA aussprachen, riefen auch dazu auf, eine engere Beziehung zwischen ArbeiterInnen in Mexiko einerseits und Gewerkschaften andererseits zu entwickeln, um sich gegen niedrige Löhne und schlechte Arbeitsbedingungen zur Wehr zu setzen. Vor allem, wenn diese ArbeiterInnen von Unternehmen beschäftigt werden, die auch in den USA tätig sind. Von diesen Gewerkschaften gingen einige einen Schritt weiter und riefen zur Solidarität mit mexikanischen ArbeiterInnen in den USA auf. Viele aktive GewerkschafterInnen stellten eine Verbindung her zwischen der US-Handelspolitik einerseits, welche die Löhne und Arbeitsbedingungen in Mexiko verschlechtert, und der US-Einwanderungspolitik andererseits, welche mexikanische ArbeiterInnen kriminalisiert, wenn sie in die USA kommen, weil die Lebensumstände in Mexiko so hart geworden sind.

Die Verbindung zwischen der Handels- und Einwanderungspolitik der USA war sehr wichtig für die Anstrengungen, die Einwanderungspolitik von AFL-CIO zu verändern. AktivistInnen, die versuchten, Solidarität unter ArbeiterInnen auf beiden Seiten der Grenze herzustellen, setzten sich auch für die Veränderung der Einwanderungspolitik ein. Schließlich waren auch Organisationen der Einwanderer Teil des Versuchs, die Politik zu verändern. Die Gewerkschaften, die viele Einwanderer organisieren, entwickelten eine enge Arbeitsbeziehung mit diesen Organisationen, welche auf zwei Verpflichtungen basierte. Erstens, die Versuche der Einwanderer zur Bildung von Gewerkschaften zu unterstützen, um ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern. Zweitens, die Politik von AFL-CIO zu verändern, so dass die ArbeiterInnenbewegung Einwanderungsgesetze und eine Politik unterstützen sollte, welche die Rechte der Einwanderer verteidigen sollte, statt in ihnen Feinde zu sehen.

In den letzten Jahren wachsen die Gewerkschaften in den USA, ganz im Gegensatz zur Situation in anderen Ländern. Was sind die Gründe? Wie sieht die Bedeutung der Selbstorganisation von Einwanderern für diesen Prozess aus?

Einige Gewerkschaften wachsen. Der Verband als ganzes wuchs letztes Jahr um eine kleine Prozentzahl, das erste Nettowachstum seit Beginn der 50er Jahre. Ein Teil dieses Wachstums geht darauf zurück, dass viele Gewerkschaften die Mitgliederwerbung zur Priorität ihrer Aktivitäten gemacht haben.

In vielen Gewerkschaften spielen Einwanderer eine wichtige Rolle. Das ist insbesondere in den Branchen der Fall, in denen sie einen großen Teil der Arbeitskräfte stellen, also im Hotelbereich, in der Landwirtschaft, bei den Reinigungsunternehmen, aber auch in der Bauwirtschaft, dem Gesundheitsbereich etc. Die Löhne in diesen Branchen sind sehr niedrig, insbesondere für Einwanderer. Die Gewerkschaften in diesen Bereichen verstehen die Bedeutung der Einwanderer und versuchen, sie zu organisieren. Die AFL-CIO-Leitung wirkt darauf hin, dass Gewerkschaften sich darauf konzentrieren, die Arbeiter "von unten", also Einwanderer, ethnische Minderheiten, Frauen und Jugendliche, zu organisieren.

Viele Einwanderer kommen in die USA und haben eine lange Geschichte von Gewerkschaftsaktivismus, dies ist eine Quelle für ihr Engagement auch hier. Insgesamt betrachtet sehen die Einwanderer viel eher als die Gesamtbevölkerung in den Gewerkschaften ein wichtiges Werkzeug, um ihre Löhne und Arbeitsbedingungen zu verbessern.

In vielen Betrieben haben Einwanderer aus Eigeninitiative Organisationsanstrengungen unternommen. In den meisten Fällen suchen sie an einem bestimmten Punkt die Hilfe der bereits bestehenden Gewerkschaften. In der Regel haben sie diese Unterstützung erhalten, obwohl sie, wenn sie Gewerkschaftsmitglieder werden, oft innerhalb der Organisationen für das Recht kämpfen müssen, ihre Leitungen zu wählen und die Politik der Gewerkschaften bestimmen zu können.

Um noch einmal auf die Amnestie Kampagne von AFL-CIO zurückzukommen. Welche konkreten Schritte sind vorgesehen?

Ein erster Schritt ist die Durchführung von öffentlichen Versammlungen im ganzen Land. Dort sollen ArbeiterInnen, GewerkschafterInnen und Verbände von Einwanderern über Missbräuche gegen Einwanderer unter der gegenwärtigen Gesetzeslage und Politik berichten. Sie sind aufgefordert, Vorschläge für Veränderungen zu machen, welche die Gewerkschaften in neue Gesetzesvorlagen einbringen sollen. Es ist noch nicht klar, was nach diesen Hearings passieren wird. Ich würde allerdings sagen, dass es eine allgemeine Übereinstimmung gibt zu versuchen, große Veränderung in der Regierungspolitik herbeizuführen.

In einem Amnestieprogramm 1986 wurden in den USA drei Millionen Einwanderer ohne Papiere ein legaler Aufenthaltsstatus eingeräumt. Gleichzeitig machte es die Regierung aber schwieriger für neue Einwanderer über die Grenze zu kommen. Zeichnet sich ein ähnliches Vorgehen der nächsten Regierung ab. Was denkt AFL-CIO darüber und wie steht Ihr Netzwerk dazu?

AFL-CIO hat zu diesem Punkt noch keine Position, obwohl sie in ihrer letzten Resolution feststellt, dass die Bewegung von Menschen über die Grenzen hinweg nicht gestoppt werden kann, ohne die weltweiten wirtschaftlichen Ungleichheiten zu ändern, die die Menschen dazu zwingen, ihre Herkunftsländer zu verlassen.

In LION diskutieren wir, wie wir uns eine Amnestie vorstellen. Wir wollen nicht nur die Legalisierung der Menschen, die bereits hier sind, während diejenigen, die die Grenze morgen überqueren unter den selben

Problemen leiden müssen, die die Menschen ohne Papiere heute bedrücken. Wir denken, es sollte einen Weg geben, wie die Einwanderer ihren Aufenthalt legalisieren können, nachdem sie hier angekommen sind. Der einzige Weg die illegale Einwanderung zu vermindern ist, die Möglichkeiten die Grenze legal zu überqueren auszuweiten.

Informationen zum Beschluss von AFL-CIO gibt es unter http://www.aflcio.org/home.htm

35. Wer wagt, gewinnt. Putzpersonal in den USA streikt erfolgreich

Autor: Boris Kanzleiter · Rubrik: USA · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:25

Man darf nicht zögern Risiken einzugehen", resümiert Mike Garcia, Vorsitzender des Local 1877 der Service Employees International Union (SEIU), über den erfolgreichen Streik von 8.000 Gebäudereinigern in Los Angeles. Drei Wochen lang hatten die Putzkräfte im April die spiegelverglasten Wolkenkratzer, die man immer im Fernsehen sieht, nicht mehr auf Hochglanz poliert, sondern mit Blockaden den Bürobetrieb gestört.

Die Janitors, so heißen die Portiers und Putzkräfte auf Englisch, haben durch ihre spektakulären Aktionen eine saftige Erhöhung ihrer miesen Löhne durchsetzen können. Auch das Local 1 der SEIU in Chicago konnte durch einen Streik mit ihren KollegInnen von der Westküste gleichziehen. In Oakland, Silicon Valley, Kalifornien, Cleveland und Seattle stehen die nächsten Konflikte von Putzkräften mit den Reinigungsfirmen an.

Die Mobilisierungen der Janitors stehen symbolisch gleich für eine ganze Reihe von Entwicklungen der Gewerkschaftsbewegung in den USA. Die Janitors sind unterbezahlte Arbeitskräfte, die in prekären Arbeitsverhältnissen stehen. Die große Mehrzahl der Streikenden haben einen Migrationshintergrund und kommen ursprünglich meist aus Mexiko und Zentralamerika. Viele von ihnen verfügen über keinen legalen Aufenthaltsstatus. Der Frauenanteil ist unter ihnen sehr hoch. Auf sie trifft zu, was als "working poor" bezeichnet wird, also Arbeitnehmer, die sich durch ihre Lohnarbeit nicht aus einer Situation der Armut befreien können.

Vor allem in Kalifornien konnte die SEIU seit Beginn der 90er Jahre durch gezielte Kampagnen genau diesen wachsenden Sektor von Beschäftigten organisieren. "Die erfolgreiche Kampagne der Janitors war behutsam jahrelang geplant. Sie wird vielleicht ein Modell für Aktionen im ganzen Land darstellen", erklärt Kent Wong, Direktor des Zentrums für Arbeitsbeziehungen von der University of California in Los Angeles. "Sie führten gründliche Untersuchungen durch und bauten geschickt Allianzen und eine breite Unterstützung auf. Das sind alles wichtige Lehren."

Boris Kanzleiter

Informationen über den Streik der Janitors gibt es unter http://www.seiu.org

36. New Deal - mieser Tausch. Zur erneuten Durchsetzung von Arbeit unter New Labour

Autor: Lars Stubbe · Rubrik: Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:28

Wo Thatcher gescheitert ist, macht Tony Blair weiter: Neoliberalismus plus "aktivierender" Staat. Vor allem Jugendliche sollen vor Versorgungsmentalität und "Unmündigkeitsfalle" bewahrt werden. "Wohlfahrt durch Arbeit" heißt das Programm, Arbeitspflicht ist sein Inhalt.

Mit Thatcherismus werden hier zu Lande meist die spektakulären Ereignisse um den einjährigen Bergarbeiterstreik 1984/85 und die anschließende Bedeutungslosigkeit der Gewerkschaften assoziiert. Wenngleich dies, neben dem imperialistischen Krieg um die Falkland-Inseln, auch die herausragenden Momente sind, wäre es doch ungenau, die Herrschaftsjahre Margaret Thatchers als einziges geschlossenes Durchmarschieren des Neoliberalismus, sowohl auf ökonomischer als auch auf ideologischer Ebene, zu werten.

An der konservativen Strategie werden in erster Linie der Monetarismus und der gesellschaftliche Populismus hervorgehoben. Dabei wird jedoch übersehen, dass der Ausgangspunkt einer monetaristischen Strategie in der Auflösung der Bretton-Woods-Vereinbarungen Anfang der 70er Jahre lag (1). Ebenfalls werden bestimmte Kontinuitäten proletarischer Mobilisierung übersehen, an denen auch die englischen Konservativen nicht vorbei konnten. Zwar kam es unter Thatcher zu einer enormen Erwerbslosigkeit, in erster Linie hervorgerufen durch massive Deindustrialisierung. Dies führte jedoch zunächst durchaus zu einem erheblichen Anstieg der Staatsausgaben, da der Anspruch auf Transferleistungen noch längst nicht getilgt war, weder faktisch noch im Bewusstsein der ArbeiterInnenklasse.

Grenzen des Thatcherismus

Die durchgesetzten Produktivitätssteigerungen wurde auf der anderen Seite auch durch hohe Einkommensdeals erkauft (15,7% Reallohnzuwachs in den Jahren 1986-89). Auch sind zentrale Institutionen des "Sozialismus britischer Prägung", wie das kostenlose Gesundheitssystem (NHS), trotz zahlreicher Angriffe und schwer wiegender innerer Umstrukturierungen nicht abgeschafft worden.

Dennoch muss natürlich hervorgehoben werden, dass z.B. der Grad gewerkschaftlich vereinbarter Betriebsvereinbarungen heute bei unter 50% liegt und zentrale, gewerkschaftlich erkämpfte Rechte beschnitten wurden. Nicht zuletzt durch die Auflösung der "wages councils" (1993) ist es zu einer enormen Lohnspreizung gekommen, so dass heute 20% der Vollzeitbeschäftigten weniger als zwei Drittel des Durchschnittslohns verdienen (2). Besonders hart betroffen von der zunehmenden Armut sind in erster Linie allein erziehende Mütter sowie Kinder. Die Zahl der in Armut lebender Kinder hat sich mehr als verdreifacht, von 10% (1979) auf 32% (1993/4) (Im selben Zeitraum stieg die Armut bei Erwachsenen von 9% auf 22%). Auch die Zahl der arbeitenden Kinder hat zugenommen (1997: 35% der 13 - 17-Jährigen).

Die seit Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre auf der Tagesordnung stehende Herstellung besserer Rentabilitätskriterien für das Kapital, ist den Konservativen alles in allem nur teilweise gelungen. Noch unter John Major war versucht worden, durch den Eintritt in den Europäischen Wechselkursmechanismus der Lohnentwicklung ein "außer-britisches" Korsett anzulegen. Gleichzeitig waren die sozialen Sicherungssysteme und Transferzahlungen spätestens seit Ende der 80er Jahre überwiegend durch "workfare"-Programme gekennzeichnet, Programme also, die den Arbeitszwang intensiv betonten. Die Akzeptanz dieser Programme war jedoch äußerst gering, eben wegen des Zwangs, der unzureichenden Fortbildungsanteile und der geringen Aussicht auf anschließende Beschäftigung.

Anders als bei den Erfolgen der Nachkriegszeit hatte New Labour kein kohärentes Reformprogramm, als sie 1996 an die Regierung kamen. Bei dem in Großbritannien herrschenden Mehrheitswahlrecht hatte Blair es vor allem darauf angelegt, die Stimmen der bürgerlichen Mitte zu erlangen. Deshalb machte er auch keine inhaltlichen Aussagen zu gewerkschaftlichen und ArbeitnehmerInnenrechten sowie zur Änderung der Regelungen für Erwerbslose. Gleichzeitig war das Versprechen, ohne zusätzliche Steuereinnahmen wenigstens rudimentäre sozialstaatliche Regelungen zu erhalten, für die Bindung dieser Wähler entscheidend.

In Bezug auf die gewerkschaftlichen und Arbeitsrechte benennt das 1998 veröffentlichte Weißbuch der Labour-Regierung nur wenig Neues, darunter die notwendige Anerkennung der Gewerkschaften durch das Management bei einer positiven Abstimmung von mindestens 40% der Belegschaft, das Recht auf gewerkschaftliche Vertretung bei Anhörungen, gleiche Rechte von Teilzeitbeschäftigten und juristischen Schutz gegen ungerechtfertigte Entlassungen nach einem Jahr (vorher zwei Jahre). Absolut wie relativ sank die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder von 12 Millionen 1980 (d.h. 60% der abhängig Beschäftigten) auf 6,8 Millionen 1998 (30% der abhängig Beschäftigten).

Gravierender jedoch sind die von den Konservativen übernommenen Änderungen bei den Regelungen, die die Erwerbslosigkeit betreffen. In den 80er Jahren waren bereits die Abkoppelung der Transferleistungen vom vorigen Einkommen sowie die Zunahme von Leistungen, die an eine Bedürftigkeitsprüfung geknüpft sind, durchgesetzt worden. Spätestens seit Ende der 80er wurde die direkte Verknüpfung von Transferleistungen und Zwangsmaßnahmen etabliert. Kurz vor dem Regierungswechsel war dann die "Jobseeker's Allowance" (JSA, Beihilfe für Arbeitsuchende) mit zahlreichen Änderungen eingeführt worden:

- Reduzierung der beitragsabhängigen Unterstützung von 12 auf 6 Monate

- "Jobseeker's Agreement": Vertrag, der zur Arbeitsuche mit entsprechenden Nachweisen zwingt

- zunehmende Sanktionen gegen Personen, die nicht aktiv um Arbeit nachsuchen

- die mögliche Erzwingung "präsentablen" Auftretens für die Arbeitsuche.

Trotz Protesten von unabhängigen und gewerkschaftlichen Erwerbslosenzentren wurden diese Maßnahmen umgesetzt und auch von Labour nicht korrigiert.

Unter dem Titel "Welfare to work" werden die zentralen Programme der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik verkauft. Dabei werden rechtmäßig zustehende Transferleistungen an eine zu erbringende Eigenleistung geknüpft. Eine zentrale Rolle spielt hier in der Sprachordnung von New Labour die Formulierung von der "Abhängigkeitskultur", die der lang anhaltende Bezug von Transferleistungen angeblich schaffen würde, und die es zu brechen gelte.

Wohlfahrt durch Arbeitspflicht

Aus den zusätzlichen Steuereinnahmen der privatisierten Versorgungsbetriebe wurden inzwischen 3,5 Mrd. Pfund (ca. 11 Mrd. DM) in das "New-Deal"-Programm umgeleitet. Es richtet sich hauptsächlich an die 18 - 24-Jährigen, die über sechs Monate erwerbslos sind. Ihnen wird eine intensive Betreuungsphase mit einer maximalen Dauer von vier Monaten angeboten, in der sie sich für eine der folgenden vier Optionen entscheiden müssen:

- die "employment option": subventionierte Arbeit (60 Pfund Steuernachlass für die Unternehmer über sechs Monate, ein Tag Ausbildung pro Woche)

- die "environmental task force option": Beschäftigung im Umweltbereich über sechs Monate mit einem Tag Ausbildung pro Woche; Aufwandsentschädigungen als Zusatzzahlung zum Erwerbsloseneinkommen)

- die "voluntary sector option": Beschäftigung im ehrenamtlichen Bereich über sechs Monate, einen Tag Ausbildung/Woche, Aufwandsentschädigung zusätzlich zum Erwerbsloseneinkommen

- Vollzeitausbildung für bis zu 12 Monate.

Bei Ablehnung der Angebote kommt es erst zu Kürzungen der Arbeitslosenunterstützung (zwei Wochen, dann bei weiteren Weigerungen je vier Wochen), später zum vollständigen Ende des Leistungsbezuges. Zusätzlich gibt es noch den "New Deal" für Schwangere, allein Erziehende, Behinderte aber auch für die über 25-Jährigen. Bei all diesen Gruppen ist das Programm weniger streng an Sanktionen gekoppelt. Problematisch ist jedoch, insbesondere bei den allein Erziehenden, die Frage der Kinderbetreuung. Für den Ausbildungsanteil aller Programmteilnehmer sind pro Person 750 Pfund vorgesehen (die Vollzeitausbildung wird gezahlt).

Aktivierung non stop

Insgesamt sollen 250.000 Erwerbslose das Programm durchlaufen und im Anschluss "in Arbeit" sein. Alle Teile des Programms werden öffentlich ausgeschrieben, so dass sich Firmen, die in den betreffenden Feldern arbeiten, um die Teilnahme an diesem Programm bewerben können. Die Ausbildung soll an englandweit verbindliche Standards, den "National Vocational Qualifications" (NVQs), orientiert sein, die zukünftige Beschäftigung soll sozialversicherungspflichtig, an steuerfähige Vollzeitjobs angelehnt sein, und gewerkschaftliche Organisierungsrechte müssen eingehalten werden.

Nachdem bei den Arbeitsprogrammen der Konservativen der Ausbildungsaspekt nur Makulatur war, und diese eine Ökonomie mit geringer formaler Qualifikation der Lohnabhängigen stabilisierten, soll sich dieses nun dahingehend ändern, dass die kontinuierliche Weiterqualifikation integral zum gesellschaftlichen Alltag gehört. Der Erfolg dieser Maßnahmen ist jedoch zweifelhaft.

Vor allem seit 1981 das Industrial Training Board (3) aufgelöst wurde, gibt es bis heute keine zentrale Struktur mehr, über die die Ausbildung koordiniert wird. Um überhaupt wieder einen verbindlichen Standard in der Ausbildung zu haben, wurden die NVQs eingeführt, die allerdings auch nur ein geringes Qualifizierungsniveau bieten. Die heutigen "Training and Enterprise Councils" (TECs) als quasi-privatisierte Staatsbetriebe (vergleichbar den Anstalten Öffentlichen Rechts in der BRD) sind nicht mehr öffentlich kontrollierbar. Die kontinuierliche Verschlechterung der Ausbildungsstandards hat zusätzlich zu einem geringeren Angebot an qualifizierten Arbeitskräften geführt und somit die Schere auf dem Arbeitsmarkt weiter geöffnet.

Natürlich müssten zuallererst diejenigen, die den "New Deal" erleben, ihn auch bewerten. Von einer organisierten Bewegung gegen diese Arbeitsprogramme lässt sich jedoch nicht sprechen. Die gewerkschaftlichen Erwerbslosengruppen sind froh, überhaupt wieder politisch mitreden zu können, und die unabhängigen Gruppen sind gesamtgesellschaftlich zu schwach.

Auch die rohen Daten des Programmes verheißen nur mäßiges: Einerseits gibt es ein Ungleichgewicht in der finanziellen Verteilung des Programms mit dem Hauptgewicht auf der Gruppe der 18 - 24-Jährigen. Sie profitieren aber im allgemeinen ohnehin mehr als andere Arbeitslosengruppen von einem Konjunkturaufschwung, wie er zu New Labours Amtsantritt zu verzeichnen war. Ein weiterer Punkt ist die gleichzeitige Festsetzung eines gesetzlichen Mindestlohnes auf 3,60 Pfund/Stunde (ca. 11-12 DM, ab 21 Jahren, jüngere erhalten weniger). Damit liegt der Mindestlohn noch unter den Empfehlungen der ehemaligen "wages councils" (3,85 Pfund), wären diese denn fortgeschrieben worden; ganz zu schweigen von den Löhnen, die von Kampagnengruppen gefordert werden (4,60 Pfund).

Es ist extrem schwer, verlässliche Zahlen über Zugänge in das Programm und die weitere Zukunft der "Absolventen" zu bekommen. Das regierungsunabhängige Unemployment Unit verfügt wohl noch über die sichersten Daten. Danach sind bis November 1999 insgesamt 391.450 Menschen durch das Programm geschleust worden, von denen 180.000 eine Arbeit gefunden haben. Allerdings waren davon 45.000 nach 13 Wochen wieder erwerbslos. 40% aller Arbeitsaufnahmen haben nicht zu kontinuierlichen Beschäftigungsverhältnissen geführt, und von vielen AbbrecherInnen und "AbsolventInnen" ist unklar, wo sie überhaupt geblieben sind.

Ungeachtet möglicher Vorteile für die einzelnen Erwerbslosen, bekämpft das Programm die Erwerbslosigkeit nicht effektiv (was natürlich nicht überrascht). Die Reduzierung der Erwerbslosenzahlen muss eher auf den Konjunkturaufschwung zurückgeführt werden. Faktisch soll mit diesem Programm auch eher der Druck auf die Akzeptanz schlechter Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen aufrecht erhalten, sowie gleichzeitig der "caring touch" - besser: die fürsorgliche Belagerung - des sozialdemokratischen Neoliberalismus deutlich gemacht werden.

Lars Stubbe

Anmerkungen:

1) Auflösung des Systems fester Wechselkurse und der Golddeckung des Dollars; Übergang zu international frei beweglichen Wechselkursen

2) Die "wages councils" waren sog. Lohnkommissionen, an denen auch die Gewerkschaften beteiligt waren; sie legten vor allem Mindestlöhne in tarifrechtlich nicht geregelten Niedriglohnbereichen fest.

3) Nationale Ausbildungskommission mit gewerkschaftlicher Beteiligung

37. (Haar-)Risse im Putz: Nachrichten aus der Welt der bezahlten und unbezahlten Arbeit

Rubrik: Sozialpolitik; Kapitalpolitik, Firmen · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:39

Für Hintergründe und Meldungen zur alltäglichen Gewalt des kapitalistischen Produktionsprozesses und zu internationalen Arbeitskämpfen unverzichtbar: www.labournet.de

Bauchlandung bei Boeing

Umsatzeinbußen um 31%, d.h. fast 10 Mrd. US-Dollars, musste der Luftfahrtkonzern Boeing im ersten Quartal diesen Jahres hinnehmen. Statt der geplanten 125 Flugzeuge konnte Boeing nur 75 zivile Jets ausliefern. Ursache dafür ist ein 40-tägiger Streik von TechnikerInnen und IngenieurInnen, mit dem die "White Collar"-Angestellten bei Boeing um höhere Löhne und die Aufstockung der Pensionskassen gekämpft haben. Laut Erklärung von Boeing-Chef Condit wird es bis Mitte diesen Jahres dauern, bis die Umsatzeinbrüche wieder aufgeholt sein werden.

(FAZ)

Kolbenfresser in Korea

Am Dienstag, den 25. April stürmte die Polizei eine Fabrik des Autokonzerns Daewoo Bupyong, westlich von Seoul. 20 ArbeiterInnen wurden bei dieser Aktion festgenommen, sieben später wieder entlassen.

Die Erstürmung der Daewoo-Fabrik erfolgte vor dem Hintergrund einer seit dem 15. Februar andauernden Streikbewegung, mit der die 7.500 ArbeiterInnen bei Daewoo den Verkauf der Firma an einen der großen multinationalen Autokonzerne (im Gespräch sind Ford und General Motors) verhindern wollen. Statt dessen fordern die Streikenden die Nationalisierung des Unternehmens. Die Streiks bei Daewoo sind von der südkoreanischen Regierung als illegal erklärt worden, weil die ArbeiterInnen die Arbeit niedergelegt hatten, ohne eine 15-tägige "Beruhigungsphase" einzuhalten.

Die koreanische Regierung befürchtet nun, dass die Auseinandersetzungen bei Daewoo auch den geplanten Verkauf von Ssangyong Motors an Renault verzögern könnte. Auch bei anderen koreanischen Autofirmen hat der für September anvisierte Daewoo-Verkauf zu erheblicher Unruhe gesorgt. Die ArbeiterInnen etwa bei Hyundai und Kia befürchten massive Entlassungen auf Grund eines zunehmenden Konkurrenzkampfes auf dem koreanischen Markt. Als Ausdruck der Solidarität mit den Daewoo-ArbeiterInnen wurde daher im April auch bei Hyundai und Kia für eine Woche die Arbeit niedergelegt. Insgesamt befanden sich 73.000 ArbeiterInnen der koreanischen Automobilindustrie im Ausstand.

(LabournetGermany)

Heißer Streik im kühlen Norden

Mehr als 80.000 Beschäftigte in der Öl- und Metallindustrie, bei Zeitungen und Banken sowie im Transport- und Hotelgewerbe haben am 3. Mai in Norwegen gestreikt und damit weite Teile des öffentlichen Lebens und der Privatindustrie lahm gelegt. In einer Urabstimmung hatten sich zwei Drittel der befragten Gewerkschaftsmitglieder gegen eine Übereinkunft mit dem Unternehmerverband NHO ausgesprochen, worauf der Gewerkschaftsdachverband LO den Streik ausgerufen hat.

Die ArbeiterInnen streiken, ohne dass von Seiten der Gewerkschaften konkrete Forderungen genannt worden wären. Die von der Basis abgelehnte Tarifvereinbarung hätte für drei Jahre gegolten sowie eine bzw. zwei zusätzliche Ferienwochen (für ältere ArbeiterInnen), eine Erhöhung der Stundenlöhne um 18 Pfennig und zusätzliche Einkommen für gering Verdienende beinhaltet.

Die Gewerkschaften hatten sich mit diesen, selbst nach ihren Worten, moderaten Vereinbarungen an den Empfehlungen von Regierung und Landeszentralbank orientiert, aber sich gegenüber den eigenen Mitgliedern offensichtlich nicht durchsetzen können.

Inzwischen hat der landesweite Streik in Norwegen auch internationale Auswirkungen. So bedroht die Arbeitsniederlegung bei zwei Automobilzulieferern in Raufoss die Produktion bei BMW in Deutschland, den

USA und Südafrika. Wie ein BMW-Sprecher am 5. Mai mitteilte, könne "im schlechtesten Falle" die komplette Produktion im Werk Dingolfing eingestellt werden müssen.

(FAZ)

Kein Frieden bei VW Südafrika

Die nach wie vor ausgesperrten 1.300 Arbeiter bei VW Südafrika (vgl. ak 435, 436 und 437) sollen nun offenbar ausgehungert werden. Obwohl nach südafrikanischem Recht jeder und jede Entlassene unabhängig vom Entlassungsgrund Arbeitslosenhilfe beanspruchen kann, wird den VW-Arbeitern die Arbeitslosenunterstützung vorenthalten. Begründet wird dieser einmalige Vorgang damit, dass die Arbeiter sich im Rechtsstreit befinden und der Ausgang dieses Streits abzuwarten sei.

In der Vergangenheit ist selbst bei juristischen Konflikten, die sich über sechs Monate bis zu einem Jahr hingezogen hatten, selbstverständlich Arbeitslosenhilfe gezahlt worden. Für die Streikenden stellt sich die Situation nunmehr so dar, dass der südafrikanische Staat sich offen auf die Seite des VW-Managements gestellt hat.

Ein für den 4. April angesetzter Güte-Termin ist inzwischen ergebnislos verlaufen, da VW sich nicht bewegt hat und nach inoffiziellen Aussagen einen zweiten Gütetermin ablehnt. Es wurde wieder bestätigt, dass es ein Mandat aus Deutschland für VW SA gibt, die unversöhnliche Haltung beizubehalten. Vom 15.-19.5. wird daher die verbindlichere Schlichtung stattfinden. Die Entscheidung der Schlichtung kann danach vor einem Arbeitsgericht angefochten werden. Es konnte ausgehandelt werden, dass die Schlichtung öffentlich stattfindet.

Alle Entlassenen sind inzwischen der Gewerkschaft Ocgawu beigetreten. Diese Gewerkschaft ist vor ca. fünf Jahren auf Grund eines ähnlichen Vorfalls wie bei VW (Entlassung aktiver Shopstewards durch den Gewerkschaftsapparat) in der Chemiegewerkschaft CWIU gegründet worden. Die VW-Arbeiter sind durchaus optimistisch, dass Ocgawu auch die Mehrheitsgewerkschaft im Betrieb werden wird.

(LabournetGermany)

High Noon in Rio Bravo

Seit Mitte April streiken 800 Maquiladora-ArbeiterInnen im mexikanischen Rio Bravo, nahe der mexikanisch-amerikanischen Grenze. Sie arbeiten für die US-Firma Duro, mit Sitz in Ludlow, Kentucky, die in Rio Bravo Geschenktaschen für diverse US-Firmen produzieren lässt.

Für ein 48 Stunden-Woche zahlt Duro 75 DM/Woche plus einem Lebensmittelgutschein von ca. 7 DM im Monat. Die ArbeiterInnen sind heftigen Beschimpfungen und Misshandlungen ausgesetzt. In Folge der Arbeit mit giftigen Leimen ohne jede Sicherheitsvorkehrungen ist ihre Gesundheit stark angegriffen.

Die ArbeiterInnen fordern 120 DM in der Woche, die Aufstockung der Lebensmittelgutscheine auf 60 DM in der Woche, Sicherheitsausrüstung, eine Überwachung der Sicherheitsvorkehrungen gemäß dem mexikanischen Arbeitsrecht, vernünftige Belüftungssystem, bessere Verpflegung in der Kantine etc.

Die Gewerkschaft CTM hat sich bisher über die Forderungen der ArbeiterInnen wie auch über das von ihnen gewählte Verhandlungskomitee hinweggesetzt und ein eigenes Abkommen mit Duro abgeschlossen. Am 14. April sind neun ArbeiterInnen fristlos entlassen worden, eine Frau ist dabei geschlagen worden. Die Entlassenen haben auch Morddrohungen erhalten. Gleichzeitig hat die CMT das gewählte Verhandlungskomitee entlassen.

In dem Streik, der daraufhin am 15. April ausbrach, wollen die ArbeiterInnen ihre ursprünglichen Forderungen sowie die bedingungslose Wiedereinstellung aller Entlassenen und das Recht auf eigene gewerkschaftliche Organisierung und Verhandlung durchsetzten.

(LabournetGermany)

38. Der neue Geist des Kapitalismus. Kreativität und Initiative als moderne Arbeitstugenden

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:21

Wie kommt es, dass Menschen sich (mehr oder minder) freiwillig einer irrationalen und zerstörerischen Maschinerie unterwerfen? Diese Frage stellen sich die beiden SozialwissenschaftlerInnen Luc Boltanski und Eve Chiapello. Vier Jahre lang, von 1995 bis 1999, haben sie an ihrem Essay Le nouvel esprit du capitalisme ("Der neue Geist des Kapitalismus") gearbeitet. Herausgekommen ist ein dicker Wälzer, der mit erheblichem Erkenntnisgewinn zu lesen ist.

Für die Fortsetzung des kapitalistischen Verwertungsprozesses, so Boltanski und Chiapello, sind gesellschaftliche Legitimations-Mechanismen nötig, welche ihre Wirkungskraft nicht aus dem kapitalistischen Akkumulationsprozess selbst schöpfen können. Diese Mechanismen fußen daher auf außerhalb der Verwertung selbst angesiedelten sozialen, ideologischen oder moralischen Glücksverheißungen, Antrieben, Regeln, Geboten und Verboten.

Die Autoren halten sieben unterschiedliche Modalitäten der Regulierung gesellschaftlichen Handelns unter kapitalistischen Bedingungen fest (die Autoren sprechen von Cités, d.h. "Gemeinwesen" als idealförmigen Gesellschaftskonzepten). So konstatieren sie die Existenz einer Gesellschaftsordnung, die auf religiös-spirituellen Legitimationsformen fußt, neben einer "häuslichen", d.h. auf familiären Gesellschaftsformen fußenden Sozialordnung (die gesellschaftliche Rollenverteilung wird durch Abstammung, Verwandtschaftsgrade und Altershierarchien bestimmt). Drittens findet Legitimation statt durch gesellschaftliche "Ehren"kodexe und - zum Vierten - durch "staatsbürgerliche", d.h. politische, Rechtfertigungsmodelle.

Mobile Gewinner, langsame Verlierer

Die fünfte Cité ist die "marktförmige", d.h. rein auf den Austausch konzentrierte Regulationsform (Austausch unter gleichwertigen Handelspartnern, was die Gewährleistung freier Konkurrenz und formal gleicher Ausgangsbedingungen voraussetzt); die sechste ist die "industrielle". Sie basiert nicht auf Tausch und Handel wie die vorangegangene, sondern auf der Organisierung einer möglichst rationalen Produktionsform und der Erzielung höchstmöglicher Effizienz im technischen Sinne. Sie ist mit planwirtschaftlichen (staatlichen) Formen ebenso vereinbar wie mit einer Produktionsweise, die auf zentralisierten (kapitalistischen) Großbetrieben beruht. Als siebte Organisations- und Legitimationsform kommt eine neue hinzu, die nach Ansicht der Autoren erst im Entstehen begriffen ist - und die sie konkret aus Textanalysen der Management-Literatur ableiten, die sich an die leitenden Angestellten, Manager und "Leistungsträger" richtet. Diese taufen sie la Cité par projets, also das "durch Projekte begründete Gemeinwesen".

Es ist das Idealbild einer Gesellschaft, die von dauerhaften Bindungen frei ist, in welcher alle Akteure ein Maximum an individueller Mobilität aufweisen und sich auf die für sie profitabelste Weise miteinander "vernetzen" - aber jeweils nur auf Zeit. Eine solche Gesellschaft, die (nur) auf den ersten Blick ein Chaos darstellt, ist nicht frei von Hierarchien. Denn jene, die am mobilsten und autonomsten sind, finden sich ganz oben in der Hierarchie und nutzen die von ihnen und anderen geknüpften "Netzwerke" zu ihrem eigenen Profit - ob es sich um Individuen handelt oder um multinationale Konzerne. Benachteiligt sind hingegen die anderen: die Langsamen, jene, die sich nicht schnell genug anpassen - Personen ebenso wie Nationalstaaten und arbeitende Bevölkerungen.

Nach Analyse der Autoren dominierten im französischen Kapitalismus des 19. Jahrhunderts und bis zur Weltwirtschaftskrise 1929 vor allem die "familiäre" und die "marktförmige" Legitimations-Dimension. Diese Phase ist (in Frankreich) geprägt durch eine Produktionsstruktur, die zum größeren Teil auf Familienbetrieben und der persönlichen Führung durch "große" Unternehmer-Persönlichkeiten und -Familien (Michelin, Renault ...) beruht.

Von den 30er bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts hingegen dominiert, jedenfalls in Frankreich, klar die "industrielle" Legitimationsform, kombiniert mit der "staatsbürgerlich"-politischen. Einige der Elemente seiner

Kritiker und Gegenmodelle (der Stalinischen UdSSR und des faschistischen Etatismus) aufgreifend, integriert der Kapitalismus neue Dimensionen: jene der langfristigen und zentralisierten Planung der Produktion, der Konzentration in Großbetrieben. Daneben tritt eine soziale Absicherung der Lohnabhängigen durch Arbeits- und Sozialgesetze.

Nach einigen Jahrzehnten gerät auch dieses Modell in die Krise. In Frankreich (mit der Systemkrise im Mai 1968), aber auch in den anderen westlichen Industrieländern kommen Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre tiefe Krisenprozesse zum Ausdruck. Materiell (relativ) abgesichert und mit langfristig garantierten Arbeitsplätzen versehen, revoltieren bedeutende Teile der abhängig Beschäftigten, vor allem der jungen Generationen gegen die gesellschaftliche Ordnung. Ihr Aufbegehren bringt neuartige Forderungen hervor. Dem als monoton und abstumpfend empfundenen Fabrikleben wird, neben kollektiven sozialen Forderungen, auch das Verlangen nach mehr Individualität, Kreativität und persönlicher Entfaltung (wie freier Sexualität, mehr Fantasie im Alltag usw.) entgegen gehalten. Und gleichzeitig gerät die Einöde-Idylle des bürgerlichen (Klein-)Familienlebens, das bis dahin die Grundlage und "Keimzelle" jeder kapitalistischen Gesellschaftsformation gebildet hatte, unter den Beschuss massiver Kritik. In den darauf folgenden Jahrzehnten ist seitdem ein Prozess im Gange, der eine neue (bisher noch unvollendete) Konfiguration des Kapitalismus hervorbringt - die vor allem auf der siebten Legitimationsform, der Cité par projets, beruht.

Für Boltanski und Chiapello ist der Kapitalismus im Laufe seiner Geschichte vier grundlegend unterschiedlich motivierten Kritikformen ausgesetzt. Für den jüngeren Zeitraum teilen die beiden Autoren "die Kritik" in zwei Kategorien ein. Die eine hat die wirtschaftlich-sozialen Aspekte zum Gegenstand (die Kritik an der auf dem Markt herrschenden Ungleichheit und an der Kälte und dem Egoismus der vom Kapitalismus geprägten Gesellschaft); die andere thematisiert die Aspekte der freien persönlichen Entfaltung (Kritik an der Unterdrückung des Individuums durch Organisationsformen - Fabrik, bürgerliche Familie - und an der mangelnden "Authentizität" des Lebens im Kapitalismus auf Grund dessen Tendenz zur Vermarktung). Beide wurden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts laut, aber - so die Grundthese der Autoren - vom Kapitalismus erfolgreich gegeneinander benutzt. Die Autoren sprechen auf der einen Seite von der critique sociale und auf der anderen von der critique artiste (Kritik des Künstlers), weil der idealtypische Vorläufer dieser Kritikform im 19. Jahrhundert durch den Künstler und, mehr noch, den Bohemien verkörpert wird, der außerhalb der gesellschaftlichen Konventionen seiner Zeit sein Leben führt und seiner Fantasie und Kreativität freien Lauf lässt.

In den Jahren um und nach 1968 reagierten die Funktionäre des Kapitals zunächst auf die Ereignisse, indem sie in den sozialen Ausbrüchen einen Ausdruck der ihnen bis dahin bekannten und gewohnten Kritik sahen - der critique sociale, getragen durch Gewerkschaften und Linksparteien. Folglich zeigten sie sich zu einigen materiellen Zugeständnissen bereit, um die Konflikte in den gewohnten Bahnen zu regeln: durch Lohnerhöhungen, Arbeitsplatz-Sicherheit usw. Doch die Kritik beruhigte sich nicht, im Gegenteil, die drohende "Unregierbarkeit" in den Fabriken nahm zu. Den Einschnitt der Ölkrise 1973/74 nutzend, machte das Lager der Kapitalvertreter eine Kehrtwende und nahm in zunehmendem Masse bisher gemachte Zugeständnisse an die "soziale Kritik" zurück.

Denn ebenso wie eine Reihe von Beobachtern - namentlich Arbeitssoziologen - analysierten sie nunmehr diese Konflikte als solche eines neuen Typs, in deren Mittelpunkt tendenziell eher die von den Autoren so getaufte critique artiste stand. Namentlich die jungen Beschäftigten (unter den Arbeitern, aber auch unter dem Nachwuchs an Führungsfunktionären des Kapitals) wollten vor Bevormundung und sinnentleert erscheinende Fabrikhierarchien überwinden und ihre Persönlichkeit entfalten, einschließlich ihrer im Schul- und Studienleben erworbenen Kapazitäten. Letztere galt es zu nutzen und, auf längere Frist hin, Gewinn bringend einzusetzen.

Um eine Art "Revolution von oben" zu starten, lancierten die Kapitalverbände eine Reihe von Untersuchungen und wissenschaftlicher Studien. Ein französischer Verband von Direktoren und Personalchefs schickte sogar eine Delegation ins titoistische Jugoslawien, um zu studieren, wie unter den Bedingungen des dortigen "Selbstverwaltungs-Sozialismus" die Produktion funktionieren konnte. In Frankreich selbst begannen Kapitalorganisationen sich für die Thematik der autogestion ("Selbstverwaltung") zu interessieren, die zum zentralen Slogan diverser linksradikaler Bewegungen nach dem Mai 1968 geworden war.

Ex-Rebellen als nützliche Idioten

Während ab Mitte der 70er Jahre die großen Produktionsstätten in kleinere Einheiten zerlegt werden, versucht das Management gleichzeitig, bisher unerschlossene Kreativitätspotenziale bei den einzelnen Beschäftigten auszuschöpfen. Persönliche Initiative und Kreativität wird nunmehr ausdrücklich von den Arbeitenden gefordert - natürlich im Sinne einer Optimierung des Verwertungsprozesses.

Und schließlich sind die klassischen bürgerlichen Familienstrukturen vielfach gesprengt, ist die Mobilität und fehlende "Ortsverwurzelung" selbst zum Wert erhoben worden. Diese Entwicklung resultiert zugleich aus (vor allem nach dem "Kulturbruch" um 1968) veränderten Wünschen, Mentalitäten und Verhaltensweisen in der Gesellschaft - und insbesondere den jungen Generationen - wie auch aus veränderten Anforderungen, die das Arbeitsleben an die Angehörigen der Gesellschaft stellt: Diskontinuierliche Jobs und längere Phasen von Arbeitslosigkeit, daneben erhöhte Anforderungen an Mobilität und Anpassungsfähigkeit haben das Ihre dazu beigetragen, traditionelle Formen des Privat- und Familienlebens zu zerstören.

Die von den Autoren so genannte critique artiste schien, im Zuge der ab 1975 einsetzenden Veränderungen der vorherrschenden Gesellschaftsform, zunächst mit deren objektiver Entwicklungstendenz in Übereinstimmung (wenn nicht im Bunde) zu stehen. Und so ist es kein Wunder, wenn eine Anzahl jugendlicher "Revoluzzer" von gestern heute, mit ihrem rebellischen Gestus von damals, zu objektiven Begleitern und Fürsprechern der dominierenden ökonomischen Logik geworden sind. Jene hätten noch nicht bemerkt, schreiben die Autoren, dass "der Kapitalismus heute nicht mehr mit der Familie und der Religion, geschweige denn der Moral, liiert ist", weshalb ihr Rebellentum hohl und aufgesetzt sei - und zugleich prächtig in das Schema der Vermarktung passe. (Wer muss hier nicht an Daniel Cohn-Bendit denken ...!)

Die critique sociale wurde unterdessen vom gesellschaftlichen Zug abgehängt. Durch die Neustrukturierung des Kapitalismus überrollt und von diesem nicht mehr als Ansprechpartner ernst genommen, waren deren Träger (Gewerkschaften, Linksparteien) nicht mehr in der Lage, ihrem Publikum materielle Vorteile zu liefern. Es war letztendlich der Kapitalismus, und nicht der Kommunismus, der scheinbar auf viele der Wünsche und Forderungen der 68er Generation einging und ihnen neue Identitäts- und Konsumangebote zur Verfügung stellte. Die Idee eines kollektiven, sozialen Alternativprojekts schien damit als "rückwärts gewandt und spießig", dazu verdammt, in die Rumpelkammer der Geschichte geräumt zu werden.

Boltanski und Chiapello sehen eine Zukunftshoffnung darin, zugleich die critique sociale wieder aufleben zu lassen und analytisch auf die Höhe der veränderten Formen des Kapitalismus zu bringen - in Frankreich konstatieren sie einen Neuaufschwung dieser Kritikform seit Mitte der Neunziger Jahre - und die critique artiste von ihrer Instrumentalisierung durch das herrschende ökonomische System zu befreien. Denn früher oder später müsse sich herausstellen, dass der Kapitalismus die von der critique artiste formulierten Wünsche nach voller Entfaltung der dem Menschen innewohnenden Potenziale gar nicht einlösen könne, sondern lediglich darauf abziele, aus den Teilnehmern am Produktionsprozess "das Beste herauszuholen" und deren Kreativitätspotenziale optimal zu nutzen.

Bernhard Schmid, Paris

Luc Boltanski/Eve Chiapello: Le nouvel esprit du capitalisme; Paris (Gallimard) 1999, 843 Seiten, 195 Francs

39. Übereifer des Renegatentums. Joscha Schmierer macht deutsche Außenpolitik

Rubrik: Varia - Verschiedenes · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:22

Der frühere KBW-Chef und Verantwortliche der "Kommunistischen Volkszeitung" ist endlich angekommen, und muss dennoch erkennen, dass er in mancher Hinsicht vergebens um Anerkennung gestrampelt hat. Immerhin wurde er von Joschka Fischer in den Planungsstab des Auswärtigen Amtes berufen, den "think tank" des Außenministeriums. In den 70er Jahren noch war Schmierer für sein "rrrevolutionäres" Maulheldentum ebenso bekannt wie für seine lautstark verkündete Verehrung für das Terrorregime Pol Pots in Kambodscha. Heute wird er "im Umfeld Fischers" als "einer der ausgewiesensten Europakenner" gehandelt, der inzwischen "selbst bei den Konservativen anerkannt" sei. Eine Anerkennung, die der ausgewiesene Konservative Peter Gauweiler (CSU) allerdings in die Formulierung kleidete, "Kommune"-Herausgeber Schmierer hätte "bei jedem Aufsatzwettbewerb der Jungen Union gute Chancen".

Professionelle Außenpolitiker gingen nun sogar an die Presse und griffen zu ganz undiplomatisch deutlichen Worten über die "schillernde Figur", die ihnen da als Vordenker ins Nest gesetzt wurde. "Dabei kritisieren Diplomaten nicht den linken Hintergrund, sondern sowohl bei Schmillen (ein anderer Kumpel Fischers; Anm. ak) und Schmierer den Eifer des Renegatentums. Aus den Gegnern der Westintegration von einst würden plötzlich deren Erfinder. In dieser Perspektive bezeichnete beispielsweise Schmierer Kanzler Gerhard Schröder als auch den bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber als gleichermaßen europafeindlich. Wer so weit außerhalb des politischen Mainstreams gestanden habe, überkompensiere, meint ein Spitzendiplomat auf Außenposten." Bitter, das ...

Zitate aus FR, 22.1.99, Focus, 25.1.99 und Welt, 7.4.00

40. Endzeitstimmung in Marlboro-Country. Mike Davis" neueste Abrechnung mit dem "Amerikanischen Traum"

Autor: Dirk Hauer · Rubrik: USA; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:37

"Casino Zombies und andere Fabeln aus dem Neon-Westen der USA" heißt das aktuellste Buch des amerikanischen Stadtsoziologen Mike Davis. Es ist eine Aufsatzsammlung, deren zivilisationskritische Schärfe die moderne Barbarei bloßlegt, auf der die Mythen vom amerikanischen Westen gepflegt werden.

Wer einmal als Tourist den amerikanischen Südwesten bereist und die überwältigende Schönheit der Canyons, Wüsten und Halbwüsten von Nevada, Utah, Arizona und Süd-Kalifornien erlebt hat, der/die hat vielleicht auch für einige Momente den magischen Hauch von Freiheit und Abenteuer, von Zivilisationsflucht, von Grenzenlosigkeit und Grenzüberwindung gespürt. Selbst die grotesk-schrille Glitzerwelt von Las Vegas ist - auch für den ideologie- und kapitalismuskritischen Reisenden und Kurzzeitbesucher - eher faszinierend als ekelig.

Bei Mike Davis ist das anders. In seinem aktuellsten Buch ist der amerikanische Südwesten nicht der Hintergrund für gigantische Naturerlebnisse und archaische Freiheitsfantasien, sondern die Kulisse für düstere Endzeitvisionen. Wo in den 60er Jahren Edward Abbey in seinem Kultroman "Die Universal-Schraubenschlüssel-Bande" den Widerstand einiger weniger Ökologie-Guerilleros und -Guerilleras gegen naturzerstörerische Staudamm-Projekte im Colorado-Plateau beschreibt, schildert Mike Davis, wie in Utah und Nevada Flächen vom Ausmaß hiesiger Bundesländer zu "National Sacrifies Zones" gemacht werden, Regionen, die von der Bundesregierung in Washington abgeschrieben und explizit geopfert wurden als Testgelände für atomare, chemische und biologische Waffen - i.d.R. ohne Information der dort lebenden Menschen - oder einfach als gigantische Mülldeponien für den tödlichen Abfall aus den Laboren und Arsenalen der A-, B- und C-Waffen-Industrie. Und wo sich in der Mad-Max-Trilogie die "No-Future"-Botschaft im Wüstenkrieg von zu Neandertalern regredierten Motorrad- und Autofahrern um Benzin manifestiert, kämpfen bei Davis zu Beginn des 21. Jahrhunderts anonyme Entwicklungsgesellschaften und Hotel- und Casino-Ketten um Wasser: Mitten in der Wüste gelegen verprassen die Hotel- und Casino-Industrie von Las Vegas und die auch hier boomenden weißen wohlhabenden bis reichen Suburbs auf geradezu dekadente Art und Weise Wasser, ohne jede Rücksicht auf die zerstörerischen Folgen.

Nahezu die erste Hälfte von Davis' Buch ist eine Grauen erregende Bestandsaufnahme einer Zivilisation, in der die Unterwerfung der Natur zum blanken Ökozid geworden ist. Das zweite große Thema bei Davis, und von ähnlich apokalyptischen Dimensionen, ist der fürchterliche Boom der Knastindustrie im Westen der USA. Folgt man Davis, so führen die weißen Mittelschichts- und WohlstandsbürgerInnen und ihre politischen Vertretungen einen regelrechten Krieg vor allem gegen schwarze und Latino-Jugendliche. Die bewusste Verarmung der öffentlichen Haushalte, das Zurückfahren von Wohnungsbauprogrammen, drastische Streichungen bei Schulen und Universitäten und den unterschiedlichen Integrations- und Fördermaßnahmen produzieren in Städten wie Los Angeles soziale Zerklüftungen, die laut Davis einer ethnischen Säuberung nahe kommen.

Der sozialen Ausgrenzung von Schwarzen und MigrantInnen steht die repressive Aufrüstung gegenüber. Justiz und Polizei gehen vor allem gegenüber schwarzen und Latino-Jugendlichen zu legaler Lynchjustiz über, die Knäste haben sich zu einer wahren Wachstumsbranche entwickelt und sind gleichzeitig permanent überfüllt. Der größte Teil der schwarzen männlichen Bevölkerung sitzt inzwischen in immer moderneren Hochsicherheitsgefängnissen. Der einzige Widerstand kommt aus den Reihen von Ökologen und Vollzugsangestellten, wenn in neuen elektrischen Todeszäunen nicht nur Fluchtversuche vereitelt werden, sondern auch Vögel verenden oder dadurch Arbeitsplätze beim Wachpersonal überflüssig werden.

Mike Davis' Artikel lesen sich oft spannend wie Krimis. Ein Grund liegt darin, dass Davis ein begnadeter Erzähler ist. Er ist ein wahrer Meister des Einstiegs. Aus ganz konkreten Geschichten, Episoden und Szenen entwickelt er seine analytischen Betrachtungen, vom gefährlichen Ritt einer kleinen Gruppe von Männern durch einen fürchterlichen Schneesturm im Nevada des Jahres 1892 führt Davis die atemlos folgende Leserin

zu den Widerstandsaktionen von Indianern, Umweltgruppen und antimilitaristischen Initiativen gegen ein Testgelände des US-Militärs im Jahre 1992.

In seiner hier zu Lande völlig unerreichten Verknüpfung von Journalismus und kritischer Sozialwissenschaft präsentiert Davis Einblicke in die zerstörerische Dynamik tagtäglicher kapitalistischer Gewalt. Aber - und auch das ist ein Unterschied zu den meisten seiner Kolleginnen und Kollegen - er spricht auch mit den Menschen, die Opfer dieser Gewalt sind und sich gegen die Zumutungen dieser Barbarei wehren. Egal, ob das im einzelnen stimmt oder nicht, bei Davis entsteht immer der Eindruck, er erzähle mitten aus den Auseinandersetzungen heraus und nicht aus der analytisch-distanzierten Sicht des unbeteiligten Forschers. Seine Analyse des erfolgreichen Streiks von Hotel- und Casino-Angestellten, meist schlecht bezahlte, prekär arbeitende MigrantInnen aus Mittelamerika, gegen einen der größten Casino-Mogule von Las Vegas ist dafür genauso ein Beispiel wie seine Untersuchung zu den Bandenkriegen in Los Angeles oder zum "magischen Urbanismus", zur "Lateinamerikanisierung" der US-Metropolen.

"Casino Zombies" ist ein Nebenprodukt, eine Zusammenstellung von Aufsätzen, die zwischen 1992 und 1999 in verschiedenen US-amerikanischen Zeitungen erschienen sind. Dem Buch fehlt die geschlossene Dichte, die etwa "City of Quarz", Davis' Analyse postmoderner Urbanität am Beispiel Los Angeles, zu einem Meilenstein der kritischen Stadtsoziologie gemacht hat. Dennoch ist diese Zusammenstellung unbedingt lesenswert. "Casino Zombies" ist ein Flickenteppich, ein Patchwork aus Erzählungen und Streiflichtern über die Abgründe des "amerikanischen Traums". Und mindestens jeder und jede, die sich demnächst aufmacht in die Sonne Süd-Kaliforniens, auf die Highways des amerikanischen Westens und in die unendlichen Weiten von Gran Canyon oder Monument Valley, sollte sich diese "Fabeln aus dem Neon-Westen" zu Gemüte führen.

Dirk Hauer

Mike Davis: "Casino Zombies und andere Fabeln aus dem Neon-Westen der USA", Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße, Berlin/ Hamburg 1999, 269 Seiten, 32 DM

41. Rote Nelken auf dem Schwedtsee. Erinnerung an die Befreiung des KZ Ravensbrück

Autor: Angela Martin · Rubrik: Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak438/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:03

Am Wochenende 15./16. April wurde in den ehemaligen Konzentrationslagern Sachsenhausen, Bergen-Belsen und Ravensbrück der Befreiung vor 55 Jahren gedacht. Wir berichten von den Gedenkfeiern anlässlich der Befreiung des KZ Ravensbrück.

Am Samstagmorgen ist die Gedenkstätte Ravensbrück noch fast menschenleer. Wären da nicht einige Polizisten auf dem Parkplatz und der Bücherstand vor der Kommandatur, man würde nicht glauben, dass an diesem Wochenende der 55. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers gefeiert werden soll. Friedlich liegt der See in der Sonne, die Landschaft ist viel zu schön. Gegen 10.00 Uhr kommen die ersten "Ravensbrückerinnen" an, Frauen aus Polen und Frankreich, Ungarn und Schweden, Russland und der Ukraine. 132.000 Frauen, Kinder und Männer aus 23 Ländern sind von den Nazis in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück verschleppt worden, das etwa 90 Kilometer nördlich von Berlin bei Fürstenberg liegt. Sie wurden als Arbeitssklavinnen in kriegswichtige Betriebe weitertransportiert oder zehntausendfach als arbeitsunfähige, sogenannte lebensunwerte Menschen ermordet.

Der Samstag war vor allem den Überlebenden gewidmet. Für sie wurden Führungen zum Siemenslager und zum sogenannten Jugendschutzlager Uckermark organisiert. Das Siemenslager wurde in der Nähe jener Werkshallen gebaut, die der Elektrokonzern 1942 in Ravensbrück errichten ließ. Hier sind allerdings nur noch Fundamente sichtbar, ebenso wie auf dem "Uckermark-Gelände", wo 1942 ein Mädchen-Konzentrationslager gebaut wurde. Diese Teile des Lagers sind, ebenso wie ein großer Teil des Stammlagers, für die Öffentlichkeit nicht begehbar. Die 1959 eröffnete Gedenkstätte liegt außerhalb der Lagermauern. Im Zuge der 1993 begonnenen Erweiterung, Sanierung und Neugestaltung der Gedenkstätte sollen jetzt aber immer größere Teile des Lagers zugänglich gemacht werden. Bis 1994 wurde das gesamte ehemalige Gelände innerhalb der Lagermauern von der sowjetischen bzw. GUS-Armee genutzt. Die Baracken wurden abgerissen und statt dessen Kasernen und Garagen errichtet. Ab 2001 sollen aber der sogenannte Industriehof mit Werkstätten der SS wieder begehbar sein, ebenso wie die Schneiderei, eine Textilfabrik der SS mit acht Hallen, die zur Zeit baulich gesichert werden.

Am Samstag Nachmittag wurde eine Ausstellung mit großformatigen Fotos von "Ravensbrückerinnen" eröffnet. Diese Frauenbilder wurden 1995 aufgenommen, beim fünfzigsten Jahrestag der Befreiung. Die schönen, alten Gesichter der Überlebenden dominieren jetzt den sogenannten Appellplatz des Lagers. Die stundenlange Zählprozedur mussten die Gefangenen freilich nicht auf diesem Platz über sich ergehen, sondern auf den Lagerstraßen vor den Wohnbaracken. Von diesen Baracken, in die die Frauen gepfercht wurden, sind nur noch Fundamente zu sehen.

Dass eine dieser Holzhütten wieder aufgebaut wird, wünscht sich Christine Krause, eine junge Frau aus dem Vorstand der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis e.V.. Die Lagergemeinschaft, ein Zusammenschluss von ehemaligen Häftlingen, der sich inzwischen auch für jüngere Menschen geöffnet hat, bemüht sich außerdem darum, dass das gesamte KZ-Gelände unter Denkmalschutz gestellt wird. Auch das Siemenslager und das sogenannte Jugendschutzlager Uckermark sollen ein Teil der Mahn- und Gedenkstätte werden. Gegen Kriegsende wurde aus dem Jugendlager Uckermark ein Vernichtungslager. Die Lagergemeinschaft erinnert daran, dass hier "mehr als 5.000 unserer alten und kranken Kameradinnen durch Giftinjektionen und Gas umgebracht wurden". Aber offenbar ist man an den Wünschen der Überlebenden nicht sehr interessiert. Als kürzlich ein landschaftsplanerischer Wettbewerb zur Gestaltung des KZ-Geländes abgeschlossenen wurde, hat man die Kameradinnen mit keiner einzigen Stimme am Preisgericht beteiligt.

Gertrud Müller, die Ehrenvorsitzende der Lagergemeinschaft, protestierte in ihrer Rede am Sonntag denn auch vehement gegen dieses Vorgehen. Unzufrieden ist die Lagergemeinschaft auch mit den Plänen, ein Haus der SS-Siedlung wieder in Stand zu setzen, um hier zu zeigen, wie die Aufseherinnen des Lagers gelebt haben. Bevor solcherart ein Täterinnenmuseum entstehe, müssten die Spuren des Leidens der Gefangenen gesichert werden.

Der zweite Tag der Gedenkfeiern war der Tag der Reden und Kranzniederlegungen. Jetzt kamen auch Politiker und Medienvertreter, die jungen Frauen der Lagergemeinschaft und Leute aus Fürstenberg und Berlin. Gudrun Apel, die Bürgermeisterin der Stadt Fürstenberg, und Herbert Knoblich, Präsident des Brandenburgischen Landtags, riefen dazu auf, die Demokratie gegen Neofaschismus, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus zu verteidigen. Knoblich zitierte eine Untersuchung der Universität Potsdam über die 16- bis 23-Jährigen. "Gut 20 Prozent stimmten rechtsextremen, 36 Prozent ausländerfeindlichen Aussagen teilweise oder völlig zu, fast zwei Drittel der Befragten hat antisemitische Vorurteile", so Knoblich. Einen Bezug zwischen der hohen Akzeptanz rechtsextremer und ausländerfeindlicher Einstellung und der Politik der letzten Jahre stellte aber nur Gertrud Müller her, die für die Lagergemeinschaft Ravensbrück sprach. "Wann kommt endlich das Grundgesetz zur Anwendung, das sämtliche Nachfolgeorganisationen der NSDAP verbietet?" fragte sie. Müller wandte sich auch gegen die Beteiligung Deutschlands am Kosovo-Krieg und gegen Wehrdienst für Frauen. Ihre Rede wurde teilweise heftig kritisiert. "Was hat das mit Ravensbrück zu tun?" ereiferte sich eine Überlebende. Und die Betreuerin einer Gruppe von Polinnen befürchtete, dass man den ehemaligen KZ-Insassinnen Angst machen würde mit den Berichten über Fremdenfeindlichkeit und die Verfolgung, ja Ermordung von Asylbewerber.

Doch bald war solcherlei politische Auseinandersetzung vergessen. Am Mahnmal wurden Kränze niedergelegt, die "Ravensbrückerinnen" umarmten sich, und bald schwammen auf dem Wasser des Schwedtsees Hunderte rote Nelken.

Angela Martin

42. Deutsche Nationalmannschaft wohin?

CD-Datei: daten/aksuche/ak438/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:15

Das war wirklich hart. Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft gegen die Schweiz. Was die am Betzenberg ablieferte, war definitiv praktizierter Anti-Nationalismus. Diejenigen Kicker, die es als eine Ehre ansehen, den grünen Rasen im Dress der deutschen Nationalmannschaft zu durchfurchen, sind eine aussterbende Minderheit geworden. Zum wiederholten Male demonstrierte die Truppe, dass es wichtigeres als Deutschland gibt: nämlich die Bundesliga, die Champions-League und vielleicht noch der UEFA-Pokal. Es ist schon beeindruckend, wie selbstbewusst sich die Arbeitnehmer der großen Vereine einfach selbst auswechseln und dem vermeintlichen Teamchef Ribbeck die Arbeit abnehmen. Ist das eine Folge der Globalisierung? Vermutlich ja. Und in der Tat stellt sich im zusammenwachsenden Europa ja die Frage nach der Zukunft einer deutschen, französischen, italienischen, spanischen etc. Nationalmannschaft. Wenn die Ländergrenzen innerhalb der EU immer mehr aufgeweicht werden und die Vereinsmannschaften sich auf europäischer Ebene fast schon täglich in den Stadien zwischen Prag, Istanbul, München, Mailand, Barcelona und Manchester treffen, - welchen Reiz soll dann noch die quasi ehrenamtliche Tätigkeit für die jeweilige Nationalmannschaft haben? Welchen Charme mag es haben, wenn man mit Elber oder Ze Roberto für gutes Geld fast täglich in einem Team spielen kann und in der Nationalmannschaft gezwungen wird, mit Talenten der Marke Preetz oder Babbel aufzutreten? Keinen!

Offenkundig ist, dass der nationale Fußball vor einer Revolution steht. Die Entwicklung der Produktivkräfte kommt immer mehr mit den Produktionsverhältnissen in Widerspruch.

Mindestens die Neuschaffung einer Euro-Mannschaft wäre zu fordern! Also so was wie die Vereinigten Staaten der Europäischen Union. Das würde erhebliche Synergie-Effekte mit sich bringen. Nicht nur, dass man dann nur noch ein oder zwei Ribbecks bräuchte. Das schafft zwar gewisse Probleme für die Europameisterschaften, da nur noch die osteuropäischen Staaten als sportliche Gegner blieben, aber für die nächste Weltmeisterschaft wäre das sicherlich eine attraktivere Variante.

Doch bislang gibt es für die Überwindung der Nationalmannschaft noch zu wenige starke Stimmen. Damit beispielsweise diese Zeitung künftig in der Auseinandersetzung um die Zukunft der deutschen Nationalmannschaft ein gewichtigeres Wort mitreden kann, brauchen wir einfach eine größere Auflage. Wenn ihr dabei helft, ak analyse & kritik also abonniert, eure Freunde und Freundinnen auf diese attraktive Möglichkeit verstärkt aufmerksam macht, dann könnte es auch für den anti-nationalisitischen National-Fußball eine Zukunft geben.

Für alle, die uns ein Jahres-Abo vermitteln und alle die ak neu abonnieren, haben wir hier eine wunderbare CD liegen, auf der sich die geballte Ladung von fast 4.000 ak-Artikeln befindet und die Jahrgänge von 1993 bis Oktober 1999 umfasst. Und die gibt es gratis für jedes neue und jedes vermittelte Jahres-Abo. Als Hilfsmittel für eure Werbeversuche bieten wir eine schöne bunte Postkarte, die ihr kostenlos bei uns anfordern und anschließend in Kneipen, bei Bekannten, auf Veranstaltungen oder wo auch immer auffällig liegen lassen solltet. Außerdem bietet ak weiterhin ein kostenloses Probeexemplar und das saumäßig günstige Schnupperabo: Drei aks zum Preis von nur 10 DM (*).

Bestellungen von Abos und Postkarten könnt ihr wie immer per Telefon, Fax, Brief oder Mail vertrauensvoll an folgende Adresse richten:

ak-redaktion, Rombergstr. 10, 20255 Hamburg, Tel: 040 - 401 701 74, Fax: 040 - 401 701 75 oder per Mail:

ak-redaktion@cl-hh.comlink.de.

(*) Verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der zweiten Ausgabe gekündigt wird.

43. AUFGEBLÄTTERT

CD-Datei: daten/aksuche/ak438/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:27

Ohne Papiere in Europa

Überall in Europa haben sich die Möglichkeiten für Flüchtlinge und MigrantInnen, längerfristig einen regulären Aufenthaltsstatus zu erhalten, dramatisch verringert. Vor diesem Hintergrund entscheiden sich immer mehr der neuen ZuwanderInnen, solange als möglich unregistriert zu bleiben. Sie leben ohne, mit falschen oder mit geliehenen Papieren, was in den meisten Fällen bedeutet: ohne jegliche Bürgerrechte. Dass diese Entwicklung neue Herausforderungen stellt an eine antirassistische Bewegung, haben viele Initiativen schon zu Beginn der 90er Jahre erkannt. Die HerausgeberInnen des im März erschienenen Sammelbandes "Ohne Papiere in Europa" wollen einen Ansatz entwickeln, der sich an den Kämpfen der "Sans Papiers" und ihrer Zusammenarbeit mit anderen sozialen Bewegungen (Erwerbs- und Obdachlose) in Frankreich orientiert. Ihr Buch, das elf Länderberichte zur Situation von "Illegalen" umfasst, soll mehrere Aufgaben erfüllen: einen Austausch und eine Diskussion über die systematische Entrechtung von Flüchtlingen und MigrantInnen vorantreiben, den Widerstand in den einzelnen Ländern dokumentieren und eine praktische Vernetzung der europäischen Initiativen unterstützen. Heraus gekommen ist eine bunte Mischung aus zum Teil sehr informativen Beiträgen zum staatlichen Umgang mit unkontrollierbarer Einwanderung (z.B. in Großbritannien und Polen), zur Selbstorganisierung von Flüchtlingen (Frankreich, Belgien und Niederlande) und an anderer Stelle recht oberflächlichen Betrachtungen zur Flüchtlingspolitik einzelner Staaten in den 90er Jahren, die eine klare Fragestellung vermissen lassen. Wer "Ohne Papiere in Europa" vor allem als Handbuch für die praktische Arbeit nutzen will, wird in den einzelnen Länderberichten hilfreiche Hinweise und im Anhang Adressen von Anlaufstellen für Flüchtlinge und antirassistischen Initiativen entdecken. Wer jedoch eine kritische Auseinandersetzung mit der gesamteuropäischen Dimension neuer Regulationsformen von Migration erwartet hat, wird ein wenig enttäuscht sein. Warum der Anspruch der praktischen Solidarität mit "Illegalen" und analytische Schärfe und Distanz sich häufig ausschließen müssen, ist nicht so recht einzusehen.

AutorInnenkollektiv: Ohne Papiere in Europa. Illegalisierung der Migration - Selbstorganisation und Unterstützungsprojekte in Europa. Verlag der Buchläden Schwarze Risse, Rote Straße/VLA, Berlin, 287 Seiten, 24 DM

Asiatischer Kapitalismus

Nicht lange ist's her, da galten in der Diskussion um die sogenannten asiatischen Werte Tugenden wie Fleiß, Sparsamkeit, enge Familiarität, Einfügsamkeit in hierarchische Strukturen und Bildungshunger als Schlüssel zum Verständnis der ost- und südostasiatischen Wirtschaftswunder. Gleich zu Beginn seiner Marburger Dissertation weist Choon-Kweon Koo solche Mystifikationen überzeugend zurück. Er sieht in den kulturalistischen Theorieruinen Staatsmänner wie Singapurs Lee Kuan Yew und Malaysias Dr. Mahathir bin Mohamad nisten, welche die Debatte um asiatische Werte für politische Instrumentalisierungen, 1993 gar für die Schaffung einer "konfuzianischen Internationale" nutzten, um internen Dissens auszumerzen. Der Autor konzentriert sich auf die Herausarbeitung der in Japan und Südkorea historisch gewachsenen Besonderheiten ökonomisch-politischer Macht- und Herrschaftsverhältnisse, verfolgt die jeweiligen Unterschiede und das Tempo kapitalistischer Transformation und beleuchtet die Entwicklung und Perspektiven der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegungen im Zusammenhang bedeutsamer innenpolitischer Prozesse sowie außenpolitischer Neukonstellationen. Dass in Japan binnen relativ kurzer Zeit ein moderner, zentralisierter und bürokratischer Nationalstaat entstehen konnte, lag wesentlich im Charakter des überlieferten Herrschaftsgefüges selbst begründet - in der spezifischen Trennung und Verbindung wirtschaftlicher und politischer Herrschaft. Die politisch dominierende Stellung der Samurai basierte nicht auf (Groß)Grundbesitz (Eigentumsverhältnissen), sondern auf dem tradierten Ständesystem und dadurch abgesicherten Vorrechten. Ironischerweise wurde die mit der Meiji-Ära (seit 1868) forcierte Hinwendung zum Ausland als eine "Revolution von oben" Jahrzehnte später durch eine "Direktive von oben" ergänzt. Der Aufschwung der Gewerkschaften, die sich zunehmend durch "Betriebsfamilismus" auszeichneten, ist weniger von unten erkämpft, als vielmehr von den USA als Siegermacht im 2. Weltkrieg angeordnet worden. Die Fragmentierung der Arbeiterbewegung und die Durchsetzung der betriebsgewerkschaftlichen Struktur begannen in der Ära des Kalten Krieges, was gleichermaßen auf die südkoreanische Gewerkschaftsbewegung zutraf. Südkorea hatte allerdings das

historische Pech, als Ex-Kolonie Japans (1910-45) unmittelbar in die Ost-West-Blockkonfrontation zu geraten und durch den verheerenden Bürgerkrieg (1950-53) zu einem Frontstaat gegen den Kommunismus zu werden. Das in der Neuzeit rasanteste Wirtschaftswachstum verschliss buchstäblich zwei Arbeitergenerationen und führte erst seit der von Mittelschichten mitgetragenen breiten demokratischen Protestbewegung im Vorfeld der Olympischen Spiele in Seoul (1988) zur schrittweisen Entwicklung in Richtung Zivilgesellschaft.

Choon-Kweon Koo: Asiatischer Kapitalismus. Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften in Japan und Südkorea; PapyRossa Verlag, Köln 1998, 257 Seiten, 34 DM

Gender

Mit der Kategorie gender scheint eine ursprünglich emanzipative und herrschaftskritische Kategorie zu einer Leitlinie der internationalen Entwicklungspolitik avanciert zu sein. Die Karriere des gender-Begriffes und seine Vereinnahmung in der Entwicklungspolitik beleuchten die beiden gender-Arbeitskreise des ASA-Programms (Arbeits- und Studienaufenthalte in Afrika, Asien und Lateinamerika) und des Informationszentrums Dritte Welt in Freiburg in einem ausführlichen Sonderheft. Die AutorInnen gehen der Frage nach, warum von der feministischen Kategorie gender nicht viel mehr übrig geblieben ist als ein nach Geschlechtern differenziertes Planungsinstrument für Entwicklungsprojekte, die so oft unter dem Primat der "aktiven Weltmarktintegration" stehen. Auch die postkoloniale Kritik am gender-Ansatz - vertreten von Chandra Mohanty und Gayatri Spivak - stellt das Heft vor. Neben den theoretischen Ausführungen zeigen vor allem die Beiträge ehemaliger ASA-StipendiatInnen, dass idealtypische Entwürfe und die Praxis in der Entwicklungspolitik in einem schwierigen Verhältnis zueinander stehen. Im Projektalltag offenbart sich nicht selten die Schwierigkeit, den kritischen Ansprüchen gerecht werden zu können. So stehen die an sich interessanten Beiträge über Widerstandskämpferinnen in Zimbabwe, ein nicaraguanisches Landfrauenkomitee oder die von Zwangsumsiedelungen besonders hart betroffenen Frauen in Bangladesch relativ unverbunden neben den theoretischen Erläuterungen zu dekonstruktivistischen Ansätzen im ersten Teil des Heftes. Von Geschlechterdekonstruktion ist hier keine Rede mehr. Sobald konkrete Projekte vorgestellt werden, präsentieren die AutorInnen Frauen wahlweise als Verliererinnen bestimmter Entwicklungen - seien es Freihandel oder Zwangsumsiedelungen - oder aber als Frauen, die explizit als Frauen Gegenmacht entwickeln. Letzteres zeigen die Beiträge von Christa Wichterich über Frauenorganisationen im informellen Sektor und von Birgit Morgenrath über die Frauengewerkschaft "Self Employed Women's Union" in Südafrika. Der Grund für dieses "Nebeneinanderstehen" dürfte aber weniger bei den AutorInnen zu suchen sein, sondern muss den dekonstruktivistischen Ansätzen angelastet werden. Diese stecken nun einmal - trotz aller befruchtenden Aspekte dieser Ansätze - in dem Dilemma, nur unzureichend zwischen Theorie und Praxis vermitteln zu können.

Malestreaming Gender? Geschlechterverhältnisse in der Entwicklungspolitik. ASA- und iz3w-Sonderheft, März 2000, 6 DM, 51 Seiten

44. LESERINNENBRIEFE

CD-Datei: daten/aksuche/ak438/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:30

PKK-MärtyrerInnenkult

Betr.: Beilage zu Andrea Wolf in ak 436 (Anm. d. Red.: Die Beilage zu Andrea Wolf wurde nicht von der ak-Redaktion erstellt. Dennoch möchten wir den Leserbrief dazu abdrucken.)

"Am 20. Oktober begann eine Operation (...) Als der Feind feststellte, wo sich unsere Einheit befand, umzingelte er uns von allen Seiten und zog seinen Ring immer enger."

Hier handelt es sich nicht um Zitate aus einem Landserheft, sondern um eine von vielen ähnlichen Textstellen aus dem "Rundbrief 3/März 2000 der Internationalen Unabhängigen Untersuchungskommission zur Aufklärung der Todesumstände von Andrea Wolf...", der der ak im März 2000 beigelegt war. Es hat auf mich befremdlich gewirkt, was ich da gelesen habe. Militarismus in einer antimilitaristischen Zeitschrift!

Die Beilage zeigt u.a. das vom jahrelangen Personenkult, von den stalinistischen Parteiwurzeln und dem Krieg gegen den türkischen Staat geprägte PKK-Weltbild: hier die guten HeldInnen (PKK), dort die bösen Feinde.

Dass der kurdische Öcalan-Führerkult auch eine Spiegelung des türkischen Kemalismus, der gottgleichen Verehrung für den despotischen Staatsgründer "Atatürk" ist, wird ebenso wie die antisemitische Denkweise von so manchen kurdischen NationalistInnen ausgeblendet.

Natürlich ist es richtig, die Todesumstände von Andrea Wolf und die Verbrechen der türkischen Militärs aufzuklären. Der "Rundbrief" macht aber aus dem Menschen Andrea Wolf eine Märtyrerin. Dabei wirkt die militaristische Sprache der im Rundbrief zitierten AugenzeugInnen abstoßend. Es riecht nach PKK-Propaganda, nach Personenkult. Von "Operationen" ist da die Rede, wenn es um (kurdische) Mordanschläge auf (türkische) Mörder (= Soldaten) geht. Und wenn MilitaristInnen von "Gefallenen" reden, meinen sie die ihrer Meinung nach "ehrenvoll" im Kampf getöteten "MärtyrerInnen" und nicht etwa Gestolperte. Orwellsche Begriffe wie "Operation" und "Gefallene" verharmlosen das Grauen des Krieges und sollen das Handeln von gewöhnlichen Mördern (Soldaten) in einem glorreichen Licht erscheinen lassen.

Unangenehm wirkt auch, dass Teile der Linken in Deutschland vor allem deutsch sind. Wäre Andrea Wolf keine "Deutsche", sondern nur eine "normale" kurdische PKK-Guerillera gewesen, dann hätte es sicher keine deutsche Soligruppe gegeben, die sie zur deutschen PKK-Madonna stilisiert hätte.

Ihr Tod wurde von Abdullah Öcalan, dem Führer des kurdischen PKK-Nationalismus instrumentalisiert. In der Beilage wird aus einem Öcalan-Spiegel-Interview von 1998 zitiert: "Ehre ihrem Angedenken, ich verneige mich in Hochachtung vor dieser großen Märtyrerin."

Dem jahrelang von Öcalan propagierten Märtyrerkult fielen auch zahlreiche kurdische NationalistInnen zum Opfer, die sich - aus Protest gegen den türkischen Staatsterror - öffentlich selbst verbrannten. Dass der gefangene Öcalan nun - aus Angst um sein Leben - die Aktionen der PKK als Fehler und sich als "Kemalist" bezeichnet, wirkt angesichts der von ihm mit verantworteten "Selbstmorde" grotesk und wenig glaubwürdig. "Sorry, Leute, war nicht so gemeint?"

Wie kam die Feministin Andrea Wolf dazu, als bewaffnete Kämpferin unter dem autoritären PKK-Patriarchen zu dienen? ... Dass sie - als einstmals feministisch und herrschaftskritisch beeinflusste Frau - schließlich bei der patriarchalischen, hierarchisch organisierten PKK-Guerilla landete, wirkt auf mich absurd.

Absurd ist auch, dass große Teile der deutschen "Kurdistan-Soliszene" - ohne auch nur den Hauch von Kritik - immer noch den militaristischen Unsinn vom gerechten Krieg der heldenhaften PKK propagieren, anstatt die undogmatisch linken, basisdemokratischen, antimilitaristischen, feministischen und libertären Gruppen in der Türkei zu unterstützen (vgl. z.B. Graswurzelrevolution Nr. 235, 236, 237, 241, 244, 245 und 248) und sich gegen jeglichen Rüstungsexport zu stemmen.

Für Menschen, die sich gegen jegliche Form von Militarismus, Sexismus und Nationalismus engagieren, ist es nicht "heldenhaft", als BefehlsempfängerIn mit der Waffe in der Hand für eine "nationale Sache" einzutreten. Ein uneingeschränktes Bleiberecht für alle Flüchtlinge zu fordern und durchzusetzen, sich hier und in der

Türkei für eine gewaltfreiere, herrschaftslose Gesellschaft zu engagieren, mag angesichts der gesellschaftlichen Verhältnisse schwierig sein. Dennoch sehe ich hierzu keine Alternative.

Mit antimilitaristischen und li(e)bertären Grüßen,

Bernd Drücke (GWR Münster)

Ranta und Racak

Betr.: "Racak - Mutation eines Massakers", ak 432

Liebe Redaktion,

in ak 432 (18.11.1999) erschien von Peter Wuttke eine polemische Kritik an einem Aufsatz Diana Johnstones, der sich mit den Hintergründen des sog. Racak-Massakers vom Januar 1999 auseinander setzte. Ohne sämtliche Aspekte dieser Diskussion noch einmal aufzurollen (es kann inzwischen als gesichert gelten, dass Johnstones Behauptungen über die Spionagetätigkeiten innerhalb der Kosovo-Mission der OSZE nicht von der Hand zu weisen sind), ist es dennoch geboten, darauf hinzuweisen, dass die Kritik Wuttkes mindestens eine falsche Behauptung enthält.

Es geht um die Frage, ob die forensische Untersuchung seinerzeit zu dem Schluss kam, dass es sich bei den Toten um Zivilisten handelte oder nicht. Wuttke hatte dies bejaht, mit dem Hinweis auf eine vorgenommene Schussrückstandsanalyse zur Ermittlung von Schmauchspuren, die negativ ausfiel. Wie sich jedoch inzwischen herausstellte, ging es bei dieser Analyse gar nicht um die Ermittlung der Frage, ob unter den Toten auch bewaffnete (UCK-)Kämpfer waren. Vielmehr ging es darum, ob es sich um Erschießungen aus nächster Nähe handelte. Dieser Punkt ist von Bedeutung für die Frage, ob es sich um ein "Massaker" handelte oder nicht. Mit anderen Worten: es ging nicht um eine mögliche Beteiligung der Toten an bewaffneten Auseinandersetzungen (wie u.a. auch die FAZ, die ZEIT und die taz behaupteten), sondern um die Feststellung eines bestimmten Opferstatus.

Der entscheidende Hinweis ist in einem Artikel der Berliner Zeitung vom 24.3.2000 zu finden. Dort heißt es: "Auch das angebliche Fehlen von Schmauchspuren an den Händen ist nicht dokumentiert. Damit fehlt ein Nachweis, dass es sich bei den Opfern um Zivilisten handelte. Wir fragten Frau Ranta, wieso nicht. Nach kurzer Überlegung löste sie das Rätsel: Das finnische Team habe gar nicht danach gesucht. Bei den in der Pressekonferenz vom 17. März 1999 erwähnten Tests handelte es sich vielmehr um die Suche nach Spuren einer Hinrichtung durch aufgesetzte oder Nahdistanzschüsse. Es waren diese Tests, die negativ verliefen. ‚Das war in der Pressekonferenz etwas missverständlich`, gibt Frau Ranta heute zu."

Diese Aussagen bestätigen zudem die Stellungnahme des jugoslawischen Forensiker-Teams vom 17. März 1999, die von Wuttke nur unvollständig wiedergegeben wurde. Die Forensiker bemängelten, dass Ranta behauptet hatte, es handelte sich bei den Opfern um Zivilisten, obwohl es keinen Nachweis dafür gab ("despite the fact that no technical report contained any evidence to prove this").

Vielen Dank und freundliche Grüße,

Matthias Odenthal

Verwüstung

in den Köpfen

Betr.: "Der Informationskrieg" in ak 437

Es ist unter denkenden Zeitgenossen im Grunde ja schon ein Allgemeinplatz, dass gezielte Information und Desinformation der Öffentlichkeit ebenso wie emotionalisierende Stimmungsmache zu wichtigen Elementen erfolgreicher Kriegsführung gehören. Die Manipulationen jeweils konkret nachzuweisen und publik zu machen, bleibt natürlich wichtige Aufgabe kritischer Publizistik.

Erstaunlich ist es nur immer wieder, wie gering die Resonanz des betrogenen Publikums ausfällt, wenn es auf den Schwindel aufmerksam gemacht wird, vom "Tonking-Zwischenfall" über die kuweitischen Brutkästen bis zum Hufeisenplan und der mutmaßlichen Rajak-Inszenierung. Es ist, als gäbe es ein geheimes Einverständnis der Medienkonsumenten, in diesen Situationen eben auf solche Weise eingestimmt zu werden. Ich meine

deshalb, die Thematik müsste unter einem erweiterten Gesichtswinkel betrachtet werden, der überschrieben werden könnte mit der in der Frankfurter Rundschau vom 23.3. zitierten These des ungarischen Autors István Eörsi, dass "die NATO-Bombenangriffe in den Köpfen größere Verwüstungen angerichtet haben als im Verkehrsnetz Serbiens."

Das gesellschaftliche Bewusstsein ist ja das Feld, mit dem sich unsere politische Arbeit befasst, und insofern müssen wir uns unerschrocken den mentalen Zustand gerade auch der hiesigen Öffentlichkeit ansehen, wie er sich am Thema Jugoslawienkrieg manifestiert. Hierzu möchte ich an dieser Stelle drei Beispiele anführen:

1. In der FR vom 24.3.00 war ein Beitrag von Tom Koenigs (aktuell UN-Beauftragter in Kosovo, vorher grüner Umweltdezernent in Frankfurt/M) abgedruckt. Er fragt dort angesichts der aktuellen Situation in Kosovo: "War also alles vergeblich, der Einsatz von Leben, die Milliarden für Bomben?" Bekanntlich ist aber der Militäreinsatz ohne auch nur ein Todesopfer in den Reihen der NATO durchgeführt worden, während die vermutlich Tausenden von jugoslawischen Todesopfern der Bombardements nicht befragt wurden, ob sie ihr Leben für die Ziele der westlichen Kriegsherren zur Verfügung stellen wollten. Weiter Tom Koenigs: "Der Westen griff am 24. März zum letzten Mittel, um letzte Werte zu verteidigen: das Recht auf Leben, Freiheit und Heimat." Bomben für das Leben also - in Orwells "Newspeak" hätte man es kaum prägnanter ausdrücken können. Es ist doch sehr bemerkenswert, einen (ursprünglich) klugen Menschen wie Koenigs so zu hören. Ein Rest von Realitätssinn ist ihm aber offenbar verblieben, wenn er zum Schluss des Artikels konstatiert: "Ich habe Sorge, dass ... sich ... die Staaten mit ihren Ressourcen neuen Kriegen zuwenden", eine nur zu berechtigte Sorge, fürchte ich.

2. Minister Scharping verbreitete (während der Bombardements) bei einem Vortrag vor der "European Business School", die Serben hätten mit abgeschnittenen Köpfen Fußball gespielt, hätten Schwangeren den Fötus aus dem Leib gerissen, um ihn zu grillen, und dann wieder in den Leib der Schwangeren zurückzustoßen. Mitteilungen, denen keinerlei realer Gehalt zu Grunde lag. Abgesehen davon, dass dies sicherlich den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt, wirft es auch ein tief beunruhigendes Licht auf die Fantasiewelt dieses Mannes. Die Beunruhigung über den mentalen Zustand unserer Gesellschaft steigt noch, wenn man weiß, dass Scharping während der Kriegswochen zu einem der populärsten deutschen Politiker wurde, der im Hochgefühl seines Erfolgs neue Ambitionen auf die Kanzlerschaft entwickelte.

3. Ein letztes, sicher sehr komplexes Beispiel für die zerstörerische Wirkung dieses Krieges auf die mentale Gesundheit: Spiegelt nicht das Handeln der Jugend immer auch den Zustand und die Verhaltensweisen der Erwachsenengesellschaft wieder? Wenn die Bundesregierung auf eine parlamentarische Anfrage im September 99 nach der Zahl der Todesopfer der Luftangriffe schlicht antwortet: "Die Anzahl ist der Bundesregierung nicht bekannt"; wenn sie z.B. auf die Frage nach der Zahl zerstörter jugoslawischer Krankenhäuser die Auskunft gibt: "Es wurden keine Krankenhäuser bekämpft, und Kollateralschäden sind nicht verifiziert. Die Anzahl ist der Bundesregierung nicht bekannt" - dann scheint sich diese Regierung entweder für die Folgen ihres gewaltsamen Vorgehens nicht zu interessieren, oder sich diesen Folgen nicht stellen zu wollen. Gibt es da vielleicht Parallelen zum Handeln der Jugendlichen, die Betonbrocken von der Autobahnbrücke warfen und damit drei Menschen töteten? Könnte deren Spiel nicht geheißen haben : "Bombing Milosevic"?

Matthias Jochheim (IPPNW)

Glaubwürdiger Anti-Militarismus

Betr.: "Gegeninformation braucht Fakten", ak 437

Der Autor Js. benutzt die Verwendung der Bezeichnung "vermeintliches Massaker" in dem informativen Text "Der Informationskrieg" von Hermann Werle, um daran eine grundsätzliche Kritik aufzuziehen, die mit Werles Artikel nur wenig zu tun hat. Werle ging es eindeutig darum, die deutsche Kriegspropaganda zu demontieren.

Das angebliche Massaker von Racak und der von Josef Fischer und Rudolf Scharping erfundene Hufeisenplan waren zentrale Bestandteile der Kriegspropaganda, mit der die Bombardierung Jugoslawiens gerechtfertigt wurde. Bis auf das Wort "vermeintlich" tut Hermann Werle das, was für eine Anti-Kriegs-Position nach meinem Verständnis zentral ist: Er bezweifelt die deutsche Propaganda.

Ich gehe auch eher davon aus, dass es in Racak kein Massaker, sondern mit den Leichen eines mehrtägigen Gefechtes eine Massengrab-Inszenierung unter der Leitung des counterinsurgency-Spezialisten William Walker gab. Alle mir bekannten Indizien sprechen dafür. Wenn die forensischen Berichte von Helena Ranta offiziell veröffentlicht werden, kann diese Frage gerichtsmedizinisch geklärt werden. Bei der Beschäftigung mit dem Bergbaukomplex Trepca im Nordkosovo habe ich festgestellt, dass ausnahmslos alle Behauptungen über dort befindliche Massengräber, KZ-artige Verbrennungsöfen etc, die während des Krieges gegen Jugoslawien durch die Presse der NATO-Länder weitergereicht wurden, frei erfunden waren: Dies wurde nach der Spurensuche mehrerer gerichtsmedizinischer Teams am 11. Oktober vom Internationalen Kriegsverbrechertribunal für das ehemalige Jugoslawien erklärt - was in den Medien in der BRD weitgehend unbeachtet blieb.

Für mich liegt die Annahme nahe, dass dies bei anderen angeblichen Kriegsverbrechen ebenso ist. Der entscheidende Punkt aber ist für mich die von Js. in Bezug auf so genannte proserbische Kräfte vertretene These, "deren ‚Antimilitarismus` aber ist zutiefst unglaubwürdig, weil er die Verbrechen der serbischen/jugoslawischen Seite entweder ausblendet oder als Erfindungen abtut". Das würde in der Konsequenz heißen, gegen deutsche Kriegseinsätze ist nur glaubwürdig, wer gleichzeitig die von der deutschen Kriegspropaganda behaupteten und nicht bewiesenen Verbrechen des angegriffenen Staates verurteilt.

Nun gehöre ich nicht zu denjenigen, die Milosevic für einen Sozialisten halten. In Texten und auf Veranstaltungen der gruppe demontage, der ich angehöre, wurde auch der serbische Nationalismus und die staatliche Repression im Kosovo kritisiert. Nur: Die Anti-Kriegs-Bewegung gegen die monatelange Bombardierung Jugoslawiens in der BRD war marginal, ein wesentlicher Bestandteil, ob es mir passt oder nicht, waren staatslinke Klubs wie die DKP oder die junge Welt. Umso fataler ist es, den "Anhängern des Realsozialismus" (Js) die Glaubwürdigkeit in ihrer Kriegsgegnerschaft abzusprechen und ihren Antimilitarismus in Anführungszeichen zu setzen.

Deutschland hat das erste Mal seit dem 8. Mai 1945 einen Krieg geführt. Das hat Js. in seiner heftigen Zurückweisung von Werle ebenso außer Acht gelassen wie die Offensichtlichkeit der Erfindung des Hufeisenplans durch das rotgrüne Kriegskabinett. Auf einen Staatssozialismus orientierte Linke haben viel Kritik verdient, auch die serbischen NationalistInnen, die neben titoistischen JugoslawInnen bei den Anti-Kriegs-Demos dabei waren, aber ich bin froh, dass wenigstens sie dagegen protestiert haben, dass deutsche Tornados mitgebombt haben.

Gaston Kirsche

Ohnmachtsanfälle

Betr.: ak 436

Liebe GenossInnen!

Blättere seit längerer Zeit mal wieder im ak und falle von einer Ohnmacht in die andere. Da wird Thomas Mann als "Ikone" des Antifaschismus bezeichnet, der "rigoros und unerbittlich" wie nur wenige bürgerliche Schriftsteller den Faschismus angeprangert habe. Seid Ihr ganz sicher? Oder verwechselt Ihr Thomas Mann mit seinem Bruder Heinrich, bzw. mit seinem Sohn Klaus, die sich im antifaschistischen Widerstand engagiert und profiliert haben. Thomas Mann, unbestritten ein großartiger Schriftsteller, saß abwartend im schweizer Exil und musste sozusagen zu antifaschistischen Äußerungen getragen werden.

Wie es der Zufall so will , habe ich gestern endlich Gelegenheit gehabt, mir den Film "Zug des Lebens" anzusehen. Und nun lese ich Eure Kritik auf Seite 32. Der Film sei eine "Komödie", unterhaltsam, gut gemacht, mit zündenden Ideen u.ä. mehr. Das also fällt Eurem Schreiber ein. Weiß er, dass der Regisseur Radu Mihaileanu selbst Jude ist und tatsächlich Preise für diesen Film bekommen hat, aber nicht in Deutschland? Dass dieser Film in vielen anderen Ländern bereits seit einigen Jahren gezeigt wird, aber erst jetzt in unsere Kinos kommt? Dass eine Menge Widerstände zu überwinden waren, bis er endlich auch hier gezeigt werden konnte? ... Ich habe in dem Film mehrmals gelacht, wäre aber nicht im Traum auf den Gedanken gekommen, eine Komödie gesehen zu haben. Eine unsinnigere Klassifizierung gibt es ja wohl kaum. ...

Auf Seite 17 das nächste Ärgernis: ein Jahr nach dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien wird in schöner Ausgewogenheit der NATO, bzw. dem Herrn Außenminister Fischer (besser: Kriegsverbrecher) als auch dem üblen Diktator gehörig auf die Finger geklopft. Keine DummdeutschVokabel wird ausgelassen, um letzteren auf den Pott zu setzten: zynisch, verbrecherisch, menschenverachtend, rassistisch, chauvinistisch sei der Terror der serbischen Soldateska.

Wenn man in den 70er Jahren seine Meinung loswerden wollte, fand man dann am ehesten Gehör, wenn man sich ersteinmal von allen möglichen Bürgerschreckgespenstern distanzierte: von der DDR, von der Sowjetunion, von der RAF. Später von Gaddafi. Ach wie schön war es für viele, im warmen Mief des Mainstream mitzuschwimmen. Und wie haben wir uns über diese Spießer lustig gemacht! Jetzt ist aber Schluss mit lustig.

Woher wisst Ihr eigentlich so genau Bescheid über die "Verbrechen" der serbischen "Soldateska"? War einer von Euch unten auf dem Balkan? Oder seid Ihr auf die Quellen des Herrn Scharping angewiesen? ... Mittlerweile kracht die Fischer-Scharping-NATO-Propaganda von vor einem Jahr zusammen wie ein Kartenhaus, nur die Verteuflung Milosevics und damit der Serben ragt aus dem Trümmerfeld hervor wie ein Betonklotz. Dieser Kniefall vor den Herrschenden muss nicht sein. Es wird Euch keiner danken. Ihr sollt ja kein Hohelied auf Slobodan singen. Haltet Euch doch einfach an Fakten, Fakten, ... Damit ist der alte ak nicht schlecht gefahren.

Ich weiß nicht, wann ich das nächste Mal einen ak in den Händen halte. Ich hoffe dann nur, nicht wieder so viel Unsinn auf so engem Raum konsumieren zu müssen.

Mit freundlichen und solidarischen Grüßen,

Fritz Patzelt

45. KALENDER

CD-Datei: daten/aksuche/ak438/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:36

Lesekurs

Die Marxistische Abendschule Hamburg - Forum für Politik und Kultur e.V. beginnt ihr Sommerprogramm. Zum Beispiel: Lesekurs der "Dialektik der Aufklärung" von Max Horkheimer/Theodor W. Adorno.

Hamburg, mittwochs, 18 Uhr Uni HH, Allendeplatz 1, Pferdestall, 1. Stock, Raum 106. Infos: 040/43180149

Sloterdijk

Im Rahmen der Jours fixes der Initiative Sozialistisches Forum (ISF) spricht Detlef Hartmann über den "Sloterdijk-Skandal und die Aufrüstung der Philosophie". Der Referent möchte mit seinen Überlegungen zum Verhältnis von politischer Ökonomie und politischer Philosophie zu Vorüberlegungen einer Philosophie der sozialen Revolution gelangen. Es sei auf seine Materialsammlung "Wo sind die Barbaren des 21. Jahrhunderts? Die Philosophie rüstet auf" (www.humanrights.de/social/index.html) sowie ak 432/433 verwiesen.

Freiburg, 16.5., 20 Uhr im

Jos-Fritz-Café, Wilhelmstr. 15

Frauen in Brasilien

In der Reihe "500 Jahre Eroberung Brasiliens - Wem gehört das Land?" der Werkstatt 3 berichtet Maria Amelia Teles (Kommission für Menschen- und Bürgerrechte, Sao Paulo) über die Situation von Frauen in Brasilien.

Hamburg, 17.5., 19.30 Uhr,

Werkstatt 3, Nernstweg 32-34

Nigeria

Im Rahmen der Reihe "Abschiebung - wohin? Zur Situation in westafrikanischen Ländern" lädt der Flüchtlingsrat Hamburg ein zu der Veranstaltung "Nigeria - Demokratisierung, Öl und ethnische Konflikte". Die Referenten Olajide Akinyosoye (Afrikanische Union Hamburg) und Thomas Mösch (Initiative Pro Afrika) werden der Frage nachgehen, ob ein Demokratisierungsprozess unter dem neuen Präsidenten Olusegun Obasanjo noch Chancen hat und welche Konflikte sich hinter den ethnischen und religiösen Spannungen verbergen.

Hamburg, 18.5., 19.30 Uhr, Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12

Abschiebung

Unter dem Motto "Flucht ist kein Verbrechen" findet eine bundesweite Demonstration gegen den Abschiebeknast Büren bei Paderborn statt.

Büren, 21.5., 12 Uhr am Stöckerbusch. Infos: 05254/690574

Überlebende

"Die Erinnerung darf nicht sterben..." Eine Veranstaltung mit Barbara Reimann, Überlebende des Frauen-KZ-Ravensbrück. Veranstalter sind rat - Reihe antifaschistischer Texte und VVN - Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes.

Hamburg, 22.5., 19 Uhr, Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12

Neuer Internationalismus

"Für ein globales Netz lokaler Kämpfe - Perspektiven eines neuen Internationalismus", so lautet die Parole der People Global Action. Dieses Netzwerk haben Basisbewegungen 1998 in Genf gegründet, um Aktionen gegen den Neoliberalismus zu koordinieren. Als Teil der People Global Action verstehen sich z.B. die Zapatistas aus

Mexiko, die Landlosenbewegung in Brasilien, die indische Bauerngewerkschaft KRRS und die Anti-Straßenbau-Bewegung aus England.

John und Momo berichten über den Widerstand der People Global Action und zeigen Filme über die WTO-Proteste in Seattle und über die letzten beiden Global Action Days. Veranstalter ist das Projekt Archiv.

Oberhausen, 24.5., 19 Uhr im

Druckluft, Am Förderturm 27

Anarchos

111 + 11 Mühsam(e) Jahre - dem Anarchisten und Lebemenschen Erich Mühsam eine Geburtstagsparty!

Düsseldorf, 25.5. ab 19.30 im

Metropol, Brunnenstraße. 20

Internationalistische Perspektiven

Der Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) und die Redaktion alaska veranstalten einen Workshop zu "Perspektivbestimmungen jenseits des Neuen Internationalismus".

Hannover, 2. bis 4.6., im Pavillon, Lister Meile. Infos/Anmeldung:

BUKO 040/393156 oder

alaska 0421/72034

Spektakel

"kill the nation with a groove" - unter diesem Motto organisieren die JungdemokratInnen - Junge Linke NRW ein Wochenend-"Spektakel" mit einer Veranstaltung zur Kommunikationsguerilla und Arbeitsgruppen zu Drogenpolitik, Feminismus, Euthanasie, Antifa, u.v.m. Außerdem berichten Studierende aus Mexiko über ihren Unistreik.

Wuppertal, 2. bis 4.6., im Haus der Jugend, Elberfeld. Infos und

vollständiges Programm unter www.spektakel.ist-super.de

Arbeitszwang

Der Landesverband Berlin der JungdemokratInnen/Junge Linke hat am 1. Mai eine Kampagne mit dem Titel "Wir haben besseres zu tun! - gegen Arbeitszwang und Billigjobs" gestartet. Im Rahmen dieser Kampagne findet auch die Veranstaltung "Wie Schule den (Lohn-) Arbeitszwang vermittelt" statt.

Berlin, 6.6., 19 Uhr, Büro JungdemokratInnen/Junge Linke, Rosa-Luxemburg-Str.19. Infos: 030/24729747

Gegen Repression

Unter dem Motto "we kehr for you - gegen Repressions- und Staatsschutzmüll" findet für die Freilassung der am 19. Dezember in Berlin wegen RZ-Vorwürfen Verhafteten eine Veranstaltung statt. Rechtsanwalt Rolf Gössner referiert zur Kronzeugenregelung und §129/129a, und Johannes Agnoli vergleicht die deutschen Verhältnisse mit den italienischen. Silke Stutzinski, die Anwältin eines der Verhafteten, berichtet über den Stand des Verfahrens. Eingeladen ist auch ein Vertreter von Pro Asyl und der Kabarettist Arnulf Rating.

Veranstaltet von: bis gleich - Initiative für Freilassung und die Abschaffung des §129a.

Berlin, 6.6., 19 Uhr, KATO

am U-Bahnhof Schlesisches Tor

"Unter den Talaren..."

Die Geschichtswerksstatt Eimsbüttel führt bis zum Sommer Veranstaltungen mit dem Themenschwerpunkt "Anfänge kulturellen Lebens nach 1945" durch. Im Rahmen dieser Reihe spricht Hans Jonas, Mitbegründer der

Arbeitsstelle für Exilforschung, über den Lehrkörper der Universität Hamburg nach 1945. Bis zum 1.Mai 1949 wurden dort 35 Lehrstühle neu besetzt - 18 mit Wissenschaftlern, die offiziell Parteigenossen, 17 mit Professoren, die nur "formal" Mitglied der NSDAP gewesen waren. Von den 1945 Entlassenen mutierten fast alle im Laufe von zehn Jahren zu Mitläufern oder zu persilbescheinigten Widerständlern.

Hamburg, 8.6., 19.30 Uhr, Geschichtswerkstatt Eimsbüttel, Sillemstraße 79

Schickt Eure Veranstaltungshinweise!

Per e-mail, per Post oder als Fax

Annahmeschluss für ak 439 ist der 30. Mai 2000

46. Hochschulen für den Markt

CD-Datei: daten/aksuche/ak438/aa-uni1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:aa-uni1

Die monatelangen Streiks an der mexikanischen UNAM- Universität haben auch in Deutschland auf die intensiven Bemühungen der Herrschenden aufmerksam gemacht, die Hochschulen massiv zu Patentwerkstätten für den neoliberalen Markt auszurichten. Dies geht nur, wenn der ökonomische Druck für Studierende und Universitäten verstärkt wird.

Auch die rot-grüne Bundesregierung will den Studienablauf und die Bildungsziele der Universitäten stärker auf die Bedürfnisse des Marktes und die Interessen der Industrie ausrichten. Ein Mittel dazu ist die schrittweise Einführung von Studiengebühren. Mit populistischen Parolen gegen faule Studierende soll durchgesetzt werden, dass Bildung künftig nur noch gegen Kohle zu haben ist.

Über die internationalen Bemühungen zur neoliberalen Ausrichtung der Universitäten wird es auf einer Informationsrundreise von VertreterInnen der mexikanischen Studierenden gehen.

Über die Einführung von Studiengebühren und die UNAM-Rundreise berichten wir auf Seite 8 und 9

47. Atomstromfreie Zonen

CD-Datei: daten/aksuche/ak438/aaatom1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:aaatom1

Nach wie vor schafft es die Anti-AKW-Bewegung nicht, sich in der Auseinandersetzung über den Ausstieg aus der Atomenergie bemerkbar zu machen. Ist der Atomwiderstand ohne Castortransporte handlungsunfähig? Als ein Mittel, um sich wieder verstärkt in die politische Kontroverse einzumischen, wurde auf der bundesweiten Anti- Atom-Konferenz Ende März über eine Atomstromboykott-Kampagne diskutiert. Ziel der Kampagne ist es, die Städte und Gemeinden der Republik dazu zu bringen, die öffentliche Stromversorgung künftig ohne Atomstrom zu betreiben.

In Hamburg wird die Kampagne dieser Tage mit einer Veranstaltung vorgestellt. Die rot-grün regierte Hansestadt hat im September letzten Jahres sämtliche Stromverträge mit den an vier AKWs beteiligten HEW verlängert. Mitte 2001 müssen diese Verträge erneuert werden. Bis dahin will die Kampagne "Kein Atomstrom in Hamburg" den politischen Druck derart erhöhen, dass der Atomhahn abgedreht wird. Seite 27

48. Flüchtlinge organisieren sich oder "A world without colour"

CD-Datei: daten/aksuche/ak438/jenatit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:jenatit

Vom 21. April bis 1. Mai tagte der Flüchtlingskongress "Gemeinsam gegen Abschiebung und soziale Ausgrenzung" in Jena. Der bundesweite Zusammenschluss Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen organisierte das Treffen. Unterstützt wurden die Flüchtlinge von dem Netzwerk kein mensch ist illegal.

Zentrales Thema war die unhaltbare Situation von Flüchtlingen in Deutschland: Beschränkung der Bewegungsfreiheit, Bedrohung von Abschiebehaft, Abschiebung und Naziüberfällen, menschenunwürdige Unterbringung und Behandlung durch deutsche Behörden und Polizei. Über 600 Flüchtlinge, MigrantInnen und europäische antirassistische Gruppen diskutierten über mögliche Kampagnen und Aktionen.

"Wir haben lange genug gewartet bis die Regierung unsere Situation ändert. Jetzt müssen wir selber dafür kämpfen und zwar solange, bis wir die gleichen Rechte haben wie die Deutschen", so ein Teilnehmer des Kongresses. Auf der Ab-

schlussdemonstration am 1. Mai wünschte sich ein Redner "a world without colour", eine "farbenblinde" Gesellschaft, in der es unwichtig geworden ist, welche Hautfarbe du hast oder woher du kommst.

Bis dieses Ziel erreicht ist, gibt es aber noch viel zu tun. Erste Schritte hat der Kongress dafür bereits geleistet. Auch wenn die Karawane betonte, wie wichtig die Selbstorganisation von Flüchtlingen sei, so fanden dennoch zahlreiche Workshops statt, in denen deutsche AntirassistInnen und Flüchtlinge gemeinsam Positionen erarbeiteten. Auch die Vernetzung antirassistischer Initiativen aus verschiedenen europäischen Ländern konnte auf dem Kongress gestärkt werden.

In ihrem Abschlussmanifest forderten die TeilnehmerInnen u.a. offene Grenzen, einen sofortigen Abschiebestopp, die Anerkennung frauenspezifischer Fluchtgründe und die Abschaffung der Abschiebegefängnisse sowie der "Residenzpflicht".

Mehr über den Kongress

auf Seite 22

49. Russland nach der Wahl

Informations- und Diskussionsveranstaltung in Hamburg

CD-Datei: daten/aksuche/ak438/putin1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:putin1

mit Kai Ehlers (Publizist, Hamburg)

Moderation: Uli Cremer (Arbeitsbereich Frieden & Internationales REGENBOGEN)

Montag, 22. Mai 2000 um 19.30 h

Gemeindesaal der Christuskirche (Hamburg-Eimsbüttel)

HVV: U2 Christuskirche

Welche Kräfte der russischen Gesellschaft tragen das Modell Putin ?

Russische Politik eine Mischung zwischen autoritärem Staat und rigorosem Wirtschaftsliberalismus ?

Krieg in Tschetschenien ohne Ende ?

Veranstalter: REGENBOGEN - für eine neue Linke/Bürgerschaftsgruppe und Verein;

Verein für politische Bildung, Analyse & Kritik e.V. ; PDS-Regionalbüro Hamburg

50. 54.000 DM für ak!

CD-Datei: daten/aksuche/ak438/spenden1.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:438:spenden1

Allen Spenderinnen und Spendern herzlichen Dank dafür, dass ihr dieses tolle Spendenergebnis erreicht habt. Einige (Puzzle)Steine fehlen uns noch, aber wir freuen uns riesig darüber, dass so viele Spendengelder eingegangen sind.

Außerdem haben wir in den letzten Monaten etliche neuen AbonnentInnen gewinnen können. Auch das füllt eine (Finanz-)Lücke. Macht unsere Zeitung weiterhin bekannt und helft mit, die AbonnentInnenzahl zu erhöhen.

Eureak-Redaktion

Summe bis o7.o4.0050.213,00

J.H., Waldesruh100,00

U.M.H., Karlsruhe100,00

D.M., xy50,00

A.P., München200,00

N.G., Nürnberg100,00

A.B., München20,00

Ch.P., Metz300,00

M.G., Nürnberg200,00

B.G., Berlin100,00

S.B., Hamburg10,00

K.R.P., xy100,00

M.K., Berlin50,00

N.N., xy1.000,00

K.B., Dudenhofen500,00

U.N., München300,00

M.M., München100,00

W.L., Hamburg20,00

S.H.-N., xy100,00

P.P.e.V., Berlin200,00

S.Sch., Kiel100,00

S.F., Berlin50,00

E.F., Plochingen50,00

U.Sch., Oldenburg200,00

Summe bis o5.o5.003.950,00

Summe gesamt54.163,00